



VERFASSUNGS SCHUTZ BERICHT 2007

VERFASSUNGSSCHUTZ
BERICHT

BAYERN

20
07

Bayerisches
Staatsministerium
des Innern



Der islamische Extremismus und insbesondere seine Terrornetzwerke stellen nach wie vor die größte Bedrohung der Inneren Sicherheit in Deutschland und in Bayern dar. Nach den fehlgeschlagenen Sprengstoffanschlägen auf zwei Regionalzüge im Sommer 2006 haben die im Jahr 2007 aufgedeckten Anschlagplanungen von Aktivisten der „Islamischen Jihad Union“ wieder sehr deutlich gemacht, dass islamistische Terroristen auch Ziele in Deutschland angreifen. Es ist ein Verdienst der Sicherheitsbehörden, dass im vergangenen Jahr Schlimmeres verhütet werden konnte. Niemand vermag aber eine Garantie dafür abzugeben, dass Deutschland vor solchen Terroranschlägen verschont bleiben wird. Dabei müssen wir davon ausgehen, dass islamistische Gruppen und Einrichtungen, die von Intoleranz gegenüber Andersgläubigen geprägt sind, wie auch Bildungs- und Betreuungsangebote islamistischer Organisationen einen Nährboden für mögliche Terrorakte schaffen.

Rechtsextremistische Parteien und Gruppierungen sind nach wie vor bestrebt, mit sozialen Themen und durch Schüren von Ängsten vor Arbeitslosigkeit, Fremdbestimmung oder Überfremdung, Wählerstimmen zu erringen. Gerade die NPD konnte damit Erfolge erzielen. Skinheads und Neonazis verstärkten weiter ihre intensive Zusammenarbeit. Die Zahl rechtsextremistischer Gewalttaten hat zugenommen. Derartigen Umtrieben entgegenzutreten, ist eine Aufgabe, bei der auch weiterhin alle demokratischen Kräfte der Gesellschaft gefordert sind.

Der Beitritt der WASG zur Linkspartei.PDS hat an der linksextremistischen Ausrichtung der umbenannten Partei „DIE LINKE.“ nichts geändert. Es gibt daher keinen Grund, ihre Beobachtung durch den Verfassungsschutz einzustellen. Der Widerstand im linksextremistischen Spektrum gegen die bestehende staatliche Ordnung zeigt sich auch in den linksextremistisch motivierten Gewalttaten, die sich zunehmend gegen Polizeibeamte richten.

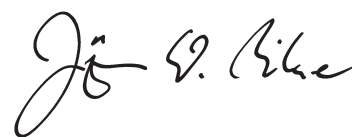
Aufgabe des Bayerischen Landesamts für Verfassungsschutz ist es insbesondere, zum Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, des Bestands und der Sicherheit des Bundes und der Länder sowie zum Schutz vor Organisierter Kriminalität Informationen zu sammeln und die Sicherheitsbehörden dadurch in die Lage zu versetzen, rechtzeitig die notwendigen sicherheitsrechtlichen Entscheidungen zu veranlassen. Aufgabe des Landesamts und des Bayerischen Staatsministeriums des Innern ist es ferner, die Öffentlichkeit über solche extremistischen und sicherheitsgefährdenden Bestrebungen und Tätigkeiten zu informieren. Diese Informationspflicht folgt aus dem verfassungsrechtlichen Grundsatz der wehrhaften Demokratie und ist in Art. 15 des Bayerischen Verfassungsschutzgesetzes verankert. Nur der informierte und über extremistische Bestrebungen aufgeklärte Bürger ist in der Lage, Entwicklungen in Politik und Gesellschaft sowie die dazu getroffenen staatlichen Maßnahmen und Entscheidungen richtig zu beurteilen. Dieser Bericht soll hierzu beitragen.

Den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der bayerischen Sicherheitsbehörden, insbesondere des Bayerischen Landesamts für Verfassungsschutz und der bayerischen Polizei, gilt unser besonderer Dank. Durch ihren Einsatz haben sie auch im Jahr 2007 die Sicherheit der Bürger in Bayern gewährleistet und einen wichtigen Beitrag zum Erhalt der freiheitlichen demokratischen Grundordnung in Deutschland geleistet.

München, im März 2008



Joachim Herrmann
Staatsminister



Jürgen W. Heike
Staatssekretär

1. Abschnitt

Verfassungsschutz in Bayern	11
1. Gesetzliche Grundlagen	12
2. Aufgaben des Verfassungsschutzes	12
3. Informationsbeschaffung	13
4. Kontrolle	14
5. Öffentlichkeitsarbeit des Verfassungsschutzes	15
6. Info- und Beratungstelefone	17

2. Abschnitt

Entwicklung des politischen Extremismus im Jahr 2007

1. Ausländerextremismus	18
2. Rechtsextremismus	19
3. Linksextremismus	21
4. Scientology-Organisation	23
5. Grafische Darstellungen	24

3. Abschnitt

Extremistische und sicherheitsgefährdende Bestrebungen von Ausländern

1. Allgemeines	26
1.1 Merkmale des Ausländerextremismus	26
1.2 Entwicklung in Bayern	26
1.3 Gewalttaten	28
1.4 Gerichtsverfahren und Exekutivmaßnahmen	28
2. Islamischer Extremismus (= Islamismus)	31
2.1 Ideologische Grundlagen des Islamismus	31
2.2 Rolle des Internets	33
2.3 Islamistische Bildungs- und Jugendarbeit	36
3. Islamistische Gruppierungen	40
3.1 Milli-Görüs-Bewegung	40
3.2 Hilafet Devleti (Der Kalifatsstaat)	47

3.3	Hizb ut-Tahrir	48
3.4	Tablighi Jamaat (TJ)	50
3.5	Hizb Allah (Partei Gottes)	52
3.6	Die Muslimbruderschaft (MB) und ihre regionalen Strömungen	53
3.6.1	Islamische Gemeinschaft in Deutschland e.V. (IGD)	55
3.6.2	Islamische Widerstandsbewegung (HAMAS)	57
3.6.3	Islamische Heilsfront (FIS)	59
3.6.4	En Nahda	59
3.7	Islamistische Szene Neu-Ulm/Ulm - Verbotenes Multi-Kultur-Haus Ulm e.V. (MKH),	60
4.	Islamistischer Terrorismus	62
4.1	Überblick	62
4.2	Tätertypen des Dihad	63
4.3	Das Terrornetzwerk um al-Qaida	64
4.3.1	Internationales Netzwerk und lokale Terrorgruppen	64
4.3.2	Ansar al-Islam/Ansar al-Sunna (AAI/AAS)	66
4.3.3	Organisation al-Qaida im islamischen Maghreb	66
4.3.4	Libyan Islamic Fighting Group (LIFG)	67
4.4	Botschaften und Drohungen	67
4.5	Terroranschläge und Anschlagplanungen	69
4.5.1	Deutschland	69
4.5.2	Europa	70
4.5.3	Irak	70
4.5.4	Afghanistan	70
4.5.5	Weitere Anschläge	71
4.6	Ausblick	71
5.	Sonstige ausländerextremistische Gruppierungen	72
5.1	Volkskongress Kurdistans (KONGRA GEL), ehemals Freiheits- und Demokratiekongress Kurdistans (KADEK) bzw. Arbeiterpartei Kurdistans (PKK)	72
5.1.1	Allgemeines	72
5.1.2	Aktivitäten und Exekutivmaßnahmen	76
5.2	Devrimci Sol (Revolutionäre Linke)	78
5.3	Türkische Kommunistische Partei/Marxisten-Leninisten (TKP/ML)	81
5.4	Marxistisch-Leninistische Kommunistische Partei (MLKP) ..	82

5.5	Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Deutschland e.V. (ADÜTDF)	84
5.6	Nationaler Widerstandsrat Iran (NWRI)/Volksmudjahidin Iran (MEK)	85
6.	Übersicht über erwähnenswerte extremistische Organisationen von Ausländern sowie deren wesentliche Presseerzeugnisse	88

4. Abschnitt

Rechtsextremismus

1.	Allgemeines	93
1.1	Merkmale des Rechtsextremismus	93
1.2	Entwicklung der Organisationen	94
1.3	Nutzung des Internets	95
2.	Parteien, Organisationen und Verlage	96
2.1	Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)	96
2.1.1	Ideologisch-politischer Standort	96
2.1.2	Organisation	101
2.1.3	Teilnahme an Wahlen	101
2.1.4	Bündnisbestrebungen	103
2.1.5	Sonstige Aktivitäten	104
2.1.5.1	Parteitage	104
2.1.5.2	Kundgebungen und sonstige Aktionen	105
2.1.6	Junge Nationaldemokraten (JN)	106
2.1.7	Bürgerinitiative Ausländerstopp	109
2.1.7.1	„Bürgerinitiative Ausländerstopp“ Nürnberg	109
2.1.7.2	„Bürgerinitiative Ausländerstopp“ München	110
2.2	Deutsche Volksunion (DVU)	111
2.2.1	Ideologisch-politischer Standort	111
2.2.2	Organisation	114
2.2.3	Parteitage	115
2.2.4	Wahlbündnis mit der NPD	115
2.3	Sonstige Organisationen	116
2.4	Bürgerbewegung Pro München - patriotisch und sozial e.V.	117
2.5	Nation Europa Verlag GmbH	118
3.	Neonazismus	119

3.1	Allgemeines	119
3.2	Neonazi-Kameradschaften	121
3.2.1	Kameradschaft München	121
3.2.2	Autonome Nationalisten München (ANM)	122
3.2.3	Sozialrevolutionäre Aktion Regensburg	122
3.2.4	Kameradschaft Main-Spessart	123
3.2.5	Anti-Antifa Nürnberg	123
3.2.6	Kameradschaftsbund Hochfranken	123
3.2.7	Kameradschaft Augsburg	124
3.3	Aktivitäten zum 20. Todestag von Rudolf Heß	125
4.	Rechtsextremistische Skinheads	127
4.1	Überblick	127
4.2	Politische Ausrichtung	127
4.3	Strukturen	128
4.4	Anziehungskraft für Jugendliche	128
4.5	Skinhead-Musik	130
4.6	Skinhead-Magazine	133
5.	Rechtsextremistisch motivierte Straftaten	133
5.1	Gewalttaten	133
5.2	Sonstige Straftaten	136
6.	Strafverfahren, Urteile und Exekutivmaßnahmen	139
7.	Revisionismus	140
7.1	Ziele	140
7.2	Entwicklung und Träger der Revisionismus-Kampagne ...	141
8.	Verbindungen zum ausländischen Rechtsextremismus ...	143
9.	Übersicht über erwähnenswerte rechtsextremistische Organisationen und Verlage sowie deren wesentliche Presseerzeugnisse	145

5. Abschnitt

Linksextremismus

1.	Allgemeines	147
1.1	Merkmale des Linksextremismus	147
1.2	Entwicklung der Organisationen	148
1.3	Nutzung des Internets	149
2.	Marxisten-Leninisten und andere revolutionäre Marxisten	151

2.1	DIE LINKE., vormals Die Linkspartei.PDS	150
2.1.1	Ideologische Ausrichtung	151
2.1.2	Entstehung der Partei DIE LINKE. durch den Beitritt der WASG	154
2.1.3	Organisation	157
2.1.4	Plattformen, Arbeits- und Interessengemeinschaften	157
2.1.5	Jugendverband Linksjugend [‘solid], vormals [‘solid]	160
2.1.6	Die Linke. Sozialistisch-demokratischer Studierenden- verband (DIE LINKE.SDS)	161
2.1.7	DIE LINKE. Bayern, vormals Linkspartei.PDS Landes- verband Bayern	162
2.1.8	Teilnahme an Wahlen	166
2.1.9	Kommunistischer Internationalismus	167
2.1.10	Zusammenarbeit mit anderen Linksextremisten	167
2.2	Deutsche Kommunistische Partei (DKP)	169
2.2.1	Ideologische Ausrichtung	169
2.2.2	Organisation	170
2.2.3	Internationale Verbindungen	171
2.2.4	Umfeld der DKP	171
2.2.4.1	Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA)	171
2.2.4.2	Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ)	173
2.3	Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD)	175
2.4	marx21, vormals Linksruck-Netzwerk	176
2.5	Münchner Bündnis gegen Krieg und Rassismus	178
2.6	Sonstige orthodoxe Kommunisten und andere revolutionäre Marxisten	179
3.	Gewaltorientierte Linksextremisten	180
3.1	Autonome Gruppen	180
3.1.1	Ideologische Ausrichtung und Aktionsformen	180
3.1.2	Strukturen und Publikationen	181
3.1.3	Schwerpunktthemen und Aktionen	183
3.1.3.1	Strategiedebatte - Fortsetzung der Gewaltdiskussion	184
3.1.3.2	Antifaschismus	186
3.1.3.3	Anti-Globalisierungs-Proteste	189
3.1.3.4	Antiimperialismus	192
3.1.3.5	Sozialabbau	193

3.2	Antideutsche Strukturen	194
3.3	Linksextremistisch motivierte Straftaten	196
3.3.1	Gewalttaten	196
3.3.2	Sonstige Straftaten	198
4.	Übersicht über erwähnenswerte linksextremistische und linksextremistisch beeinflusste Organisationen sowie deren wesentliche Presseerzeugnisse	199

6. Abschnitt

Scientology-Organisation (SO)

1.	Zur Geschichte der SO	201
2.	Ideologie und Ziele der SO	202
3.	Organisations- und Kommandostruktur der SO	204
3.1	Weltweite Kommandostruktur der SO	204
3.2	Organisation der SO in Deutschland	206
3.2.1	„Church“-Sektor	206
3.2.2	WISE-Sektor	206
3.2.3	ABLE-Sektor	207
3.2.4	Besonders aktive Tarnorganisationen der SO	207
3.2.4.1	Applied Scholastics	207
3.2.4.2	NARCONON	209
3.2.4.3	Kommission für Verstöße der Psychiatrie gegen Menschenrechte e.V. (KVPM)	209
3.2.5	Office of Special Affairs (OSA)	209
4.	Mitglieder der SO	211
5.	Veranstaltungen und Aktivitäten der SO	211
6.	Bewertung der Schriften und Aktivitäten	214
7.	Vertrauliches Telefon und Informationsangebot im Internet	215

7. Abschnitt

Spionageabwehr

1.	Ausgangslage	216
2.	Wirtschafts- und Wissenschaftsspionage	217
3.	Spionage im Bereich der Kommunikationstechnik	218

4.	Proliferation	220
5.	Schutzmaßnahmen - Beratung durch den Verfassungsschutz	221
6.	Ausblick	222

8. Abschnitt

Organisierte Kriminalität

1.	Ausgangslage	223
2.	Ost-Erweiterung	223
3.	Methodik und Beobachtungsschwerpunkte	224
3.1	Italienische Mafia	225
3.2	Beobachtung der OK aus der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	227
3.3	OK-Gruppierungen in den Balkanstaaten und der Türkei	229
3.4	Asiatische Organisierte Kriminalität	232
3.5	Rockerkriminalität in Bayern	233

Anhang

Bayerisches Verfassungsschutzgesetz (BayVSG)	236
Parlamentarisches Kontrollgremium-Gesetz (PKG-G)	246
Sachwortregister	248

1. Abschnitt

Verfassungsschutz in Bayern

Die Bundesrepublik Deutschland ist nach ihrer Verfassung eine wertgebundene, wachsame und wehrhafte Demokratie. Der Staat kann gegen Bestrebungen, die freiheitliche demokratische Grundordnung abzuschaffen, die in der Verfassung vorgesehenen Abwehrmittel einsetzen, z.B. durch ein Partei- oder Vereinsverbot. Dies setzt voraus, dass er solche Bestrebungen oder Aktivitäten, die als „extremistisch“ oder als „verfassungsfeindlich“ bezeichnet werden - diese Begriffe sind gleichbedeutend -, rechtzeitig erkennen kann. Hier setzt die Aufgabe des Verfassungsschutzes ein. Er dient dem Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung sowie dem Schutz des Bestandes und der Sicherheit des Bundes oder eines Landes.

*Wehrhafte
Demokratie*

Nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts ist unter der freiheitlichen demokratischen Grundordnung eine Ordnung zu verstehen, die unter Ausschluss jeglicher Gewalt- und Willkürherrschaft eine rechtsstaatliche Herrschaftsordnung auf der Grundlage der Selbstbestimmung des Volkes nach dem Willen der jeweiligen Mehrheit und der Freiheit und Gleichheit darstellt.

*Freiheitliche
demokratische
Grundordnung*

Zu den grundlegenden Prinzipien dieser freiheitlichen demokratischen Grundordnung gehören mindestens:

- die Achtung vor den im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechten, vor allem vor dem Recht der Persönlichkeit auf Leben und freie Entfaltung,
- die Volkssouveränität,
- die Gewaltenteilung,
- die Verantwortlichkeit der Regierung,
- die Gesetzmäßigkeit der Verwaltung,
- die Unabhängigkeit der Gerichte,
- das Mehrparteienprinzip,
- die Chancengleichheit für alle politischen Parteien mit dem Recht auf verfassungsmäßige Bildung und Ausübung einer Opposition.

Rechtliche Grundlagen

1. Gesetzliche Grundlagen

Die Aufgaben und Befugnisse des Verfassungsschutzes sind gesetzlich genau festgelegt. Das Gesetz über die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes und über das Bundesamt für Verfassungsschutz beschreibt die von Bund und Ländern auf dem Gebiet des Verfassungsschutzes gemeinsam zu erfüllenden Aufgaben. Es ist zugleich Rechtsgrundlage für die Arbeit des Bundesamts für Verfassungsschutz. Neben diesem Bundesgesetz bestehen in allen Ländern eigene Verfassungsschutzgesetze. In Bayern regelt das im **Anhang** abgedruckte Bayerische Verfassungsschutzgesetz die Aufgaben und Befugnisse des Bayerischen Landesamts für Verfassungsschutz, das seinen Sitz in München hat und dem Bayerischen Staatsministerium des Innern unmittelbar nachgeordnet ist. Für das Landesamt wurden im Haushaltsplan 2007 insgesamt 437 Stellen für Beamte und Tarifbeschäftigte im öffentlichen Dienst ausgewiesen; das Haushaltsvolumen 2007 betrug 24,2 Millionen Euro.

Beobachtungsauftrag

2. Aufgaben des Verfassungsschutzes

Nach dem Bayerischen Verfassungsschutzgesetz hat das Landesamt für Verfassungsschutz im Wesentlichen den Auftrag der Beobachtung von

- Bestrebungen, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind,
- sicherheitsgefährdenden oder geheimdienstlichen Tätigkeiten für eine fremde Macht (Sabotage und Spionage),
- Bestrebungen, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden,
- Bestrebungen, die gegen den Gedanken der Völkerverständigung (Art. 9 Abs. 2 des Grundgesetzes), insbesondere gegen das friedliche Zusammenleben der Völker (Art. 26 Abs. 1 des Grundgesetzes), gerichtet sind und
- Bestrebungen und Tätigkeiten der Organisierten Kriminalität.

Darüber hinaus wirkt das Landesamt für Verfassungsschutz u.a. bei Sicherheitsüberprüfungen aus Gründen des Geheimschutzes und des Sabotageschutzes mit. Rechtsgrundlage hierfür ist das Bayerische Sicherheitsüberprüfungsgesetz. Das Landesamt ist fernerhin beteiligt bei der Überprüfung von Mitarbeitern in Flughäfen und Kernkraftwer-

ken nach dem Luftsicherheitsgesetz bzw. Atomgesetz sowie bei einbürgerungs- und ausländerrechtlichen Entscheidungen.

Im Mittelpunkt der Beobachtung stehen Aktivitäten von extremistischen Organisationen. Dazu müssen zwangsläufig auch die Mitglieder und Unterstützer erfasst werden. Aber auch die Beobachtung von Einzelpersonen ist zulässig.

Der Verfassungsschutz beobachtet verfassungsfeindliche Bestrebungen im Inland. Er informiert die politisch Verantwortlichen und die Öffentlichkeit über die Ergebnisse der Beobachtung, vor allem über mögliche Gefahren. Er versetzt die zuständigen staatlichen Stellen des Bundes und der Länder in die Lage, verfassungsfeindlichen Kräften rechtzeitig und angemessen zu begegnen.

Im Gegensatz zum Verfassungsschutz beschafft der Bundesnachrichtendienst (BND) Informationen über das Ausland, die für die Bundesrepublik Deutschland außen- und sicherheitspolitisch von Interesse sind. Der Militärische Abschirmdienst (MAD) nimmt Verfassungsschutzaufgaben im Bereich der Bundeswehr wahr.

*Abgrenzung zu
BND und MAD*

3. Informationsbeschaffung

Zur Erfüllung seines gesetzlichen Auftrags ist der Verfassungsschutz verpflichtet, Informationen zu beschaffen, auszuwerten und zu speichern. Diese Nachrichten werden zum weit überwiegenden Teil aus offenen Quellen gewonnen (z.B. aus Zeitungen, Zeitschriften, Flugblättern, Programmen, Broschüren und sonstigem Material extremistischer Organisationen sowie bei deren öffentlichen Veranstaltungen). Einen Teil der Informationen erhält der Verfassungsschutz durch Anwendung nachrichtendienstlicher Mittel. Zu diesen Mitteln gehören im Wesentlichen:

Nachrichtendienstliche Mittel

- der Einsatz von verdeckt arbeitenden V-Leuten („V“ steht für „Vertrauen“) in extremistischen Organisationen,
- das Beobachten verdächtiger Personen (Observation) sowie
- verdeckte Bild- und Tonaufzeichnungen.

Eingriffe in das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (Öffnen von Briefen, Abhören von Telefongesprächen) sind besonders strengen rechtsstaatlichen Anforderungen unterworfen. Sie sind in einem eigenen Gesetz geregelt, das nach dem Grundrecht des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses „Artikel 10-Gesetz“ (G10) genannt wird. Ein Verfahren mit mehreren voneinander unabhängigen Kontrollinstanzen stellt

*Brief- und
Telefonkontrolle*

sicher, dass in dieses Grundrecht nur eingegriffen wird, wenn die im Gesetz genannten besonderen Gründe vorliegen. Ähnliches gilt für die seit Beginn des Jahres 2003 eingeführten Auskunftspflichten von Post- und Telekommunikationsdienstleistern, Fluggesellschaften und Kreditinstituten sowie für die Verwendung des so genannten IMSI-Catchers zur Feststellung unbekannter Mobiltelefonnummern. Rechtsstaatliche Sicherungen gelten auch für den Einsatz besonderer technischer Mittel im Schutzbereich des Art. 13 des Grundgesetzes, also für den Einsatz von Abhörgeräten oder versteckten Kameras in Wohnungen und Büros. Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 3. März 2004 zu entsprechenden Maßnahmen nach der Strafprozessordnung erfordert in Teilbereichen auch eine Anpassung der bisherigen Rechtslage.

Keine polizeilichen Befugnisse

Dem Verfassungsschutz stehen keine polizeilichen Befugnisse zu. Polizei- und Verfassungsschutz sind voneinander getrennt. Deshalb dürfen die Mitarbeiter des Verfassungsschutzes keinerlei Zwangsmaßnahmen (wie z.B. Festnahmen, Durchsuchungen, Beschlagnahmen usw.) durchführen. Verfassungsschutzbehörden dürfen auch keiner polizeilichen Dienststelle angegliedert werden. Dies steht aber einer informationellen Zusammenarbeit und gegenseitigen Unterstützung nicht entgegen. Im Gegenteil sind diese unabdingbare Voraussetzungen für eine effiziente Arbeit der Sicherheitsbehörden.

Erscheint aufgrund der dem Verfassungsschutz vorliegenden Informationen ein sicherheitsrechtliches Eingreifen erforderlich, so wird die zuständige Sicherheitsbehörde unterrichtet. Diese entscheidet dann selbständig, ob und welche Maßnahmen zu treffen sind.

4. Kontrolle

Vielfältige Kontrollen

Die Tätigkeit der Verfassungsschutzbehörden unterliegt einer vielfältigen Kontrolle. Dazu gehört die allgemeine parlamentarische Kontrolle, die durch die Berichtspflicht des verantwortlichen Ministers gegenüber dem Landtag im Rahmen von aktuellen Stunden, Anfragen von Abgeordneten, Petitionen usw. ausgeübt wird. Eine besondere Kommission des Bayerischen Landtags, das Parlamentarische Kontrollgremium, überwacht die Arbeit des Verfassungsschutzes. Die G10-Kommission überprüft die Maßnahmen zur Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs - deren Zahl im Jahr 2007 wie schon in der Vergangenheit im unteren zweistelligen Bereich lag -, die Zulässigkeit und Notwendigkeit der Auskunftspflichten von Post- und Telekommunikationsdienstleistern, Fluggesellschaften und Kreditinstituten sowie des Einsatz-

zes des so genannten IMSI-Catchers. Die Verwaltungskontrolle obliegt dem Innenminister im Rahmen der Dienst- und Fachaufsicht, ferner dem Bayerischen Landesbeauftragten für den Datenschutz und dem Bayerischen Obersten Rechnungshof. Diese Kontrollen werden ergänzt durch eine mögliche gerichtliche Nachprüfung belastender Einzelmaßnahmen sowie durch die Öffentlichkeit in Form von Presse, Funk und Fernsehen.

5. Öffentlichkeitsarbeit des Verfassungsschutzes

Die freiheitliche demokratische Grundordnung kann auf Dauer nicht ohne die geistig-politische Auseinandersetzung mit dem Extremismus gesichert werden. Die Tätigkeit des Verfassungsschutzes gewährleistet, dass Regierung und Parlament, aber auch die Bürger über Aktivitäten und Absichten verfassungsfeindlicher Organisationen informiert werden.

Aufklärungsarbeit

Im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Verfassungsschutzes klärt das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz im Rahmen von zielgruppenorientierten Fachvorträgen und durch die Teilnahme an Diskussionsveranstaltungen über aktuelle extremistische Entwicklungen auf; im Jahr 2007 lagen hierbei die Schwerpunkte bei den Themen „Rechts-



Fachvorträge

extremismus“ und „Islamismus“. Die Fachvorträge dienen vor allem der Sensibilisierung von Multiplikatoren und werden hauptsächlich von Schulen und Universitäten, Bildungsakademien, Kommunen, Trägern politischer Bildung und Jugendarbeit, demokratischen Bürgerinitiativen und politischen Parteien und Stiftungen nachgefragt. Von Medienvertretern war ein verstärktes Interesse an Hintergrundgesprächen zu aktuellen Entwicklungen im Bereich „Islamismus“ zu verzeichnen. Im Bereich „Rechtsextremismus“ arbeitete das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz u.a. mit der Landeskoordinierungsstelle Bayern gegen Rechtsextremismus und mit der Projektstelle gegen Rechtsextremismus - Bayerisches Bündnis für Toleranz, Demokratie und Menschenwürde schützen - zusammen. Das Landesamt beteiligte sich auch an Ausbildungs- und Fortbildungsmaßnahmen anderer Behörden; Hauptbedarfsträger ist hier die Bayerische Polizei.

Neue Broschüre

Der Verfassungsschutzbericht sowie weitere Publikationen zu den Aufgabenfeldern des Verfassungsschutzes ermöglichen es jedem Bürger, sich selbst ein Urteil über die Gefahren zu bilden, die unserem Rechtsstaat durch verfassungsfeindliche Kräfte drohen. Die neu herausgegebene Broschüre „Hellhörig bei braunen Tönen“ informiert über rechtsextremistische Jugend-Szenen in Bayern.

Das in gedruckter Form vorhandene Informationsmaterial wird kostenlos zur Verfügung gestellt und kann beim Bayerischen Staatsministerium des Innern - Sachgebiet ID6 -, Odeonsplatz 3, 80539 München



(Telefax: 0 89 / 2 19 21 28 42) angefordert oder direkt unter der Internet-Adresse

*Internet-
Angebote*

<http://www.innenministerium.bayern.de/service/publikationen/>
(> Thema „Verfassungsschutz“)

„online“ bestellt werden.

Zusätzlich sind die Materialien, insbesondere der jährliche Verfassungsschutzbericht, die Broschüre „Hellhörig bei braunen Tönen“ und auch Informationen zur Scientology-Organisation (SO), im Internet unter folgender Adresse abrufbar und können als PDF-Datei heruntergeladen werden:

<http://www.innenministerium.bayern.de/sicherheit/verfassungsschutz>

Das Internet-Angebot des Bayerischen Staatsministeriums des Innern wird durch die unter der Adresse

<http://www.verfassungsschutz.bayern.de>

erreichbare Homepage des Bayerischen Landesamts für Verfassungsschutz ergänzt.

6. Info- und Beratungstelefone

Das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz ist telefonisch rund um die Uhr unter der Nummer

0 89 / 31 20 10 erreichbar.

Speziell für Hinweise zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus ist dort unter der Nummer

Kontakttelefone

0 89 / 31 20 14 80 ein Kontakttelefon eingerichtet.

Im Rahmen der von Bund und Ländern erarbeiteten Aussteigerprogramme für Rechtsextremisten besteht ein Beratungs- und Hinweistelefon. Das Telefon, das ebenso der Aufklärung rechtsextremistischer Aktivitäten in Bayern dienen soll, ist für Bürger und aussteigewillige Extremisten - nicht nur Rechtsextremisten - unter der Nummer

0 18 02 00 07 86 zu erreichen.

Für Opfer und Aussteiger der Scientology-Organisation (SO) sowie für Angehörige von SO-Mitgliedern unterhält das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz ein „vertrauliches Telefon“. Das Amt nimmt Informationen und Hinweise unter der Nummer

0 89 / 31 20 12 96 entgegen.

2. Abschnitt

Entwicklung des politischen Extremismus im Jahr 2007

1. Ausländerextremismus

Der islamische Extremismus (Islamismus), insbesondere die Terrornetzwerke, stellt weiterhin die größte Bedrohung der Inneren Sicherheit dar.

Verhinderte Anschläge in Deutschland

Nach den fehlgeschlagenen Sprengstoffanschlägen auf zwei Regionalzüge im Sommer 2006 haben die Anschlagplanungen von Aktivisten der „Islamischen Jihad Union“ (IJU) und deren Festnahme am 4. September in Nordrhein-Westfalen wieder sehr deutlich gemacht, dass islamistische Terroristen auch Ziele in Deutschland angreifen. Zum anderen haben die Ereignisse die erhöhte Gefährlichkeit des Terrornetzwerks al-Qaida in seiner Eigenschaft als Inbegriff des „globalisierten Djihaad“ für kampfbereite Islamisten bestätigt. In diesem Zusammenhang steht auch das Phänomen des „home grown“-Terrorismus verstärkt im Blickfeld der deutschen Sicherheitsbehörden.

„home grown“-Terrorismus

Islamische Gemeinschaft Milli Görüs e.V.

Die Islamische Gemeinschaft Milli Görüs e.V. (IGMG), der europäische Arm der Milli-Görüs-Bewegung, ist die mitgliederstärkste islamistische Organisation in Deutschland. Im Zuge der diesjährigen türkischen Parlamentswahlen unterstützte die IGMG massiv den Wahlkampf der türkischen Saadet Partisi (SP) und dokumentierte damit ihre politische Ausrichtung an der türkischen Milli-Görüs-Bewegung. Mitte April fanden Veranstaltungen der Milli-Görüs-Bewegung mit den IGMG-Gebietsvorsitzenden Deutschlands in der Türkei statt. Daneben beschäftigt sich die IGMG aber weiterhin mit einer ihrer Schwerpunktaufgaben der Jugend- und Bildungsarbeit. Zum „Tag der Studenten“, den die Jugend- und Studentenorganisation der IGMG am 31. März in Hagen/Nordrhein-Westfalen veranstaltete, kamen etwa 1.700 muslimische Studierende aus ganz Europa. Dies belegt, dass die IGMG auch für angehende Akademiker interessant ist.

Tablighi Jamaat

Die islamistische Tablighi Jamaat setzte im Berichtsjahr ihre Missionierungsaktivitäten und ihre weltweiten Veranstaltungen fort. In der Zeit vom 24. bis 28. Februar traf sich die Spitze der europäischen TJ in der Weltzentrale in Indien zu einer intern Maschwara genannten Veranstal-

tung. Während des Treffens wurde vom TJ-Führungsgremium (Schura) beschlossen, Deutschland zur Koordinierung der Missionierungsaktivitäten in elf Kreise einzuteilen. Am Deutschlandtreffen der TJ, das vom 20. bis 22. April in Berlin stattfand, nahmen zwischen 300 und 450 Personen teil. Die wichtigsten Redner waren Korangelehrte aus Pakistan, Indien und Frankreich.

Der Bayerische Verwaltungsgerichtshof bestätigte mit Urteil vom 24. Januar das Vereinsverbot des „Multi-Kultur-Hauses Ulm e.V.“ (MKH). Das MKH war ein vorwiegend in Bayern tätiger und in Baden-Württemberg vereinsrechtlich eingetragener Verein. Da vom MKH Bestrebungen ausgingen, die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung und den Gedanken der Völkerverständigung richteten, wurde der Verein am 28. Dezember 2005 vom Bayerischen Staatsministerium des Innern verboten. Die Schließung des MKH verunsicherte und schwächte die örtliche Szene nachhaltig. Vereinzelt Bemühungen, wieder islamistische Strukturen zu gründen, scheiterten letztendlich, meist an fehlenden Finanzmitteln oder an persönlichen Differenzen. Erschwerend kam hinzu, dass charismatische Führungspersonlichkeiten Deutschland verlassen bzw. sich aus Angst vor strafprozessualer Verfolgung vom MKH distanziert haben. Dennoch sind weiterhin Islamisten in der Region aktiv, die teilweise rege Verbindungen zu terrorverdächtigen Personen und Strukturen im In- und Ausland, besonders in Ägypten, unterhalten.

„Multi-Kultur-Haus Ulm e.V.“

Vor dem Hintergrund anhaltender heftiger Auseinandersetzungen zwischen türkischer Armee und kurdischer Guerilla im Grenzgebiet zwischen der Türkei und dem Irak hat der Volkskongress Kurdistans (KONGRA GEL) die Entscheidung des türkischen Parlaments für grenzüberschreitende Militärschläge scharf kritisiert und seine Anhänger in und außerhalb der Türkei zu Reaktionen aufgefordert. Deutschland- und europaweit fanden zahlreiche demonstrative Veranstaltungen statt, in deren Verlauf bzw. an deren Rand es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Türken und Kurden kam. Auch wenn in der Gesamtschau der Eindruck entsteht, dass die Anhänger des KONGRA GEL im Jahr 2007 sehr aktiv waren, kann man nicht von einem Wiedererstarken der PKK bzw. des KONGRA GEL ausgehen. Die in jüngster Vergangenheit erfolgten Durchsuchungs- und Festnahmeaktionen dürften die Organisation nicht unerheblich verunsichert, mitunter auch geschwächt haben.

KONGRA GEL

2. Rechtsextremismus

Wie im Vorjahr machten sich Rechtsextremisten Ziele anderer nicht-extremistischer Strömungen zu eigen und waren bestrebt, vermehrt Präsenz

„Nationaler
Widerstand“

zu zeigen. So wandten sie sich gegen die US-amerikanische Intervention im Irak und gegen Sozialreformen. Mit planmäßigen Werbeaktionen, beispielsweise der kostenlosen Verteilung von CDs in der Nähe von Schulen, versuchten sie, junge Menschen ideologisch zu beeinflussen und für den „Nationalen Widerstand“ zu rekrutieren. Ein Schwerpunktthema war der G8-Gipfel in Heiligendamm/Mecklenburg-Vorpommern, den Rechtsextremisten zum Anlass nahmen, sich als Teil einer globalisierungsfeindlichen und antikapitalistischen Protestbewegung dazustellen. Das damit erreichte Medienecho wurde als denkwürdiger Erfolg angesehen. Auch der „Tag der Arbeit“ bot der rechtsextremistischen Szene Gelegenheit für öffentlichkeitswirksame Auftritte. Ferner griffen Rechtsextremisten die alliierten Bombenangriffe auf deutsche Städte im Zweiten Weltkrieg propagandistisch auf, um damit die Einigkeit des rechtsextremistischen Lagers zur Schau zu tragen. Erneut bestätigte sich, dass in Deutschland die Chancen des organisierten Rechtsextremismus bei Wahlen letztlich von bestimmten Konstellationen abhängen, die nicht ständig gegeben sind.

„Kampf um die
Straße“

Die **NPD** war auch 2007 der Motor für die anhaltenden Versuche zur Einigung des rechtsextremistischen Lagers. Der von den Parteivorsitzenden der NPD und DVU in einem so genannten Deutschland-Pakt im Januar 2005 vereinbarte Verzicht auf konkurrierende Kandidaturen bei Wahlen auf Europa-, Bundes- und Landesebene bis 2009 wurde nach dem Wahlerfolg der NPD in Mecklenburg-Vorpommern im Jahr 2006 bekräftigt. Die NPD und ihre Jugendorganisation „Junge Nationaldemokraten“ (JN) setzten ihren aktionistischen Kurs fort und waren bestrebt, im „Kampf um die Straße“ Präsenz zu zeigen. Ihr Ziel ist es, sich nach den Erfolgen in Ostdeutschland auch im Westen parlamentarisch zu verankern und die insbesondere bei männlichen Jungwählern erzielten Zustimmungswerte auch außerhalb von Wahlkämpfen zu festigen. Als „soziale und nationale Volksbewegung“ präsentiert sich die NPD als Alternative zu den „Altparteien“, die mit ihrem „Internationalismus und der zerstörerischen Globalisierung gegen die Interessen des eigenen Volks handeln“. Mit oft aggressiven und bewusst drastischen Tiraden setzen Parteifunktionäre auf Skandaleffekte, um die Aufmerksamkeit der Medien auf sich zu lenken.

Die **DVU** ist zwar weiterhin die finanzstärkste rechtsextremistische Partei, aber nach wie vor zu einer sachorientierten politischen Arbeit nicht fähig. Das wenig ausgeprägte Parteileben ist nicht demokratisch organisiert und vom bedingungslosen Machtanspruch des Bundesvorsitzenden Dr. Gerhard Frey dominiert. Obwohl die Vorsitzenden von NPD und DVU ständig betonen, dass sich beide Parteien in den Grundzielen einig

seien, bestehen in den bündnispolitischen Positionen nach wie vor Differenzen, insbesondere in der Frage einer Zusammenarbeit mit Neonazis. Bei der Wahl zur Bremischen Bürgerschaft am 13. Mai konnte die DVU gegenüber 2003 leichte Stimmengewinne erzielen und erneut einen Sitz im Landesparlament erringen.

Neonazis und **rechtsextremistische Skinheads** verstärkten erneut ihre intensive Zusammenarbeit. Dabei dominieren die neonazistischen Positionen gegenüber den eher diffusen rechtsextremistischen Orientierungen von Skinheads. Die Zahl neonazistisch orientierter Personen stieg auf 400; die Zahl der dem Spektrum rechtsextremistischer Skinheads zuzurechnenden Personen sank dagegen erneut auf nunmehr rund 700. Somit gibt es in Bayern weiterhin rund 1.100 gewaltbereite Rechtsextremisten. Die Zahl der Skinhead-Konzerte verringerte sich mit neun im Vergleich zu 26 Konzerten im Vergleichszeitraum 2006 deutlich. Die Zahl der von Neonazis und Skinheads verübten brutalen und menschenverachtenden Gewalttaten stieg auf 82 an. Dagegen hat die Zahl sonstiger Straftaten, insbesondere der Propagandadelikte, in Bayern abgenommen.

*Rückgang der
Skinhead-Konzerte*

Der von der Neonazi-Szene als wichtiges öffentlichkeitswirksames Ereignis konzipierte „Rudolf-Heß-Gedenkmarsch“ in Wunsiedel wurde erneut verboten. Die dagegen eingelegten Rechtsbehelfe blieben vor dem Verwaltungsgericht Bayreuth, dem Bayerischen Verwaltungsgerichtshof und dem Bundesverfassungsgericht erfolglos.

Das im Februar 2001 vom Bayerischen Landesamt für Verfassungsschutz eingerichtete Hinweistelefon (0 18 02 00 07 86) wurde seither von etwa 400 Personen genutzt. Meist handelte es sich bei den Anrufern um Bürger, die Hinweise auf rechtsextremistische Bestrebungen gaben. In einigen Fällen bekundeten Rechtsextremisten ihren Willen zum Ausstieg. Darüber hinaus hat das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz insgesamt über 110 Personen angesprochen, von denen etwa die Hälfte inzwischen aus der rechtsextremistischen Szene ausgestiegen ist und etwa ein Dutzend als potenzielle Aussteiger bezeichnet werden können.

Hinweistelefon

3. Linksextremismus

Der gewaltbereite Linksextremismus stellt nach wie vor eine Gefahr für die Innere Sicherheit dar und verdient auch in Bayern Beachtung. Das linksextremistische Gewaltpotenzial wird zu 80 % von Gruppen und Einzeltätern aus dem autonomen und anarchistischen Spektrum gestellt. Die Zahl der linksextremistisch motivierten Gewalttaten in Bayern ist von 71 Delikten im Jahr 2006 auf 76 gestiegen. Opfer waren über-

wiegend (49 Fälle) Polizeibeamte, die zum Schutz von Veranstaltungen (z.B. der Münchner Sicherheitskonferenz und von rechtsextremistischen Aufzügen) eingesetzt waren. Bei den sonstigen Straftaten in Bayern war eine erhebliche Steigerung auf 95 (2006: 69) zu verzeichnen. Die alljährlichen Aktionen gegen die Münchner Sicherheitskonferenz zeigen, dass die eigentlichen Angriffsziele der Autonomen der demokratische Staat und seine Repräsentanten sind. Eines der wichtigsten Agitations- und Aktionsfelder der Autonomen stellte im Jahr 2007 die Thematik „Anti-Globalisierung“ im Zusammenhang mit den Protesten gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm/Mecklenburg-Vorpommern dar. Darüber hinaus bleibt ein Schwerpunkt autonomen Handelns der „Antifaschismus“, d.h. der „Kampf“ gegen tatsächliche und vermeintliche Rechtsextremisten; in diesem Zusammenhang wurden auch wieder mit 60 Gewalttaten die meisten Gewaltdelikte verübt.

*Schwerpunkte
Anti-Globalisierung
und Antifaschismus*

Im Rahmen des Fusionsprozesses von Linkspartei.PDS und der nicht-extremistischen Partei „Arbeit & soziale Gerechtigkeit - Die Wahlalternative“ (WASG) verabschiedeten die Delegierten von Linkspartei.PDS und WASG auf zwei getrennt durchgeführten Bundesparteitagen am 24. und 25. März in Dortmund die Gründungspapiere für die neue Partei DIE LINKE.. Sie beinhalten die „Programmatischen Eckpunkte“, die Bundessatzung sowie die Bundesfinanz- und Bundesschiedsordnung.

*Bundesparteitage
von Linkspartei.PDS
und WASG*

Die Verschmelzung beider Parteien wurde auf dem gemeinsamen „Gründungsparteitag“ am 16. Juni in Berlin vollzogen. Rechtlich handelt es sich dabei um einen Beitritt der WASG zur Linkspartei.PDS; die Namensgebung „DIE LINKE.“ ist als bloße Umbenennung der bisherigen Linkspartei.PDS. einzustufen. Der Linkspartei.PDS war es gelungen, nahezu vollständig ihren letzten Parteivorstand in den ersten Bundesvorstand der Partei DIE LINKE. zu integrieren. Sie sicherte sich wichtige Parteiämter: Es wurden Prof. Dr. Lothar Bisky als Parteivorsitzender, Katja Kipping und Katina Schubert als stellvertretende Vorsitzende, Dr. Dietmar Bartsch als Bundesgeschäftsführer sowie Dr. Karl Holluba als Bundesschatzmeister bestätigt. Außerdem konnte sich die Linkspartei.PDS mit ihren eigenen strategisch-ideologischen Programminhalten gegenüber dem Fusionspartner WASG durchsetzen. So repräsentiert die Vorstellung des „demokratischen Sozialismus“ noch immer das zentrale und elementare Leitbild der Partei DIE LINKE.. Ein neues Parteiprogramm steht noch aus.

*Umbenennung
der Linkspartei.PDS*

Bei der Wahl zur Bremischen Bürgerschaft am 13. Mai gelang es der Linkspartei.PDS erstmals, in ein westdeutsches Landesparlament einzuziehen. Mit einem Stimmenanteil von 8,44 % stellt sie sieben Abgeordnete.

*Teilnahme an
Wahlen*

Bereits im Mai wurde aus dem Linkspartei.PDS-nahen Jugendverband [‘solid] und der Jugendorganisation der WASG der neue, bundesweite Verband „Linksjugend [‘solid]“ gegründet, der sich als offizielle, gleichwohl aber unabhängige Jugendorganisation der Partei DIE LINKE. bezeichnet.

In Bayern wurde am 15. September aus den Landesverbänden von Linkspartei.PDS und WASG der Landesverband Bayern der Partei DIE LINKE. gegründet.

Gründung des Landesverbands Bayern

4. **Scientology-Organisation**

Die Scientology-Organisation (SO) verfolgt weiterhin das Ziel, eine weltweite scientologische Gesellschaft nach eigenen, die Grundprinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung wie Gewaltenteilung, Rechtsstaatsprinzip und Demokratieprinzip missachtenden Regeln zu schaffen und zu regieren. Ihr höchstes Ziel, die Weltherrschaft, steht im krassen Widerspruch zu ihren ständigen Beteuerungen, der Menschheit die völlige Freiheit zu bringen, weil die Verwirklichung ihres Herrschaftsprinzips tatsächlich zu einer massiven Beeinträchtigung der Menschenrechte führen würde. Für den einzelnen Menschen und seine Probleme hat die SO trotz anders lautender öffentlicher Bekundungen kein Interesse. Kritische Personen zu „Unterdrückern“ zu erklären oder Menschen zu „potenziellen Schwierigkeitsquellen“ zu degradieren, offenbart die ideologische Menschenverachtung der scientologischen Lehre. Sie sieht sich als Inhaberin der absoluten Wahrheit mit dem Recht, sich die Welt anzueignen. Ihr einziges Ziel, an dem sich all ihre Aktivitäten orientieren, ist die Expansion der Organisation. Bis dieses Ziel erreicht ist, steht die SO im Grunde mit allen Menschen, Gesellschaftsgruppen und Staaten, die sie ablehnen, in ständigem Konflikt. Vor diesem Hintergrund diffamierte sie auch 2007 in ihrer Propaganda die staatlichen Aufklärungs- und Abwehrmaßnahmen.

Missachtung der Grundprinzipien unserer Verfassung

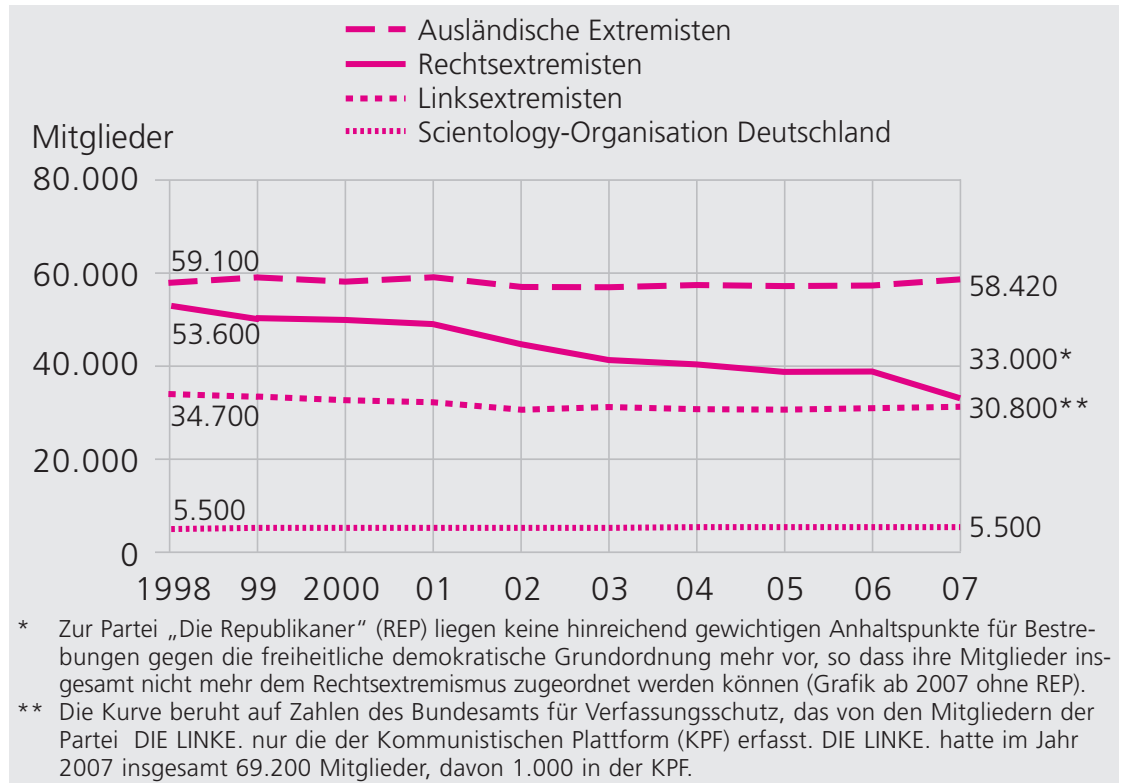
Die SO veranstaltet Info-Stände, Ausstellungen und andere propagandistische Aktionen, um die Öffentlichkeit über ihre verfassungsfeindlichen Absichten zu täuschen und um neue Mitglieder zu werben. Ein Schwerpunkt der Expansionsstrategie der SO ist seit langem ihr Bestreben, in ihrem angeblichen Kampf gegen die Bildungsmisere und den Analphabetismus die Studiertechnologie Hubbards in der Gesellschaft zu etablieren. Dieses Bemühen, beispielsweise über Nachhilfegruppen zunächst unerkannt die Lehren Hubbards zu verbreiten, um letztendlich neue Mitglieder zu rekrutieren, hat sie zwar fortgesetzt, war jedoch weiterhin wenig erfolgreich. Insbesondere verbreitet die SO vermehrt

Propagandaaktionen und Expansionsbestrebungen

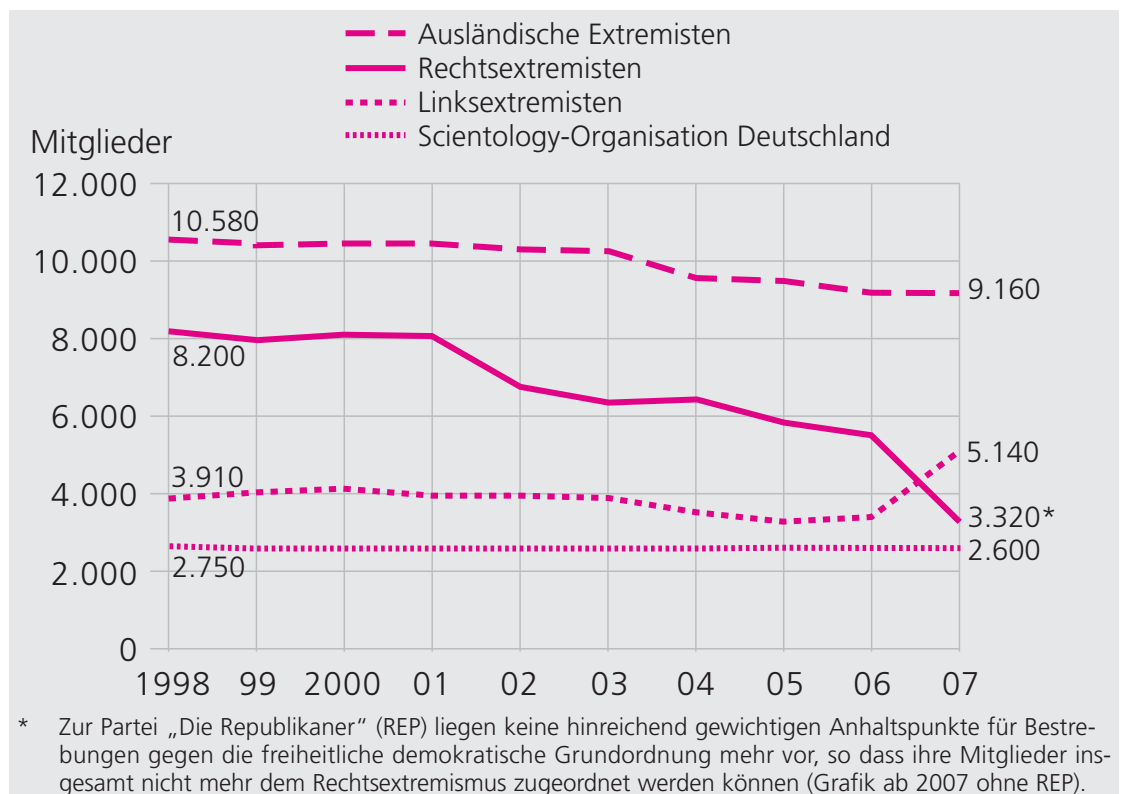
unter bewusster falscher Tatsachendarstellung die Behauptung, dass sie weltweit von mehreren staatlichen Institutionen als Religionsgemeinschaft anerkannt worden sei.

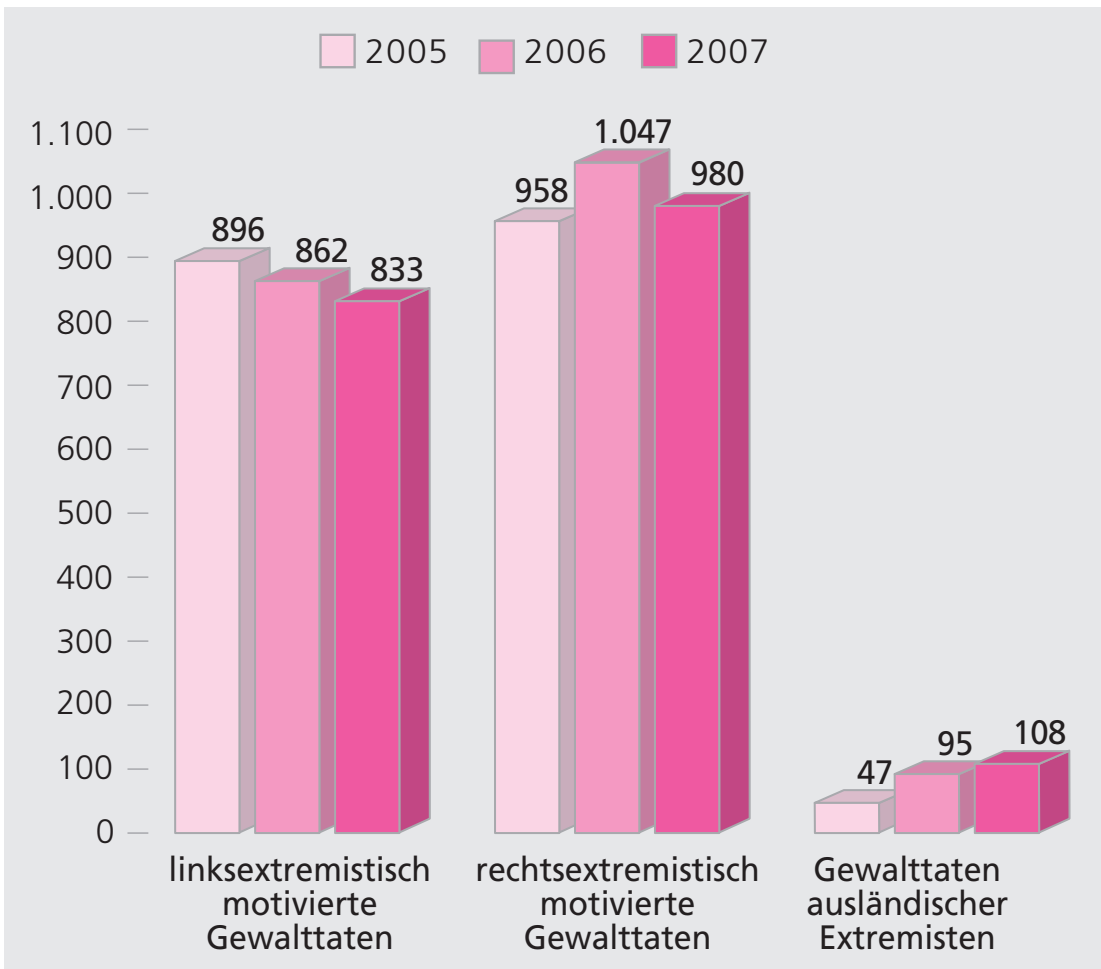
5. Grafische Darstellungen

Entwicklung der Mitgliederzahlen extremistischer Organisationen in **Deutschland**



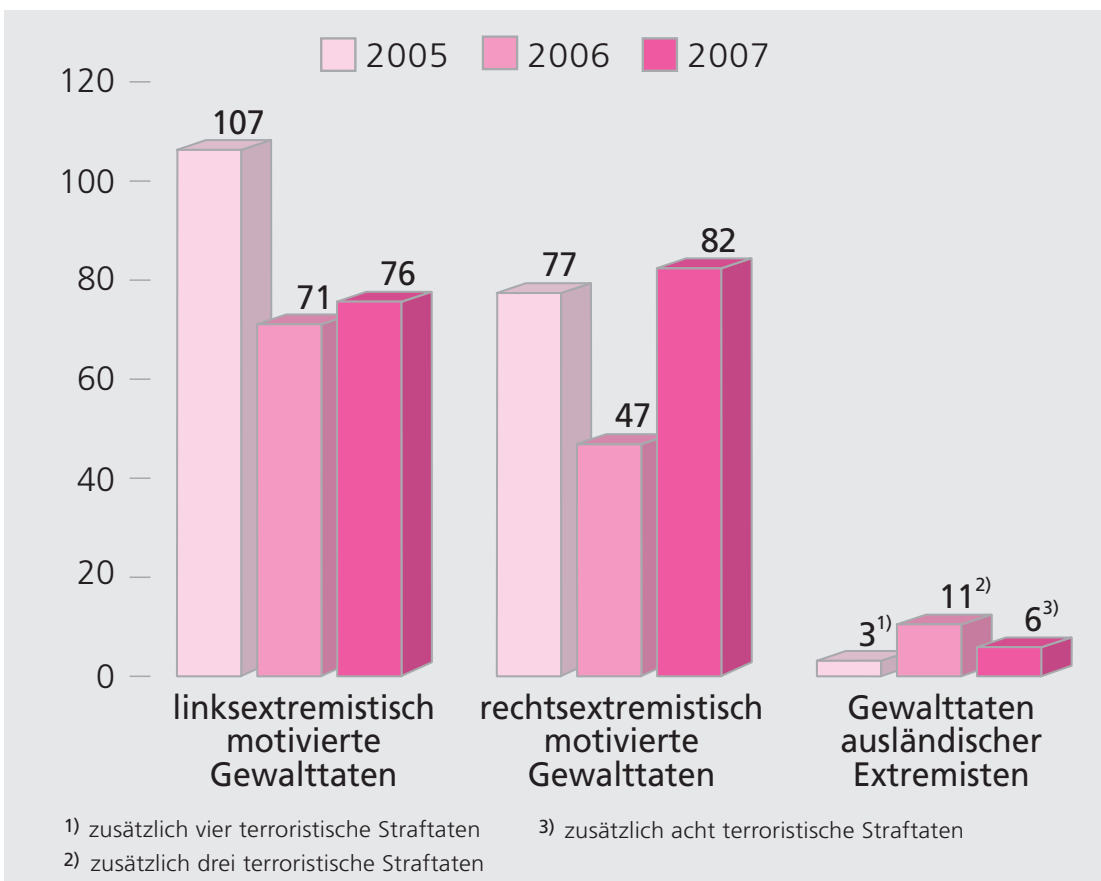
Entwicklung der Mitgliederzahlen extremistischer Organisationen in **Bayern**





Entwicklung extremistisch motivierter Gewalttaten in **Deutschland**

(Zahlen ohne terroristische Straftaten)



Entwicklung extremistisch motivierter Gewalttaten in **Bayern**

(terroristische Straftaten vgl. Fußnoten)

1) zusätzlich vier terroristische Straftaten
2) zusätzlich drei terroristische Straftaten

3) zusätzlich acht terroristische Straftaten

3. Abschnitt

Extremistische und sicherheitsgefährdende Bestrebungen von Ausländern

1. Allgemeines

1.1 Merkmale des Ausländerextremismus

Einstufung als extremistisch

Ausländergruppen und ausländische Einzelpersonen werden als extremistisch bewertet und vom Verfassungsschutz beobachtet, wenn sich ihre politischen Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung oder den Bestand Bayerns bzw. des Bundes richten. Dazu gehören insbesondere die Organisationen islamischer Extremisten, die sich auch in Deutschland die Errichtung eines islamischen Gottesstaats nach dem Beispiel des Iran zum Ziel gesetzt haben und damit wesentliche Grundsätze unserer freiheitlichen Verfassung beseitigen wollen. Der Beobachtung unterliegen ferner Bestrebungen, die gegen den Gedanken der Völkerverständigung gerichtet sind bzw. Gruppierungen von Ausländern, die eine gewaltsame Änderung der politischen Verhältnisse in ihrem Heimatland anstreben und dadurch auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden.

1.2 Entwicklung in Bayern

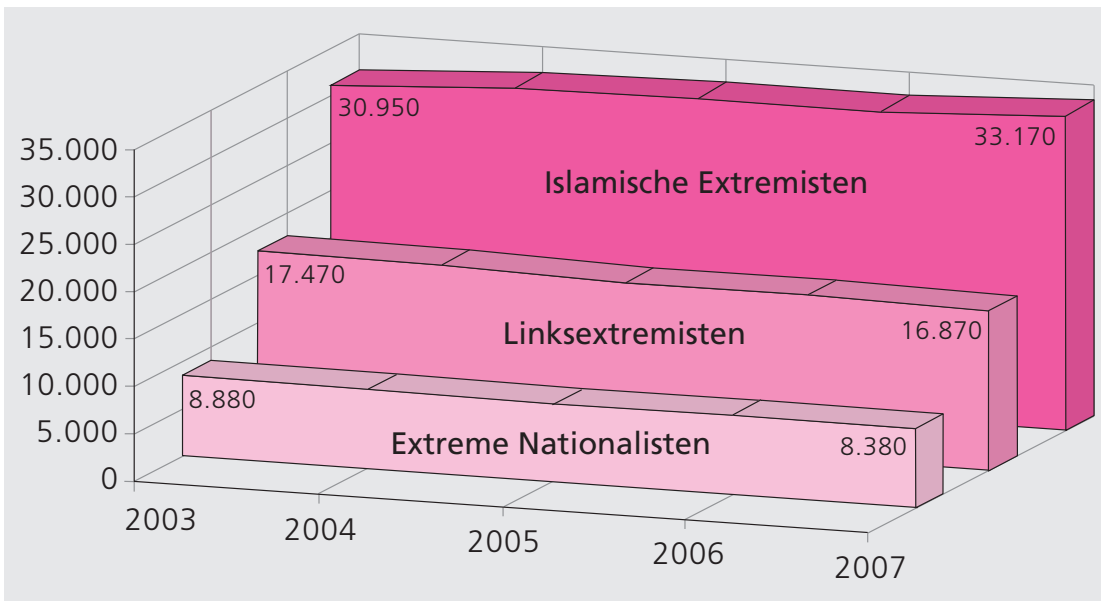
Mitgliederstärke extremistischer Ausländerorganisationen in **Bayern**

	Links-extremisten		Extreme Nationalisten		Islamische Extremisten		Gesamtzahl Mitglieder	
Kurden	1.800	(1.800)	-	(-)	50	(50)	1.850	(1.850)
Türken	280	(280)	1.250	(1.250)	4.900	(4.900)	6.430	(6.430)
Sonstige*	310	(330)	50	(50)	520	(530)	880	(910)
Gesamtzahl	2.390	(2.410)	1.300	(1.300)	5.470	(5.480)	9.160	(9.190)

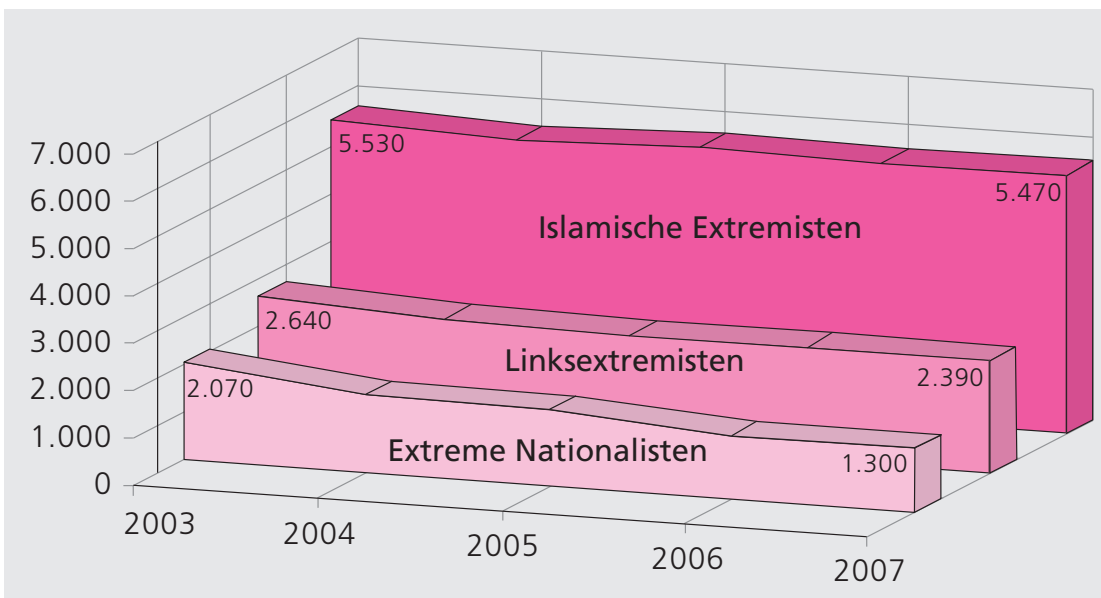
(in Klammern die Vergleichszahlen des Vorjahrs)

* Iraker, Albaner, Araber, Inder, Iraner, Sri Lankaer u.a.

Die Gesamtzahl der Mitglieder extremistischer Ausländervereinigungen in Bayern blieb mit 9.160 gegenüber 9.190 im Vorjahr annähernd gleich. Wie in den Vorjahren stellten die Organisationen extremistischer Türken (einschließlich kurdischer Volkszugehöriger) etwa 90 % aller aus-



Ausländische Extremisten in **Deutschland**



Ausländische Extremisten in **Bayern**

ländischen Extremisten in Bayern. Über die Hälfte aller ausländischen Extremisten ist dem Islamismus zuzurechnen.

Eine isolierte Betrachtung der Mitgliederzahlen der Organisationen verdeutlicht die Bedrohungslage nicht ausreichend. Insbesondere im Bereich des Terrorismus treten im Inland fast ausschließlich organisationsunabhängige Einzelpersonen oder Anhänger von Splittergruppen ausländischer Organisationen mit Verbindungen zum islamistischen Terrorismus auf. Ihre Gesamtzahl kann nur geschätzt werden. In Bayern werden etwa 50 Personen Verbindungen zu terroristisch orientierten Netzwerken zugeschrieben. Zu berücksichtigen ist jedoch, dass eine weit größere Zahl islamischer Extremisten - rund 500 Personen - Gewalt zur Durchsetzung politischer Ziele befürwortet, dabei aber vorrangig auf ihre jeweiligen Heimatländer und nicht auf Deutschland abzielt.

*Gewaltpotenzial
in Bayern*

1.3 Gewalttaten

In Deutschland betrug die Zahl der Gewalttaten mit extremistischem Hintergrund aus dem Bereich „politisch motivierte Ausländerkriminalität“ (ohne Terrorismusdelikte) 108 gegenüber 95 im Jahr 2006. In Bayern ging die Zahl der ausländischen Extremisten zuzurechnenden Gewaltdelikte von elf im Jahr 2006 auf sechs deutlich zurück. Bei den Gewaltdelikten handelt es sich beispielsweise um Übergriffe auf Rechts-extremisten, denen gegenseitige Auseinandersetzungen vorausgegangen waren.

Im Gegensatz zu den Gewaltdelikten ist die Zahl der Terrorismusdelikte von drei im Jahr 2006 auf acht im Jahr 2007 gestiegen. Dabei wird u.a. wegen der Verbreitung djihadistischer Inhalte im Internet sowie wegen des Verdachts der Unterstützung terroristischer Vereinigungen wie der Ansar al-Islam/Ansar al-Sunna und der DHKP-C ermittelt.

1.4 Gerichtsverfahren und Exekutivmaßnahmen

Nachdem der Bundesgerichtshof am 16. November 2006 den Marokkaner Mounir al-Motassadeq rechtskräftig der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung und der Beihilfe zum 246-fachen Mord schuldig gesprochen hatte, setzte das Oberlandesgericht Hamburg am 8. Januar das Strafmaß wegen Beihilfe zum Mord an den Insassen der 11. September 2001 am 11. September 2001 in den USA entführten vier Flugzeuge auf 15 Jahre fest.

11. September 2001

PKK

Wegen Rädelsführerschaft in der terroristischen Vereinigung PKK (vgl. auch Nummer 5.1.2 dieses Abschnitts) verurteilte das Oberlandesgericht Frankfurt am Main am 16. Januar einen türkischen Staatsangehörigen kurdischer Abstammung zu einer Freiheitsstrafe von zwei Jahren und drei Monaten. Der Verurteilte war in den 90er Jahren mitverantwortlich für mehrere Anschläge auf türkische Generalkonsulate, Restaurants, Banken und Reisebüros im gesamten Bundesgebiet. Dabei waren ein Mensch getötet und zahlreiche weitere verletzt worden.

DHKP-C

Am 8. April wurden in einer Wohnung in Hagen/Nordrhein-Westfalen zwei mutmaßliche Führungsmitglieder der DHKP-C (vgl. auch Nummer 5.2 dieses Abschnitts) festgenommen. Ihnen wird u.a. vorgeworfen, im Auftrag der DHKP-C Kommunikationsmittel, militärische Ausrüstung, Waffen und Munition besorgt und für den bewaffneten Kampf gegen den türkischen Staat in die Türkei geschmuggelt zu haben. Gegen beide erging Haftbefehl wegen Mitgliedschaft in einer ausländischen terroristischen Gruppierung.

In London wurden am 11. Juli vier Angeklagte wegen versuchter Anschläge nach dem Vorbild der Londoner U-Bahn-Attentate vom 7. Juli 2005 zu lebenslanger Haft verurteilt. Die Angeklagten waren schuldig gesprochen worden, am 21. Juli 2005, zwei Wochen nach den Anschlügen mit über 50 Toten und hunderten Verletzten, eine weitere Attentatsserie auf U-Bahn-Züge und einen Bus geplant zu haben. Da die Sprengsätze nicht explodierten, waren keine Opfer zu beklagen.

*Londoner
U-Bahn-Attentate
vom 7. Juli 2005*

Wegen logistischer und finanzieller Unterstützung der irakischen Terrorgruppe Ansar al-Islam bzw. Ansar al-Sunna (AAI/AAS) - vgl. auch Nummer 4.3.2 dieses Abschnitts - verurteilte das Oberlandesgericht München am 25. Juni einen Iraker zu einer Haftstrafe von drei Jahren und drei Monaten. Im August wurde der Iraker aus der Haft entlassen, da er bereits im Juni 2005 verhaftet worden war und zwei Drittel seiner Strafe verbüßt hatte. Es wurden aufenthaltsbeschränkende Verfügungen gegen ihn erlassen.

Ansar al-Islam

Ebenfalls wegen finanzieller Unterstützung der AAI/AAS verurteilte das Oberlandesgericht München am 9. Juli einen irakischen Staatsangehörigen zu einer Freiheitsstrafe von fünf Jahren und sechs Monaten. Das Gericht führte zu dem vergleichsweise hohen Strafmaß an, dass ein Kämpfer im Irak bereits mit 20 bis 25 Euro einen Monat finanziert werden könne. Der Prozess dauerte mehr als ein Jahr.

Am 4. September wurden nach monatelangen Ermittlungen von Sicherheitsbehörden des Bundes und der Länder drei terrorverdächtige Islamisten in Medebach-Oberschlehdorn/Nordrhein-Westfalen festgenommen. Die Aktivisten der „Islamischen Jihad Union“ (IJU), einer usbekischen Organisation mit al-Qaida-Bezügen, hatten sich große Mengen Wasserstoffperoxid, Zünder und weiteres Material zum Bau von Sprengsätzen beschafft. Ihre Ausbildung hatten sie vor allem in Ausbildungslagern der IJU in Pakistan erhalten. Kontakte bestanden auch in die islamistische Szene im Raum Ulm/Neu-Ulm (vgl. auch Nummer 4.5.1 dieses Abschnitts).

*Festnahme von
Aktivisten der
Islamischen Jihad
Union (IJU)*

In Wien wurde am 12. September der mutmaßliche Verantwortliche des deutschsprachigen Internet-Auftritts der „Global Islamic Media Front“ (GIMF) festgenommen, was die GIMF allerdings nicht erkennbar schwächte. Sowohl vor als auch nach dieser Festnahme erschienen auf der Homepage der GIMF Videobotschaften, in denen Österreich und Deutschland mit Terroranschlägen bedroht wurden (vgl. auch Nummer 2.2 dieses Abschnitts).

*Global Islamic
Media Front (GIMF)*

Das Oberlandesgericht Celle eröffnete am 26. September den Prozess gegen einen Iraker wegen Werbung für das Terror-Netzwerk al-Qaida.

Al-Qaida

Ihm wird vorgeworfen, Audio- und Videobotschaften von terroristischen Rädelsführern wie al-Zarqawi, al-Zawahiri und Bin Ladin im Internet verbreitet und damit Terroranschläge verherrlicht und gerechtfertigt zu haben. Der Iraker, der am 10. Oktober 2006 bei Osnabrück festgenommen worden war, hatte bis 2002 in Regensburg gelebt und war als Anhänger der AAI/AAS bekannt.

Indoktrinierung von Kindern

Ebenfalls am 26. September verurteilte das Amtsgericht München einen ägyptischen Kaufmann wegen Volksverhetzung zu einer 18-monatigen Freiheitsstrafe auf Bewährung. Dem Kaufmann wird vorgeworfen, CDs vertrieben zu haben, in denen Kinder zum „Schlachten der Juden“ und zum Märtyrertod aufgefordert wurden. Als besonders verwerflich erachtete das Gericht, dass mit den Inhalten der CDs gezielt Kinder indoktriniert werden sollten. Die Bild- und Tonträger waren am 14. April 2005 bei einer Durchsuchung von mehr als 30 Objekten in- und außerhalb Deutschlands sichergestellt worden.

Terroranschläge in Madrid vom 11. März 2004

Nach mehr als achtmonatiger Dauer wurden am 31. Oktober in Madrid die Urteile im Prozess um die 191 Toten und über 1.500 Verletzten der Terroranschläge auf Madrider Pendlerzüge vom 11. März 2004 gesprochen. Ein Viertel der fast 30 Angeklagten wurde freigesprochen, so auch der mutmaßliche Drahtzieher der Attentate. Unterschiedliche Übersetzungen eines abgehörten Telefonats, in welchem er sich 2004 laut Anklage gerühmt hatte, die Tat in Madrid geplant zu haben, boten für das Gericht keine ausreichende Grundlange, ihn als Beteiligten der Anschläge zu verurteilen. Nur drei der Beschuldigten wurden wegen Mordes zur Höchststrafe verurteilt. Bei 18 weiteren Angeklagten entschied das Gericht zwar auf hohe Gefängnisstrafen wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung, blieb aber weit unter den Forderungen der Staatsanwaltschaft.

„Lokman-Prozess“

Das Oberlandesgericht München setzte im Oktober die Reststrafe von drei Jahren und zehn Monaten Haft des Irakers Lokman Amin Mohammed zur Bewährung aus. Lokman, der am 12. Januar 2006 in München wegen Mitgliedschaft in einer ausländischen Terrorvereinigung zu sieben Jahren Haft verurteilt worden war, saß bereits seit Dezember 2003 in Haft. Der irakische Kurde machte im Verlauf seines Verfahrens umfangreiche Angaben und sagte auch in anderen Terrorprozessen aus.

DHKP-C

Am 5. November wurde vor dem Oberlandesgericht Stuttgart Anklage gegen fünf hochrangige Funktionäre der DHKP-C (vgl. auch Nummer 5.2 dieses Abschnitts) wegen Mitgliedschaft in einer ausländischen terroristischen Vereinigung erhoben, u.a. auch gegen den Gebietsverantwortlichen für Süddeutschland. Neben der Rekrutierung neuer Mitglie-

der und deren ideologischer Schulung hatten sie den Auftrag, Waffen, Munition, Handys und Ausweispapiere für die kämpfenden Einheiten in der Türkei zu beschaffen.

Das Düsseldorfer Oberlandesgericht verurteilte am 5. Dezember zwei Palästinenser und einen Syrer wegen der Mitgliedschaft und der Unterstützung der al-Qaida zu sechs, sieben und dreieinhalb Jahren Haft. Es war das erste Verfahren der Bundesanwaltschaft, das sich auf Erkenntnisse aus einem so genannten großen Lauschangriff stützte. Zwischen August 2004 und der Festnahme im Januar 2005 waren Gespräche in der Wohnung des Hauptangeklagten abgehört worden. Die drei Männer hatten versucht, durch den Abschluss von Risiko-Lebensversicherungen und den geplanten fingierten Unfalltod eines der Angeklagten Versicherungsleistungen von mehr als vier Millionen Euro zu kassieren. Das Geld sollte teilweise der Terrororganisation al-Qaida zugeführt werden. Die Verteidigung kündigte Revision an, da ihrer Ansicht nach die Ergebnisse der akustischen Wohnraumüberwachung nicht gerichtsverwertbar seien. Der angeklagte Syrer wurde nach dem Urteilsspruch freigelassen, da er bereits mehr als zwei Drittel seiner Strafe in Untersuchungshaft verbüßt hatte.

Al-Qaida

Am 18. Dezember begann vor dem Düsseldorfer Oberlandesgericht der Prozess gegen einen der beiden so genannten Kofferbomber wegen versuchten vielfachen Mordes. Er hatte zusammen mit einem weiteren Libanesen versucht, am 31. Juli 2006 zeitlich aufeinander abgestimmte Sprengstoffanschläge auf zwei Regionalzüge zu verüben; nur ein handwerklicher Fehler hatte die Explosionen verhindert. Der zweite Libanese wurde gleichfalls am 18. Dezember im Libanon zu zwölf Jahren Freiheitsstrafe verurteilt. Den in Deutschland angeklagten Libanesen verurteilte ein libanesisches Gericht in Abwesenheit zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe.

Prozessbeginn gegen „Kofferbomber“

2. Islamischer Extremismus (= Islamismus)

2.1 Ideologische Grundlagen des Islamismus

Der Islam als Religion und seine Ausübung werden nicht vom Verfassungsschutz beobachtet. Der Beobachtung unterliegen jedoch islamistische Gruppierungen und Einzelpersonen, die die unter Nummer 1.1 dieses Abschnitts dargelegten Merkmale des Ausländerextremismus erfüllen. Eine Differenzierung zwischen Islam und Islamismus kann gleichwohl nicht absolut sein, da sich der Islamismus direkt aus dem Islam ableitet.

Gesetzlicher Beobachtungsauftrag

Die im Bundesgebiet aktiven islamistischen Gruppierungen wollen die in ihren Heimatländern bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnun-

gen durch ein auf dem Koran und der Scharia (islamisches Rechtssystem) basierendes islamisches Gesellschaftssystem ersetzen. Überwiegend streben sie sogar die Errichtung eines anti-laizistischen Gottesstaats auf der ganzen Welt an. Sie gehen davon aus, dass durch die Scharia eine alle Lebensbereiche umfassende islamische Gesellschaftsordnung vorgegeben sei, die es überall zu verwirklichen gelte. Nach ihrer Überzeugung entsprechen die gesellschaftspolitischen Vorstellungen des Islamismus wegen ihres göttlichen Ursprungs als einziges gesellschaftliches System in allen Aspekten vollständig der menschlichen Natur. Die Trennung von Staat und Religion (Laizismus) in westlichen Staaten wird daher nicht nur als „un-islamisch“ abgelehnt, sondern teilweise auch aktiv bekämpft. Der Islamismus ist geprägt von Intoleranz gegenüber Andersgläubigen, teilweise sogar gegen friedliche, moderate Muslime. Aufgrund seines Absolutheitsanspruchs fordert er einen aktiven Kampf gegen alle „Ungläubigen“ und für die weltweite Islamisierung, falls nötig durch Unterwerfung aller Nichtmuslime. Westliche Demokratie- und Gesellschaftsvorstellungen werden abgelehnt, sofern sie nicht im Einklang mit der von den Islamisten vorgenommenen Auslegung des Korans und der Scharia stehen. Dies bedeutet die Ächtung des demokratischen Prinzips der Volkssouveränität und der Chancengleichheit der Parteien. Ferner gibt es keine Gewaltenteilung, keine demokratische Legislative, keine Kontrolle der obersten Staatsgewalt. Auch die Menschenrechte nach westlichem Verständnis werden nur anerkannt, sofern sie nicht im Widerspruch zur Scharia stehen. Die Gleichheit der Menschen wird verneint, nur Muslime genießen volle Rechte.

Absolutheitsanspruch

Ablehnung von Integration

Islamistische Gruppen wenden sich infolgedessen massiv gegen eine echte Integration. Sie versuchen, vor allem junge Menschen zu beeinflussen und sie zu einer Ablehnung unserer demokratischen Ordnung und unserer freiheitlichen Gesellschaft zu bewegen. Dazu dienen die privaten Koranschulen extremistischer Organisationen wie auch die Pflicht für Frauen und Mädchen, Kopftücher zu tragen, was zur bewussten Abgrenzung von westlichen Lebensgewohnheiten beiträgt (vgl. auch Nummer 2.3 dieses Abschnitts). Islamistische Terrorgruppen stehen weit mehr im öffentlichen Interesse als nicht-gewaltbereite islamistische Gruppen. Dennoch sind auch diese eine Gefahr für unsere freiheitliche demokratische Grundordnung, da sie - trotz anderslautender Bekenntnisse - eine wirkliche Integration ablehnen und damit zur Bildung von Parallelgesellschaften entscheidend beitragen.

Haltung zur Gewalt

Die Haltung zur Gewalt ist differenziert zu sehen. Gewalt wird nicht von allen Organisationen grundsätzlich abgelehnt, sondern eher von taktischen Überlegungen abhängig gemacht. Nach Ansicht mancher isla-

mistischer Theoretiker schließt der „Djihad“ (wörtlich: Innerer Kampf, Anstrengung; auch bekannt als „Heiliger Krieg“) als Instrument zur Verwirklichung der islamischen Gesellschaftsordnung alle zum Sieg verhel-fenden Mittel ein. So befürwortet ein Teil der islamistischen Gruppierungen vor allem aus dem arabischen Raum Gewalt zur Durchsetzung ihrer politischen Ziele. Die im Bundesgebiet mitgliederstärkste islamistische Gruppierung, die türkische Islamische Gemeinschaft Milli Görüs e.V. (IGMG), setzt dagegen auf politische Aktivitäten zur Veränderung der gesellschaftlichen Ordnungen in der Türkei und in Deutschland (vgl. auch Nummer 3.1 dieses Abschnitts).

2.2 Rolle des Internets

Sowohl nicht gewaltbereite Islamisten als auch islamistische Terroristen nutzen das Internet in professioneller Weise als wesentliches Propaganda-, Kommunikations- und Steuerungsmedium. Inzwischen sorgen mehrere tausend einschlägige Terrorseiten für eine Verbreitung der Djihad-Ideologie. Internet-Auftritte von islamischen Extremisten und von islamistischen Organisationen mit zahlreichen und eindeutigen Verweisen bzw. Links auf Internet-Angebote mit terroristischen Inhalten zeigen deutlich, wie leicht, fließend und damit gefährlich über das offene Medium des World Wide Web der Übergang vom Islamisten zum islamistischen Terroristen ist.

*Propaganda,
Kommunikation,
Steuerung*

Ein anschauliches Beispiel für die zentrale Bedeutung des Internets ist die jüngere Entwicklung al-Qaidas. Mit Hilfe des Internets hat sich al-Qaida immer weiter weg von einer Organisation bewegt und den Charakter einer weltweiten Bewegung angenommen. Die Grenze zwischen al-Qaida-Sympathisanten, die mit Propaganda, Know-how sowie ideologischer Schulung im Netz auftreten, und den Aktivisten des Terrors verschwimmt zunehmend. In jedem Land der Welt können sich Sympathisanten mit Hilfe des zur Verfügung gestellten Lehrmaterials, wie etwa der „Enzyklopädie des Djihad“, ausbilden, um im Namen al-Qaidas am Kampf teilzunehmen. Das Internet gewährleistet die Existenz, Überlebensfähigkeit und Weiterentwicklung al-Qaidas.

Islamisten und islamistische Terroristen finden im Internet ideale Bedingungen, da die spontane Bildung interaktiver und ideologisch gleich gesinnter Internet-Gemeinden kein großes Fachwissen erfordert und ein schnelles Agieren sowie eine große Reichweite im Web ermöglicht. Hier werden Meinungen ausgetauscht, Verlautbarungen und einschlägige Schriften verbreitet, Audio- und Videobotschaften eingestellt oder neu verlinkt und somit einem breiten Publikum von Sympathisanten zur

Große Reichweite

Verfügung gestellt. Neben der zunehmenden Verwendung von neuen Techniken, wie z.B. Podcasting, Weblogs, PalTalk und Chat, sorgt eine neue Generation von islamistischen IT-Fachleuten für professionell aufbereitete und getarnte Internet-Auftritte. So sind islamistische Internet-Angebote, insbesondere im Bereich des Dihadismus, besonders dynamisch. Die Homepages ändern häufig ihr Erscheinungsbild und sind teilweise nur über einen kurzen Zeitraum abrufbar. Ein Großteil der Internet-Seiten ist in arabischer Sprache abgefasst, teilweise werden englisch-, französisch- und auch deutschsprachige Fassungen präsentiert. Einige Internet-Angebote gehen mit so genannten Weblogs einher, die es erlauben, eigene Beiträge einzubringen und so interaktive Netzgemeinschaften zu bilden. In den meist passwortgeschützten Diskussionsforen bilden sich abgeschottete Gruppen ideologisch Gleichgesinnter, in denen religiöse Schulung ebenso stattfindet wie Radikalisierung und Rekrutierung für terroristische Aktivitäten.

Radikalisierung und Rekrutierung

Während bisher die Vermittlung einschlägigen Fachwissens zu den Themen Waffenkunde, Bombenbau, konspirative Kommunikation und Guerillakampf vorwiegend über den Austausch von selbst erstellten Handbüchern und Anleitungen im Internet erfolgte, konnte 2007 erstmals eine Art Online-Universität festgestellt werden. Das zugangsbeschränkte militant-islamistische Internet-Forum „al-Ekhlaas“ („die Wahrhaftigkeit“) bot einen Elektrotechnik-Kurs für Dihadisten an. Der Unterricht erfolgt über foreninterne Privatpost zwischen Lehrer und Schülern sowie über zum Download bereitgestellte Powerpoint-Präsentationen. Die terroristische Ausbildung mittels „Fernstudium“ stellt eine neue Entwicklung dar, die zunehmend als Ergänzung oder auch Ersatz für die immer mehr unter Druck geratenden Ausbildungslager in Afghanistan und Pakistan dient.

„home grown“- Terrorismus

Das Internet leistet so gerade auch dem „home grown“-Terrorismus wesentlichen Vorschub. Zentrale Schritte von der Radikalisierung bis hin zur Selbstrekrutierung, von der ideologischen Schulung bis zur Planung von Anschlägen, können mittels des im Internet zur Verfügung gestellten Materials vollzogen werden. Es ist zu erwarten, dass die mit Hilfe des Internets geschulten und operativ unabhängigen Einzelpersonen oder Gruppen im Bereich des islamistischen Terrorismus zunehmen werden, zumal al-Qaida als eine handlungslegitimierende und -leitende Ideologie zu verstehen ist, die jeder als „Markenzeichen“ in Anspruch nehmen kann. Internet-Veröffentlichungen wie die auf der Seite der „Global Islamic Media Front“ (GIMF) erschienene Anleitung „39 Möglichkeiten den Dihad zu unterstützen“ geben konkrete Anleitung von der geistigen Vorbereitung über die logistische Unterstützung der Mud-

jahidin bis hin zum eigenen „Märtyrer-Tod“. Al-Qaida versucht verstärkt, die Muslime in westlichen Ländern, insbesondere re-islamisierte junge Männer der zweiten und dritten Einwanderergeneration sowie Konvertiten durch ihre Internet-Verlautbarungen zu erreichen.

Obwohl kein direkter Zusammenhang zwischen den Anschlägen von London und Glasgow am 29. bzw. 30. Juni zu Internet-Verlautbarungen aus dem islamistischen Bereich hergestellt werden kann, tragen solche Veröffentlichungen zur Radikalisierung von Tätern bei. So wurden am 28. Juni in einem Internet-Forum Beiträge eingestellt, welche die beabsichtigte Erhebung Salman Rushdies in den Ritterstand zum Thema hatten. Der Schriftsteller war 1989 wegen seiner Schrift „Die satanischen Verse“ von Ayatollah Khomeini in einer Fatwa zum Tode verurteilt worden. In den Internet-Beiträgen fielen Äußerungen wie „Anschläge in London sind zu erwarten“ und „Möchte Großbritannien Anschläge heraufbeschwören?“.

Mittels videodokumentierter Anschläge vor allem im Irak, Videoverlautbarungen und Drohungen wollen Terrorgruppen Stärke und uneingeschränkte Aktionsbereitschaft vermitteln. Eine besondere Rolle in Deutschland spielen hierbei die Seiten der „Global Islamic Media Front“ (GIMF). Die GIMF wendet sich nicht primär an die Bevölkerung im arabischen Raum, sondern hat die weltweite Verbreitung ihrer Propaganda zum Ziel. Seit Mai 2006 gibt es auch eine deutschsprachige GIMF-Homepage. Hier werden regelmäßig deutsche Übersetzungen von Verlautbarungen, Tatbekennungen und sonstigen Informationen von Mudjahidin-Gruppen im Irak und in Afghanistan eingestellt. Anfang März erschien eine sechsminütige Videobotschaft mit islamistisch-terroristischer Ausrichtung. Darin wird Deutschland und Österreich mit Terroranschlägen gedroht, falls beide Staaten ihre Soldaten nicht aus Afghanistan abziehen würden. Der mutmaßliche Verantwortliche der deutschsprachigen GIMF wurde am 12. September in Wien festgenommen, was die GIMF auf ihrer Homepage am 17. September kommentierte:

„An die Kuffar, die uns versuchen zu bekämpfen, sagen wir folgendes: Ihr könnt machen, was ihr wollt, macht so viele Festnahmen, wie ihr wollt, ..., ihr werdet euer Ziel nie erreichen, wir werden immer weiter machen, bis wir den Sieg erlangen oder das Märtyrertum.“

Die Festnahme ihrer mutmaßlichen Führungsspitze führte nicht zu einer erkennbaren Schwächung; die GIMF ist unverändert aktiv. Ende November erschien ein zweites Drohvideo gegen Deutschland und Österreich. In dem vierminütigen Videobeitrag werden beiden Ländern erneut Vergeltungsaktionen angedroht, falls sie ihre Soldaten nicht aus Afghanis-

*Global Islamic
Media Front (GIMF)*

Drohvideo

tan abziehen würden. Außerdem werden weitere Aktionen der Taliban gegen deutsche Bundeswehrsoldaten in Afghanistan angekündigt.

Auf den Seiten des militant-islamistischen Internet-Forums „al-Ekhlaas“ nehmen seit August 2007 die Deutschlandbezüge zu. Beherrschendes Thema ist das deutsche Engagement in Afghanistan und der Aufruf zur Gewalt gegen die Soldaten der ISAF wie auch gegen deren Herkunftsländer. So wurde Ende August die Ansicht vertreten, dass nur „Blut die Soldaten zum Heimgehen bringen“ könne.

Konspirative Kommunikation

Ein wesentliches Element terroristischer Aktivitäten ist die konspirative Kommunikation. Das djihadistische Onlinemagazin „al-Mujahid al-Tiqani“ („der technische Mudjahid“), das sich mit technischen Fragen im Zusammenhang mit der Rechnernutzung befasst, stellte in einem ausführlichen Artikel neben den am häufigsten verwendeten Methoden der elektronischen Verschlüsselung auch die Steganographie vor. Dabei handelt es sich um ein Verfahren, bei dem verschlüsselte Informationen in den Farbschichten von Bilddokumenten verborgen übermittelt werden.

„Elektronischer Djihad“

Seit März 2007 wird im Internet eine Hackingsoftware unter dem Titel „al-Jihad al-Elektruni“ („der elektronische Djihad“) angeboten. Die Software dient der Generierung von so genannten „Denial of Services“-Angriffen. Bei einem derartigen Angriff wird der Zielcomputer bzw. ein Server mit einer so hohen Anzahl von Anfragen beschickt, dass er die Anfrageflut nicht mehr bewältigen kann und vom Netz genommen werden muss. Der Betreiber der Internet-Seite, auf der die Software angeboten wird, benennt auch Ziele, vorwiegend Internet-Seiten mit aus seiner Sicht antiislamischem Inhalt, und ruft zum „elektronischen Krieg“ gegen diese Seiten auf. In der Praxis des „elektronischen Djihad“ überwiegen anlassbezogene Angriffe gegen Internet-Seiten, wie z.B. gegen die dänische Zeitung Jyllands-Posten wegen der Mohammed-Karikaturen oder gegen die marokkanische Fluggesellschaft Royal Air Maroc, weil sie ihren Mitarbeiterinnen das Tragen des Kopftuchs verbot und Gebete während der Arbeitszeit untersagte. Generell nimmt die Bedeutung des „Cyber Djihad“ in islamistischen Kreisen zu, da man auf diesem Feld mit relativ geringen Mitteln und fast ohne persönliches Risiko in hoch technisierten Gesellschaften großen Schaden anrichten kann.

„Cyber Djihad“

2.3 Islamistische Bildungs- und Jugendarbeit

Die Bildungs- und Jugendarbeit ist ein wesentlicher Baustein zum Erhalt und zur Fortentwicklung jeder Organisation. So wendet sich eine Viel-

zahl islamischer Einrichtungen in Deutschland mit alters- und zielgruppenorientierten Bildungs- und Betreuungsangeboten an Kinder, Jugendliche und Heranwachsende. Die Angebote sind nur teilweise extremistischer Natur. Eine Gefahr liegt jedoch darin, dass vor allem islamistische Organisationen dieser Arbeit hohe Bedeutung beimessen. Sie wollen der Jugend eine moralische Orientierung geben, die ihrer Ansicht nach in der westlichen Gesellschaft nicht gewährleistet ist.

Eine besondere Rolle bei der Bildungsarbeit islamistischer Organisationen nimmt die religiöse Fortbildung und somit der Koranunterricht ein. In nahezu allen Moscheevereinen werden Korankurse angeboten. Der Unterricht findet nach Geschlechtern getrennt in der Regel am Wochenende statt. Zusätzlich bieten die Vereine während der Ferien besondere Kurse im In- und Ausland an. Parallel zu den Korankursen werden gelegentlich auch Arabischkurse angeboten, die die Rezitation und das inhaltliche Verständnis des Korans ermöglichen sollen. Dabei schaffen sich extremistische Organisationen Möglichkeiten, in die als religiöse „islamische“ Bildung präsentierten Angebote islamistische, auf politische Inhalte ausgelegte Positionen einfließen zu lassen und prägend auf Kinder und Jugendliche einzuwirken.

Korankurse

Kennzeichnend für eine islamistische, also auf politische Inhalte ausgelegte Bildungsarbeit, sind vor allem:

*Merkmale
islamistischer
Bildungsarbeit*

- die Deutung des Islams als ordnungspolitisches System,
- die Ausschließlichkeit, mit der die spezielle religiöse Lesart der Organisation vertreten wird,
- der abwertende Umgang mit Andersgläubigen und andersdenkenden Muslimen,
- der Standpunkt gegenüber demokratischen Freiheitsrechten sowie
- die Wahl der Mittel, mit denen eine islamische Ordnung erreicht werden soll.

Als Anbieter von Korankursen treten im Bereich der islamistischen Organisationen insbesondere die Islamische Gemeinschaft Milli Görüs e.V. (IGMG) sowie die mitgliederstärkste Organisation von Anhängern der sunnitisch-extremistischen Muslimbruderschaft (MB), die Islamische Gemeinschaft in Deutschland e.V. (IGD), auf.

*Bildungsarbeit von
IGMG und IGD*

Die IGMG versucht, mit einem breiten Angebot in der Jugend- und Bildungsarbeit wie etwa der Veranstaltung von Sommerkorankursen, junge

Türken in Deutschland an die Organisation und an ihre islamistische Ideologie zu binden. Durch diese Angebote sollen Kinder und Jugendliche aus dem „Sumpf der westlichen Lebensweise“ herausgehalten und nach „islamischen“ Wertmaßstäben erzogen werden.

Neben den traditionellen Schulungen in Wochenend- und Sommerkursen für Kinder setzt die IGMG aber inzwischen auch gezielt auf attraktive Veranstaltungen für Jugendliche und Studenten (vgl. auch Nummer 3.1 dieses Abschnitts).

Die IGD bemühte sich in den letzten Jahren verstärkt um Attraktivität für die in Deutschland aufgewachsenen Muslime arabischer Herkunft. Diese sollen u. a. über den Aus- und Aufbau von Bildungseinrichtungen in Islamischen Zentren der IGD erreicht werden (vgl. auch Nummer 3.6.1 dieses Abschnitts).

Neben der herkömmlichen Bildungs- und Jugendarbeit haben islamistische Jugendorganisationen aber auch die Sog- und Identifikationswirkung von Musik auf muslimische Jugendliche entdeckt. So demonstriert ein Teil der in Deutschland geborenen oder aufgewachsenen jungen Muslime vor allem durch Rap-Musik ein neues „islamisches Bewusstsein“. Inhalt und Form der Musik sind ebenso wie die Darstellung gewollt politisch und gesellschaftlich provokant gehalten. Themen sind beispielsweise die „ungerechtfertigt negative“ Darstellung des Islam in den deutschen Medien, die „Kopftuchdebatte“ oder der „Krieg gegen den Terror“. Die Texte rufen dabei zu einem Bekenntnis für eine „islamische Identität“ auf. Die „Gesellschaftskritik“, die wesentlicher Bestandteil der Rap-Musik ist, wird dabei religiös-politisch untermauert. Zum Teil bieten islamistische Jugendorganisationen diesen deutschsprachigen Bands gezielt eine Plattform für Auftritte. Auch auf der 29. Jahreskonferenz der IGD, die am 17. November in Leverkusen stattfand, durfte dieses Symbol einer jungen selbstbewussten Identität („Wir sind Deutschland“) als Publikumsmagnet nicht fehlen.

„Pop-Islamismus“

Ein weiteres wichtiges Idol junger Muslime weltweit ist der ägyptische „Fernsehprediger“ Amr Khaled. Durch seine regelmäßigen Auftritte im saudi-arabischen Satellitensender „Iqra“ genießt er hohe Popularität bei seinem überwiegend jugendlichen Zielpublikum. In der öffentlichen Wahrnehmung gilt Khaled als „unpolitischer“, aber der ägyptischen Muslimbruderschaft nahestehender Prediger, der sich vor allem alltäglicher Probleme junger Muslime annimmt. Die Popularität Khaleds machen sich auch extremistische Organisationen zu Nutze, indem sie ihn zu ihren Veranstaltungen einladen.

„Fernsehprediger“

Neben dem Engagement im Jugendbereich spielt aber auch die Erwachsenenbildung eine nicht zu unterschätzende Rolle bei der Verbreitung islamistischer Ideologie. In diesem Zusammenhang ist u.a. auf vielfältige Ausbildungsangebote für Multiplikatoren (Lehrer, Dozenten) hinzuweisen.

*Erwachsenen-
bildung*

Beispielhaft dafür steht das Anfang 2001 in Frankfurt am Main gegründete Islamologische Institut, das mittlerweile seinen Hauptsitz nach Wien verlegt hat. Es steht dem Gedankengut der Muslimbruderschaft (vgl. auch Nummer 3.6 dieses Abschnitts) nahe und geht von einem islamistischen Weltbild aus, das mit einem säkularen Staat unvereinbar ist. Der Leiter des Instituts propagiert diese Haltung auch in einem von ihm verfassten Lehrbuch, das im Unterricht eingesetzt wird. Darin wird Religion als „islamische Lebensweise, die alle Bereiche und Ebenen der Lebensgestaltung, nämlich die religiöse, kulturelle, politische, wirtschaftliche, soziale, wissenschaftliche (...) umfasst“ definiert. Ein eindeutiges Bekenntnis zu Menschenrechten und Grundgesetz ist somit fragwürdig.

Kurse des Instituts, meist Wochenendseminare, finden an mehreren Orten statt, u.a. auch in München. Die Absolventen sollen dafür qualifiziert werden, in öffentlichen Schulen sowie in islamischen Gemeinden und Moscheen in deutscher Sprache islamischen Religionsunterricht zu erteilen.

Das Islamologische Institut profitiert davon, dass im deutschsprachigen Raum ein Mangel an akademisch ausgebildeten Religionslehrern herrscht. Es versucht, durch seine Schulungsangebote diese Lücke auszufüllen und junge Multiplikatoren ideologisch und fachlich auszubilden.

Auch das Internet spielt bei der Vermittlung islamistischer Lehrinhalte eine wachsende Rolle. So ist eine große Anzahl einschlägiger Internet-Seiten zu verzeichnen, die zum Teil miteinander verlinkt sind und Schulungen in Form von Audio- oder Video- Dateien zum Herunterladen anbieten (vgl. auch Nummer 2.2 dieses Abschnitts). Teilweise werden auch Islamseminare live via Internet übertragen.

*Bildung via
Internet*

Zusammenfassend ist festzustellen, dass sich in Deutschland zwischenzeitlich ein umfangreiches und weit verzweigtes privatautonomes islamistisches Bildungs- und Schulsystem entwickelt hat. Die Gefahren dieser Entwicklung sind erheblich; Bildungs- und Sozialarbeit islamistischer Träger kann von einer gemäßigt religiösen zu einer islamistischen Geisteshaltung führen und somit erheblich zur Radikalisierung von Muslimen in Deutschland beitragen.

3. Islamistische Gruppierungen

3.1 Milli-Görüs-Bewegung

„Führer“ der Milli-Görüs-Bewegung:	Prof. Dr. Necmettin Erbakan	
Vorsitzender des europäischen Zweigs (IGMG):	Osman Döring, genannt Yavuz Celik Karahan	
Entstehung der Bewegung (Türkei):	ca. 1970	
Entwicklung in Europa:	Gründung 1985 in Köln als „Vereinigung der neuen Weltsicht in Europa e.V.“ (AMGT); 1995 Aufteilung in die beiden unabhängigen juristischen Personen „Islamische Gemeinschaft Milli Görüs e.V.“ (IGMG) und „Europäische Moscheebau- und Unterstützungsgemeinschaft“ (EMUG)	
	Deutschland	Bayern
Mitglieder:	26.000	4.800
Sitz der IGMG:	Kerpen	
Sprachrohr der Milli-Görüs-Bewegung:	„Milli Gazete“ (Nationale Zeitung)	
Publikation der IGMG:	„IGMG Perspektive“	

Die Milli-Görüs-Bewegung ist ein Sammelbecken von Anhängern des langjährigen türkischen Politikers Prof. Dr. Necmettin Erbakan, der von 1996 bis 1997 Ministerpräsident in der Türkei war. Sie will seit Ende der 60er bzw. Anfang der 70er Jahre - trotz gegenteiliger Äußerungen - die laizistische Staatsordnung in der Türkei durch eine islamische Staats- und Gesellschaftsordnung mit dem Koran als Grundlage des Staatsaufbaus und als Verhaltenskodex des gesellschaftlichen Zusammenlebens ablösen. Ihr Fernziel ist die weltweite Islamisierung unter Führung der Türkei. Prof. Dr. Erbakan hat seine politischen Ideen u.a. in der Schrift „Milli Görüs“ (Nationale Sicht) von 1975 veröffentlicht.

Ideologie

Die Ideologie und die Ziele der Milli-Görüs-Bewegung werden durch unterschiedliche Organisationen bzw. Kommunikationsmittel verbreitet:

- die Glückseligkeitspartei (SP) in der Türkei,
- die Islamische Gemeinschaft Milli Görüs e.V. (IGMG) als Repräsentantin im Ausland,
- die „Milli Gazete“ als publizistisches Sprachrohr,
- das Internet und Fernsehen als Kommunikationsmittel.

Glückseligkeitspartei (SP) in der Türkei

In der Türkei sind die Anhänger der islamistischen Milli-Görüs-Bewegung seit 2001 in der Saadet-Partisi (SP - Glückseligkeitspartei) organisiert, nachdem die islamistischen Vorgänger-Parteien Refah Partisi (RP - Wohlfahrtspartei) und Fazilet Partisi (FP - Tugendpartei) wegen „anti-laizistischer Aktivitäten“ verboten worden waren. Trotz eines gegen Prof. Dr. Erbakan erlassenen Politikverbots, das ihm die Ausübung einer Parteifunktion verwehrt, gilt er weiterhin als „Führer“ mit weit reichendem Einfluss auf Partei und Bewegung. Offizieller Vorsitzender der SP ist Recai Kutan. Auch die derzeitige Regierungspartei AKP (Gerechtigkeits- und Aufschwungpartei) ging aus der 2001 vom türkischen Verfassungsgericht verbotenen FP hervor, sie nimmt für sich aber - anders als die SP - eine Abkehr vom Islamismus in Anspruch.



Bei den türkischen Parlamentswahlen im Jahr 2007 erhielt die SP 2,3 % der Stimmen (2002: 2,5 %), während die AKP mit 46,5 % der Stimmen (2002: 35,0 %) die Mehrheit der Abgeordnetenmandate errang und die seit 2002 von ihr geführte Regierung in der Türkei fortsetzte. Die IGMG unterstützte auch 2007 massiv den Wahlkampf der SP und dokumentierte damit ihre politische Ausrichtung an der türkischen Milli-Görüs-Bewegung.

*Parlamentswahlen
2007*

Zur Vorbereitung der Wahlen fanden Mitte April Veranstaltungen der Milli-Görüs-Bewegung mit den IGMG-Gebietsvorsitzenden in der Türkei statt: Am 12. und 13. April traf Prof. Dr. Erbakan die IGMG-Gebietsvorsitzenden aus Europa in einem Hotel in Ankara zu Einzelgesprächen. Bei einer Gemeinschaftsveranstaltung sprach auch Dr. Arif Ersoy. Dr. Ersoy gilt als Architekt des Konzepts der „gerechten Ordnung“, einer zentralen ideologischen Säule der Milli-Görüs-Bewegung.

Unter dem Titel „Wir werden die Saadet-Fahne ganz nach oben ziehen“ berichtete die Europaausgabe der „Milli Gazete“ am 16. April über die monatliche Provinzratsitzung der SP in Istanbul. Neben dem Istanbuler Parteivorsitzenden, Osman Yumakogullari, nahmen an der Sitzung auch IGMG-Funktionäre teil.

Nach einem Bericht der Milli Gazete vom 15. Juni warnte Prof. Dr. Necmettin Erbakan in einer Rede vor Kandidaten der SP vor der Katastrophe, die drohe, falls nicht die SP an die Macht komme. Er kritisierte die türkische Regierung, die sich dem Internationalen Währungsfonds (IWF) ergeben habe. Die imperialistischen Kräfte hätten im Jahre 1990 erneut einen Kreuzzug begonnen. Nachdem die USA nach dem Zusammenbruch Russlands die einzige Weltmacht seien, habe der „ras-

Wahlkampf

sistische Imperialismus“ gesagt: „Lasst uns den 20. Kreuzzug beginnen!“ Prof. Dr. Erbakan erwähnte ferner die Besetzung Afghanistans und des Iraks durch die USA und kündigte den Beginn des „Nationalen Befreiungskampfs“ (Milli Kurtulus Harekati) an:

„Der historische Punkt, an dem wir uns befinden, ist ein wichtiger Punkt. Und die Wahlen am 22. Juli 2007 werden aus diesem Grund genauso wichtig sein wie die Schlacht von Canakkale (Anmerkung: Dardanellen 1915), sogar noch wichtiger. Zur Befreiung Istanbuls, der islamischen Welt und der Menschheit starten wir den Nationalen Befreiungskampf.“

Weiter führte Prof. Dr. Erbakan aus, dass die SP die einzige der 16 zugelassenen Parteien sei, die die Türkei aus der wirtschaftlichen, politischen und moralischen Krise herausholen könne. Alle Parteien außer der SP hätten die „ehrenhafteste Nation der Geschichte“ und dieses „Land, dem Gott (Allah) die größten Gaben geschenkt hat“, versklavt und ausgebeutet. Er rief dazu auf, der Partei die Stimme zu geben, die für eine gerechte Ordnung eintrete.

„Der Sieg gehört denen, die daran glauben, und der Sieg ist nahe. Gesegnet sei euer Dihad.“

Verhältnis zur IGMG

Auch unabhängig von den diesjährigen Parlamentswahlen zeigte sich die Nähe des europäischen und des türkischen Zweigs der Milli-Görüs-Bewegung. An zahlreichen IGMG-Veranstaltungen beteiligten sich Funktionäre der SP. Aber auch IGMG-Funktionäre besuchten SP-Vertreter in der Türkei.

Im März trafen sich die Gründungsmitglieder der Milli Görüs in Europa in Rotterdam/Niederlande zum „Tag der Vertragstreue“. Neben dem Vorsitzenden der SP in Istanbul, Osman Yumakogullari, der zeitweise Generalvorsitzender der Milli Görüs in Europa war, nahmen der gegenwärtige IGMG-Generalvorsitzende Yavuz Celik Karahan und der damalige IGMG-Funktionär Hasan Damar an der Veranstaltung teil.

Im April besuchte die Vorsitzende der IGMG-Frauenorganisation, Zehra Dizman, mit Mitgliedern ihres Führungsrats Prof. Dr. Necmettin Erbakan in der Türkei. Anschließend traf sich die Delegation mit der Vorsitzenden der Frauenorganisation der SP.

Am 21. April wurde eine neue IGMG-Moschee in Mühldorf am Inn eröffnet. Die Einweihungsfeier besuchten etwa 300 Personen. Neben hochrangigen Funktionären der IGMG, wie etwa dem südbayerischen Gebietsvorsitzenden Abdussamed Temel, waren auch der stellvertretende Vorsitzende der SP und ehemalige türkische Justizminister Sevket Kazan anwesend.

Islamische Gemeinschaft Milli Görüs e.V. (IGMG) als Repräsentantin im Ausland

Die IGMG bildet die Auslandsorganisation der Milli-Görüs-Bewegung. Der Sitz der IGMG-Zentrale befindet sich in Kerpen/Nordrhein-Westfalen. Der Zentrale sind mehr als 30 „Gebiete“ nachgeordnet, davon etwa die Hälfte allein in Deutschland. Weitere „Gebiete“ befinden sich in europäischen Ländern, aber auch in Kanada und Australien. Unterhalb der „Gebietsebene“ sind die „Ortsvereine“ angesiedelt, die sich direkt oder indirekt der IGMG zurechnen lassen. Auch hier zeigt sich, dass sich die Bestrebungen der IGMG vor allem auf Deutschland konzentrieren. So befinden sich von den insgesamt rund 700 „Ortsvereinen“ etwa 500 in Deutschland. In Bayern sind etwa 70 „Ortsvereine“ aktiv, mit regionalen Schwerpunkten in Nürnberg und München. Das Bemühen der IGMG um gesellschaftliche Akzeptanz führte bei mehreren „Ortsvereinen“ zur Annahme von neutralen Bezeichnungen. Solche Vereine geben sich Satzungen, die formal keine Rückschlüsse auf die IGMG mehr zulassen. Beziehungen zur IGMG lassen sich aber aufgrund von internen Mitgliedslisten oder durch bekannt gewordene persönliche Mitgliedschaften führender Funktionäre herstellen. So hat sich der Verfassungsschutz im Berichtsjahr mit der Islamischen Gemeinde Penzberg e.V. befasst. Dieser 1994 gegründete Verein erschien noch für den Zeitraum 2003/2004 auf Mitgliedslisten der IGMG, die bei einer polizeilichen Durchsuchung der Münchner IGMG-Moschee aufgefunden wurden. Inzwischen hat der Vereinsvorsitzende Schreiben vorgelegt, mit denen er um Streichung des Vereins aus dem IGMG-Register bittet und seine persönliche Mitgliedschaft ab März 2006 kündigte.

Die IGMG-Führung unter Leitung des im Dezember 2002 gewählten Vorsitzenden Karahan ist seit der Niederlage der SP bei den türkischen Parlamentswahlen 2002 und der Regierungsbildung durch die AKP bemüht, sich gegenüber der türkischen Regierung als wichtige Organisation zur Wahrung türkischer Interessen in Deutschland darzustellen. So bot im Dezember 2002 der IGMG-Generalsekretär Oguz Ücuncü dem damaligen türkischen Ministerpräsidenten Abdullah Gül und dem AKP-Gründer Recep Tayyip Erdogan Unterstützung an. Die IGMG sei eine wichtige Brücke zwischen der Türkei und Europa. Der Weg zur EU führe über Milli Görüs. Die türkische Regierung griff dieses Angebot auf und strich die IGMG von einer Liste von staatsfeindlichen Organisationen. In der Folgezeit verstärkten sich die Beziehungen zwischen der IGMG und Repräsentanten der AKP sowie regierungsnahen Einrichtungen und Organisationen.

Organisation



Emblem der IGMG

Verhältnis zur AKP

Die IGMG versucht in Deutschland, den Eindruck einer bloßen Religionsgemeinschaft und einer verfassungstreuen Organisation zu erwecken, die sich ausschließlich um die religiösen und sozialen Bedürfnisse der türkischen Muslime in Deutschland kümmert. Neben ihren engen Verbindungen zur SP spricht dagegen jedoch auch, dass die Milli-Görüs-Bewegung regelmäßig den Jahrestag der Eroberung Konstantinopels, des heutigen Istanbul, Ende Mai mit Prunk begeht. Im Berichtsjahr fand die Feier in Ankara statt. Der „Milli-Görüs-Führer“ Prof. Dr. Erbakan wurde als „Mücahid (Glaubenskämpfer) Erbakan“ gefeiert. Die Eroberungsfeier endet stets mit der symbolischen Übergabe des Schwerts Sultans Mehmeds II., der seinerzeit Konstantinopel eroberte, an Prof. Dr. Erbakan.

Durchsuchungsaktionen

Durchsuchungen in den Jahren 2004 und 2005 in der IGMG-Zentrale Südbayern in München ergaben, dass die Führung des Verbands der Ideologie Prof. Dr. Erbakans und dessen SP treu ergeben ist. Es wurden Veröffentlichungen von Prof. Dr. Erbakan sichergestellt. In anderen dort beschlagnahmten Büchern wird die Feindschaft gegen Juden, Freimaurer und Christen sowie die Ablehnung des Westens und der Demokratie sichtbar. Weitere beschlagnahmte Publikationen betonen die Bedeutung des „Djihad“ und die Allgemeingültigkeit des Islam. Neben einem umfangreichen Buchsortiment wurden auch Videokassetten zur Verbreitung vorrätig gehalten. Beispielhaft ist hier der auf Kinder zugeschnittene Zeichentrickfilm „Küçük Mücahid“ (Der kleine Glaubenskämpfer) zu nennen, der Kindern den (bewaffneten) Guerillakampf gegen „Besatzer“ vermittelt. Auch ein Propagandavideo der palästinensischen Widerstandsbewegung HAMAS wurde sichergestellt. Insgesamt zeigt die Auswertung des beschlagnahmten Materials, dass sich die Milli-Görüs-Bewegung im Kampf gegen eine schon lange geplante, bis heute andauernde jüdische Weltverschwörung sieht. Dies wurde auch am Europatreffen der IGMG im Jahr 2006 deutlich. Dort wurde am Verkaufsstand des IGMG-Bücherclubs u.a. das antisemitische Propaganda-Video „Zehras blaue Augen“ verkauft.

Presseberichten zufolge bezweifeln nach Einschätzung des IGMG-Generalsekretärs Oguz Ücüncü viele Imame, dass der Holocaust stattgefunden hat.

Jugend- und Sozialarbeit

Mit einem breiten Angebot in der Jugend- und Sozialarbeit versucht die IGMG, junge Muslime in Deutschland an die Organisation zu binden. So führte die IGMG wie bisher Sommerkorankurse durch. Nach einem Artikel der Milli Gazete vom 21. August hat die IGMG wieder „Tausende Kinder und Jugendliche“ im Rahmen ihres Bildungsprogramms zu-

sammengebracht. Der Vorsitzende der Abteilung Bildung und Erziehung der IGMG, Mehmet Gedik, teilte in einem Interview mit, man habe Religionsunterricht erteilt, „um die Glaubens- und Identitätsstruktur der Kinder ausreifen zu lassen“. Unterrichtsthemen waren der Koran und die Kunst der Koranrezitation. Neben dem Religionsunterricht wurde Türkischunterricht angeboten sowie Kurse, die das soziale Zusammenleben und die Menschenrechte betreffen. Wie in den vergangenen Jahren wurden Kurse mit und ohne Übernachtung in zehn europäischen Staaten angeboten. Diese sogenannten Sommerschulen sind eingebettet in ein von der IGMG-Zentrale verabschiedetes Bildungsprogramm. Dazu gehört auch Islamunterricht ab dem Kindergarten bis zur 8. Klasse. Durch diese Angebote sollen Kinder und Jugendliche aus dem „Sumpf der westlichen Lebensweise“ herausgehalten und nach „islamischen“ Wertmaßstäben erzogen werden.



Neben den traditionellen Schulungen in Wochenend- und Sommerkorkursen für Kinder setzt die IGMG aber inzwischen auch gezielt auf die Durchführung von attraktiven Veranstaltungen für Jugendliche und Studenten.

*Veranstaltungen
für Jugendliche
und Studenten*

Dass ihr dies gelingt, zeigt sich beispielhaft an einer Veranstaltung des IGMG-Gebietes Südbayern am 21. Januar im Stadttheater Ingolstadt, an der etwa 1.200 Personen teilnahmen. Der Abend wurde mit Vorlesungen, Gedichten, Musik und amüsanten Einlagen, teilweise in deutscher Sprache, gestaltet. Bei den Besuchern handelte es sich zum Großteil um junge Leute zwischen 15 und 25 Jahren, die aus dem gesamten südbayerischen Raum angereist waren.

Die Jugend- und Studentenorganisation der IGMG veranstaltete am 31. März in der Stadthalle Hagen/Nordrhein-Westfalen einen „Tag der Studenten“ zu dem etwa 1.700 muslimische Studierende aus ganz Europa kamen. Dies belegt, dass die IGMG auch für angehende Akademiker interessant ist. Die Mobilisierung für diese Veranstaltung erfolgte über eine eigens für den „Tag der Studenten“ eingerichtete türkischsprachige Internet-Seite.

Die IGMG ist zudem bemüht, die Infrastruktur für ihre Bildungsarbeit auszubauen. Deutlich wird dies am Beispiel der am 21. April neu eröffneten Moschee in Mühldorf am Inn. An den Moscheeneubau schloss sich eine internatsähnliche Einrichtung für Kinder und Jugendliche an. Wegen baurechtlicher Mängel wurde der Betrieb des Internats allerdings untersagt. Bisher waren Nürnberg und München in Bayern regio-

*Moscheeneubau in
Mühldorf am Inn*

nale Schwerpunkte der IGMG. Mit dem Moscheeneubau in Mühldorf kann der Verband das Gebiet zwischen Regensburg, Ingolstadt und Landshut besser betreuen (zur Jugend- und Bildungsarbeit islamistischer Organisationen im Allgemeinen vgl. auch Nummer 2.3 dieses Abschnitts).

Kommunikationsplattformen der Milli-Görüs-Bewegung

„Milli Gazete“ als publizistisches Sprachrohr

MILLÎ GAZETE

Die türkischsprachige Zeitschrift „Milli Gazete“ ist eine formal eigenständige Publikation, die jedoch inhaltlich den Lesern die Ideologie von Milli Görüs vermittelt; das Blatt verfügt auch über eine Homepage im Internet. Die Tageszeitung erscheint in einer Türkei- sowie in einer Europa- bzw. Deutschlandausgabe.

*Kommunikations-
plattform der IGMG*

In der Europaausgabe der „Milli Gazete“ nimmt die Berichterstattung über die IGMG, die SP wie überhaupt das Thema „Milli Görüs“ breiten Raum ein. Regelmäßig und umfänglich wird darin auch über lokale, regionale und bundesweite Veranstaltungen der IGMG berichtet. Des Weiteren werden dort auch Annoncen der IGMG veröffentlicht. Auch die Glückwunsch- und Kondolenzanzeigen machen deutlich, dass die Milli Gazete eine wichtige Kommunikationsplattform für die IGMG und die gesamte Milli-Görüs-Bewegung ist. Weder die Homepage der IGMG noch die verbandseigene Zeitschrift „IGMG Perspektive“ oder andere IGMG-Publikationen bieten eine derartige Fülle von Informationen über die verschiedenen IGMG-Veranstaltungen. Die Europa-Ausgabe der „Milli Gazete“ stellt damit die Hauptinformationsquelle über das Vereinsleben der IGMG dar. Ferner wird innerhalb der IGMG und auch auf ihren Veranstaltungen für das Abonnement der „Milli Gazete“ geworben. Die IGMG nutzt und fördert damit ein Medium, das entschieden für politische Inhalte auf der ideologischen Linie Prof. Dr. Necmettin Erbakans und der SP eintritt und wiederholt Verschwörungstheorien aufgreift sowie anti-semitische und anti-israelische Aussagen trifft.

Internet und Fernsehen als Kommunikationsmittel

Seit Jahren ist die IGMG im Internet unter www.igmg.de durch eine deutschsprachige Internet-Seite vertreten, die laufend aktualisiert wird. Der Verzicht auf extremistisches Gedankengut auf dieser Homepage entspricht der Zielsetzung, sich als bloße Religionsgemeinschaft und als verfassungstreue Organisation darzustellen.

Anders verhält es sich auf der Internet-Seite www.milligorusforum.com, die seit Dezember 2005 Inhalte der Milli-Görüs-Bewegung verbreitet. Diese von der IGMG unabhängige Internet-Seite zeigt exemplarisch das extremistische Potenzial der Milli-Görüs-Bewegung. Sie enthält ein türkischsprachiges Forum für registrierte Mitglieder. Bei den Nutzern handelt es sich überwiegend um männliche Jugendliche, die sich zum Teil extremistisch äußern.

Internet-Forum

Im Milli-Görüs-Forum wird immer wieder mit drastischen Bildern getöteter Kinder auf die gewaltsamen Auseinandersetzungen in Palästina hingewiesen und als Problemlösung der terroristische Widerstand propagiert. Darüber hinaus wird mit Bildern in Tschetschenien gefallenen Märtyrern gedacht. Teilnehmer des Forums sehen den Islam in einem weltweiten Abwehrkampf gegen die Ungläubigen. Die Lösung für diese Probleme biete die Milli-Görüs-Bewegung, insbesondere ihr Führer Prof. Dr. Erbakan.

Mit dem türkischen Fernsehsender „TV 5“ verfügt die Milli-Görüs-Bewegung über eine weitere Medienplattform. Die Bedeutung des Senders ist derjenigen der „Milli Gazete“ im Printmedienbereich vergleichbar. Im Rahmen der „TV 5-Europa-Tage“ fand am 13. Januar auch in Nürnberg eine Veranstaltung statt, die vom IGMG-Regionalverband Nordbayern organisiert und beworben worden. Am Rande der Veranstaltung wurden auch Abonnentenwerbung für die „Milli Gazete“ betrieben und Anteilsscheine des Fernsehsenders „TV 5“ zum Verkauf angeboten.

„TV 5“



3.2 Hilafet Devleti (Der Kalifatsstaat)

	Deutschland	Bayern
Anhänger:	800	60
früherer Vorsitzender:	Metin Kaplan	
Gründung:	1984	
Sitz:	Köln	
Publizistisches Sprachrohr:	„Barika-I Hakikat“ (Aufleuchten der Wahrheit) - erscheint derzeit nicht -	
In Deutschland seit 12. Dezember 2001 verboten		

Der „Kalifatsstaat“ (Hilafet Devleti) war eine am Führerprinzip orientierte, streng hierarchisch gegliederte Organisation. Das Endziel dieses „Staates ohne Staatsgebiet“ war die Weltherrschaft des Islam unter dem Kalifat seines Anführers Metin Kaplan. Als erste Stufe auf dem Weg zu diesem Ziel erstrebte der „Kalifatsstaat“ den gewaltsamen



Emblem des Kalifatsstaats

Nachfolgeaktivitäten

Sturz des laizistischen Regierungssystems in der Türkei. Er lehnte Demokratie und jede Trennung von Politik und Religion strikt ab. Damit richtete er sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung sowie den Gedanken der Völkerverständigung und gefährdete die Innere Sicherheit in Deutschland. Das Bundesministerium des Innern verbot deshalb am 12. Dezember 2001 die Vereinigung „Kalifatsstaat“ mit 17 ihrer Teilorganisationen, darunter alle vier bayrischen Verbände. Am 19. September 2002 wurden weitere 16 Teilorganisationen des „Kalifatsstaats“ vom Bundesministerium des Innern verboten. Das Bundesverwaltungsgericht bestätigte am 27. November 2002 die Verbote.

Der als „Kalif von Köln“ bekannt gewordene Islamistenführer und frühere Vorsitzende des „Kalifatsstaats“ Metin Kaplan, der wegen Mordaufrufs eine vierjährige Gefängnisstrafe in Deutschland verbüßt hatte, wurde 2004 in die Türkei abgeschoben.

Auch nach dem Verbot des „Kalifatsstaats“ waren weiterhin Aktivitäten aus den Reihen der Anhänger festgestellt worden, die in Folge zu verschiedenen Ermittlungsverfahren und Exekutivmaßnahmen geführt hatten.

Das Verbotsverfahren und die staatlichen Exekutivmaßnahmen haben die Organisationsstruktur zwar geschwächt, gleichwohl sind die Anhänger weiterhin in Deutschland präsent, wobei die Aktivitäten der Anhänger in Bayern nahezu zum Erliegen gekommen sind. Allerdings wird das Gedankengut des „Kalifatsstaats“ weiterhin verbreitet. So ist die offizielle Internet-Seite des „Kalifatsstaats“, die über einen Server in den Niederlanden betrieben wird, abrufbar. Neben Schriften und Büchern Kaplans, Video- und Audiodokumenten sind hier auch Ausgaben der deutschsprachigen Publikation „Der Islam als Alternative“ (DIA) im Volltext eingestellt.

3.3 Hizb ut-Tahrir

	Deutschland	Bayern
Anhänger:	150	Einzelpersonen
Gründung:	1953 in Palästina	
Europazentrale:	Großbritannien	
Publizistische Sprachrohre:	„explizit“; „al-Khilafah“; „al-Waie“	
Politisches Betätigungsverbot in Deutschland seit	15. Januar 2003	

Die „Partei der islamischen Befreiung“ - Hizb ut-Tahrir - wurde von dem Religionsgelehrten Taqi Din an-Nabhani, einem Mitglied der Muslimbruderschaft (MB), gegründet. Sie hat sich weltweit verbreitet; ab 1995

*Weltweite
Verbreitung*

gewann sie in Zentralasien, insbesondere in den ehemaligen Sowjetrepubliken, zahlreiche Mitglieder. Anhänger der Hizb ut-Tahrir versuchten von Beginn an, militärische Institutionen und Einrichtungen in arabischen Ländern zu unterwandern und Mitglieder aus den Reihen des Militärs zu rekrutieren. In den Jahren 1968 und 1969 scheiterten Putschversuche in Amman/Jordanien und in Bagdad/Irak. Ebenso schlugen Bestrebungen zur Machtübernahme 1974 in Kairo/Ägypten und 1976 in Damaskus/Syrien fehl. Inzwischen ist die Hizb ut-Tahrir in der gesamten arabischen Welt und Zentralasien verboten.

Das Ziel der Hizb ut-Tahrir ist die Errichtung eines „rechtgeleiteten“ weltumspannenden Kalifats, das die Länder und Völker der Muslime in einem einzigen Staat eint und die Botschaft des Islam in die gesamte Welt trägt. Weitere erklärte Ziele sind die Wiedereinführung der Scharia als Strukturprinzip der islamischen Ordnung, die Auslöschung des Staates Israel und die Befreiung der muslimischen Welt von westlichen Einflüssen. Unausweichlich sei dabei ein „Kampf der Kulturen“, insbesondere zwischen Islam und Christentum. Ein Dialog zwischen den Kulturen, geprägt vom Prinzip der Gleichheit und Toleranz, sei mit dem Islam unvereinbar. Der Kampf sei sowohl auf ideologischer, wirtschaftlicher und politischer als auch auf militärischer Ebene zu führen. Der militärische Kampf gegen die Ungläubigen sei im Sinn eines „aktiven Djihads“ für jeden Muslim verpflichtend.



Signet der
Hizb ut-Tahrir

Die Gliederung der Hizb ut-Tahrir in Europa orientiert sich an den Grenzen der Nationalstaaten. Innerhalb der einzelnen Regionen operiert die Hizb ut-Tahrir in voneinander unabhängigen Gruppen, überwiegend in Universitätsstädten. Das Bundesministerium des Innern verbot am 15. Januar 2003 die Betätigung der Hizb ut-Tahrir, da sich die Gruppierung gegen den Gedanken der Völkerverständigung richtete und Gewalt zur Durchsetzung politischer Belange befürwortete. Das Verbot wurde 2006 vom Bundesverwaltungsgericht bestätigt.

Betätigungsverbot

Trotz des Verbots ist davon auszugehen, dass die Organisation ihre Aktivitäten in bekannt konspirativer Weise fortsetzen wird. Öffentlich wahrzunehmen ist die Organisation durch Verbreitung von Propaganda im Internet. Hierzu bedient sie sich in erster Linie im europäischen Ausland befindlicher Server. Öffentliche Auftritte von Führungsfunktionä-

ren der Hizb ut-Tahrir waren in der jüngeren Vergangenheit in Deutschland jedoch nicht mehr festzustellen.

In Bayern waren nur wenige Anhänger von Hizb ut-Tahrir ansässig. Bekannt wurden Gruppen in Erlangen und München. Einige Aktivisten verließen aufgrund der restriktiven Handhabung des Ausländerrechts Bayern.

3.4 Tablighi Jamaat (TJ)

	Deutschland	Bayern
Anhänger:	400	150
Gründung:	1927 bei Delhi (Indien)	
Europazentrale:	Dewsbury/Großbritannien	

Die TJ wurde von dem Religionsgelehrten Mawlana Muhammad Ilyas als pietistische Missionierungsbewegung gegründet. Seit ihren Ursprüngen ist sie eng mit der Islamischen Hochschule von Deoband/Indien verbunden. Die Gemeinschaft vertritt eine archaische Form des Islam indischer Prägung.

Ziel der TJ ist die Islamisierung der Gesellschaft, um dadurch die Etablierung eines islamischen Staates zu erreichen. Sie hat den Charakter einer internationalen islamischen Massenbewegung, deren Anhänger sich nicht einer festen Gruppierung zugehörig fühlen, sondern sich als konsequente Muslime mit missionarischem Auftrag ansehen. Ihre Anhänger vertreten eine wörtliche Auslegung des Korans und der Sunna, die Ausgrenzung der Frau und eine Abgrenzungspolitik gegenüber Nicht-Muslimen. Diese Bestrebungen wirken in nicht-muslimischen Gesellschaften zwangsläufig desintegrierend, so dass eine dauerhafte und ernsthafte Hinwendung zu westlichen Gesellschaftsordnungen, Wertvorstellungen und Integrationsmodellen nicht möglich ist. Das Tragen von traditioneller Gebetskleidung und die bis in Details verbindlichen Verhaltensregeln im Alltag sollen die absolute Hinwendung zum Propheten Mohammed ausdrücken.

Charakteristisch für die Anhänger der TJ ist eine missionarische Reisetätigkeit, bei der sie Moscheen in ganz Europa aufsuchen. Die Missionierung dient der Rekrutierung neuer Mitglieder. Zur Ausbildung der Anhänger gehört eine vier Monate dauernde Schulung (Jamaat), die vornehmlich in Koranschulen in Pakistan absolviert wird. Die wenigsten Missionare verfügen über eine theologische Ausbildung.

*Internationale
islamische
Massenbewegung*

*„Missionierungs-
reisen“*

Zur Missionierung nutzen ihre Anhänger auch Moscheen, die keinen unmittelbaren Bezug zu TJ haben. Dazu dienen Veranstaltungen, bei denen die Anhänger über Tage oder Wochen hinweg beten, den Koran studieren und indoktriniert werden. Direkte Aufrufe zum „Djihad“ werden dabei vermieden, jedoch wird der ideologische Nährboden für den gewaltbereiten Extremismus bereitet. Für Kinder und Jugendliche werden auch Koranschulungen durchgeführt. Durch die gemeinsame ideologische Basis mit militanten Gruppierungen besteht die Gefahr, dass die weltweiten Strukturen der Bewegung von terroristischen Netzwerken genutzt werden. Von Einzelpersonen, die die Schulung der TJ durchlaufen haben, ist bekannt, dass sie sich terroristischen Gruppierungen angeschlossen haben. Vor diesem Hintergrund haben auch bereits mehrere Gerichte festgestellt, dass konkrete Anhaltspunkte dafür bestehen, dass die TJ den Internationalen Terrorismus unterstützt.

In der Zeit vom 24. bis 28. Februar traf sich die Spitze der europäischen TJ in der Weltzentrale in Neu-Delhi/Indien zu einer intern Maschwaragenannten Veranstaltung. Während des Treffens wurde vom TJ-Führungsgremium (Schura) beschlossen, Deutschland zur Koordinierung der Missionierungsaktivitäten in elf Kreise einzuteilen.

Die TJ in Deutschland war bis November 2005 von einem vierköpfigen Gremium geleitet worden. Wegen Richtungsstreitigkeiten innerhalb dieser Führungsgruppe hatte die die TJ-Führung die Deutschland-Schura während des Welttreffens im November 2005 in Raiwind/Pakistan aufgelöst. Veranstaltungen und Missionierungsreisen wurden danach zentral von Indien aus koordiniert. Den deutschen TJ-Funktionären blieb nur eine regionale Verantwortung. Die Neustrukturierung zielt darauf ab, die Verantwortung für Deutschland wieder den lokalen TJ-Funktionären zu übergeben, ohne jedoch eine zentrale Führungsperson zu etablieren.

*Neustrukturierung
der TJ in Deutsch-
land*

Das diesjährige Deutschlandtreffen der TJ fand vom 20. bis 22. April in der Al-Nur-Moschee in Berlin statt. An den einzelnen Tagen nahmen zwischen 300 und 450 Personen teil, etwa 20 davon aus Bayern. Hauptredner waren Koranglehrte aus Raiwind/Pakistan, Neu-Delhi/Indien sowie aus Paris/Frankreich. Dr. Sanaar Ullah aus Neu-Delhi forderte die deutschen Muslime auf, sich wie die Getreuen des Propheten Mohammed zu verhalten. Jeder Gedanke der Muslime solle der TJ gewidmet sein. Die TJ in Deutschland müsse „noch stärker“ gemacht werden. Im Anschluss an diese Rede wurde an die Gebietsverantwortlichen ein Formblatt verteilt, mit dessen Hilfe die deutschen Gebiete dreimal jährlich die TJ-Zentrale detailliert über die geleisteten Aktivitäten informieren sollen. Die Zentrale ist auch über die Maschwaras zu verständigen,

*Deutschland-
treffen*

die alle zwei Monate abgehalten werden sollen. Zum Jahresende ist ein Abschlussbericht zu erstellen. Danach hatten die Vertreter der einzelnen Gebiete in Deutschland ihren Bericht über durchgeführte Missionierungsaktivitäten abzugeben.

*Überregionales
Treffen in
Hannover*

Vom 26. bis zum 28. Oktober fand in der Umma-Moschee in Hannover ein überregionales Treffen der Gebietsverantwortlichen der TJ statt. Insgesamt nahmen knapp 100 Personen aus Deutschland teil, davon einige aus Bayern, zudem Personen aus Österreich, Frankreich, und Großbritannien. Die Verantwortlichen der elf TJ-Kreise in Deutschland berichteten über die geleisteten Missionierungsaktivitäten.

Die Organisation betreibt in Bayern zwei Moscheen in München und Pappenheim. In mehreren Moscheen konnte die TJ an Einfluss gewinnen.

Aufenthaltsrechtliche Maßnahmen bayerischer Behörden und die verstärkte Medienberichterstattung führten zu einer Verunsicherung der deutschen TJ-Anhänger.

3.5 Hizb Allah (Partei Gottes)

	Deutschland	Bayern
Mitglieder:	900	Einzelpersonen
Gründung:	1982 im Libanon	
Publikation:	„al-Intiqad“ (Die Kritik)	
Fernsehsender:	„al-Manar“ (Der Leuchtturm)	

Die Hizb Allah (auch: Hisbollah/Hizbollah) ist eine auf Initiative des Irans gegründete schiitische Partei, die seit 1992 im libanesischen Parlament vertreten ist. Sie wird vom Iran finanziell, materiell und ideologisch unterstützt. Das langfristige Ziel der Hizb Allah ist die Zerstörung des Staates Israel und die „Herrschaft des Islam“ über Jerusalem.

Die Hizb Allah ist einerseits eine politische Partei, die vor allem aufgrund ihres sozialen Engagements auf die Unterstützung der ärmeren Bevölkerungsschichten zählen kann. Andererseits verfügt sie aber nach wie vor über militärische Einheiten, die insbesondere im Süden des Landes unabhängig von der libanesischen Staatsgewalt agieren. Eine Entwaffnung dieser Miliz gemäß der UN-Resolution 1559 gelang bisher nicht und wird vom politischen Flügel vehement abgelehnt. Am 14. August beging die Hizb Allah den ersten Jahrestag ihres „Siegess“ gegen Israel in der militärischen Auseinandersetzung vom Sommer 2006. Der Generalsekretär der Hizb Allah, Scheich Hassan Nasrallah, warnte Israel

*Ablehnung der
Entwaffnung*

vor einem erneuten Angriff auf den Südlibanon und drohte für diesen Fall mit einer „großen Überraschung“. Darüber hinaus betonte er, dass der „Islamische Widerstand“ seine Waffen niemals und unter keinen Umständen abgeben werde. Die Waffen und der „Islamische Widerstand“ seien „heilig“. Der bewaffnete Kampf gegen Israel zur Verteidigung des Libanon müsse fortgeführt werden. Bereits im Vorfeld dieser Rede hatten führende Hizb Allah-Vertreter auf die seit dem Konflikt 2006 qualitativ wie quantitativ wesentlich verbesserte Bewaffnung der Hizb Allah hingewiesen.



Signet der Hizb Allah

Von Ende Mai bis Anfang Juni besuchten hochrangige Angehörige der Hizb Allah, darunter auch zwei Abgeordnete der Hizb Allah-Fraktion der libanesischen Nationalversammlung, mehrere Städte in Deutschland sowie im benachbarten Ausland. Anlass der Besuche waren die Feierlichkeiten zum Jahrestag des Abzugs Israels aus dem Südlibanon im Jahre 2000 (so genannte Siegesfeiern) und die durch hier lebende Libanesen organisierten Informationsveranstaltungen zur Lage in Nahost.

„Siegesfeiern“

Eine dieser Veranstaltungen fand am 5. Juni in München im Eine-Welt-Haus statt. Sie wurde vom Verein „Freunde des Libanon e.V.“ veranstaltet und von rund 70 Personen, vorwiegend Libanesen und Palästinensern, besucht. Zu den Anwesenden sprach der Abgeordnete Hassan Hobballah, der die israelische „Besatzungspolitik“ im Libanon und in Palästina sowie die politische Intervention der USA kritisierte, denen er vorwarf, ausschließlich israelische Interessen zu vertreten. Darüber hinaus betonte er das Recht der Libanesen und Palästinenser auf Widerstand gegen Israel. Hobballah lobte ausdrücklich das Münchner Integrationsprogramm und forderte die Libanesen in der Diaspora auf, die im jeweiligen Staat gültigen Gesetze zu respektieren und einzuhalten.

3.6 Die Muslimbruderschaft (MB) und ihre regionalen Strömungen

Deutschland	Bayern
Mitglieder: 1.250	200
Gründung: 1928 in Ägypten	
Publikation: „Risalat ul-Ikhwan“	

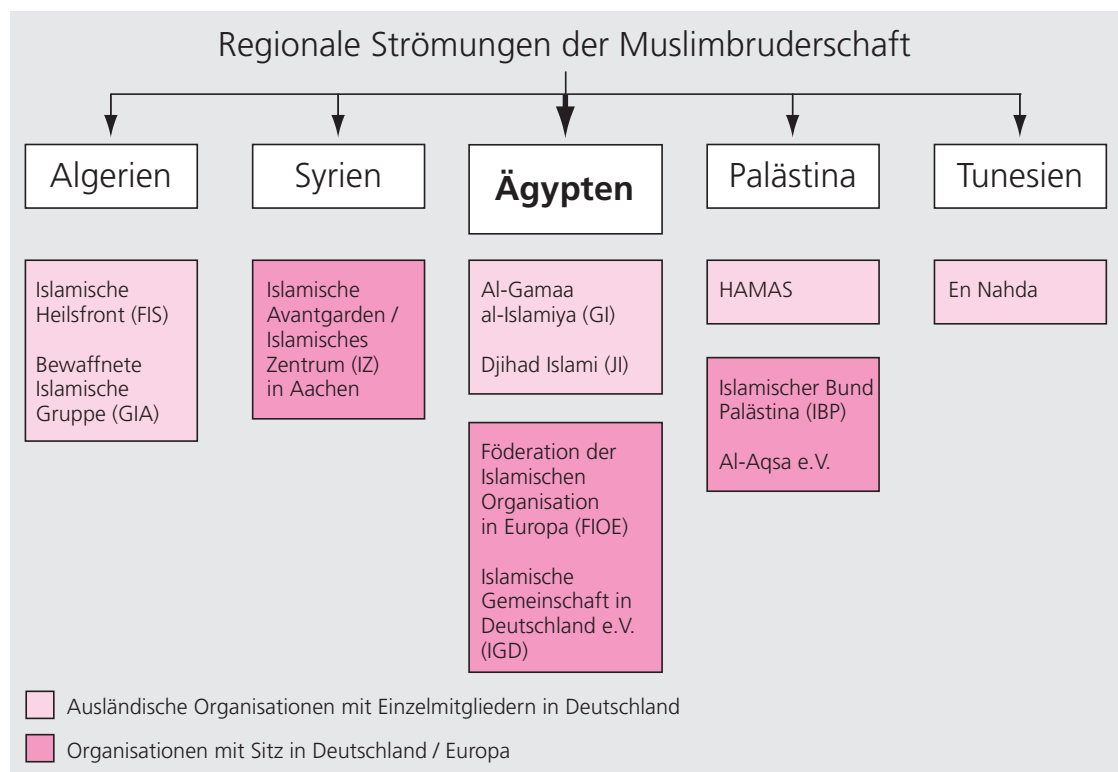
Die von Hassan al-Banna in Ismailija/Ägypten gegründete sunnitisch-extremistische MB ist eine multinationale Organisation, bei der eine Unterteilung in nationale Sektionen erkennbar ist. Das von der MB angestrebte Herrschaftssystem weist deutliche Züge eines totalitären Herr-

Sunnitisch-extremistische Ideologie



Emblem
der MB

schaftssystem auf, das die Selbstbestimmung des Volkes sowie die Prinzipien der Freiheit und Gleichheit der Menschen nicht garantiert. Die Grundideologie der MB ist auf die Errichtung islamischer Gottesstaaten ausgerichtet. Dieses Fernziel eint alle Strömungen innerhalb der MB. Ein Großteil der ideologischen Grundsätze der MB ist somit unvereinbar mit den im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland verankerten Prinzipien der Demokratie, des Rechtsstaats und einer auf der Menschenwürde basierenden politischen Ordnung. Die Ideologie der MB ist in der gesamten muslimischen Welt verbreitet und hat zur Herausbildung zahlreicher militanter islamistischer Organisationen geführt (vgl. nachfolgendes Schaubild).



In ihrem Ursprungsland Ägypten ist die MB verboten; sie wird jedoch inzwischen geduldet. Sie verdankt ihren Einfluss vor allem ihrem sozialen Engagement. Eine aktuelle Programmschrift präzisiert die Parole der MB „Der Islam ist die Lösung“. Sie enthält beispielsweise die Forderung, dem Parlament ein religiöses Gremium zur Seite zu stellen. Ferner sollen Christen und Frauen von den höchsten politischen Ämtern ausgeschlossen sein.

MB-Programmschrift

2004 trat Mohamed Mahdi Akef die Nachfolge des verstorbenen Führers des ägyptischen Zweigs der MB, Ma'moun al-Hudeibi an. Akef hatte Mitte der 80er Jahre das der Islamischen Gemeinschaft in Deutschland e.V. (IGD) zugehörige Islamische Zentrum München (IZM) geleitet. Er

war in seiner Jugend mit dem MB-Gründer Hassan al-Banna befreundet. Später wurde er wegen eines geplanten Anschlags auf den ägyptischen Präsidenten zum Tode verurteilt und schließlich nach 20 Jahren Gefängnis begnadigt. Schon von Deutschland aus baute er seinen Einfluss auf den internationalen Zweig der MB aus. In seiner Person zeigt sich die personelle und ideologische Kontinuität der MB.

Offiziell haben sich die meisten Zweige der MB von der Gewalt abgewandt. Aber Aussagen Mahdi Akefs und Selbstmordattentate der palästinensischen Sektion der MB „Islamische Widerstandsbewegung“ (HAMAS) zeigen indes, dass die MB Gewalt weiterhin als legitimes politisches Mittel betrachtet.

Haltung zur Gewalt

Als Dachverband MB-naher Organisationen in Europa fungiert die „Föderation der Islamischen Organisationen in Europa“ (FIOE) mit Sitz in Leicester/Großbritannien. Sie wurde 1989 im Rahmen einer Resolution begründet, die anlässlich einer Generalversammlung von Repräsentanten der wichtigsten Islamischen Zentren, Gesellschaften und Vereinigungen in Europa verabschiedet wurde. Eine weitere einflussreiche und eng mit der MB verflochtene Organisation ist der „Europäische Fatwa-Rat“ (ECFR) mit Sitz in Dublin/Irland. Dessen Vorsitzender Yusuf al-Qaradawi ist als Sympathisant der MB bekannt.

MB in Europa

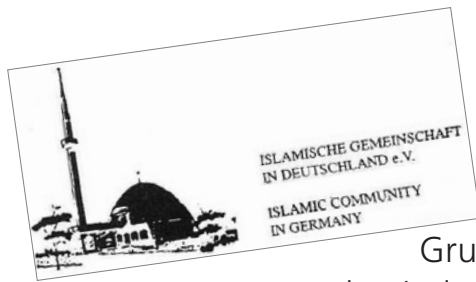
Die MB tritt in Deutschland nicht offen in Erscheinung. Personell ist sie mit der Islamischen Gemeinschaft in Deutschland e.V. (IGD) verflochten, die als deutsche Zentrale des ägyptischen Zweigs der MB gilt. Anhänger des syrischen Zweigs der MB gründeten Anfang der 80er Jahre die „Islamischen Avantgarden“ mit organisatorischem Schwerpunkt im „Islamischen Zentrum“ in Aachen.

3.6.1 Islamische Gemeinschaft in Deutschland e.V. (IGD)

Deutschland	Bayern
Mitglieder: 600	120
Gründung: 1960 in Deutschland	
Sitz: München	
Präsident: Ibrahim Farouk el-Zayat	
Publikation: „al-Islam“ (nur noch als Internet-Ausgabe)	

Die IGD gilt als deutsche Zentrale des ägyptischen Zweigs der MB. Sie hat ihren Sitz im Islamischen Zentrum München (IZM) und ist Mitglied in der FIOE, dem europäischen Dachverband MB-naher Verbände (vgl. auch Nummer 3.6 dieses Abschnitts).

Einfluss der MB auf die IGD



Logo der IGD

Die IGD versucht durch politisches Engagement in Deutschland, die Verwirklichung ihrer Ideologie zu erreichen. Ihr Ziel ist dabei nicht die Integration, sondern die Veränderung der Gesellschaft den eigenen Vorstellungen entsprechend. Diese Vorstellungen sind von den ideologischen

Grundsätzen der MB geprägt, wobei die Anhänger der IGD bemüht sind, dies in öffentlichen Verlautbarungen nicht zum Ausdruck zu bringen.

Seit 2002 ist Ibrahim Farouk el-Zayat Präsident der IGD. Gegen ihn und führende Mitglieder der MB hat das ägyptische Militärgericht im Februar ein Verfahren wegen „terroristischer Methoden und Geldwäsche“ eröffnet.

Darüber hinaus äußerte sich der oberste Führer des ägyptischen Zweigs der MB, Mohamed Mahdi Akef, in einem im Februar 2007 veröffentlichten Interview wie folgt über el-Zayat:

„Er ist tatsächlich / gilt als (Anmerkung: unterschiedliche Übersetzungen) der Chef der Muslimbrüder in Deutschland. Er lebt in Deutschland und zählt zu den besten jungen Leuten in Deutschland, wenn es um Bildung, Wissen und Charaktereigenschaften geht.“

El-Zayat allerdings bestreitet generell - auch mit juristischen Mitteln - seine Mitgliedschaft in der MB.

Um die langfristigen Ziele besser durchsetzen zu können, wurde unter Beteiligung der IGD ein „Imam-Rat“ in Deutschland eingerichtet. Dieser unterhält Kontakte zu dem der MB nahe stehenden „Europäischen Fatwa-Rat“ (vgl. auch Nummer 3.6 dieses Abschnitts). Aufgabe des deutschen „Imam-Rats“ ist es, die Vereinbarkeit der deutschen Rechtsordnung mit Koran und Sunna zu prüfen.

Der IGD sind mehrere nominell eigenständige Islamische Zentren (IZ) in Deutschland nachgeordnet. In Bayern sind dies die Islamischen Zentren in München und Nürnberg. Darüber hinaus verfügt die IGD über ein weit verzweigtes Netz an Koordinationspartnern in verschiedenen Städten Deutschlands.

Das um die IGD bestehende Netzwerk ist wenig transparent, was vor allem mit den Bemühungen der IGD um Verselbständigung der ihr nachgeordneten Islamischen Zentren zusammenhängt. Damit entstehen Vereinsstrukturen, die nur schwer kontrollierbar sind. Darüber hinaus ermöglichen die Umstrukturierungsmaßnahmen, die tatsächliche Anbindung an die IGD nach außen hin zu verschleiern. Ferner besteht damit für die der IGD bisher nachgeordneten Zentren die Mög-

„Imam-Rat“

Änderung der
Vereinsstruktur

lichkeit, selbständig die Gemeinnützigkeit zu beantragen, die die IGD 1999 verloren hat.

Als jüngstes Beispiel kann hier die Neugründung des Vereins „Islamisches Zentrum München e.V.“ (IZM) angeführt werden. Das IZM existiert zwar seit 1973, war jedoch bisher nur Teil der IGD und kein eingetragener Verein. Es ist vorgesehen, dass dem Verein nur deutsche Staatsangehörige beitreten können. Der Verein soll offenbar nicht als Ausländerverein agieren und den hierfür geltenden vereinsrechtlichen Sonderregelungen unterworfen sein. Erster Vorsitzender des neu gegründeten Vereins ist der deutsche Konvertit Ahmad von Denffer, der langjähriger Funktionär der IGD und des bisherigen IZM war.

IZM

Dass sich an der ideologischen Ausrichtung des IZM nichts verändert hat, zeigt sich daran, dass am 16. November nach einer Freitagspredigt im IZM Schriften des MB-Ideologen Sayyid Qutb verteilt wurden.

Ein wesentliches Betätigungsfeld der IGD ist die „Erziehung und Bildung“ junger Menschen, um auf diesem Weg die Gesellschaft ihren ideologischen Zielen entsprechend zu reformieren. So bemühte sich die IGD in den letzten Jahren gezielt um die in Deutschland aufgewachsenen Muslime arabischer Herkunft. Diese sollen u.a. über den Aus- und Aufbau von Bildungseinrichtungen in Islamischen Zentren der IGD erreicht werden. Zu diesem Zweck betrieb die IGD u.a. die „Deutsch-Islamische Schule“ in München, der ein Kindergarten angegliedert war. Die Regierung von Oberbayern hat Anfang August 2005 entschieden, keine Genehmigung für den Weiterbetrieb der „Deutsch-Islamischen Schule“ zu erteilen, da die Verfassungstreue des Schulträgers nicht mehr gewährleistet war; gleichzeitig wurde die staatliche Schulförderung eingestellt. Daraufhin wurde die Schule geschlossen, auch der angegliederte Kindergarten stellte seinen Betrieb ein. Damit wurde der IGD eine wichtige Plattform zur Verbreitung ihrer Ideologie genommen. Allerdings veranstalten die Islamischen Zentren München und Nürnberg auch weiterhin regelmäßig Wochenend-Korankurse für Kinder und Jugendliche.

Bildungsarbeit

3.6.2 Islamische Widerstandsbewegung (HAMAS)

Deutschland	Bayern
Anhänger: 250	Einzelpersonen

Seit der Gründung Israels im Jahr 1948 engagierten sich Anhänger der Muslimbruderschaft (MB) im Kampf für die Zurückgewinnung ganz

Palästinas und die Etablierung einer „islamischen Herrschaft“. Nach der Besetzung des Westjordanlandes und des Gazastreifens durch Israel im Jahr 1967 begann der palästinensische Zweig der MB in den besetzten Gebieten eine soziale Infrastruktur aufzubauen, was ihm rasche Popularität bei der Bevölkerung einbrachte. Am bewaffneten Kampf beteiligte er sich zunächst nicht. Erst als Reaktion auf den Ausbruch



des ersten Palästinenseraufstands (Intifada) im Dezember 1987 wurde Anfang 1988 die HAMAS gegründet und der bewaffnete Kampf gegen Israel aufgenommen. Die HAMAS will Israel zerstören und auf dem gesamten Gebiet

Palästinas einen „islamischen“ Staat errichten. Sie lehnt den israelisch-palästinensischen Friedensprozess und das Existenzrecht Israels ab und ist für eine Vielzahl terroristischer Aktionen verantwortlich, darunter zahlreiche Selbstmord-attentate. Im Juni 2002 wurde deshalb der militärische Arm der HAMAS in die EU-Liste terroristischer Organisationen aufgenommen. 2003 beschlossen die EU-Außenminister, auch die Gesamtorganisation als terroristisch einzustufen.

Nach den für die HAMAS erfolgreichen Wahlen zur Palästinensischen Nationalversammlung vom 25. Januar 2006 verschärfte sich die Spannungen zwischen Teilen der HAMAS und der vorherigen Regierungspartei Fatah bis hin zu bürgerkriegsähnlichen Zuständen.

*Bürgerkriegs-
ähnliche Zustände*

Angesichts der Krise verhängte Präsident Mahmud Abbas am 16. Juni den Ausnahmezustand über alle Autonomiegebiete, entließ die Einheitsregierung und veranlasste für das Westjordanland die Bildung eines Notstandskabinetts unter Führung des unabhängigen Politikers Salam Fayyad. Faktisch bedeutet dies eine Zweiteilung Palästinas.

Zur Lösung des Konflikts zwischen Israel und Palästina fand Ende November eine Nahost-Konferenz in den USA statt, an der sich auch Vertreter der arabischen Staaten beteiligten. Ziel dieses Gipfeltreffens war die Wiederaufnahme von Friedensgesprächen. Bereits im Vorfeld der Konferenz lehnte die HAMAS es jedoch ab, Ergebnisse dieser Verhandlungen zu akzeptieren. Die Friedensgespräche begannen im Dezember.

Friedensgespräche

Aus Anlass ihres 20-jährigen Gründungsjubiläums betonte die HAMAS am 15. Dezember, sie werde den gewaltsamen Kampf gegen Israel nicht einstellen.

In Bayern gibt es nur einzelne Anhänger der HAMAS. Die aktuellen Entwicklungen in Palästina wurden teilweise kontrovers diskutiert, lösten aber keine nennenswerten Aktivitäten aus.

3.6.3 Islamische Heilsfront (FIS)

Deutschland	Bayern
Mitglieder:	30
Gründung: 1989 in Algerien	

Die FIS ist der algerische Zweig der international tätigen Muslimbruderschaft (MB). Aufgrund des wirtschaftlichen und sozialen Niedergangs und des Ansehensverlusts der algerischen Regierung gewann die FIS im Dezember 1991 die Parlamentswahlen in Algerien. Als sie anschließend 1992 verboten wurde, gingen zahlreiche FIS-Funktionäre ins Ausland. Die Organisation wird derzeit von dem in Genf ansässigen Physiker Dr. Mourad Dhina geführt. Dr. Dhina, der zum radikalen Flügel gerechnet werden muss, lehnt den vom bewaffneten Arm der FIS mit der algerischen Regierung vereinbarten Waffenstillstand ab.



Flagge der FIS

Im September 2005 wurde in Algerien die von Präsident Bouteflika vorgelegte „Charta für Frieden und nationale Aussöhnung“ in einer Volksabstimmung mit großer Mehrheit angenommen. Sie umfasst auch eine Teilamnestie für ehemalige bewaffnete islamistische Straftäter, sofern sie nicht an Morden, Vergewaltigungen oder Bombenanschlägen beteiligt waren. Für eine dauerhafte nationale Aussöhnung fordert Bouteflika jedoch ein Verbot politischer Betätigung für ehemalige Akteure der FIS.

*Teilamnestie-
regelung*

Über den künftigen Kurs der FIS in Algerien gibt es in der - in mehrere Fraktionen gespaltenen - FIS nach wie vor keine Einigkeit.

Die in Deutschland aktiven FIS-Anhänger sind in eine informelle, durch persönliche Verbindungen und Kontakte gekennzeichnete Struktur eingebunden, die über die Grenzen Deutschlands hinausreicht. In Deutschland gibt es allerdings nach wie vor keine vereinsähnliche Struktur der FIS. Hiesige FIS-Anhänger betätigen sich vielmehr regional in verschiedenen Moscheen und „Islamischen Zentren“, die teilweise der MB zuzurechnen sind. Offene Agitation für die Ziele der FIS ist derzeit in Deutschland nicht feststellbar.

3.6.4 En Nahda

Deutschland	Bayern
Mitglieder:	85
Wirkungsbereich:	Oppositionsbewegung in Tunesien (seit 1991 in Tunesien verboten)
Führung:	Rachid Ghannouchi/Großbritannien

Die En Nahda (Wiedergeburt) ist der tunesische Zweig der Muslimbruderschaft (MB). Nach der Ideologie der MB ist es das Ziel der En Nahda, in Tunesien einen Staat islamistischer Prägung aufzubauen. Nach wie vor ist die En Nahda die wichtigste Oppositionsbewegung Tunesiens.



Emblem
der En Nahda

Seit 1991 wird die in Tunesien verbotene Organisation von Rachid Ghannouchi geleitet, der in seinem Heimatland zu lebenslanger Haft verurteilt ist. Ghannouchi lebt in Großbritannien und gibt sich nach außen als

gemäßigter, demokratischer Politiker. Gegenüber seinen Anhängern äußert er sich jedoch militant und beteuert u.a., er wolle die amerikanischen Eroberer und die mit ihnen verbündeten arabischen Regierungen verjagen.

Europakongress

Am 11. Juni fand in London der 8. Kongress der En Nahda statt. Rachid Ghannouchi wurde auf diesem Kongress wieder gewählt, obwohl er sich im Vorfeld für ein Rotationsprinzip in der Führungsspitze ausgesprochen hatte. Er hatte erst im Oktober 2006 erklärt, es habe sich an seinen Standpunkten seit 1981 nahezu nichts verändert.

„Die Demokratie im islamischen Rahmen, von dem wir sprechen, erlaubt nichts, was religiös verboten ist, und verbietet nichts, was religiös erlaubt ist.“

Ghannouchis Wiederwahl und seine Aussagen lassen darauf schließen, dass die En Nahda an ihrer islamistischen Zielsetzung und ideologischen Ausrichtung festhalten wird.

Bei den in Bayern lebenden En Nahda-Anhängern sind keine festen Strukturen erkennbar. Allerdings engagieren sich viele von ihnen sowohl im Islamischen Zentrum München der Islamischen Gemeinschaft Deutschland e. V. (vgl. auch Nummer 3.6.1 dieses Abschnitts) als auch in einigen tunesischen Vereinen.

3.7 Islamistische Szene Neu-Ulm/Ulm - Verbotenes Multi-Kultur-Haus Ulm e.V. (MKH)

Bayern
Anhänger: 40
früherer Vorsitzender: Ramez Aly
Gründung: 21.06.1996
früherer Sitz: Neu-Ulm
Publizistisches Sprachrohr: „Denk mal Islamisch“ (DmiZ)
Seit 28. Dezember 2005 verboten

Der Raum Neu-Ulm/Ulm entwickelte sich in der Vergangenheit zunehmend zur Anlaufstelle islamischer Extremisten. Vor allem im „Multi-Kultur-Haus Ulm e.V.“ (MKH) wie auch im „Islamischen Informationszentrum Ulm e.V.“ (I.I.Z) wurden Personen radikalisiert und für den kriegsgerichtlichen Dschihad rekrutiert. Am 28. Dezember 2005 wurde deshalb das MKH vom Bayerischen Staatsministerium des Innern verboten, das Vereinsvermögen beschlagnahmt und ein zugehöriges Grundstück eingezogen.

Vereinsverbot

Der Bayerische Verwaltungsgerichtshof (BayVGH) bestätigte am 24. Januar das Verbot des MKH. Das Gericht kam in seiner Entscheidung zu dem Ergebnis, dass sich die Tätigkeit des Vereins gegen die verfassungsmäßige Ordnung und den Gedanken der Völkerverständigung richtete. Das Gericht stellte u.a. fest, dass der Verein für seine Besucher und Mitglieder eine Fülle von Publikationen bereit gehalten habe, die massive Hetzparolen gegen die Demokratie, den Rechtsstaat und die Menschenwürde von „Ungläubigen“ enthielten. Das Gericht ließ gegen das Urteil keine Revision zu. Das Verbot ist damit bestandskräftig. Im November entschied der BayVGH zudem, dass auch die Einziehung des Grundstücks mit Vereinsgebäude rechtmäßig war. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig.

Zum MKH gehörten eine Moschee, ein Lebensmittelladen, eine umfangreiche Bibliothek, Unterkünfte sowie mehrere Unterrichts- und Gebetsräume, in denen Koranunterricht für Kinder und Erwachsene abgehalten wurde. Im MKH wurde nicht nur verfassungsfeindliches Gedankengut verbreitet und im Sinn einer islamischen Weltordnung radikalisiert, sondern auch für den bewaffneten Dschihad geworben. In Büchern, Ton- und Bildträgern wurde offen zur Tötung von Juden sowie zur Bekämpfung von Christen und „sonstigen“ Ungläubigen aufgerufen.

Werbung für den bewaffneten Dschihad

Kennzeichnend für den personellen Kernbereich des MKH war eine feindliche, aggressive Haltung zur Demokratie, zum jüdischen Volk und letztendlich zur gesamten westlichen Hemisphäre. In diesem Zusammenhang spielte der informelle Führer des MKH, der im Dezember 2004 ausgewiesene Dr. Yehia Yousif, eine Schlüsselrolle. Seit 2001 engagierte er sich verstärkt im MKH, war dort regelmäßig als Imam und Koranlehrer tätig und unterrichtete in dieser Eigenschaft junge Muslime und deutsche Konvertiten. Er forderte dabei auch offen zur Beteiligung am bewaffneten Dschihad auf.

Überdies waren kontinuierlich Verbindungen der islamistischen Szene aus dem Raum Neu-Ulm/Ulm zum internationalen islamistischen Terrorismus zu verzeichnen. Jüngstes Beispiel hierfür sind die früheren Bezüge

der im September im Sauerland festgenommen Anhänger der „Islamischen Jihad Union“ (vgl. auch Nummer 4.5.1 dieses Abschnitts) zum MKH.

Nachfolgeaktivitäten

Die Schließung des MKH verunsicherte und schwächte die örtliche Szene nachhaltig. Vereinzelt Bemühungen, wieder islamistische Strukturen zu gründen, scheiterten letztendlich, meist an fehlenden Finanzmitteln oder an persönlichen Differenzen. Erschwerend kam hinzu, dass charismatische Führungspersönlichkeiten Deutschland verlassen bzw. sich aus Angst vor strafprozessualer Verfolgung vom MKH distanziert haben.

Dennoch sind weiterhin Islamisten in der Region aktiv, die teilweise rege Verbindungen zu terrorverdächtigen Personen und Strukturen im In- und Ausland, besonders in Ägypten, unterhalten. So wurde die bis Anfang 2006 herausgegebene Vereinszeitschrift des I.I.Z.-Ulm zuletzt in Ägypten verfasst.

4. Islamistischer Terrorismus

4.1 Überblick

Bedrohung durch Terrornetzwerke

Der Islamismus - insbesondere die Terrornetzwerke - gefährdet die Innere Sicherheit der westlichen Staaten und damit auch Deutschlands stärker als jede andere extremistische Bestrebung. Trotz internationaler polizeilicher und militärischer Maßnahmen sind die islamistischen Terrornetzwerke unverändert handlungsfähig. Die Aktivitäten Terrorverdächtiger werden weiterhin intensiv beobachtet.

Vehinderte Anschläge in Deutschland

Nach den bereits am 31. Juli 2006 gescheiterten Anschlägen mit Kofferbomben auf zwei Regionalzüge haben die Anschlagplanungen von Aktivisten der „Islamischen Jihad Union“ (IJU) und deren Festnahme am 4. September in Nordrhein-Westfalen erneut sehr deutlich gemacht, dass islamistische Terroristen auch Ziele in Deutschland angreifen. Darüber hinaus betrachten Terrororganisationen Deutschland als logistische Basis zur finanziellen Unterstützung ihrer Aktivitäten in ihren Heimatländern.

Separatistische und nationalistische Bestrebungen

In ausländischen Regionen mit überwiegend muslimischer Bevölkerung stützen sich separatistische und nationalistische Bestrebungen vielfach auf ein zweites ideologisches Standbein, nämlich die Verbreitung des Islam und die Errichtung islamischer Gottesstaaten. Dadurch erhalten diese Bestrebungen auch einen islamistischen Charakter und finden damit weltweit Unterstützung durch islamistische Extremisten und Terroristen. Diese Vermengung von Islamismus, Separatismus und Nationa-

lismus ist bei Anschlägen in Tschetschenien, in Südostasien und - mit Einschränkungen - auch in Palästina festzustellen.

4.2 Tätertypen des Djihad

Wesensmerkmal des islamistischen Terrorismus ist die gemeinsame Ideologie des Djihadismus (vgl. auch Nummer 4.3.1 dieses Abschnitts). Dagegen sind strukturelle und organisatorische Verbindungen zum al-Qaida-Netzwerk nicht unbedingt zwingend, wie die unterschiedlichen Hintergründe von Anschlägen, Gruppierungen und Tätern zeigen.

Als eindeutige **al-Qaida-Terroristen** gelten die Täter der Anschläge vom 11. September 2001 in den USA: Sie waren von al-Qaida ausgewählt und ausgebildet, reisten mit einem genauen Auftrag von al-Qaida - einer damals klar strukturierten Organisation - in das Zielland USA ein und verübten dort die Anschläge. Besondere Aufmerksamkeit verdient dabei die Tatsache, dass einige der Terroristen im Zielland eine Flugschulung absolvierten, die zur Ausführung der Tat notwendig war. Manche von ihnen hatten sich bis zum Anschlag völlig unauffällig verhalten und wurden als „Schläfer“ bezeichnet. Der Ausdruck bezeichnete ursprünglich einen so genannten Perspektivagenten, etwa einen Studenten, der von einem östlichen Nachrichtendienst angeworben wurde, jedoch erst aktiviert wurde, wenn er eine für den Dienst interessante berufliche Tätigkeit ausübte.

Al-Qaida-Terroristen

„Schläfer“

Netzwerke des so genannten **„home grown“-Terrorismus** setzen sich dagegen aus scheinbar längst in die Gesellschaft integrierten Personen zusammen. Ein typisches Beispiel hierfür ist die Londoner Gruppe, die im Sommer 2005 die Anschläge auf das Londoner Verkehrsnetz verübte. Auch die im September in Nordrhein-Westfalen festgenommenen Aktivisten der „Islamischen Jihad Union“ (IJU) gehören zu den „home grown“-Terroristen. Sie hatten eine Ausbildung in einem Lager der IJU in Pakistan erhalten (vgl. auch Nummer 4.5.1 dieses Abschnitts).

„home grown“-Terrorismus

Allerdings treffen diese beiden Typisierungen nicht auf alle Terroristen zu. Die beiden „Kofferbomber“ etwa, deren Anschläge auf zwei Regionalzüge im Sommer 2006 scheiterten, kamen zu Studienzwecken nach Deutschland. Der eine war von seiner Familie mit islamistischem Gedankengut vertraut gemacht worden, auch der andere vertrat islamistische Positionen. Sie waren nicht integriert, radikalisierten sich unter dem Einfluss ihrer sozialen Situation bzw. durch Einflüsse von außen, insbesondere durch den weltweiten Protest gegen die im September 2005 veröffentlichten Mohammed-Karikaturen, und entschlos-

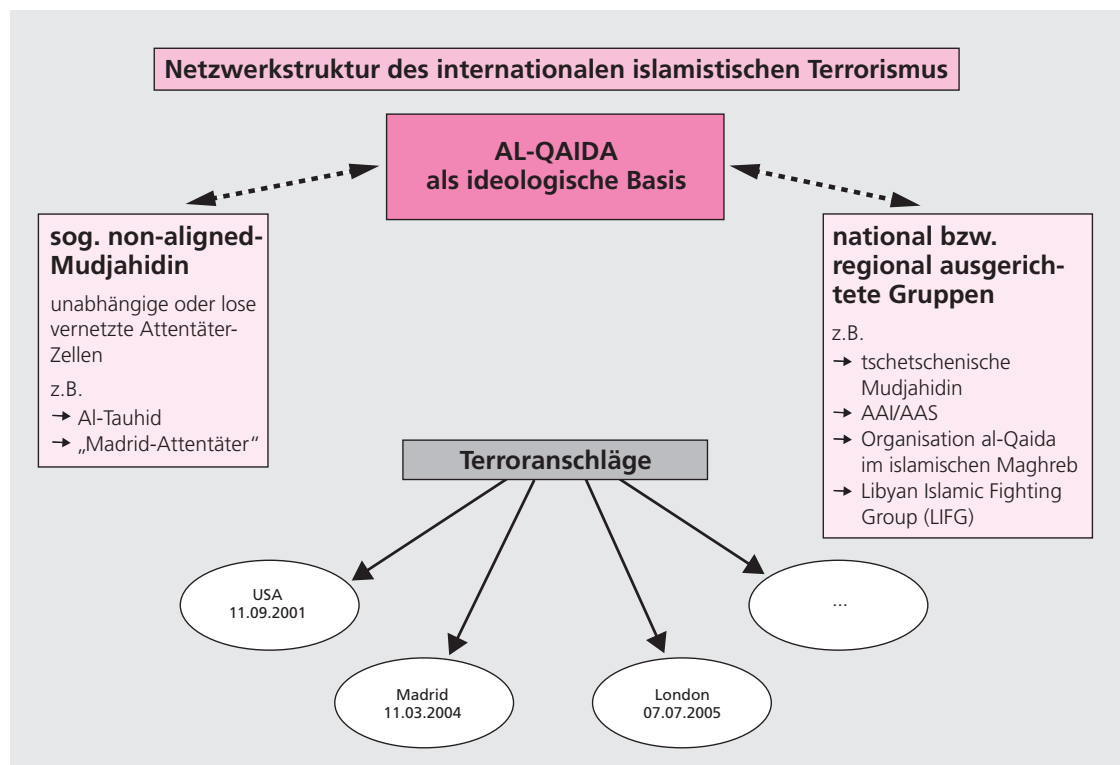
sen sich zu Anschlägen. Technische Anleitungen für den Bombenbau bezogen sie aus dem Internet.

4.3 Das Terrornetzwerk um al-Qaida

4.3.1 Internationales Netzwerk und lokale Terrorgruppen

Das Netzwerk arabischer Mudjahidin besteht aus teils unabhängig voneinander operierenden Organisationen und Zellen, in denen bei gemeinsamer Zielrichtung unterschiedliche Organisationsformen und Vorgehensweisen festzustellen sind. Seine Akteure handeln mit islamistischem Sendungsbewusstsein und nutzen ihre vielfach in Afghanistan gesammelten Erfahrungen. Zwischen diesen Organisationen kann es auch sich überschneidende Abhängigkeits- und Weisungsstränge geben. Eine besondere Führungsrolle innerhalb dieses Netzwerks unabhängiger Organisationen nimmt die al-Qaida ein. Das nachfolgende Schaubild versucht, dieses Netzwerk vereinfacht darzustellen.

*Führungsrolle
der al-Qaida*



Weltweit sind etwa 10.000 ausgebildete und kriegserfahrene Afghanis-tan-Kämpfer in ihre Heimat- oder Zufluchtsländer zurückgekehrt, wo sie sich teilweise lokalen islamistischen Gruppen angeschlossen haben. Sie genießen dort hohes Ansehen und können als Multiplikatoren fun-gieren. Diese lokalen terroristischen Gruppierungen (dargestellt im rechten Bereich des Schaubilds) streben in ihren jeweiligen Heimatlän- dern durch bewaffneten Kampf die Beseitigung der dortigen - aus Sicht

*Lokale Terror-
gruppen*

der Täter westlich-dekadenten - Gesellschaftsordnung und die Errichtung eines islamistischen Gottesstaats an. Die Ideologie von al-Qaida ist vom „Dжихadismus“ geprägt. Ihr Weltbild teilt die Menschheit in Muslime und Ungläubige. Pflicht der Muslime sei es, die Ungläubigen, wenn sie sich ihnen nicht anschließen, im bewaffneten Kampf zu besiegen. Zu den Ungläubigen zählen insbesondere Christen und Juden. Auch die Regierungen zahlreicher islamischer Staaten sind wegen ihrer Weigerung, die USA und Israel zu bekämpfen und eine „muslimische“ Ordnung einzuführen, in den Augen von al-Qaida bloße Marionetten der USA. Zwar ist die Errichtung eines „islamischen Staates“ das gemeinsame Ziel, doch über dessen konkrete Ausgestaltung gibt es nur selten Einigkeit. Feindbild ist der „dekadente Westen“.

Dжихad-Ideologie

Anschlagsziele sind dabei auch Staaten, die mit dem Westen kooperieren (vor allem Saudi-Arabien) oder Staaten, die als zu westlich gelten (z.B. die Türkei). Häufig ist die Ideologie das einzige Bindeglied dieser weltweit autark operierenden Gruppierungen und Zellen. Al-Qaida ist deren „ideologische“ Basis. Dieser Umstand erleichtert auch personelle Verflechtungen. Attentäter-Zellen im Sinn von al-Qaida bedürfen größtenteils nicht des zentralen Kommandos und bekommen nachträglich den „Segen“ für ihre oft langfristig geplanten Anschläge (etwa über Audio- oder Videobotschaften, die über das Internet oder über arabische Sender verbreitet werden). Die Legitimation für ihre Aktivitäten liefern islamistische Ideologen, häufig selbst ernannte Prediger, deren persönliche Autorität weder durch ihren Tod noch durch ihr Wirken aus dem Untergrund, wie z.B. bei Usama Bin Ladin, beeinträchtigt wird. Kampfplätze, auf denen Mudjahidin ihr Kriegswissen erproben können, sind hauptsächlich der Irak und Afghanistan, jedoch auch Tschetschenien und Kaschmir. Der Palästina-Konflikt mit seiner großen medialen Präsenz dient hauptsächlich der Agitation und Mobilisierung.

Al-Qaida als „ideologische“ Basis

Die Zerschlagung der afghanischen Zentrale und die Verhaftung oder Tötung zahlreicher Mitglieder aus der alten Führungsriege haben zwar den Kern von al-Qaida vorübergehend geschwächt, das flexible Netzwerk jedoch nicht besiegt. Einerseits gibt es eine Vielzahl kleinerer Organisationen, die mit al-Qaida teilweise eher lose verbunden sind und nur bei besonderen Ereignissen öffentliches Interesse erfahren. Dies gilt etwa für die „Islamische Jihad Union“ (IJU), die die am 4. September in Nordrhein-Westfalen festgenommenen Aktivisten ausbildete und mit Terroraufträgen nach Deutschland schickte (vgl. auch Nummer 4.5.1 dieses Abschnitts). Daneben gibt es auch große schlagkräftige Organisationen, die eng in das al-Qaida-Netzwerk eingebunden sind.

4.3.2 Ansar al-Islam/Ansar al-Sunna (AAI/AAS)

Unter den Mudjahidin, die sich in den 90er Jahren in Afghanistan aufhielten und in Trainingslagern militärisch ausgebildet wurden, befanden sich auch kurdische Islamisten, die 2001 an der Gründung der Ansar al-Islam (AAI, „Unterstützer des Islam“) - zeitweise auch Ansar al-Sunna (AAS, „Unterstützer der Sunna“) - beteiligt waren. Sie knüpften Kontakte zu al-Qaida, die auch nach der Rückkehr aus Afghanistan bestehen blieben. Der AAI/AAS gelang es, 2001 ein Taliban-ähnliches Regime in einem kleinen Teil des irakischen Kurdengebiets zu errichten. Der Iraker Mullah Krekar, übernahm die Führung. Krekar scheint keine Führungsrolle mehr zu spielen, dürfte aber weiterhin als spirituelle Leitfigur wirken. Als Nachfolger Krekars gilt sein früherer Stellvertreter Abu Adullah al-Shafi.

*Islamistische
Kurdenorganisa-
tion aus dem
Nordirak*

Nach der US-Intervention in Afghanistan nahm die AAI/AAS Kämpfer von Usama Bin Ladin auf und unterstützte sie. Inzwischen ist die AAI/AAS durch ihr Zusammenwirken mit der al-Qaida im Irak Bestandteil des internationalen Terrornetzwerks. Sie ist für eine Vielzahl von Terroranschlägen im Irak mit Hunderten von Toten und Verletzten verantwortlich. Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen stufte sie deshalb am 24. Februar 2003 als terroristische Vereinigung ein.

*Terroranschläge
im Irak*

In Europa gibt es Anhänger in Skandinavien, Großbritannien, Frankreich, Italien, Deutschland und in den Niederlanden. In Bayern sind u.a. in München, Nürnberg und Augsburg etwa 45 Anhänger bekannt, die die Organisation durch Beschaffung von Geld unterstützen; deutschlandweit umfasst die Gruppierung etwa 100 Anhänger. Seit Kriegsende reisten auch mehrere Mitglieder aus Bayern in den Irak; ein Teil von ihnen ist zwischenzeitlich wieder nach Bayern zurückgekehrt. Insgesamt sind die Aktivitäten der AAI/AAS-Anhänger in Bayern stark zurückgegangen, da die Szene durch zahlreiche Maßnahmen der Sicherheitsbehörden in den letzten Jahren erheblich geschwächt worden ist. So verurteilte das Oberlandesgericht München im Juli 2007 zwei AAI-Anhänger u.a. wegen Unterstützung der ausländischen terroristischen Gruppierung AAI zu Haftstrafen von fünf Jahren und sechs Monaten beziehungsweise drei Jahren und drei Monaten (vgl. auch Nummer 1.4 dieses Abschnitts).

*Starker Rückgang
der Aktivitäten
in Bayern*

4.3.3 Organisation al-Qaida im islamischen Maghreb

Die „Groupe Salafiste pour la Prédication et le Combat“ (GSPC, „Sala-fiyya-Gruppe für Predigt und Kampf“), die im September 2006 der

al-Qaida beigetreten war, benannte sich am 24. Januar in „Organisation al-Qaida im islamischen Maghreb“ um. Die ausdrückliche Erwähnung des Maghreb-Bereichs signalisiert den Anspruch auf alleinige Vertretung der al-Qaida in der Region Marokko, Algerien, Tunesien und Libyen. Zudem verbindet die „Organisation al-Qaida im islamischen Maghreb“ mit der Namensänderung die Erwartung, Kämpfer und Unterstützer anderer maghrebinischer Gruppierungen zu rekrutieren. In Algerien haben Attentate gegen Regierungseinrichtungen und Sicherheitspersonal seit dem Anschluss der früheren GSPC an die al-Qaida deutlich zugenommen. Einen der schwersten Anschläge verübte die Gruppierung am 11. April in der algerischen Hauptstadt Algier (vgl. auch Nummer 4.5.5 dieses Abschnitts). Die „Organisation al-Qaida im islamischen Maghreb“ hat sich bisher nicht zu terroristischen Aktivitäten außerhalb Algeriens bekannt. Ein Organisationsaufbau in Deutschland ist nicht erkennbar.

*Zunahme von
Attentaten in
Algerien*

4.3.4 Libyan Islamic Fighting Group (LIFG)

Am 3. November gab Bin Ladin-Stellvertreter Dr. Ayman al-Zawahiri auf einer islamistischen Website den Anschluss der in Libyen kämpfenden islamistischen „Groupe Islamique Combattant Libyen“ (GICL) - besser bekannt unter ihrer englischen Bezeichnung „Libyan Islamic Fighting Group“ (LIFG) - an das al-Qaida-Netzwerk bekannt. Im zweiten Teil der Tonbandaufnahme bestätigte Abu Laith al-Libi, LIFG-Emir und hochrangiges al-Qaida-Mitglied, den Beitritt zur al-Qaida und die Anerkennung Usama Bin Ladins als obersten Führer. Der offizielle Anschluss der LIFG an die al-Qaida-Organisation war aufgrund der engen personellen wie ideologischen Verflechtung erwartet worden, eine Umbenennung der Organisation folgte bisher nicht. Die LIFG wurde Anfang der neunziger Jahre gegründet. Die Mehrzahl der auf einige Hundert geschätzten Mitglieder rekrutiert sich aus ehemaligen Afghanistankämpfern. Auch libysche Regimegegner schlossen sich der LIFG an. Ziel der LIFG ist die Amtsenthebung des libyschen Staatspräsidenten Muammar Gaddafi, verbunden mit der gleichzeitigen Auflösung des weltlichen Regimes und der Errichtung einer islamisch geprägten Staatsherrschaft. Eine nicht unerhebliche Anzahl von Mitgliedern soll sich in Europa aufhalten, eine Exilstruktur der LIFG in Deutschland ist nicht erkennbar.

*Anschluss an das
al-Qaida-Netzwerk*

4.4 Botschaften und Drohungen

In zahlreichen Erklärungen des Terrornetzwerks al-Qaida und seiner Repräsentanten wurden wie in der Vergangenheit Terroranschläge und

der „Heilige Krieg gegen den Westen“ propagiert und gerechtfertigt. Auch Deutschland war Gegenstand mehrerer Drohvideos.

Usama Bin Ladin

Während der Stellvertreter Usama Bin Ladins, Dr. Ayman al-Zawahiri, während des ganzen Jahres über Internet-Auftritte präsent war, trat Usama Bin Ladin erst in der zweiten Jahreshälfte an die Öffentlichkeit. Mit Äußerungen zu aktuellen Themen wollte er unter Beweis stellen, dass er noch am Leben ist. Er rief mehrfach zum bewaffneten Djihaad und zur Einheit aller Kämpfer auf. Beispielsweise wandte er sich auch in einer Ende November zunächst vom arabischen Fernsehsender al-Djazira ausgestrahlten und in verschiedenen Internet-Foren eingestellten Videobotschaft direkt an die Europäer und forderte den Abzug der Truppen aus Afghanistan. Die Erklärung war mit englischen und deutschen Untertiteln versehen. Dies könnte darin begründet sein, dass Deutschland ein großes Truppenkontingent der ISAF stellt. In der Botschaft wird Deutschland nicht explizit erwähnt. Es wurde weder eine direkte Drohung gegen Europa noch eine konkrete Ankündigung von Anschlägen ausgesprochen. Ferner übernahm Bin Ladin nochmals ausdrücklich die Verantwortung für die Anschläge vom 11. September 2001 in den USA.

Drohung der GIMF gegen Deutschland

Am 10. März verbreitete die deutschsprachige „Global Islamic Media Front“ (GIMF) auf ihrer Homepage eine Videobotschaft, die direkt an die Regierungen Deutschlands und Österreichs gerichtet war. Beide Länder wurden aufgefordert, zum eigenen Schutz ihre Soldaten vor allem aus Afghanistan abzuziehen. Ein privater Fernsehsender sendete am 6. November im Zusammenhang mit einem Bericht über die GIMF ein Interview mit einem Repräsentanten der deutschsprachigen GIMF. Dieser befürwortete in dem Interview u.a. eine Beteiligung am Djihaad und an Anschlägen gegen deutsche Soldaten in Afghanistan und Deutschland.

Am 19. Juni berichtete der US-Fernsehsenders ABC von einem Video, demzufolge die Taliban mit Selbstmordanschlägen in den Herkunftsländern der in Afghanistan stationierten westlichen Truppen drohen. Genannt wurden die USA, Kanada, Großbritannien und Deutschland.

Erneute Drohung

Mitte November stellte die GIMF erneut ein Video ins Internet, in dem Deutschland und Österreich wiederum aufgefordert wurden, ihre Soldaten aus Afghanistan abzuziehen, da sie ansonsten um die Sicherheit in ihren Ländern fürchten müssten. Außerdem wurde die Freilassung der am 12. September in Österreich festgenommenen mutmaßlichen GIMF-Mitglieder gefordert.

4.5 Terroranschläge und Anschlagplanungen

Im Jahr 2007 zeigten insbesondere die vereitelten Anschlagpläne der „Islamischen Jihad Union“ (IJU), dass Deutschland wie andere Teile der westlichen Welt vom Terror konkret bedroht ist. Weltweit setzten Anhänger des islamistischen Terrors ihre Gewaltakte fort.

4.5.1 Deutschland

Am 4. September wurden nach umfangreichen nachrichtendienstlichen Vorermittlungen in einer gemeinsamen Polizeiaktion des Bundeskriminalamts, der Bundespolizei und der Länderpolizeien drei Aktivisten einer Zelle der islamischen terroristischen Vereinigung „Islamische Jihad Union“ (IJU) in Medebach-Oberschlehdorn/Nordrhein-Westfalen festgenommen.

Festnahme von IJU-Aktivisten

Bei der IJU handelt es sich um eine usbekische Organisation, die im März 2002 von ehemaligen Mitgliedern der „Islamischen Bewegung Usbekistan“ (IBU) gegründet worden ist. Die IJU gilt als unabhängige Gruppierung, jedoch mit engen Verbindungen zur al-Qaida. Die Gruppierung verfolgte zunächst regionale Ziele, hat jedoch ihre Aktivitäten auf den weltweiten Djihaad erweitert. Die IJU hat ihre Handlungsfähigkeit mit Bomben-Anschlägen gegen die amerikanische und israelische Botschaft in Taschkent/Usbekistan vom 30. Juli 2004 und weiteren Anschlägen gegen den usbekischen Staat unter Beweis gestellt.

Usbekische Organisation mit Verbindungen zur al-Qaida

Die in Deutschland Festgenommenen hatten sich im frei zugänglichen Handel eine große Menge Wasserstoffperoxid, weiteres Material zur Herstellung von Sprengstoff und militärische Zünder beschafft. Das vorhandene Material hätte ausgereicht, um Sprengsätze zu konstruieren, die eine weitaus größere Sprengwirkung entfaltet hätten als die bei den Anschlägen in Madrid und London eingesetzten Sprengsätze. Kenntnisse zum Bau von Sprengvorrichtungen hatten die mutmaßlichen Attentäter insbesondere in den Ausbildungslagern der IJU in Pakistan erhalten. Polizeiliche Ermittlungen ergaben, dass die Täter bevorzugt amerikanische Einrichtungen oder auch Flughäfen als mögliche Ziele im Visier hatten. Ein Täter hatte zusammen mit zwei mutmaßlichen Helfern in der Sylvesternacht 2006/2007 eine amerikanische Kaserne im hessischen Hanau-Lamboy ausgespäht. Bei den Ermittlungen wurde deutlich, dass die Täter ernsthaft bemüht waren, mehrere vermutlich simultane Anschläge in Deutschland zu verüben und dabei möglichst hohen Personen- und Sachschaden anzurichten. Ein regionaler Schwerpunkt der Ermittlungen war neben dem Saarland und Hessen der Raum Ulm/Neu-Ulm.

Planung von simultanen Anschlägen

4.5.2 Europa

Gescheiterte Autobombenanschläge in Großbritannien

Ende Juni scheiterten in Großbritannien drei Autobombenanschläge. Am 29. Juni konnten Spezialisten der Londoner Polizei in zwei Fahrzeugen funktionstüchtige Sprengsätze entschärfen. Am 30. Juni versuchten zwei Personen, mit einem Geländewagen in den Eingangsbereich der Abfertigungshalle des Flughafens Glasgow einzufahren. Das Fahrzeug ging in Flammen auf. Beide Fahrzeuginsassen wurden festgenommen, einer von ihnen starb Wochen später an seinen Brandverletzungen.

4.5.3 Irak

Hohes Anschlagsrisiko

Trotz internationaler Bemühungen gilt der Irak weiterhin als der Staat mit dem höchsten Anschlagsrisiko. Obwohl zunehmend die Zivilbevölkerung in Mitleidenschaft gezogen wird, sind irakische Sicherheitskräfte und Regierungsmitglieder besonders gefährdet. So wurde am 12. April in Bagdads streng bewachtem Regierungsviertel, der „Grünen Zone“, ein Anschlag in der Parlamentscafeteria verübt, bei dem acht Menschen starben.

Verschleppung von Deutschen

Auch für westliche Kräfte - unabhängig von ihrem Auftrag und ihrer staatlichen Anbindung - gilt ein hohes Anschlags- und Entführungsrisiko. So wurden am 6. Februar in Bagdad eine deutsche Frau und ihr 20-jähriger Sohn verschleppt. Während die Mutter, die mit einem irakischen Arzt verheiratet ist, am 10. Juli freigelassen wurde, befindet sich ihr Sohn noch immer in der Gewalt der Entführer.

4.5.4 Afghanistan

Verschärfung der Sicherheitslage

Die Sicherheitslage in Afghanistan hat sich - insbesondere in der südlichen Region des Landes - weiterhin verschlechtert. Die Zahl der Anschläge, die sich vor allem gegen Kräfte und Einrichtungen der ISAF-Einheiten richten, ist deutlich gestiegen.

Auch deutsche Kräfte und Einrichtungen waren Ziel mehrerer Anschläge. So wurde am 8. März in einer nordafghanischen Provinz ein deutscher Entwicklungshelfer der Welthungerhilfe erschossen.

Anschlag auf deutsche Soldaten und Polizisten

Am 19. Mai wurden im Kunduz bei einem Selbstmordattentat auf eine Patrouille drei deutsche Bundeswehrsoldaten getötet und mehrere Soldaten zum Teil schwer verletzt. Auch afghanische Zivilisten kamen bei dem Anschlag ums Leben. Am selben Tag bekannten sich die Taliban zu dem Anschlag. Am 15. August kamen bei einem Bombenattentat in der Nähe von Kabul drei deutsche Polizeibeamte ums Leben.

Am 18. Juli wurden zwei deutsche Bauingenieure zusammen mit fünf afghanischen Kollegen von den Taliban entführt. Einer der beiden entführten Deutschen wurde am 21. Juli erschossen aufgefunden. Am 10. Oktober kam der zweite Deutsche aus der Geiselhaft frei.

*Entführung
deutscher
Ingenieure*

4.5.5 Weitere Anschläge

Am 11. April wurden bei zwei Anschlägen in der algerischen Hauptstadt Algier, u.a. vor dem Regierungsgebäude des Ministerpräsidenten, über 30 Menschen getötet und mehr als 100 verletzt. Zu den Anschlägen bekannte sich die „Organisation al-Qaida im islamischen Maghreb“.

Algier

Am 2. Juli wurde in der jemenitischen Stadt Marib ein Selbstmordanschlag auf eine spanische Touristengruppe verübt. Der Täter brachte einen mit Gasflaschen gefüllten Pick-up neben dem Autokonvoi der Touristengruppe zur Explosion. Bei dem Anschlag kamen sieben spanische Touristen sowie zwei jemenitische Fahrer ums Leben. Sechs weitere Personen wurden verletzt. Die jemenitische Regierung rechnet den Anschlag Personen mit einem al-Qaida-Hintergrund zu.

*Anschlag auf
Touristen im
Jemen*

Am 21. September verübte die „Organisation al-Qaida im islamischen Maghreb“ nahe der algerischen Stadt Lakhdaria einen Selbstmordanschlag auf einen Mitarbeiter-Konvoi einer französischen Baufirma. Zwei Franzosen, ein Italiener sowie sechs Algerier wurden dabei zum Teil schwer verletzt. Erst zwei Tage vor dem Anschlag hatte der Stellvertreter Usama Bin Ladins, Dr. Ayman al-Zawahiri, dazu aufgerufen, die Maghreb-Staaten von Franzosen und Spaniern zu befreien.

Algerien

4.6 Ausblick

Vor allem die Festnahme islamistischer Terroristen in Nordrhein-Westfalen am 4. September hat erneut zwei Aspekte verdeutlicht. Zum einen ist Deutschland konkretes Anschlagziel islamistischer Terroristen; zum anderen besteht die besondere Gefährlichkeit des Terrornetzwerks al-Qaida noch stärker als bisher in seiner Eigenschaft als Inbegriff des „globalisierten Djihad“ für kampfbereite Islamisten. Diese Ideologie des „Djihadismus“ wird von lokalen Gruppierungen als Rechtfertigung für eigenständig und unabhängig geplante Terrorakte herangezogen. Moderne Medien - vor allem das Internet - werden intensiv für Propaganda- und Informationsaustausch genutzt.

*Deutschland als
Anschlagziel*

Auf die Entwicklungen im internationalen Terrorismus haben die deutschen Sicherheitsbehörden vor allem mit einer Intensivierung der Zu-

*Gemeinsames
Terrorismus-
abwehrzentrum*

sammenarbeit reagiert, so etwa mit der Errichtung des Gemeinsamen Terrorismusabwehrzentrums von Polizei und Nachrichtendiensten in Berlin und der Schaffung einer gemeinsamen Antiterrordatei von Polizei und Verfassungsschutz. Islamistische Terrornetzwerke werden auch künftig die größte Bedrohung der Inneren Sicherheit darstellen.

5. Sonstige ausländerextremistische Gruppierungen

5.1 Volkskongress Kurdistans (KONGRA GEL), ehemals Freiheits- und Demokratiekongress Kurdistans (KADEK) bzw. Arbeiterpartei Kurdistans (PKK)

	Deutschland	Bayern
Anhänger:	11.500	1.800
Vorsitzender:	Zübeyir Aydar	
Kurd. Volksführer:	Abdullah Öcalan	
Leitung:	Führungsfunktionäre der „Koordination der kurdischen demokratischen Gesellschaft in Europa“ (CDK) (in Abhängigkeit vom Vorsitzenden des KONGRA GEL, dem kurdischen Volksführer Abdullah Öcalan und dem Exekutivkomitee des KONGRA GEL)	
Gründung:	1978 in der Türkei	
Publikation:	„Serxwebun“ (Unabhängigkeit)	
In Deutschland seit 26. November 1993 verboten		

Der Volkskongress Kurdistans (KONGRA GEL) ist identisch mit der mehrfach umbenannten, in Deutschland verbotenen Arbeiterpartei Kurdistans (PKK). Die PKK hatte sich im April 2002 in Freiheits- und Demokratiekongress Kurdistans (KADEK) umbenannt. Weder bei dieser Umbenennung noch bei der Namensänderung am 15. November 2003 in KONGRA GEL gab es wesentliche Veränderungen in Organisation, Struktur und Ideologie. Das gegen die PKK erlassene vereinsrechtliche Betätigungsverbot aus dem Jahr 1993 erstreckt sich deshalb auch auf den KONGRA GEL. Der Rat der Europäischen Union hat am 2. April 2004 den KONGRA GEL und seine Vorgängerorganisation KADEK - wie bereits früher die PKK - als Terrororganisation eingestuft. Der Bundesgerichtshof stellte am 21. Oktober 2004 fest, dass die Führungsspitze des KONGRA GEL auch weiterhin als kriminelle Vereinigung einzustufen ist.

EU-Terrorliste

5.1.1 Allgemeines

Der KONGRA GEL ist eine gut organisierte, straff geführte, ursprünglich marxistisch-leninistisch geprägte Kaderorganisation, deren Ziele aus

einer Mischung von sozialistischem und nationalistischem Gedanken- gut bestehen. Im Mittelpunkt stand über zwei Jahrzehnte der aktive „revolutionäre Kampf“ für ein freies und unabhängiges Kurdistan. Nach der Festnahme des damaligen PKK-Führers Abdullah Öcalan im Jahr 1999 kam es zu einer taktisch bedingten Mäßigung. Die Organisation verzichtete auf ihr ursprüngliches Ziel, durch bewaffneten Kampf einen eigenen kurdischen Staat durchzusetzen. Nach Aufkündigung des „Friedenskurses“ durch den KONGRA GEL zum 1. Juni 2004 haben die bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen den „Volksverteidigungskräften“ (HPG) - den Guerillaeinheiten des KONGRA GEL - und türkischen Sicherheitskräften wieder zugenommen. Im Oktober 2007 hat sich der Konflikt zwischen dem KONGRA GEL und der türkischen Regierung verschärft, nachdem bei Zusammenstößen zwischen der türkischen Armee und den „Volksverteidigungskräften“ (HPG) im Grenzgebiet zum Irak vermehrt türkische Soldaten ums Leben gekommen waren.

Der KONGRA GEL beansprucht im Kampf der Kurden die Führungsrolle, was seit den 90er Jahren wiederholt zu teilweise militärisch geführten Auseinandersetzungen mit konkurrierenden Organisationen führte. Der KONGRA GEL versteht sich auch als die alleinige Vertretung der in Deutschland lebenden rund 500.000 türkischen Staatsangehörigen kurdischer Volkszugehörigkeit, obwohl sich nur etwa 10 % dieser Volksgruppe zum KONGRA GEL bekennen. Abdullah Öcalan wurde in der Satzung des KONGRA GEL erstmals als kurdischer Volksführer bezeichnet. Vorsitzender des KONGRA GEL ist der ehemalige Führungsfunktionär des KONGRA GEL-dominierten „Kurdischen Nationalkongresses“ (KNK), Zübeyir Aydar.

Anspruch auf Führungsrolle im Kampf der Kurden

Die hauptamtlichen Kader des KONGRA GEL leben äußerst konspirativ an häufig wechselnden Orten. Die KONGRA GEL-Anhängerschaft ist in zahlreichen, der „Föderation kurdischer Vereine in Deutschland e.V.“ (YEK-KOM) angegliederten örtlichen Vereinen organisiert. Diese Vereine, die sich nach außen als reine Kulturvereine darstellen, haben die Aufgabe, Ziele und Politik des KONGRA GEL unter den Anhängern zu verbreiten und zu fördern. Darüber hinaus bedient sich der KONGRA GEL zahlreicher vom Betätigungsverbot nicht erfasster Nebenorganisationen („Y-Gruppen“), die verschiedene Zielgruppen innerhalb der kurdischen Bevölkerung für den KONGRA GEL gewinnen sollen.

Konspirative Betätigung

Der KONGRA GEL finanziert sich aus Mitgliedsbeiträgen, dem Verkauf von Publikationen und den Einnahmen aus Veranstaltungen. Den größten Anteil der Einnahmen erbringt die jeweils von September bis Januar

Finanzierung

durchgeführte Spendenkampagne. Es gibt Hinweise, dass der KONGRA GEL auch vom Rauschgifthandel profitiert, indem er beispielsweise kurdische Drogenhändler abschöpft. Der KONGRA GEL bemüht sich weiterhin, über den „Internationalen Kurdischen Arbeitgeberverband“ (KARSAZ) das Wirtschaftspotenzial der in Europa lebenden Kurden zu kontrollieren. KARSAZ unterhält Niederlassungen in Frankfurt am Main und in Berlin.

Propaganda- medien

Ein wichtiges Propagandamedium ist der KONGRA GEL-nahe Fernsehsender ROJ TV, der vom KONGRA GEL als Plattform zur Darstellung seiner politischen Ziele genutzt wird. Die Beiträge gleichen in wesentlichen Punkten der Berichterstattung seines Vorgängers MEDYA-TV. Als weiteres Agitationsinstrument dient dem KONGRA GEL die türkischsprachige Tageszeitung „Yeni Özgür Politika“ („Neue Freie Politik“), in der führende KONGRA GEL-Funktionäre regelmäßig Stellungnahmen publizieren. Die Zeitschrift wird allerdings nicht unmittelbar vom KONGRA GEL bzw. einer seiner Teil- oder Nebenorganisationen herausgegeben. Sie versucht, als Nachfolgepublikation der „Özgür Politika“ im Sinn des KONGRA GEL Einfluss auf die Politik im Mittleren Osten und besonders in den kurdischen Siedlungsgebieten zu nehmen.

Der KONGRA GEL ist mit einer eigenen Homepage im Internet präsent, deren Inhalte in deutscher, englischer, kurdischer und türkischer Sprache abgerufen werden können. Auch die „Volksverteidigungskräfte“ des KONGRA GEL unterhalten eine eigene Internet-Seite in türkischer und kurdischer Sprache mit aktuellen Informationen über die HPG.

„Neue PKK“

Im April 2005 wurde die Gründung der „neuen PKK“ verkündet, die sich als politische und vor allem ideologische Avantgarde betrachtet und sich durch eine besondere Nähe zu Abdullah Öcalan auszeichnet. Laut Satzung ist sie eine Teilorganisation des KONGRA GEL, ihre tatsächlichen Aufgaben und Ziele sind jedoch nach wie vor unklar. Die „neue PKK“ lehnt nach eigenen Angaben Gewalt grundsätzlich ab, behält sich aber weiterhin das Recht auf „legitime Selbstverteidigung“ vor. Gegenwärtig gibt es keine Anhaltspunkte für einen Strategiewechsel. In Bayern wurden bisher keine Aktivitäten der „neuen PKK“ festgestellt.



Aus der Jugendorganisation KOMALEN-CIWAN, die die Zeitschrift „CIWANEN AZAD“ („Freie Jugendliche“) herausgibt, rekrutiert sich ein Teil der Guerilla des KONGRA GEL. Dabei wurden in der Vergangenheit Jugendliche auch gegen den Willen ihrer Eltern zwangsverpflichtet und in Ausbildungslagern im benachbarten Ausland geschult, bevor sie zum

Kampfeinsatz in die Türkei geschleust wurden. Aus einer weiteren Jugendorganisation des KONGRA GEL, der „Demokratischen Jugend“ (Demokratik Gencilik - DEM-GENC) sollen die künftigen KOMALEN-CIWAN-Funktionäre gewonnen werden. In Bayern wurden bislang keine Aktivitäten der DEM-GENC festgestellt.

*Jugend-
organisation*

Die „Freiheitsfalken Kurdistans“ („Teyrebazen Azadiya Kurdistan“ - TAK) wurden erstmals im Juli 2004 bekannt. Sie sind nach eigenen Angaben aus den „Volksverteidigungskräften“ (HPG) des KONGRA GEL hervorgegangen. In einer Erklärung vom 14. April 2006 stellten die TAK fest, dass sie sich vom KONGRA GEL getrennt haben, da ihnen sowohl der KONGRA GEL als auch die „Volksverteidigungskräfte“ (HPG) als zu schwach erschienen seien.

*Freiheitsfalken
Kurdistans (TAK)*

Die TAK begannen 2006 eine Serie von Sprengstoffanschlägen vor allem gegen touristische Ziele in der Türkei und setzten diese im Jahr 2007 fort. Dabei wurden mehrere Personen getötet und zahlreiche verletzt. Die TAK warnten wiederholt vor Reisen in die türkischen Tourismuszentren und drohten mit weiteren Anschlägen. Auf ihrer Internet-Seite veröffentlichten die TAK 2006 eine Anleitung zur Herstellung von Sprengsätzen für Selbstmordattentäter. Darüber hinaus sind Ziele für Bombenanschläge und Sabotageakte in der Türkei aufgelistet. Im Zusammenhang mit Exekutivmaßnahmen französischer und belgischer Sicherheitsbehörden im Februar 2007 drohten die TAK erstmals explizit mit Anschlägen gegen europäische Touristen in der Türkei. Strukturen bzw. Aktivitäten der TAK in Bayern konnten bislang nicht festgestellt werden.

*Anschläge auf
touristische Ziele*

Im Mai fand die 5. Vollversammlung des KONGRA GEL im Nordirak statt. Dabei wurde die Umbenennung des Konzepts von Abdullah Öcalan „Koma Komalen Kurdistan“ (KKK - „Union der kurdischen Gemeinschaften“) in „Koma Civaken Kurdistan“ (KCK - „Gemeinschaft der Räte Kurdistans“) beschlossen. Zum Vorsitzenden des 30-köpfigen KCK-Exekutivrats wurde der Führungsfunktionär Murat Karayilan gewählt. Im Mittelpunkt der KCK steht das Prinzip des Demokratischen Konföderalismus. Gemeint ist damit ein föderaler Verbund der kurdischen Siedlungsgebiete in der Türkei, Syrien, im Iran und Irak unter Achtung der bestehenden staatlichen Grenzen. Dieses Konzept, welches eine neue gesellschaftliche Ordnung innerhalb aller kurdischen Siedlungsgebiete vorsieht, ist mangels Akzeptanz durch die betroffenen Staaten von einer Umsetzung weit entfernt. Zum Abschluss des Kongresses wurde Zübeyir Aydar von den Delegierten als Vorsitzender des KONGRA GEL wiedergewählt.

*Koma Civaken
Kurdistan (KCK)*

Kämpfe der PKK-Rebellen

Im Grenzgebiet zwischen der Türkei und dem Irak kam es Ende Oktober zu erneuten heftigen Auseinandersetzungen zwischen türkischem Militär und PKK-Rebellen, bei der PKK-Guerillas mehrere türkische Soldaten töteten, verwundeten oder als Geiseln nahmen. Das türkische Parlament erteilte der Regierung daraufhin am 17. Oktober die Erlaubnis für grenzüberschreitende Militärschläge gegen die vom KONGRA GEL bzw. der von der PKK unterhaltenen Guerillaeinheiten, die sich zum Teil im Nordirak aufhalten. Der KONGRA GEL hat diese Entscheidung scharf kritisiert und seine Anhänger in und außerhalb der Türkei zu Reaktionen aufgefordert. Die KONGRA GEL-Jugendorganisation KOMALEN-CIWAN hat in einer Erklärung vom 25. Oktober die kurdischen Jugendlichen aufgerufen, sich der Guerilla anzuschließen und überall, wo Kurden leben, die „legitime Selbstverteidigung“ auszuüben. Die Türkei zog Truppen an der Grenze zum Irak zusammen. Am 16. Dezember griff die türkische Luftwaffe Stellungen der Guerilla im Nordirak an.

5.1.2 **Aktivitäten und Exekutivmaßnahmen**

Trotz des in Deutschland seit 1993 geltenden vereinsrechtlichen Betätigungsverbots gibt es weiterhin Aktivitäten von KONGRA GEL-Anhängern. Ein Nachweis, dass deren Betätigung der Organisation zuzurechnen ist, lässt sich jedoch oft nur schwer führen. Offen wahrnehmbar sind Aktivitäten der kurdischstämmigen Bevölkerung insbesondere in der Kultur- und Brauchtumpflege, z.B. dem alljährlichen kurdischen Neujahrsfest Newroz, und bei der Wahrnehmung ihrer Rechte als kulturelle Minderheit. Sympathie für die PKK und ihre Nachfolgeorganisationen kann den Kurden zu einem gewissen Teil unterstellt werden. Eine Handhabe für behördliche Maßnahmen bietet sich aber nur, wenn eine konkrete Unterstützung der PKK nachweisbar ist, d.h. wenn beispielsweise verbotene Symbole zum Einsatz kommen, relevante Unterstützung etwa durch Spendengelder nachgewiesen werden kann oder klare organisatorische Strukturen aufgedeckt werden können. Auf die Aufdeckung solcher Aktivitäten ist auch das Augenmerk der Sicherheitsbehörden gerichtet. Auch wenn in der Gesamtschau der Eindruck entsteht, dass die Anhänger des KONGRA GEL im Jahr 2007 sehr aktiv waren, kann man nicht von einem Wiedererstarken der PKK bzw. des KONGRA GEL ausgehen. Eine erhebliche Zunahme der Anhängerschaft bzw. der demonstrativen Aktionen der Organisation konnte weder für Bayern noch für Deutschland festgestellt werden. Die in jüngster Vergangenheit erfolgten Durchsuchungs- und Festnahmeaktionen dürften die Organisation nicht unerheblich verunsichert, mitunter auch geschwächt haben.

Verunsicherung der Organisation

Anlässlich von Durchsuchungen in mehreren süddeutschen Bundesländern am 10. Januar und der Verhaftung eines Führungsfunktionärs demonstrierten Anhänger des KONGRA GEL am 20. Januar in mehreren deutschen Städten gegen die „Kriminalisierung der Kurden in Deutschland“. In diesem Zusammenhang rief die CDK, der politische Arm des KONGRA GEL, alle in Europa lebenden Kurden zu einem nicht näher erläuterten Boykott deutscher Waren und Produkte auf.

*Durchsuchungen
und Reaktionen*

Aus Anlass des 8. Jahrestags der Festnahme Abdullah Öcalans am 15. Februar 1999 in Nairobi/Kenia demonstrierten Anhänger des KONGRA GEL am 10. Februar in Straßburg unter dem Motto „Freiheit für ÖCALAN - Eine demokratische Lösung für die Kurdenfrage“. Unter den 12.000 Teilnehmern befanden sich auch etwa 180 Personen aus Bayern.

Im Zusammenhang mit diesem Jahrestag und den Exekutivmaßnahmen am 10. Januar in Deutschland sowie am 5. Februar in Frankreich gegen Funktionäre und Einrichtungen des KONGRA GEL kam es europaweit zu gewalttätigen Protestaktionen kurdischer Jugendlicher. In Deutschland wurde eine Serie von Brandanschlägen verübt, die der KONGRA GEL-Jugendorganisation KOMALEN-CIWAN zuzurechnen ist. Bayern war davon nicht betroffen.

*Gewalttätige
Protestaktionen*

Im Rahmen der europaweiten, teilweise gewalttätigen Protestaktionen gegen eine angebliche Vergiftung Öcalans führten Anhänger des KONGRA GEL am 3. März in Nürnberg eine Demonstration mit 250 Teilnehmern durch. Aus demselben Anlass traten KONGRA GEL-Anhänger in Straßburg vom 11. April bis zum 19. Mai in einen Hungerstreik. Eingeleitet wurde die Protestaktion durch eine Kundgebung vor dem Gebäude des Europarats, an der etwa 200 Personen teilnahmen. Ebenfalls in diesem Zusammenhang kamen am 12. Mai rund 15.000 KONGRA GEL-Anhänger aus ganz Europa zu einer Großdemonstration in Straßburg zusammen.



*Großdemonstration
in Straßburg*

An einer Feier zum kurdischen Neujahrsfest Newroz am 17. März in Berlin nahmen insgesamt rund 16.000 Personen teil, darunter etwa 300 aus Bayern. Neben einem Aufzug des Vereins „Medya Volkshaus e.V.“ am 20. März in Nürnberg, an dem etwa 160 Personen teilnahmen, fand am 25. März eine als Newroz-Feier vom Verein „Deutsch-Kurdischer Freundschaftsverein München e.V.“ angemeldete Veranstaltung im Musikpalast in München statt, an der sich etwa 650 Personen beteiligten. Im Verlauf dieser Veranstaltung wurden drei Personen wegen Verstößen gegen das Vereinsgesetz festgenommen.

Newroz-Feiern

Durchsuchungen in Bayern

Am 18. April fanden im Raum Ingolstadt, Nürnberg und Regensburg polizeiliche Durchsuchungen von Wohnungen, Büros und Vereinsräumen von mutmaßlichen KONGRA GEL-Anhängern statt. Anhänger und Sympathisanten des KONGRA GEL reagierten mit Protesten auf die Exekutivmaßnahmen.

Festnahme in München

Am 25. April wurde ein 45-jähriger Türke kurdischer Herkunft in München festgenommen. Er soll seit mehreren Jahren für den KONGRA GEL aktiv gewesen sein, u.a. auch als Verantwortlicher für das Gebiet München/Südbayern. Am 23. Oktober wurde er vom Landgericht München zu einer Freiheitsstrafe von acht Monaten auf Bewährung verurteilt.

Zusammenarbeit mit deutschen Linksextremisten

Unter dem Motto „Der kurdische Befreiungskampf lässt sich nicht verbieten“ fand am 7. Juli in München eine Protestkundgebung mit etwa 75 Teilnehmern statt. Anmelder der Versammlung, die von einem deutschen Linksextremisten geleitet wurde, war ebenfalls ein deutscher Linksextremist, der von einer Durchsuchungsaktion am 5. Juli betroffen war. Hintergrund dieser länderübergreifenden Durchsuchungsaktion unter Leitung des Polizeipräsidiums München war ein Ermittlungsverfahren gegen über 20 mutmaßliche Anhänger des KONGRA GEL wegen Verdachts von Verstößen gegen das vereinsrechtliche Verbot.

Vor dem Hintergrund anhaltender Auseinandersetzungen zwischen türkischer Armee und kurdischer Guerilla mit zahlreichen Toten und Verletzten fanden deutschland- und europaweit zahlreiche demonstrative Veranstaltungen statt, in deren Verlauf bzw. an deren Rand es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Türken und Kurden kam. In Bayern fanden pro-kurdische Kundgebungen statt, u.a. am 3. November in München sowie am 10. und 17. November in Nürnberg, an denen sich jeweils mehrere hundert Personen beteiligten. Vereinzelt kam es zu Verstößen gegen das Vereinsgesetz.

5.2 Devrimci Sol (Revolutionäre Linke)

Deutschland	Bayern
Mitglieder: 650	100
Gründung: 1978 in der Türkei	
Die Organisation ist gespalten in:	
<ul style="list-style-type: none"> • Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front (DHKP-C) mit ihren Untergliederungen DKHP (Partei) und DHKC (Militärischer Arm) • Türkische Volksbefreiungspartei-Front (THKP-C Devrimci Sol) mit ihren Untergliederungen THKP (Partei) und THKC (militärischer Arm) 	
Die Devrimci Sol ist in Deutschland seit 1983 verboten, ihre beiden Spaltgruppen seit 1998.	

Die von Dursun Karatas und Bedri Yagan im Jahr 1978 gegründete und 1983 in Deutschland verbotene revolutionär-marxistische Devrimci Sol versteht sich als eine an den Grundsätzen des Marxismus-Leninismus ausgerichtete Volksbewegung. Sie zählt zu den militantesten türkischen Extremistengruppen, die mit Hilfe einer bewaffneten Revolution auf die Zerschlagung des türkischen Staates zielen und in der Türkei terroristisch aktiv sind. Seit 1993 ist die Devrimci Sol in den „Karatas-Flügel“, aus dem die 1994 in Syrien gegründete Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front (DHKP-C) hervorging, und den „Yagan-Flügel“, aus dem sich die Türkische Volksbefreiungspartei-Front (THKP-C Devrimci Sol) entwickelte, gespalten. Das Bundesministerium des Innern verfügte am 13. August 1998 gegen die DHKP-C ein Vereinsverbot und gegen die THKP-C Devrimci Sol, die in Deutschland nicht organisatorisch verankert ist, ein Betätigungsverbot. Mit Beschluss vom 2. Mai 2002 setzte die Europäische Union die DHKP-C auf die EU-Terrorliste.

Revolutionäre
Zielsetzung

EU-Terrorliste

Örtliche Schwerpunkte der DHKP-C mit insgesamt rund 90 bis 100 Anhängern in Bayern bestehen in Aschaffenburg, Augsburg, München, Nürnberg, Neu-Ulm/Ulm und Regensburg; für die THKP-C Devrimci Sol sind in Bayern nur einzelne Mitglieder aktiv. Die Zahl der Anhänger ist in Deutschland von 800 auf 650 Personen zurückgegangen; ein Grund hierfür kann in den Exekutivmaßnahmen aus dem Jahr 2006 gesehen werden. Diese werden auch als ursächlich für einen Rückgang der Demonstrationsteilnehmer gesehen.

Anhänger in
Bayern

Die Agitation und der Kampf gegen den „Imperialismus“, gegen die NATO, die USA sowie die türkische Staats- und Gesellschaftsordnung sind zentrale Elemente der Ideologie der türkischen linksextremistischen Gruppierungen. Einige von ihnen, wie die DHKP-C und die Marxistisch-Leninistische Kommunistische Partei (MLKP), sehen ihr Heimatland Türkei als Kampfgebiet an, in dem auch Terroranschläge zur Durchsetzung politischer Ziele als legitimes Mittel betrachtet werden. Für Deutschland und Europa hat die DHKP-C seit 1999 einen Gewaltverzicht erklärt. Auf dem Gebiet der Türkei jedoch befürwortet die Organisation ausdrücklich terroristische Aktivitäten. So bekennt sich die DHKP-C in einer Internet-Erklärung zum Gedenken an ihre Gründung 1994 zum bewaffneten Kampf:

„Das, was wir unter bewaffnetem Kampf verstehen, ist kein Kampf, der sich nur auf die Perspektive des Widerstands beschränkt, sondern ist ein bewaffneter Kampf, der auf die Macht zielt. In unserem Land ist es nicht möglich, auf parlamentarischem Wege zum Sozialismus zu gelangen. (...) Die Revolution kann nur mit einem Volkskrieg ... zum Sieg gelangen. (...) Der Weg zur Revolution der Türkei ist der Weg unserer Partei.“

TAYAD

Der Bau neuer Gefängnisse mit Einzelzellen in der Türkei war für inhaftierte Angehörige türkischer linksextremistischer Organisationen der Anlass, im Jahr 2000 in einen Hungerstreik zu treten. Insbesondere das „Solidaritätskomitee mit den politischen Gefangenen und deren Familien in der Türkei“ (TAYAD) trug dabei - in thematischer Übereinstimmung mit der DHKP-C - die Aktionen in Deutschland gegen die „Isolationshaft“. Seit Mai 2002 war die DHKP-C die einzige Organisation, die an diesem „Todesfasten“ festhielt. Nach einer Reform des türkischen Strafvollzugs endete am 22. Januar mit dem letzten Hungerstreik eines DHKP-C-Aktivisten in der Türkei der langjährige Widerstand, dessen angeblicher Erfolg in den deutschen Ortsvereinen gefeiert wurde. Am selben Tag veröffentlichte die DHKP-C Europa ein Flugblatt zum Ende der Hungerstreiks:

„Wir haben den ‚Großen Widerstand‘ der 7 Jahre andauerte, bei dem 122 Menschen gefallen sind, mit einem konkreten Sieg gefeiert. Es wurde ein politischer Sieg erreicht, indem die Versuche der Oligarchie, uns zur Kapitulation zu bringen, zurückgeschlagen wurden.“

Bei den 122 „gefallenen Menschen“ handelt es sich nicht ausschließlich um Personen, die an den Folgen des Hungerstreiks gestorben sind. Etwa 40 Personen verstarben nach gewalttätigen Auseinandersetzungen mit türkischen Sicherheitskräften, andere infolge von Selbstverbrennungen.

Exekutiv-
maßnahmen

Wegen des Verdachts der Unterstützung einer verbotenen Vereinigung waren bereits am 28. November 2006 bei einer bundesweiten Aktion u.a. in Augsburg, München, Nürnberg und Regensburg dutzende Räumlichkeiten von DHKP-C-Mitgliedern durchsucht worden. Es wurden mehrere Funktionäre und Aktivisten festgenommen. Im Rahmen dieses Ermittlungsverfahrens durchsuchte die Polizei am 19. März eine Druckerei in Baden-Württemberg und stellte u.a. zahlreiche Computer sicher. Am 21. März wurde ein 33-jähriger Funktionär vor dieser Druckerei festgenommen, als er mehrere Druckexemplare der Zeitschrift „Yürüyüş“ (Marsch), einer der DHKP-C zuzurechnenden Propaganda-Publikation, abholen wollte. Die DHKP-C Anhängerschaft zeigte sich durch diese Exekutivmaßnahmen sichtlich geschwächt und agiert seitdem betont vorsichtig.

Sprengstoff-
anschläge
in der Türkei

In der Türkei bewies die DHKP-C ihre Schlagkraft, indem sie auf die türkischen Parlamentswahlen vom 22. Juli mit einer Serie von zehn Sprengstoffanschlägen auf Wahlbüros der Parteien CHP und der MHP reagierte. Sie bekannte sich auch zu einem Bombenanschlag der „Bewaffneten Propagandaeinheit“ der DHKP-C im Juli gegen Verwaltungsbehörden in

der Türkei, der zum Jahrestag eines „Massakers“ an zehn DHKP-C - Mitgliedern durchgeführt wurde.

5.3 Türkische Kommunistische Partei/Marxisten-Leninisten (TKP/ML)

Deutschland	Bayern
Mitglieder: 1.500	120
Gründung: 1972 in der Türkei	
Die Organisation ist gespalten in:	
<ul style="list-style-type: none"> • Maoistische Kommunistische Partei (MKP), ehemals Ostanatolisches Gebietskomitee (DABK) • Partizan-Flügel (TKP/ML) 	

Die Entwicklung der TKP/ML ist seit dem Ende der 70er Jahre durch eine Vielzahl von Fraktionsbildungen und Abspaltungen geprägt. Im Jahr 1994 spaltete sich das Ostanatolische Gebietskomitee (DABK) vom so genannten Partizan-Fügel der TKP/ML ab. Dies führte zur Bildung von zwei neuen unabhängig voneinander existierenden Organisationen, die sich beide als Nachfolgeorganisation der ursprünglichen TKP/ML sehen. Während der Partizan-Fügel nach wie vor die Bezeichnung TKP/ML verwendet, hat sich das DABK im Jahr 2002 in Maoistische Kommunistische Partei (MKP) umbenannt. Aktivitäten der MKP sind nur vereinzelt feststellbar.

Beide Organisationen vertreten die Ideologie des Marxismus-Leninismus, ergänzt um die Ideen Mao Tse-tungs, befürworten den bewaffneten Kampf als Grundform ihres Handelns und propagieren den bewaffneten Bürgerkrieg mit anschließender Bildung einer Volksregierung. Mit der „Türkischen Arbeiter- und Bauernbefreiungsarmee“ (TIKKO) auf Seiten der TKP/ML und der „Volksbefreiungsarmee“ (HKO) auf Seiten der MKP unterhalten beide Gruppierungen in der Türkei bewaffnete Guerillagruppen.

In Deutschland organisierten sich die Anhänger der TKP/ML (Partizan-Flügel) in der 1976 gegründeten „Föderation der Arbeiter aus der Türkei in Deutschland e.V.“ (ATIF) und der Ende 1986 gebildeten „Konföderation der Arbeiter aus der Türkei in Europa“ (ATIK). Beide Vereinigungen präsentieren sich als Massenorganisationen und tarnen ihre Verbindungen zur TKP/ML weitgehend. Die Anhänger der MKP sind seit Sommer 1997 in den beiden Basisorganisationen „Föderation für demokratische



*Organisation
in Deutschland*

Rechte in Deutschland“ (ADHF) bzw. „Konföderation für demokratische Rechte in Europa“ (ADHK) organisiert.

Wenige Anhänger beider Flügel der TKP/ML beteiligten sich auch im Juni an Protestkundgebungen gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm/Mecklenburg-Vorpommern. Im Vorfeld des G8-Gipfels agitierte die ATIK auf ihrer Homepage:

„Erheben wir den Protest gegen den G8-Gipfel; das Zentrum der Ausbeutung, Plünderung und Aggression!“

Im April gab das Politbüro des Zentralkomitees der TKP/ML anlässlich eines Jubiläums ein Flugblatt heraus:

„Wir feiern den 35. Geburtstag unserer Partei mit unserer 8. Konferenz! Vertraut auf die Basis, rüstet euch zum Krieg, mit der Partei werden wir siegen! Es leben der Marxismus, der Leninismus und der Maoismus! Es leben unsere Partei TKP/ML und die unter ihrer Führung stehenden Organisationen TIKKO und TMLGB! Es lebe der Internationalismus des Proletariats! Nieder mit dem Imperialismus, dem Faschismus und jeder Form von Reaktion! Es lebe die demokratische Volksrevolution! Es lebe der Volkskrieg!“

Anlässlich des 34. Todestags von Ibrahim Kaypakkaya, Gründer der TKP/ML, kamen am 19. Mai in Ludwigshafen rund 3.000 Anhänger aus Deutschland, Schweiz, Österreich und Frankreich zu einer Gedenkfeier zusammen. Die Teilnehmerzahl blieb weit hinter den Erwartungen der Veranstalter zurück.

Durchsuchungsaktion

Am 5. Dezember fanden in Hessen, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein 13 Durchsuchungen bei Mitgliedern der TKP/ML statt. Ziel der Maßnahmen war es, Beweismaterial über personelle und organisatorische Struktur der terroristischen Vereinigung und deren Aktivitäten zu gewinnen.

5.4 Marxistisch-Leninistische Kommunistische Partei (MLKP)

	Deutschland	Bayern
Mitglieder:	600	40
Gründung:	1994 in der Türkei	
Publikation:	„Atilim“ (Angriff)	

Die in der Türkei verbotene terroristische MLKP entstand 1994 aus dem Zusammenschluss zweier türkischer linksextremistischer Organisationen. Wie die TKP/ML und die Devrimci Sol erstrebt sie die gewaltsame

Zerschlagung des türkischen Staatsgefüges und die Errichtung einer kommunistischen Diktatur. Ihre Basisorganisation ist die „Föderation der Arbeiterimmigranten aus der Türkei in Deutschland e.V.“ (AGIF) mit Sitz in Köln. Die örtlichen AGIF-Vereine in Deutschland sind zuständig für die politische Basisarbeit und bilden zusammen die AGIF. Europäischer Dachverband ist die „Konföderation der unterdrückten Migranten in Europa“ (AvEG-Kon).



Anlässlich der Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik machte die AGIF mit einem Flugblatt im Januar ihre Haltung zur NATO deutlich:

„Generäle, Kriegsminister, militärische Berater und Vertreter von Rüstungsfirmen werden in München zusammenkommen und über neue militärische Ziele beraten. Wir wollen nicht, dass eine handvoll profitgieriger Kapitalisten über die Zukunft der Welt entscheidet. Seit dem 11. September führen die NATO und ihre Bündnispartner Krieg in unzähligen Ländern.“

Die MLKP-Publikation „Atilim“ berichtete über die Teilnahme an einer Gegendemonstration am 1. Mai in Nürnberg:

„Der Versuch der NPD in Nürnberg, eine Protestaktion zum 1. Mai in Nürnberg durchzuführen, wurde von den Antifaschisten der MLKP verhindert. Bei den Zusammenstößen wurden fünf Polizisten verletzt und 44 Personen in Polizeihaft genommen.“

Mitglieder der MLKP beteiligten sich auch im Juni an Protesten gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm/Mecklenburg-Vorpommern.

Im September 2006 hatte die türkische Polizei eine großangelegte Operation gegen die MLKP durchgeführt und zahlreiche Personen festgenommen. Die MLKP in der Türkei wurde dadurch hart getroffen und zeigte sich weitgehend „kopflös“. Nach dem Prozessauftakt vom 13. April gegen 23 inhaftierten Aktivisten kam es zu Zusammenstößen zwischen MLKP-Sympathisanten und der Polizei, bei denen mehrere Personen schwer verletzt wurden.

Per E-Mail bekannten sich Militante der MLKP zu einem Bombenanschlag auf ein Büro der „Partei der nationalistischen Bewegung“ (MHP) in einem Istanbuler Stadtteil, den sie am 16. April aus Protest gegen die „faschistische Polizeigewalt“ während Kundgebungen am 13. April verübt hatten. Die „Bewaffneten Einheiten der Armen und Unterdrückten“ (FESK) bekannten sich am 24. November auf der Homepage zu zwölf Sprengstoffanschlägen, die im September und Oktober in der Türkei verübt worden waren.

*Sprengstoffanschläge
in der Türkei*

5.5 Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Deutschland e.V. (ADÜTDF)

	Deutschland	Bayern
Mitglieder:	7.500	1.250
Vorsitzender:	Sentürk Dogruyol	
Gründung:	1978	
Sitz:	Frankfurt am Main	
Publikation:	„Türk Federasyon Bülteni“	

Die nationalistische ADÜTDF vertritt eine extreme Variante des türkischen Nationalismus, die in der Türkei seit längerer Zeit durch die „Partei der Nationalen Bewegung“ (MHP) vertreten wird. Die Führung der Organisation verehrt nach wie vor offen Alparslan Türkes, den 1997 verstorbenen langjährigen MHP-Vorsitzenden.

Die ADÜTDF ist Teil der mittlerweile weltweit organisierten und über das Internet vernetzten „Ülkücü- (Idealisten-) Bewegung“. Symbol der Bewegung ist ein mit fünf Fingern stilisierter Wolfskopf, weshalb die Anhänger der Bewegung auch als „Graue Wölfe“ bezeichnet werden. In Bayern gibt es etwa 25 Vereine, die der ADÜTDF zuzurechnen sind.

Ziel der ADÜTDF ist, die größte türkische Einrichtung in Westeuropa zu werden. Sie ist deshalb auch ein Sammelbecken von Anhängern der MHP, die eine Großtürkei nach osmanischem Vorbild propagiert. Dieses Streben der ADÜTDF nach Dominanz steht einer echten Integration der Türken wie auch der Muslime in die deutsche Gesellschaft entgegen. Türkischen Jugendlichen wird die Überlegenheit der Türken suggeriert, so dass viele von ihnen ein Gruppenbewusstsein entwickeln, das sich gegen die deutsche Gesellschaft richtet. Zwar riet der Verband den Mitgliedern, die deutsche Staatsangehörigkeit anzunehmen, Motiv hierfür waren aber nur die damit verbundenen größeren Einflussmöglichkeiten. Seit einiger Zeit bemüht sich die Parteiführung der MHP unter Devlet Bahçeli, der Partei ein konservatives und europafreundliches Erscheinungsbild zu geben. Dies fand jedoch nicht die ungeteilte Zustimmung aller Mitglieder, weshalb sich ein Teil der „wahren Idealisten“ zurückgezogen hat. Im Jahr 2006 war deshalb eine rückläufige Mitgliederentwicklung verzeichnen, die sich 2007 aber nicht fortsetzte.

Am 19. Mai führte die ADÜTDF ihren 25. Jahreskongress in Oberhausen/Nordrhein-Westfalen durch, der von rund 10.000 Anhängern aus ganz Europa besucht wurde. Als Redner trat u.a. der MHP-Vorsitzende Devlet Bahçeli auf. Sein Redebeitrag war nationalistisch geprägt. Er wies

„Graue Wölfe“

Mutterpartei MHP

darauf hin, dass die türkische Nation wie eine große, in der ganzen Welt verstreute, Familie sei; dadurch sei man in der Lage, der Welt die Stärke der türkischen Nation zu verdeutlichen.

Neben politischer Propaganda wurden auf dem Jahreskongress aber auch vereinsrechtliche Entscheidungen getroffen. So wurde Sentürk Dogruyol zum neuen Bundesvorsitzenden gewählt und der Name der Organisation geändert. Anstelle von „Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Europa“ lautet der Vereinsname nun „Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Deutschland“.

Änderung des Vereinsnamens

Vertreter von zehn Föderationen aus europäischen Staaten gründeten am 29. Oktober in Frankfurt am Main die übergeordnete „Konföderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenverbände in Europa“, die von Cemal Cetin, dem bisherigen Vorsitzenden der deutschen Föderation, geleitet wird.

Die ADÜTDF stellt sich in Deutschland als gesetzestreu dar und lehnt bereits seit einigen Jahren Gewalt ab. Dennoch ist weiterhin eine nationalistische Einstellung festzustellen. Festzustellen sind auch Aktivitäten der ADÜTDF und ihrer Mutterpartei gegen den Gedanken der Völkerverständigung, vor allem gegen das friedliche Zusammenleben der Völker.

Nationalistische Ausrichtung

Aufgrund ihrer Größe verfügt die ADÜTDF über ein beträchtliches Mobilisierungspotenzial. Im Zusammenhang mit den Spannungen an der türkisch-irakischen Grenze nahmen ADÜTDF-Anhänger an pro-türkischen Demonstrationen teil. Die Organisation hatte ihre Anhänger in Deutschland allerdings nicht zur Teilnahme aufgefordert. Mögliche Teilnehmer aus ihren Reihen hatte sie um Disziplin und Gewaltverzicht gebeten.

5.6 Nationaler Widerstandsrat Iran (NWRI)/Volksmudjahidin Iran (MEK)

Nationaler Widerstandsrat Iran (NWRI)

Deutschland

Bayern

Mitglieder: 900

200

Gründung: 1981 in Paris (in Deutschland vertreten seit 1994)

Sitz: Berlin

Deutschlandvertreterin: Dr. Bolourchi Massoumeh

Volksmudjahidin Iran (MEK)

Gründung: 1965 im Iran

Leitung: Massoud Radjavi

Publikation: „Mojahed“ (Glaubenskämpfer)

Iranische Oppositionsgruppe

Die „Volksmudjahidin Iran-Organisation“ (MEK) ist die bedeutendste und früher auch militanteste iranische Oppositionsgruppe. Ziel der MEK ist der Sturz des iranischen Regimes. Mit ihrem ehemals militärischen Arm „Nationale Befreiungsarmee“ (NLA) war sie für zahlreiche, ausschließlich im Iran verübte Anschläge verantwortlich. Nach dem Sturz des irakischen Regimes im Jahr 2003 schloss die NLA einen Waffenstillstand mit den US-Streitkräften. Die im Irak verbliebenen Kämpfer der NLA wurden im Lager „Ashraf“ unter US-Aufsicht gestellt und entwaffnet.

Aufnahme der MEK in die EU-Terrorliste

Die MEK wurden 2002 in die Liste der als terroristisch eingestuften Organisationen der Europäischen Union aufgenommen. Diesen EU-Ratsbeschluss erklärte der Europäische Gerichtshof am 12. Dezember 2006 aus formalen Gründen für nichtig. In Folge dieser Entscheidung hat der EU-Ministerrat beschlossen, die MEK erneut zu listen und begründete diese Entscheidung mit früheren terroristischen Aktionen der MEK bis zum Jahr 2001. Dagegen hat die Organisation ihrerseits rechtliche Schritte angekündigt.



Der goldene Löwe, Symbol des NWRI

Als politisches Sprachrohr der MEK mit einem Betätigungsfeld hauptsächlich in Europa und Nordamerika fungiert der NWRI. Der NWRI wurde 1981 in Paris als Exilorganisation der MEK gegründet. 1993 bildete der NWRI ein Exilparlament und rief die Generalsekretärin der MEK, Maryam Radjavi, zur „künftigen Präsidentin des Iran“ aus. Zu den Aufgaben des NWRI gehören umfangreiche Propaganda-Aktivitäten und Maßnahmen zur Finanzierung.

Seit 1994 ist der NWRI auch in Deutschland vertreten. Im Umfeld des NWRI existieren zahlreiche Vereine, die eine ideologische Anbindung an den NWRI aufweisen und durch öffentlichkeitswirksame propagandistische Aktivitäten sowie durch Spendensammlungen wahrnehmbar sind.

Lobbyarbeit

Der NWRI ist bestrebt, sich als demokratische iranische Oppositionsbewegung darzustellen und politische Bedeutung zu erlangen. Hierzu setzt die Organisation auf lobbyistische Aktivitäten, durch die sie die öffentliche Meinung sowie gesellschaftliche und politische Entscheidungsträger zu beeinflussen versucht. Dass diese Bemühungen nicht erfolglos bleiben, zeigt sich beispielhaft am Auftritt von Maryam Radjavi vor Angehörigen des Europaparlaments in Straßburg im April 2006.

Um seine Anliegen in der Öffentlichkeit zu vermitteln, setzte der NWRI wie bereits in den Vorjahren auch auf die Durchführung von Demonstrationen, Kunst-, Musik- und Kulturevents sowie auf Informations- und

Propagandaveranstaltungen. Themenschwerpunkte der Veranstaltungen waren die Kritik an der Atompolitik des Iran, die Frage der Menschenrechte im Iran, Vollzug der Todesstrafe sowie die seit Jahren vorgebrachte Forderung nach Streichung der MEK aus der EU-Terrorliste. Entsprechende Veranstaltungen fanden u.a. in Brüssel, Paris, Köln, Berlin und München statt.

Um die zum Teil mit großem Aufwand durchgeführten Aktionen zu finanzieren, zählte auch weiterhin die Beschaffung von Finanzmitteln zu einem wichtigen Betätigungsfeld des NWRI. Durch Sammelvereine wurden im gesamten Bundesgebiet Spendensammlungen angeblich für humanitäre Zwecke durchgeführt.

*Spenden-
sammlungen*

6. Übersicht über erwähnenswerte extremistische Organisationen von Ausländern sowie deren wesentliche Presseerzeugnisse

Organisation, ideologische Ausrichtung	Publikationen (einschließlich Erscheinungsweise)
1. Afghanische, arabische und maghrebische Gruppen	
Terrornetzwerk um al-Qaida sunnitisch-extremistisch	
Organisation al-Qaida im islamischen Maghreb sunnitisch-extremistisch	
Libyan Islamic Fighting Group (LIFG) sunnitisch-extremistisch	
Muslimbruderschaft (MB) sunnitisch-extremistisch	Risalat ul-Ikhwan - wöchentlich -
Islamische Gemeinschaft in Deutschland e.V. (IGD) sunnitisch-extremistisch	Al-Islam - nur als Internet-Ausgabe -
Fatah al-Islam sunnitisch-extremistisch	
Al-Gamaa al-Islamiya (GI) sunnitisch-extremistisch	
Djihad Islami (JI) sunnitisch-extremistisch	
Islamische Widerstandsbewegung (HAMAS) sunnitisch-extremistisch	
Islamische Heilsfront (FIS) sunnitisch-extremistisch	
Bewaffnete Islamische Gruppe (GIA) sunnitisch-extremistisch	
En Nahda sunnitisch-extremistisch	
Hizb ut-Tahrir (in Deutschland seit 15.01.2003 verboten) schiitisch-extremistisch	Al-Khilafah (Das Kalifat) - unregelmäßig - Al-Waie Explizit - vierteljährlich -
Hezb-i Islami Afghanistan (HIA) sunnitisch-extremistisch	
Ansar al-Islam sunnitisch-extremistisch	

Organisation, ideologische Ausrichtung	Publikationen (einschließlich Erscheinungsweise)
Tablighi Jamaat (TJ) sunnitisch-extremistisch	
Al-Tauhid sunnitisch-extremistisch	
Hizb Allah (Partei Gottes) schiitisch-extremistisch	Al-Intiqad (Die Kritik) - wöchentlich -
Demokratische Front für die Befreiung Palästinas (DFLP) marxistisch-leninistisch	
Volksfront für die Befreiung Palästinas (PFLP) marxistisch-leninistisch	
Volksfront für die Befreiung Palästinas - Generalkommando - (PFLP-GC) marxistisch-leninistisch	
Hizb al-Dawa al-Islamiya (Dawa) (Partei des islamischen Rufs/der islamischen Mission) schiitisch-extremistisch	
Islamisch-Irakische Gemeinschaft Deutschland e.V. (IIGD) schiitisch-extremistisch	

2. Iranische Gruppen

Union islamischer Studentenvereine in Europa (U.I.S.A.) islamisch-extremistisch	
Arbeiterkommunistische Partei Iran (API) marxistisch	API-Brief - monatlich -
Volksmudjahidin Iran (MEK) islamisch-extremistisch	Mojahed (Glaubenskämpfer) - wöchentlich -
Nationaler Widerstandsrat Iran (NWRI) Sitz: Berlin islamisch-extremistisch	

3. Kurdische Gruppen

Volkskongress Kurdistans (KONGRA GEL) vormals: Freiheits- und Demokratiekongress Kurdistans (KADEK) davor: Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) marxistisch-leninistisch (in Deutschland seit 26.11.1993 verboten)	Serxwebun (Unabhängigkeit) - monatlich - Kurdistan Report - zweimonatlich -
--	--

Organisation,
ideologische Ausrichtung

Publikationen
(einschließlich Erscheinungsweise)

Teilorganisationen des KONGRA GEL:

Volksverteidigungskräfte (HPG)
vormals: Volksbefreiungsarmee Kurdistans (ARGK)

Koordination der kurdischen demokratischen
Gesellschaft in Europa (CDK)
vormals: Kurdische Demokratische Volksunion (YDK)
davor: Nationale Befreiungsfront Kurdistans (ERNK)
(in Deutschland seit 26.11.1993 verboten)

Kurdischer Nationalkongress (KNK)

Nebenorganisationen des KONGRA GEL:

Kurdistan-Komitee e.V., Köln
(seit 26.11.1993 verboten)

Kurdistan Informationsbüro in Deutschland (KIB)
(seit 02.03.1995 verboten)

Föderation der patriotischen Arbeiter- und Kultur-
vereinigungen aus Kurdistan in der Bundesrepublik
Deutschland e.V. (FEYKA-Kurdistan)
(seit 26.11.1993 verboten)

Kurdistan Informations-Zentrum (KIZ)

Föderation kurdischer Vereine in Deutschland e.V. (YEK-KOM)

Haus der kurdischen Künstler e.V.
vormals: HUNERKOM

Verband der stolzen Frauen (Koma Jinen Bilind - KJB)
umfasst:

Freiheitspartei der Frauen Kurdistans (PAJK)
vormals: Partei der Freien Frauen (PJA)
davor: Union der freien Frauen aus Kurdistan (YAJK)
Freie Frauenverbände (YJA)
Frauenguerilla (YJA-STAR)

Union der Journalisten Kurdistans (YRK)

Union der patriotischen Arbeiter Kurdistans (YKWK)

Union zur Pflege der kurdischen Kultur und Kunst (YRWK)

Vereinigung der demokratischen Jugendlichen Kurdistans
(KOMALEN-CIWAN)
vormals: Bewegung der freien Jugend Kurdistans (TECAK)
davor: Union der Jugendlichen aus Kurdistan (YCK)

Demokratische Jugend (DEM-GENC)

Newaya Jin (Freie Frauen)
- monatlich -
vormals: Jina Serbilind (Die stolze Frau)

Welate Me (Unsere Heimat)

CIWANEN AZAD (Freie Jugendliche)
bisher: ÖZGÜR GENÇLIK (Freie Jugend)
vormals: Sterka Ciwan (Stern der Jugend)
- zweimonatlich -

Organisation, ideologische Ausrichtung	Publikationen (einschließlich Erscheinungsweise)
Verband der StudentInnen aus Kurdistan (YXK)	Ronahi (Licht) - dreimonatlich -
Demokratische Aleviten-Föderation (FEDA) vormals: Föderation der Demokratischen Aleviten (DAV) davor: Union der Aleviten aus Kurdistan (KAB)	Semah vormals: Zülfikar - monatlich -
Islamische Bewegung Kurdistans (KIH)	Baweri (Glaube)
Kurdischer Roter Halbmond (HSK)	Roja Kurdistane (Sonne Kurdistans)

Freiheitsfalken Kurdistans (TAK)

4. Türkische Gruppen

4.1 Linksextremisten

Türkische Kommunistische Partei/Marxisten-Leninisten (TKP/ML)

Partizan-Flügel (TKP/ML)

Isçi-Köylü Kurtuluşu
(Arbeiter-Bauern-Befreiung)
- zweimonatlich -

Devrim Yolunda Isçi Köylü
(Arbeiter und Bauern auf dem Weg
der Revolution)
- vierzehntägig -

Maoistische Kommunistische Partei (MKP)
vormals: DABK (Ostanatolisches Gebietskomitee)

Devrimci Demokrasi
(Revolutionäre Demokratie)

Türkische Arbeiter- und Bauernbefreiungsarmee (TIKKO)
Frontorganisation des Partizan-Flügels (TKP/ML)

Volksbefreiungsarmee (HKO), militärischer Arm der MKP

Basisorganisationen der TKP/ML:

Föderation der Arbeiter aus der Türkei
in Deutschland e.V. (ATIF)
Sitz: Duisburg (Partizan-Flügel)

Föderation für demokratische Rechte in
Deutschland (ADHF)
(DABK-Flügel)

Konföderation der Arbeiter aus der Türkei in Europa (ATIK)
(Partizan-Flügel)

Mücadele (Kampf)
- unregelmäßig -

Konföderation für demokratische Rechte in Europa (ADHK)
(DABK-Flügel)

Organisation, ideologische Ausrichtung	Publikationen (einschließlich Erscheinungsweise)
<p>Bolschewistische Partei Nordkurdistan/Türkei (BP-KK/T) (Abspaltung von der TKP/ML)</p>	<p>Bolsevik Partizan (Bolschewistischer Partisan) - monatlich -</p>
<p>Devrimci Sol (Revolutionäre Linke) in Deutschland seit 09.02.1983 verboten; 1993 in zwei Fraktionen (Karatas- bzw. Yagan-Flügel) zerfallen</p> <p>Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front (DHKP-C) aus dem Karatas-Flügel der Devrimci Sol hervorgegangen (in Deutschland seit 13.08.1998 verboten)</p> <p>Türkische Volksbefreiungspartei-Front (THKP-C Devrimci Sol) aus dem Yagan-Flügel der Devrimci Sol hervorgegangen (in Deutschland seit 13.08.1998 verboten)</p>	<p>Ekmek ve Adalet (Brot und Gerechtigkeit) - wöchentlich - Yürüyüs (Marsch) - wöchentlich -</p>
<p>Marxistisch-Leninistische Kommunistische Partei (MLKP)</p> <p>Bewaffnete Einheiten der Armen und Unterdrückten (FESK) - militärischer Arm der MLKP -</p>	<p>Atilim (Angriff) bisher: Yeniden Atilim (Neuer Vorstoß) - wöchentlich -</p>
<p>Basisorganisation der MLKP: Konföderation der unterdrückten Migrantinnen in Europa (AvEG-Kon)</p> <p>Föderation der Arbeiterimmigrantinnen aus der Türkei in Deutschland e.V. (AGIF)</p>	<p>AGIF Bülteni - zweimonatlich -</p>
<p>4.2 Extreme Nationalisten</p> <p>Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Europa e.V. (ADÜTDF) Sitz: Frankfurt am Main</p>	<p>Türk Federasyon Bülteni - monatlich -</p>
<p>4.3 Islamische Extremisten</p> <p>Milli Görüs-Bewegung</p> <p>Islamische Gemeinschaft Milli Görüs e.V. (IGMG) Sitz: Kerpen</p> <p>Hilafet Devleti (Kalifatsstaat) vormals: Verband der islamischen Vereine und Gemeinden e.V. (ICCB) mit Sitz in Köln (in Deutschland seit 12.12.2001 verboten)</p>	<p>Publizistisches Sprachrohr: Milli Gazete</p> <p>Verbandszeitschrift: IGMG Perspektive</p>

4. Abschnitt

Rechtsextremismus

1. Allgemeines

1.1 Merkmale des Rechtsextremismus

Der Rechtsextremismus weist keine gefestigte einheitliche Ideologie auf. Die Bestrebungen rechtsextremistischer Organisationen in Deutschland sind im Wesentlichen dadurch gekennzeichnet, dass sie die Grundlagen der Demokratie ablehnen und stattdessen - aus taktischen Gründen meist nicht offen erklärt - eine totalitäre Regierungsform unter Einschluss des Führerprinzips anstreben, die mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung nicht vereinbar ist. Bestimmende Merkmale des organisierten Rechtsextremismus sind vor allem

Ablehnung der Grundlagen der Demokratie

- die pauschale Überbewertung der Interessen der „Volksgemeinschaft“ zu Lasten der Interessen und Rechte des Einzelnen, die zu einer Aushöhlung der Grundrechte führt (völkischer Kollektivismus),
- ein den Gedanken der Völkerverständigung missachtender Nationalismus,
- die offene oder verdeckte Wiederbelebung rassistischer Thesen, u.a. des Antisemitismus, die mit dem Schutz der Menschenwürde und dem Gleichheitsprinzip nicht vereinbar sind,
- immer wiederkehrende Versuche, die nationalsozialistische Gewaltherrschaft unter Herausstellung angeblich positiver Leistungen des Dritten Reichs zu rechtfertigen, die Widerstandskämpfer gegen das NS-Regime zu diffamieren und die Verbrechen der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft zu verschweigen, zu verharmlosen oder sogar zu leugnen.

Kollektivismus

Nationalismus

Rassismus

Relativierung des NS-Unrechts

Hinzu kommt die allen Extremisten gemeinsame planmäßige Verunglimpfung der bestehenden Staatsform und ihrer Repräsentanten. Ziel dieser Angriffe ist es, die eigene Organisation und ihre Vertreter als die alleinigen Wahrer der Interessen von Staat und Bürgern darzustellen, was im Ergebnis auf die Ablehnung des Mehrparteienprinzips und des Rechts auf verfassungsmäßige Bildung und Ausübung einer Opposition hinausläuft.

Verunglimpfung der Demokratie

Diese Merkmale sind nicht gleichmäßig bei allen Rechtsextremisten zu beobachten. Manchmal sind nur Teilaspekte bestimmend; auch die Intensität und die Strategie des Kampfs gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung sind unterschiedlich.

Sozialpolitische Themen

Seit einigen Jahren treten in der Propaganda von Rechtsextremisten sozial- und wirtschaftspolitische Themen in den Vordergrund. Durch Verknüpfung sozialer Problemfelder mit rechtsextremistischen Theorie-Elementen hoffen Rechtsextremisten, aus den Sorgen der Bevölkerung um ihre soziale Sicherheit und gesellschaftliche Positionierung Kapital schlagen zu können. Teile des rechtsextremistischen Spektrums propagieren einen von dezidiert antikapitalistischen Elementen geprägten „volksbezogenen Sozialismus“ mit dem Ziel, in sozialistisch orientierte Wählerschichten einzudringen.

Antiwestliche Feindbilder

Rechtsextremisten betonen seit einiger Zeit Gemeinsamkeiten mit anderen politischen Strömungen. Sie traten beispielsweise als Teil der Protestbewegungen gegen die US-amerikanische Intervention im Irak und gegen die Sozialreformen auf. In der globalen Auseinandersetzung mit dem Islamismus positionierten sie sich eindeutig antiwestlich und versuchten, den Konflikt zwischen der internationalen Staatengemeinschaft und dem Iran für ihre Ziele zu nutzen. Sie leugneten die Gefahren eines iranischen Atomprogramms und griffen stattdessen die USA, Israel und die Bundesregierung an. Übereinstimmungen zwischen Rechtsextremisten und Islamisten bestehen in einem antizionistisch-antisemitischen und antiwestlich-anti-amerikanischen Feindbild. Rechtsextremisten wie auch islamische Extremisten sehen in den USA gemeinsam den Feind, der aus imperialistisch-kapitalistischem Interesse die Widerstandskraft der Völker und Kulturen zu zerstören suche. Nutznießer - wenn nicht gar Betreiber dieses Prozesses - seien die Juden.

1.2 Entwicklung der Organisationen

Die Entwicklung der Zahl rechtsextremistischer Organisationen in Bayern und deren jeweilige Mitgliederstärke sind aus der Übersicht auf der Seite 95 dieses Berichts zu ersehen. Bei erkannten Mehrfachmitgliedschaften wurde die Person nur bei einer Organisation mitgezählt.

Mitgliederanstieg bei der NPD

Die NPD hatte bundesweit einen leichten Mitgliederanstieg zu verzeichnen; auch in Bayern erhöhte sich die Zahl der Mitglieder leicht (vgl.

Hinweis: Zur Partei „Die Republikaner“ (REP) liegen keine hinreichend gewichtigen Anhaltspunkte für Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mehr vor, so dass ihre Mitglieder insgesamt nicht mehr dem Rechtsextremismus zugeordnet werden können.

	2005	2006	2007
Anzahl der Organisationen	40	40	45
Mitgliederstärken			
NPD mit JN und NHB*	900	950	1.020
Deutsche Volksunion (DVU)**	1.100	1.000	900
neonazistische Organisationen	160	190	250
sonstige Organisationen	420	300	300
	2.580	2.440	2.470
neonazistische Einzelaktivisten	140	160	150
rechtsextremistische Skinheads	800	750	700
Rechtsextremisten insgesamt	3.520	3.350	3.320

* Nationaldemokratischer Hochschulbund
 ** Die Zahlen umfassen die Mitglieder der Partei und des gleichnamigen Vereins.

Zahl und Mitgliederstärke rechtsextremistischer Organisationen in **Bayern**

auch Nummer 2.1 dieses Abschnitts). Die DVU verlor in Bayern erneut Mitglieder, da sie den durch Überalterung bedingten Mitgliederschwund nicht aufhalten kann (vgl. auch Nummer 2.2 dieses Abschnitts).

Mitgliederschwund bei der DVU

Die durch interne Richtungskämpfe kaum noch aktive „Deutsche Partei - Die Freiheitlichen“ (DP) wählte auf ihrem Parteitag im Juni einen neuen Bundesvorstand. Der abgewählte Bundesvorsitzende und bayerische Landesvorsitzende Ulrich Pätzold hat im November seinen Parteiaustritt erklärt, nachdem rechtliche Schritte gegen den Parteitag nicht erfolgreich waren.

1.3 Nutzung des Internets

Dem Internet kommt bei der Verbreitung rechtsextremistischen Gedankenguts und der Koordinierung von Aktivitäten der rechtsextremistischen Szene eine weiterhin steigende Bedeutung zu. Der Zugriff auf das Internet bietet Rechtsextremisten eine geeignete Plattform zur Information und Kommunikation sowie zur Mobilisierung der Szene. Zunehmend werden die neuen technischen Möglichkeiten der „Web 2.0-Generation“, etwa in Form von „Weblogs“, genutzt. Die Zahl der von Deutschen betriebenen Homepages mit rechtsextremistischen Inhalten blieb in den vergangenen fünf Jahren mit durchschnittlich 1.000 konstant. Homepage-Betreiber aus dem Bereich des Rechtsextremismus weichen zum Teil auf ausländische Speicherplatzanbieter aus, die sich Appellen staatlicher und privater Einrichtungen sowie einer

Weiterhin steigende Bedeutung

Selbstkontrolle verschließen. Darunter befinden sich etliche Provider, die der rechtsextremistischen Szene angehören.

Die Internet-Angebote rechtsextremistischer Parteien, beispielsweise der NPD, nehmen zum Teil zu aktuellen tagespolitischen Fragen Stellung und befinden sich auf hohem technischem Niveau. Eine Vielzahl rechtsextremistischer Skinhead-Bands stellt auf ihren Homepages neben Fotos von Auftritten und Konzertberichten auch die Lieder zur Verfügung, Skinhead-Musik wird auch über Tondateien angeboten. Im Online-Versandhandel entsprechender Anbieter findet sich eine umfangreiche Auswahl an szenetypischer Kleidung, Musik-CDs und anderen Szene-Artikeln.

Diskussionsforen

Eine große Bedeutung kommt in diesem Bereich ferner den Diskussionsforen zu. Die Relevanz dieses Internet-Dienstes für die Nutzer besteht in der permanenten, ortsunabhängigen und kaum zu kontrollierenden Möglichkeit zur Information, Kommunikation und Vernetzung mit anderen Szene-Anhängern.

Das Internet wird auch zur Vorstellung neugegründeter Kameradschaften und ihrer programmatischen Ziele genutzt. Eine „Kameradschaft Miltenberg“ veröffentlichte im Juli auf ihrer Internet-Seite ein Dokument, das als Sprachrohr der Kameradschaft unter der Bezeichnung „Mainbogen“ verbreitet wird. Darin werden Repräsentanten der Bundesrepublik Deutschland verunglimpft.

2. Parteien, Organisationen und Verlage

2.1 Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)

	Deutschland	Bayern
Mitglieder:	7.200	950
Vorsitzender:	Udo Voigt	Ralf Ollert
Gründung:	1964	
Sitz:	Berlin	
Publikation:	„Deutsche Stimme“ (DS)	

2.1.1 Ideologisch-politischer Standort

Neonazistische und nationalrevolutionäre Thesen sind fester Bestandteil des ideologischen Spektrums der NPD und haben deren Erscheinungsbild nachhaltig verändert. Die NPD hat sich mittlerweile zu einem Sammelbecken gewaltbereiter Skinheads und Neonazis entwickelt. Die Parteiführung intensiviert die Zusammenarbeit mit den „Freien Nationalisten“. Das von der Partei vertretene Staats- und Menschenbild steht

Sammelbecken von Neonazis und Skinheads

in krassem Gegensatz zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Für die NPD resultiert die Würde des Einzelnen nicht aus dem freien Willen des Individuums, sondern sie ist von biologisch-genetischer Teilhabe an der „Volksgemeinschaft“ abhängig.

Mit ihrer Forderung nach Schaffung einer „Volksgemeinschaft“ verwendet die NPD einen zentralen Begriff des Nationalsozialismus, der darunter insbesondere eine Schicksalsgemeinschaft verstand, in der die Interessen des Einzelnen bedingungslos der Gemeinschaft der Volksgenossen untergeordnet wurden und das Wohl der so definierten „Volksgemeinschaft“ allen anderen Interessen vorging:

„Volksherrschaft setzt die Volksgemeinschaft voraus. (...) Der Staat hat dabei über den Egoismen einzelner Gruppen zu stehen und die Gesamtverantwortung wahrzunehmen.“

(Parteiprogramm, Abschnitt 3)

Unter der Überschrift „Frei Sozial und national - Über die Wiederkehr des Sozialismus“ äußerte sich die „Deutsche Stimme“ zur „Raumorientierten Volkswirtschaft“:

„Raumorientierte Volkswirtschaft ist ein ‚Projekt‘, das auf eine ‚grundlegende Umgestaltung der Gesellschaft‘ angelegt ist, wie Marxisten es ausdrücken würden.“

(Deutsche Stimme, März, Seite 20)

Eine mit der Menschenwürde und dem Gleichheitsprinzip des Grundgesetzes unvereinbare, rassistisch und nationalistisch geprägte Fremdenfeindlichkeit ist elementarer Bestandteil der Parteiideologie vom „lebensrichtigen Menschenbild“, das sich insbesondere gegen „Fremdbestimmung“ und „Überfremdung“ wendet:

„Im Zusammenspiel von Großkapital, Regierung und Gewerkschaften wurden Millionen von Ausländern wie Sklaven der Neuzeit nach Deutschland geholt. Diese Politik wird durch eine menschen- und völkerverachtende Integration fortgesetzt. Ausländer und Deutsche werden gleichermaßen ihrer Heimat entfremdet und entwurzelt, ihnen droht der Verlust ihrer Identität, ... In zahlreichen Städten bilden sich Ausländerghettos, in denen die deutsche Restbevölkerung zur Minderheit im eigenen Land wird. (...) Ein grundlegender politischer Wandel muß die menschenfeindliche Integrationspolitik beenden sowie die deutsche Volkssubstanz erhalten.“

(Parteiprogramm, Abschnitt 8)

Als konträr zu ihren völkischen Idealen betrachtet die NPD das Gesellschaftsmodell der USA:

„Wenn es nach dem Willen der Systempolitik ginge, dann kommt Antiamerikanismus gleich nach Antisemitismus und gleicht etwa dem, was man in Kaisers Zeiten noch unter Majestätsbeleidigung verstand. (...) Richtiger wird es schon,

Völkischer
Kollektivismus



Rassismus und
Nationalismus

wenn man den Antiamerikanismus als Ausdruck der Kritik an einer ‚westlichen Wertegemeinschaft‘ versteht, deren ‚Verdienste‘ im Laufe der Jahrhunderte von der Vernichtung der Indianer über die Massenverschleppung von Schwarzen bis zum Bombenterror der vierziger, fünfziger und sechziger Jahre und, und, und reicht. Es geht um die sklavische Anbiederung an die Eliten eines Landes, die für Not und Tod und Elend sorgen.“

(Deutsche Stimme, Februar, Seite 2)

In einer Sonderausgabe des Publikationsorgans des NPD-Kreisverbandes Regensburg, „Regensburger Stimme“, schrieb Udo Voigt unter der Überschrift „Wie auf der ‚Titanic‘“:

„Globalisierung und US-Kriege sind untrennbar miteinander verbunden. (...) Den Völkern wird alles versprochen, wenn sie nur ihre Grenzen für ausländisches Kapital, fremde Menschen und internationale Investoren öffnen. (...) Auf die Globalisierung gibt es nur eine Antwort: Die Völker müssen lernen, daß Gemeinnutz vor Eigennutz geht. Das Wohl des eigenen Volkes und die Zukunft seiner Menschen müssen vorrangiges Ziel unserer Politik sein.“

(Regensburger Stimme, Juni, Seite 1)

Revisionismus

Für die NPD gehört Revisionismus nach wie vor zum Bestandteil ihrer Ideologie. Sie fordert:

„Ein Ende der einseitigen Vergangenheitsbewältigung. Wir Deutschen sind kein Volk von Verbrechern. (...) Kein Ersatz der Freiheit von Forschung und Lehre durch ein staatlich verordnetes, von politischer Justiz überwacht Geschichtsbild zu Lasten Deutschlands.“

(Parteiprogramm, Abschnitt 11)

In Zusammenhang mit dem so genannten Zündel-Prozess (vgl. auch Nummer 7.2 dieses Abschnitts) zitierte die „Deutsche Stimme“ den Neonazi und NPD-Funktionär Jürgen Rieger so:

„Da wir mittelalterliche Zustände haben, und unsere Justiz von dem Inquisitionsprozeß des Mittelalters hinsichtlich Holocaust-Prozessen nicht weit entfernt ist, lehne ich aber diese Verteidigungs-Einschränkungen ab. (...) Argumente der Revisionisten müssen unter den Tisch gekehrt werden, damit das Dogma bestehen bleibt. (...) Durch die Schulerziehung wird den Kindern in einer sensiblen Prägungsphase eingehämmert, daß die Deutschen ein Verbrechervolk sind; um sich reinzuwaschen, wird dann in vorausweisendem Gehorsam jeder, der irgendwie Kritik der Juden hervorruft, mit infernalischem Haß verfolgt. Die Richter fühlten sich genauso gut bei ihrem Urteil wie die Richter in den Hexenprozessen des Mittelalters, die angeblich zum Blocksberg fliegende Frauen lebendig verbrannten, um dem Satan das Handwerk zu legen.“

(Deutsche Stimme, April, Seite 8)

Zu den deutsch-polnischen Beziehungen schrieb der Parteivorsitzende Udo Voigt:

„Nun, ich denke, daß die polnische Führung sehr wohl das Völkerrecht kennt und weiß, welches Unrecht sie uns Deutschen mit Vertreibung und Landraub

angetan hat. Darüberhinaus dürfte sie wissen, daß Verträge und Erklärungen einer nichtsoveränen BRD-Regierung völkerrechtlich genauso gesetzwidrig sind wie die Vertreibung der Bevölkerung und die Annexion eines Drittels des Gebietes des Deutschen Reiches nach 1945. Schließlich kann die BRD nicht auf Gebiete verzichten, die ihr nie gehört haben. (...) Ein Blick in die Grundbücher im deutschen Osten weist immer noch die deutschen Alteigentümer als rechtmäßige Besitzer aus, und uns liegen nicht nur die damaligen polnischen Vertreibungsbefehle, sondern auch die Zeugenaussagen von Millionen vertriebener und gefolterter Deutscher vor. Dafür darf es kein Vergeben und kein Vergessen geben! Dies ist kein Revisionismus, sondern das wird die klare Sachpolitik eines freien Deutschlands sein.“

(Deutsche Stimme, August, Seite 2)

Bei der Verbreitung antisemitischer Propaganda nutzt die NPD aktuelle politische Ereignisse, um Ressentiments gegen Juden zu fördern. Im Zusammenhang mit dem Nahost-Konflikt hieß es:

Antisemitismus

„Wir alle wissen genau, daß die Israelis sich als Volk unter Völkern verstehen - auserwählt, um Ausgleich zu schaffen. Wenn nötig und man sie nicht verstehen will, sind auch schon mal Splitterbomben als Argumentationshilfe drin.“

(Deutsche Stimme, April, Seite 2)

Das politische System in Deutschland wurde häufig als „Regime“ diffamiert; seine Repräsentanten seien Betrüger und Versager:

Diffamierung demokratischer Institutionen

„Die Alarmglocken der Systempolitiker müssen also mehr als deutlich läuten. Was bleibt Ihnen noch, um weitere Erfolge nationaler Kräfte zu verhindern? Nun, sie könnten ihre Politik umstellen und sich dem deutschen Volke gegenüber verantwortungsvoller verhalten. Dies scheidet für sie wohl aus zwei Gründen aus, zum einen sind die persönlichen finanziellen Zuwendungen aus diesen Reihen längst eine fest einkalkulierte Größe geworden und zum anderen glauben sie nicht an das deutsche Volk.“

(Deutsche Stimme, Januar, Seite 2)

„Die Fäden dieser Umerziehung und Gleichschaltung führen in die Machtzentren von Brüssel und Washington und von dort zu den herrschenden Kreisen von Freimaurern, Bilderbergern, Zionisten und anderen. Ihnen sind die regierenden Politiker in Europa hündisch ergeben und betreiben schamlos Verrat an ihren Völkern.“

(Deutsche Stimme, September, Seite 18)

Diese diffamierende Polemik zeigt deutlich, dass die NPD die Prinzipien des Mehrparteiensystems und der Chancengleichheit der Parteien trotz ihres formalen Bekenntnisses zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung ablehnt. Darüber hinaus offenbart die Diktion der NPD, insbesondere der häufige Gebrauch der Begriffe „System“, „System-Parteien“ oder „Systempolitiker“, die bereits von der NSDAP zur Diffamierung der Weimarer Republik instrumentalisiert wurden, eine Wesensverwandtschaft mit der Ideologie der NSDAP.

Wesensverwandtschaft mit der NS-Terminologie

„Drei-Säulen-Konzept“

NPD und Junge Nationaldemokraten (JN) betrachten die Wertordnung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung in der bestehenden Form als „überholt und handlungsunfähig“ und wollen sie deshalb beseitigen. Um dem Ziel der politischen Machtergreifung näher zu kommen, hat die Partei zur Verfolgung ihrer verfassungsfeindlichen Bestrebungen 1997 ein auf drei „strategische Säulen“ gestütztes Konzept entwickelt, nämlich

- Programmatik: Kampf um die Köpfe,
- Massenmobilisierung: Kampf um die Straße,
- Wahlteilnahme: Kampf um die Parlamente.

Ergänzung um vierte Säule

Mit dem im Herbst 2004 noch als vierte Säule eingefügten „Kampf um den organisierten Willen“ erstrebt die NPD eine Bündelung aller nationalen Kräfte, ohne dabei programmatische Inhalte zu definieren. Im Grunde handelt es sich um eine Aktionseinheit von NPD und Teilen des rechtsextremistischen Lagers. Die NPD bezieht hierin auch die DVU mit ein.

Zunehmende Konzentration auf soziale Themen

Seit Mitte der 90er Jahre hat die NPD ihre Agitation zur „sozialen Frage“ kontinuierlich erweitert. Sie erklärte dieses Thema zum Dreh- und Angelpunkt nationaler Politik. Mit einer Orientierung hin zum „Nationalen Sozialismus“, einer Verknüpfung von „Nation“ und „Sozialismus“, wirbt die NPD vor allem in den neuen Bundesländern um Anhänger. Sie tritt nach außen als „soziale Protestpartei“ auf und schürt so Ängste der Bevölkerung vor sozialen Reformen, Arbeitslosigkeit und einer „multikulturellen Gesellschaft“. Damit soll eine Krisenstimmung geschaffen werden, die den Angriff gegen den sozialen Rechtsstaat und die freiheitliche Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland rechtfertigen soll.

Aggressiver Aktionismus im „Kampf um die Straße“

Im Rahmen ihres aggressiven Bestrebens, über den außerparlamentarischen Kampf politische Macht in Deutschland zu erringen, veranstaltete die NPD seit dem Amtsantritt des Bundesvorsitzenden Voigt im Jahr 1996 bundesweit rund 850 Demonstrationen und öffentliche Aktionen mit teilweise bis zu 5.000 Teilnehmern. Die Partei versteht sich als Anführerin einer breiten sozialen Protestbewegung, die in öffentlichen Aufmärschen auf der Straße gemeinsam mit Neonazis und Skinheads ihre auf die Überwindung des „Systems“ gerichteten Ziele verfolgt. Sie bietet der Neonazi-Szene ein „legales“ organisatorisches Dach und ist somit mitverantwortlich für ein geistiges Klima, das den Boden für Übergriffe von Rechtsextremisten auf Ausländer und andere Minderheiten bereitet.

2.1.2 Organisation

Die Partei mit Sitz in Berlin zählt bundesweit annähernd 7.200 (2006: 7.000) Mitglieder. Sie gliedert sich in 16 Landesverbände, die wiederum in Bezirks- und Kreisverbände unterteilt sind. Bundesvorsitzender ist seit März 1996 Udo Voigt; seine Stellvertreter sind Holger Apfel, Peter Marx und Sascha Roßmüller. Redaktion und Anzeigenabteilung des Parteiorgans „Deutsche Stimme“ (DS) befinden sich in Riesa/Sachsen. Dem aus 19 Personen bestehenden Bundesvorstand gehören mehrere ehemalige Aktivisten verbotener neonazistischer Gruppierungen an. Darüber hinaus betrachtet die NPD Skinheads als natürliche Bündnispartner.

*Leichter Anstieg
der Mitgliederzahl*



Dem Landesverband Bayern mit derzeitiger Adresse in Bamberg gehören rund 950 (2006: 900) Mitglieder an, darunter zahlreiche Angehörige der Neonazi- und Skinhead-Szene. Er gliedert sich in sieben Bezirks- und rund 35 Kreisverbände, von denen aber rund ein Drittel nicht aktiv ist. Der Landesverband wird von Ralf Ollert geleitet. Seine Stellvertreter sind Uwe Meenen (Vorsitzender des NPD-Bezirksverbands Unterfranken), Roland Wuttke (Vorsitzender des NPD-Bezirksverbands Oberbayern) und Sascha Roßmüller, ein ehemaliger Aktivist des 1993 verbotenen neonazistischen Nationalen Blocks (NB). Nach wie vor sind im bayerischen Landesvorstand neben Anhängern der orthodoxen Linie der NPD auch Funktionäre mit einer überwiegend neonazistisch ausgerichteten Ideologie vertreten; ebenso bestehen Verbindungen zur Skinhead-Szene.

*Landesverband
Bayern*

Die NPD verfügt mittlerweile über das umfassendste Angebot aller rechtsextremistischen Parteien im Internet. Ihre Homepage enthält mehrere Diskussionsforen sowie ein eigenes Textarchiv mit Schlagwortsuchmodus, über den alle bislang von der NPD veröffentlichten Texte abrufbar sind. Die NPD-Landesverbände verfügen über eigene Internet-Seiten. Über eine Linkliste sind Angebote von Untergliederungen der NPD und ihrer Jugendorganisation JN zugänglich.

*Nutzung des
Internets*

NPD und JN unterhalten Verbindungen zu gleich gesinnten Personen und Organisationen im westeuropäischen Ausland, insbesondere nach Spanien, Österreich und Italien. Allerdings ist die NPD ihrem Ziel der Bildung einer nationalistischen nordeuropäischen Allianz nicht näher gekommen.

Auslandskontakte

2.1.3 Teilnahme an Wahlen

Nach Wahlerfolgen in Sachsen (2004) und in Mecklenburg-Vorpommern (2006) will die NPD bei den Kommunal- und Landtagswahlen in

Bayern im Jahr 2008 antreten. Im Rahmen des mit der DVU im Jahr 2004 geschlossenen „Deutschland-Pakts“ wird die DVU hier nicht antreten. Für die NPD sind die Wahlen in Bayern von „gesamtdeutscher Bedeutung“. Sie hofft als „bestimmende Gruppierung der nationalen Opposition mit gesamtdeutschem Anspruch“ aus diesen hervorzugehen. So heißt es in dem Artikel „Herausragende Heimatverbundenheit - Bayern-Wahlen 2008: Voraussetzungen für NPD-Triumph gegeben“:

„Geht die NPD das Thema Überfremdung und Identitätsverlust zielstrebig an, wird der erste gewaltige Erfolg seit 1968 im Westen für die volkstreue Partei nicht ausbleiben.“

(Deutsche Stimme, Mai, Seite 19)

Auf dem 41. ordentlichen Landesparteitag der NPD am 23. September in Gremsdorf, Landkreis Erlangen-Höchstadt, stellte die Partei das „Bayerische Landtagswahlprogramm 2008/Bayernprogramm 2008“ vor. Das Wahlprogramm unter dem Motto „Heimat statt Globalisierung“ benennt zentrale Themengebiete der NPD sowie deren kommunal- und landespolitische Forderungen. In der Einleitung heißt es:

„Jedes Partei- oder Wahlprogramm unterliegt dem Gesetz der Zeit. Inhalt und Forderungen stehen im Bezug zu den gegenwärtigen Rahmenbedingungen und im Spannungsverhältnis zu realpolitischen Kompetenzen, die zu ändern zwar selbst Programm sein kann, deren Wirkung aber in Rechnung gestellt werden muß. Dieser Einsicht folgt auch der Ansatz des vorliegenden Programms, indem sich die Handlungsansätze für die spezielle bayerische Landespolitik vor allem auf das innerhalb des föderalistischen BRD-Systems und seiner EU-Einbindung realpolitisch Machbare beziehen. (...) Dies bedeutet nicht, daß der Anspruch auf einen grundlegenden gesamtdeutschen Paradigmenwechsel aufgegeben werden soll, sondern es liegt einzig darin begründet, daß bei der Beschreibung der anvisierten politischen Arbeit im Freistaat auf leere Versprechungen und sachfremde Ankündigungsrhetorik verzichtet werden soll.“

Ebenso versucht die NPD bereits seit geraumer Zeit, sich mit aktuellen politischen Themen zu profilieren. Hierzu zählen insbesondere die Alterssicherung, die Globalisierung, „Gen-Food“, Überfremdung, Hartz IV, Zeitarbeit sowie örtlich relevante Themengebiete, die von öffentlichem Interesse sind, wie z.B. der geplante Ausbau einer dritten Startbahn des Flughafens München.

In München und Nürnberg wird die Partei nicht unter ihrem Parteinamen NPD, sondern jeweils als „Bürgerinitiative Ausländerstopp“ kandidieren. In Nürnberg ist sie bereits mit dem NPD-Landesvorsitzenden Ralf Ollert seit der Kommunalwahl 2002 im Nürnberger Stadtrat vertreten (vgl. auch Nummer 2.1.7 dieses Abschnitts).



Im NPD-Landesverband Bayern fanden parteiinterne Veranstaltungen zur Vorbereitung der Wahlen 2008, insbesondere zur Aufstellung von Kandidaten statt. Die dabei gewählten Kandidaten werden zum Teil über die jeweiligen Internet-Auftritte der einzelnen Kreisverbände präsentiert.

2.1.4 Bündnisbestrebungen

Die NPD bemüht sich seit längerer Zeit erfolgreich um Absprachen mit anderen rechtsextremistischen Parteien, um ihre Chancen bei Wahlen zu steigern. Mit dem Konzept einer „Volksfront von rechts“ verfolgt die Partei Bündnisbestrebungen in zwei unterschiedliche Richtungen: Zum einen intensiviert sie ihre bündnispolitische Orientierung zur Neonazi-Szene; zum anderen strebt sie eine Kooperation mit den „derzeitigen nationalen Parteien in der BRD“ an, da aufgrund der Zersplitterung dieser Parteien keine in der Lage sei, „wirksamen politischen Einfluss und gestalterische Macht zu entfalten“. Ziel der Bündnispolitik ist die „Konzentration aller nationalen Kräfte“ bzw. die Einheit des „nationalen Lagers“. Der NPD-Parteivorsitzende Udo Voigt und der DVU-Bundvorsitzende Dr. Gerhard Frey vereinbarten am 15. Januar 2005 in einem „Deutschland-Pakt“ ihre weitere Zusammenarbeit für die Europa-, Bundestags- und Landtagswahlen bis 2009. Schon bei vergangenen Wahlen hatte der Verzicht auf Konkurrenz kandidaturen zu Erfolgen von DVU bzw. NPD beigetragen.

„Volksfront von rechts“

„Deutschland-Pakt“

Seit 2004 ist eine verstärkte Annäherung zwischen der NPD und den „Freien Nationalisten“ erkennbar. Dem NPD-Bundesvorstand gehören inzwischen bekannte Neonazis wie Jürgen Rieger, Sascha Roßmüller und Thomas Wulff an. Allerdings erfährt die von der NPD propagierte „Volksfront“ bei den „Freien Nationalisten“ nicht nur Zustimmung. Bei diesen ist die Zusammenarbeit vielfach rein taktisch motiviert und oft von Eigeninteressen geprägt.

Annäherung an die Neonazi-Szene

Die NPD nutzt die Anziehungskraft der Skinheads gezielt für ihre Wahlkampfveranstaltungen und Rekrutierungsmaßnahmen. Sie hat sehr früh den hohen Stellenwert der rechtsextremistischen Skinhead-Musik erkannt und ist bestrebt, bei eigenen Skinhead-Konzerten jugendliche Besucher für NPD-Aktivitäten zu mobilisieren und letztlich für die Ziele der Partei zu gewinnen. Daher bieten die NPD bzw. deren Aktivisten, die wie beispielsweise Norman Bordin enge Verbindungen zur Skinhead-Szene besitzen, rechtsextremistischen Skinhead-Bands ein Forum für Auftritte bei Parteiveranstaltungen. Obwohl sich einzelne Skinheads bzw. kleinere Skinhead-Gruppierungen eher unpolitisch geben, sich

Kontakte zu Skinheads

von der NPD distanzieren und eine Politisierung durch Schulungs- und Vortragsveranstaltungen kategorisch ablehnen, halten andere Gruppierungen nach wie vor engen Kontakt zu NPD-Verbänden.

Personelle Verflechtungen

Die Parteimitgliedschaft führender Neonazis erleichtert der NPD die Mobilisierung und Integration von Skinheads im Großraum München und Nürnberg, sowie in Oberfranken. Die hohe Präsenz von rechtsextremistischen Skinheads in den mittelfränkischen NPD-Strukturen hat weiter zugenommen. Dort rekrutiert sich inzwischen ein Großteil der Vorstandsmitglieder aus der örtlichen Neonazi- und Skinhead-Szene. Auch Angehörige der Skinhead-Szene im Raum Unterfranken suchen die Nähe zur NPD und nehmen bayernweit an NPD-Veranstaltungen teil.

Rechtsextremistische Liedermacher

Rechtsextremistische Liedermacher treten mitunter bei Skinhead-Treffen, häufiger aber bei Veranstaltungen rechtsextremistischer Parteien wie der NPD auf. Dabei steht die Verherrlichung der ihnen vorschwebenden „deutschen Ideale“ im Vordergrund: Kameradschaft, Frau als Mutter in der Familie, Gehorsam, Heldentum, Tapferkeit, Solidarität, Treue und Ordnungssinn. Darüber hinaus werden in den Liedern auch die angeblich positiven Seiten des NS-Regimes betont. Zwei bekannte Liedermacher in der bayerischen Szene sind Michael und Annett Müller. Beide treten bundesweit bei Veranstaltungen der rechtsextremistischen Szene auf.

2.1.5 Sonstige Aktivitäten

2.1.5.1 Parteitage

Landesparteitag in Gremsdorf

Am 23. September fand in Gremsdorf, Landkreis Erlangen-Höchstadt, der bayerische Landesparteitag der NPD statt, an dem sich etwa 130 Mitglieder und Sympathisanten der NPD beteiligten. Im Mittelpunkt der Veranstaltung stand die Vorstellung des 25-seitigen Wahlprogramms für die Landtagswahl 2008, das unter dem Motto „Heimat statt Globalisierung!“ steht. Alle Parteimitglieder sind bis zum Frühjahr 2008 aufgerufen, Änderungen oder Ergänzungen einzubringen, um das Programm zu einer „Agenda für ein besseres Bayern“ zu machen.

Laut Pressemitteilung des NPD-Landesverbandes zu dem Parteitag verwies der Landesvorsitzende Ralf Ollert auf die „gute Mitgliederentwicklung“ der NPD, die sich in der Neugründung von Kreisverbänden niedergeschlagen habe. Er forderte zudem den politischen Gegner auf, „sich endlich der politisch-inhaltlichen Auseinandersetzung mit der NPD zu stellen“. Als weiterer Redner trat der stellvertretende Bundesvorsit-

zende und Mitglied des bayerischen Landesvorstands Sascha Roßmüller auf, der in seinem Referat die Eckpunkte des Landeswahlprogramms vorstellte, das auch Forderungen nach getrennten Schulklassen für Deutsche und Ausländer und den „Abzug aller Besatzungstruppen aus Bayern“ enthält.

Ein Gastreferat hielt der Chef des parlamentarischen Beraterstabs der NPD-Fraktion im Sächsischen Landtag und „designierte Spitzenkandidat“ der „Bürgerinitiative Ausländerstopp“ München Karl Richter. Er kündigte an, den „etablierten Versagerparteien“ im Wahlkampf nichts schuldig zu bleiben: Die politische Entwicklung treibe auf die nationale Opposition zu.

Die NPD hatte ihren für den 27./28. Oktober in Oldenburg/Niedersachsen geplanten Bundesparteitag auf Anfang des Jahres 2008 verschoben, da ihr die Weser-Ems-Halle versagt blieb. Klagen der NPD, wonach die Betreibergesellschaft zur Vermietung der Halle an die NPD verpflichtet sei, wiesen das Verwaltungsgericht Oldenburg und das Obergericht Lüneburg zurück.

2.1.5.2 Kundgebungen und sonstige Aktionen

Die NPD führte ihre traditionelle Aschermittwochsveranstaltung am 21. Februar in Hengersberg, Landkreis Deggendorf, durch. Im Veranstaltungsort hingen Plakate mit Aufschriften wie „Einwanderung stoppen - Widerstand jetzt“ und „Stoppt die Kriegstreiber - Keinen Cent für US-Amerika“. Vor etwa 200 Angehörigen des rechtsextremistischen Spektrums referierten u.a. der NPD-Bundvorsitzende Udo Voigt, der bayerische NPD-Landesvorsitzende Ralf Ollert und sein Stellvertreter Sascha Roßmüller. Die Zusage für das ursprünglich vorgesehene Veranstaltungsort hatten dessen Betreiber auf Intervention örtlicher Vereine und Verbände zurückgenommen.

*Politischer
Aschermittwoch*

Wegen der am 2. Juni in Schwerin geplanten Großdemonstration gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm verzichtete die NPD auf eine zentrale 1. Mai-Veranstaltung. An den sechs von der NPD organisierten Maikundgebungen beteiligten sich insgesamt rund 2.700 Personen. Die größte Veranstaltung mit etwa 1.300 Teilnehmern fand in Erfurt statt. Rund 200 Personen nahmen in Nürnberg an der Demonstration des bayerischen NPD-Landesverbands unter dem Motto „Statt Globalisierung - Ausbildungs- und Arbeitsplätze für uns Deutsche in Deutschland!“ teil. Neben dem bayerischen NPD-Landesvorsitzenden Ralf Ollert referierten Sascha Roßmüller, stellvertretender NPD-Bundvorsitzender, sowie

Maikundgebungen

Rüdiger Schrembs, ehemaliges Mitglied im NPD-Landesvorstand Bayern. In einem Rundschreiben der Partei „Heraus zum 1. Mai!“ hatte Ollert zur Beteiligung an der Veranstaltung aufgerufen:

„Wir müssen diese zerstörerischen Kräfte als Verräter des deutschen Volks entlarven und der Globalisierung unsere Alternative des sozialen Nationalstaates mit einer raumorientierten Volkswirtschaft entgegen stellen.“

Proteste gegen G8-Gipfel

Eine von der NPD für den 2. Juni in Schwerin angemeldete Protestkundgebung gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm unter dem Motto „Es gibt keine gerechte Globalisierung“ konnte auf Grund eines gerichtlich bestätigten Versammlungsverbots nicht durchgeführt werden. Eine weitere Protestveranstaltung der NPD wurde ebenfalls verboten. Da sich das von der NPD mit Eilantrag angerufene Bundesverfassungsgericht nicht mehr vor der beabsichtigten Veranstaltung mit der Sache befasste, rief die NPD ihre Anhängerschaft zu „dezentralen, spontanen Demonstrationen“ auf. Daraufhin kam es am 2. Juni in mehreren Bundesländern zu Protestkundgebungen.

Im Vorfeld des G8-Gipfels in Heiligendamm fanden auch in Bayern von April bis Juni so genannte „Aktionstage“ gegen Globalisierung statt. Hierzu wurden Info-Stände in Forchheim und Augsburg betrieben sowie am 9. Juni eine Kundgebung in Regensburg unter dem Motto „Nein zu Kapitalismus und Imperialismus - Ausbeuter und Kriegstreiber stoppen!“ durchgeführt.

„Bayerntag“

Am 16. Juni fand in Schmidgaden, Landkreis Schwandorf, der diesjährige Bayerntag der NPD statt. Vor rund 500 Besuchern traten der damalige JN-Bundesvorsitzende Stefan Rochow, der bayerische NPD-Landesvorsitzende Ralf Ollert sowie die stellvertretenden NPD-Bundesvorsitzenden Holger Apfel und Sascha Roßmüller als Redner auf. Der musikalische Teil der Veranstaltung wurde u.a. von der Skinhead-Band WEISSER RÜCKSCHLAG, der schwedischen Rockgruppe FEROX sowie den rechtsextremistischen Liedermachern Annett Müller und Frank Rennieke gestaltet.

2.1.6 Junge Nationaldemokraten (JN)

	Deutschland	Bayern
Mitglieder:	400	70
Vorsitzender:	Michael Schäfer	Norman Bordin
Gründung:	1969	
Sitz:	Bernburg/Sachsen-Anhalt	

Mit den JN verfügt die NPD als einzige rechtsextremistische Partei über eine Jugendorganisation. Die JN bekennen sich in Ideologie und Zielsetzung zum Programm ihrer Mutterpartei. In ihrem beim Bundeskongress 2002 als „Perspektive für ein besseres Deutschland“ verabschiedeten „Manifest der nationalistischen Jugend“ stellen sie das als grundlegendes Prinzip der freiheitlichen demokratischen Grundordnung geltende Mehrparteiensystem insofern in Frage, als sie eine „konstruktive parlamentarische Mitarbeit“ erst nach der „eigentlichen Entscheidung“ dulden wollen.

Ideologische Ausrichtung an der NPD

Nachdem die strukturschwachen JN in der zweiten Hälfte der 90er Jahre ihre frühere Bedeutung weitgehend verloren hatten, sind sie nunmehr bestrebt, ihren Anspruch als „sozialrevolutionärer Flügel innerhalb der NPD“ zu bekräftigen und wieder mehr eigenständiges Profil zu gewinnen.

Mit der Mitgliederzeitschrift „Der Aktivist. Zentralorgan der Jungen Nationaldemokraten“, die der JN-Bundesvorstand bis 1999 - zuletzt nur noch mit einer Ausgabe jährlich - herausgegeben hatte, möchte die JN künftig den Entwicklungsprozess von einer inaktiven und kleinen Jugendorganisation hin zu einer sozialrevolutionären, volkstreuenden Jugendbewegung widerspiegeln. Neben Leitartikeln, Schulungstexten und Aktionsberichten will sich die Schrift verstärkt kulturellen Themen widmen. Der frühere JN-Bundesvorsitzende Rochow erklärte in einem Leitartikel, die JN seien nicht das stumme und kritiklose Anhängsel der NPD. Als Vertreter des nationalrevolutionären Flügels innerhalb der Partei sei es für die JN wichtig, ihre politischen Vorstellungen auch mittels eines eigenen Publikationsorgans propagieren zu können. Darüber hinaus kritisierte Rochow „Entwicklungen und Tendenzen“ in der Mutterpartei. So bestehe im „Kampf um die Parlamente“ die Gefahr der schrittweisen Anpassung und Verbürgerlichung. Deutschland brauche dringend eine fundamentale politische Wende. Gleichwohl sei die NPD der parlamentarische Arm der deutschen Volksbewegung und die einzige Alternative zur heutigen Politik gegen die Interessen des Volkes.

Eigenes Publikationsorgan

Auf dem 37. Bundeskongress der JN am 6. Oktober in Hausneindorf/Sachsen-Anhalt, kritisierte der scheidende Bundesvorsitzende Stefan Rochow in seinem Rechenschaftsbericht vor rund 120 Teilnehmern die Mutterpartei NPD. In der Partei gebe es Leute, die an einem Erstarren der JN keinerlei Interesse hätten. Rochow betonte, dass die Aktivisten der JN keine „Jubelperser“ und „Flugblattverteiler“

Bundeskongress



Neuer Bundesvorsitzender

für die NPD seien, vielmehr „ihr Profil nun deutlich schärfen“ müssten. Vor diesem Hintergrund sprach er sich für Michael Schäfer als Wunschkandidaten im Amt des Bundesvorsitzenden aus. Dieser habe in seiner Vorstellung ein überzeugendes Konzept „Hin zu altem Geist und neuer Stärke“ dargelegt sowie Maßnahmen zur Verbesserung der Gesamtorganisation empfohlen. Bei der anschließenden Wahl sei Schäfer - laut Homepage der JN Sachsen-Anhalt - von den Delegierten mit überwältigender Mehrheit zum Bundesvorsitzenden gewählt worden. Zudem habe man zwei Stellvertreter, Philipp Valenta und den bayerischen JN-Landesvorsitzenden Norman Bordin, sowie sechs weitere Beisitzer in den Bundesvorstand berufen.

Gewaltverzicht

Der neue JN-Bundesvorsitzende Michael Schäfer hatte sich in einem in der Dezemberausgabe der „Deutschen Stimme“ veröffentlichten Interview zum künftigen politischen Kurs seiner Organisation geäußert. Die JN solle in den nächsten Jahren zu „einer modernen und schlagkräftigen nationalistischen Jugendorganisation“ gemacht werden. In Bezug auf die Mutterpartei wolle man kein bloßes „Anhängsel“ für Jugendfragen sein, sondern den Kurs der Partei aktiv mitbestimmen. Auf die Frage, wie das Verhältnis der JN zu den „Freien Kräften“ ausgestaltet werden soll, äußerte Schäfer, jeder der sich an die Spielregeln halte, dürfe auch mitarbeiten. So sehe er die JN in der Funktion eines Bindeglieds „zwischen der Mutterpartei und den radikaleren Kräften in Deutschland“. Voraussetzung sei allerdings der klare Verzicht auf Gewalt zur Durchsetzung politischer Ziele.

„Europatag“ in Gremsdorf

Unter dem Motto „EU abschalten! Europas Jugend gegen Ausbeutung und Multikulti“ führte der JN-Landesverband Bayern am 5. Mai in Gremsdorf, Landkreis Erlangen-Höchstadt, einen so genannten „Europatag“ durch. An der von der Mutterpartei und „Freien Kräften“ unterstützten Veranstaltung beteiligten sich rund 100 Rechtsextremisten. Leiter des Treffens war der JN-Landesvorsitzende Norman Bordin. Als ausländische Referenten waren Andreas Thierry (Österreich) und Zoltan Illes (Ungarn) erschienen. Der Neonazi Thomas Wulff, der dem Parteivorstand der NPD als Beisitzer angehört, forderte in seiner Rede die JN dazu auf, „radikaler als die NPD zu sein“. Hinsichtlich des Verhältnisses der JN zur Mutterpartei einerseits und den „freien Kameradschaften“ andererseits propagierte er den Gedanken einer geschlossenen Volksfront.

JN-Demo in Gräfenberg

Der JN-Landesverband Bayern veranstaltete am 26. April in Gräfenberg, Landkreis Forchheim, eine Versammlung unter dem Motto „Denkmäler sind für alle da - Widerstand jetzt!“. Leiter der Veranstaltung war der

NPD/JN-Funktionär und ehemalige Aktivist der verbotenen Neonazi-gruppe „Fränkische Aktionsfront“ (F.A.F.) Michael Paulus. An dem Aufzug zum gesperrten Kriegerdenkmal auf dem Michelsberg beteiligten sich über 60 Rechtsextremisten. Der stellvertretende NPD-Landesvorsitzende Uwe Meenen erklärte in seiner Rede, dass NPD und JN ihre Aktionen in Gräfenberg solange fortsetzen würden, bis wieder „Normalität in der Gemeinde“ einkehre. Ursprünglich hatte Michael Paulus die Demonstration für den 20. April angemeldet. Das Landratsamt Forchheim verbot daraufhin die Veranstaltung und verschob sie auf den 27. April. Die Versammlungsbehörde begründete die zeitliche Verlegung insbesondere mit der Provokationswirkung, die von einer rechtsextremistischen Versammlung am „Führergeburtstag“ ausgehe. Ein gegen diesen Bescheid eingelegter Widerspruch wurde vom Verwaltungsgericht Bayreuth am 20. April ohne mündliche Verhandlung zurückgewiesen. Die JN verzichteten daraufhin auf weitere Rechtsmittel, reagierten aber mit der erneuten Anmeldung ihrer Versammlung für den 26. April.

Die Gemeinde Gräfenberg, insbesondere das dortige Kriegerdenkmal auf dem Michelsberg, ist seit 1999 Ziel rechtsextremistischer Demonstrationen. Jährlich im November fanden dort revisionistisch ausgerichtete „Heldengedenken“ statt, an denen sich durchschnittlich etwa 100 Angehörige der rechtsextremistischen Szene (NPD bzw. JN, Neonazis und rechtsextremistische Skinheads) beteiligten. Ende 2006 nahm die rechtsextremistische Szene um Matthias Fischer die seit Jahren bestehende Sperrung des Kriegerdenkmals für Versammlungen zum Anlass, nunmehr regelmäßig Versammlungen unter dem Motto „Denkmäler sind für alle da!“ in Gräfenberg anzukündigen. Seit Dezember 2006 werden solche Aufzüge mit unterschiedlicher Beteiligung durchgeführt.

2.1.7 Bürgerinitiative Ausländerstopp

2.1.7.1 „Bürgerinitiative Ausländerstopp“ Nürnberg

Die „Bürgerinitiative Ausländerstopp“ Nürnberg (BIA-Nürnberg) wurde im Juli 2001 zum Wahlantritt bei den Kommunalwahlen 2002 gegründet. Bei dieser Wahl erreichte ihr Vorsitzender Ralf Ollert als Spitzenkandidat mit einem Stimmenanteil von 2,3 % einen Sitz im Nürnberger Stadtrat. Die Gruppierung veranstaltet seit Sommer 2007 wieder verstärkt Info-Stände; es ist davon auszugehen, dass die Aktivitäten im Wahljahr 2008 weiter zunehmen werden.



2.1.7.2 „Bürgerinitiative Ausländerstopp“ München

Die „Bürgerinitiative Ausländerstopp“ München (BIA-München) wurde im September wegen Differenzen zwischen der Organisation „Pro München“ (vgl. auch Nummer 2.4 dieses Abschnitts) und der NPD gegründet. Die Gründungsmitglieder wählten aus ihrer Mitte den Münchner Publizisten und Chef des Parlamentarischen Beratungsdienstes der NPD-Landtagsfraktion in Sachsen Karl Richter zum Vorsitzenden, der sich gleichzeitig als Spitzenkandidat und OB-Kandidat der Liste zur Verfügung stellte. Richter formulierte für den Wahlkampf in München:

„Wir sind nicht ausländerfeindlich, sondern inländerfreundlich. Deshalb möchte ich in München weder eine Großmoschee noch nichtdeutsche Parallelgesellschaften. München soll auch in Zukunft lebens- und liebenswert bleiben.“

Die BIA-München stellt neben der Forderung einer konsequenten Ausweisung hier illegal lebender und krimineller Ausländer den Bau einer geplanten Großmoschee im Stadtteil Sendling in den Mittelpunkt ihrer Agitation.

*Unterstützung
durch die NPD*

Die BIA-München wird im Wahlkampf von der NPD unterstützt. Die „Deutsche Stimme“ berichtet in Ihrer Ausgabe vom September über die „Bürgerinitiative Ausländerstopp“:

„Der NPD-Parteivorstand entschied erst unlängst in München auf einen eigenen Wahlantritt zu verzichten und statt dessen die BiA mit Nachdruck zu unterstützen. (...) Bleibt nur die ‚Bürgerinitiative Ausländerstopp‘. Sie ist seit 2004 bereits im Nürnberger Stadtrat vertreten und will nun erstmals auch in der bayerischen Landeshauptstadt mit einem klaren Programm den Sprung ins Rathaus schaffen. Außer einem unmißverständlichen ‚Nein‘ zu den rot-grünen Moscheeplänen will sich die BiA auch für eine konsequente Ausweisung illegaler und krimineller Ausländer für ‚mehr Schutz und bessere Bildungschancen für einheimische Münchner Kinder‘ und für den Vorrang einheimischer Leistungsberechtigter bei der Vergabe von Sozialwohnungen starkmachen. (...) Die Zeit ist überreif dafür, daß den Etablierten auch im Münchner Rathaus endlich eine kräftige Brise von rechts ins Gesicht weht. (...) Es wäre ein Fanal, wenn ausgerechnet im rot-rosa-grünen Münchner Stadtrat im März 2008 der Einbruch gelänge.“
(Deutsche Stimme, September, Seite 12)



Die Unterstützung der NPD wurde auch durch einen Info-Stand des NPD-Bezirksverbands Oberbayern am 20. Oktober in München deutlich. Auf dem Karlsplatz wurde „Die echte Münchner Schulhof-CD“ mit dem Titel „Der Schrecken aller linken Lehrer!“ verteilt, welche von der NPD zusammengestellt worden ist; die CD ist strafrechtlich nicht relevant. Im „Inlay“ wendet sich Karl Richter direkt an die „Münchner Mitschülerinnen und Mitschüler!“ und meint:

„Fremde sind das Salz in der Suppe... aber wer will schon eine versalzene Suppe?“

2.2 Deutsche Volksunion (DVU)

2.2.1 Ideologisch-politischer Standort

	Deutschland	Bayern
Mitglieder:	8.000	900
Vorsitzender:	Dr. Gerhard Frey	Bruno Wetzel
Gründung:	1987	
Sitz:	München	
Publizistisches Sprachrohr:	„National-Zeitung/Deutsche Wochen-Zeitung“ (NZ)	

In ihrem Programm bekennt sich die DVU formal zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung, doch will sie einige für alle Menschen gültige Grundrechte - beispielsweise den Schutz der Familie - zu Bürgerrechten reduzieren, die ausschließlich Deutschen zustehen sollen. Die rechtsextremistische Grundeinstellung der Partei wird in Äußerungen führender Funktionäre sowie im Inhalt der im Druckschriften- und Zeitungsverlag GmbH (DSZ-Verlag) des Bundesvorsitzenden Dr. Gerhard Frey erscheinenden „National-Zeitung/Deutsche Wochen-Zeitung“ (NZ) deutlich. Die wöchentliche Auflage der NZ beträgt rund 35.000 Exemplare. Als publizistisches Sprachrohr der DVU vertritt die NZ deren nationalistische, rassistische und revisionistische Grundhaltung. Die Beiträge sind geprägt von Vereinfachung, Schematisierung und dem Aufbau von Freund-Feind-Bildern.

Extremistische Grundhaltung

NZ im DSZ-Verlag



Die rassistisch und nationalistisch geprägte Propaganda der Partei richtet sich insbesondere gegen die Ausländerpolitik der Bundesregierung und die Europäische Union (EU). In einem Artikel der NZ war zu lesen:

Rassismus und Nationalismus

„Es wird nichts gegen die Abwanderung deutscher Spitzenkräfte unternommen und auch nicht energisch mehr Geburtenwachstum gefordert und gefördert, was dringend nötig wäre. Stattdessen sollen wiederum Ausländer herangezogen werden. Das deutsche Volk, sein Schicksal und sein Nutzen, dessen Förderung die einzige Aufgabe der Politiker ist, wird verraten und verkauft.“
(NZ vom 13. Juli, Seite 5)

Ausländer werden häufig pauschal als Kriminelle oder Wirtschaftsflüchtlinge diffamiert, die eine Gefahr für die Innere Sicherheit darstellen würden:

Fremdenfeindlichkeit

„Nach einem Bericht der Vereinten Nationen leben bis zu 200.000 Sinti und Roma in der Bundesrepublik Deutschland. (...) Unicef forderte von Deutsch-

land eine ‚großzügigere Aufenthaltsregelung‘ für Roma-Familien, die als Flüchtlinge kämen. (...) Diese Forderungen erscheinen angesichts der stark überlasteten deutschen Sozialkassen und der Tatsache, dass Millionen Deutsche, insbesondere Arbeitslose und Rentner in Not und Armut leben müssen, geradezu dreist. Außerdem ist zu fragen, ob es im deutschen Interesse sein kann, mit noch höheren Leistungen für zuwandernde Zigeuner einen Massenzug von Menschen zu provozieren, die nach der Beschreibung der gleichen Unicef alles andere als eine Bereicherung für Deutschland wären, von denen aber nicht wenige die Kriminalitätsrate hierzulande in die Höhe treiben würden.“ (NZ vom 16. März, Seite 7)

Unter der Überschrift „Mitten in Berlin: Türken jagen Kurden - Wie Deutschland fremde Konflikte importiert“ wird folgendes Szenario beschrieben:



„Der Konflikt zwischen Türken und Kurden droht auf Deutschland überzugreifen. (...) Die ‚Segnungen‘ der ‚multikulturellen Gesellschaft‘ als Folge der von den Bundestagsparteien zu verantwortenden Masseneinwanderung sind den Deutschen durch den Import jener Konflikte, welche die Immigranten in ihren Heimatländern austragen, erneut drastisch vor Augen geführt worden. (...) Auch das Beispiel der Kurden zeigt erneut, dass jedes Volk nur im eigenen Nationalstaat seine Identität und sein Glück finden kann, während Vielvölkerstaaten mörderische Konflikte in sich bergen.“

(NZ vom 16. November, Seite 7)

DVU vermeidet offenen Antisemitismus, wobei sich ihre antisemitische und antiisraelische Grundhaltung vielfach hinter massiver Kritik an der Politik des Staates Israel verbirgt:

Latenter Antisemitismus

„So trostlos wie hier im Gaza-Streifen sieht es in den meisten Lagern aus, in denen die bei der Staatsgründung von Israel und danach aus dem jüdischen Kernland vertriebenen Palästinenser mit ihren Nachkommen bis heute zu hause verurteilt sind. Häufig bombardiert und zerstört die israelische Armee mit dem Argument der Terror-Bekämpfung auch noch die armseligen Behausungen. Das Weltgewissen aber ist gegenüber diesem zum Himmel schreienden Unrecht merkwürdig schweigsam.“

(NZ vom 17. August, Seite 6)

In der Agitation gegen jüdische Einrichtungen klingen mitunter auch revisionistische Tendenzen an:

„Worum es bei der ‚Holocaust-Industrie‘ geht, erläuterte der New Yorker Politologe Prof. Dr. Norman Finkelstein: ‚Ein ideologisches Konstrukt, das ursprünglich den Interessen der jüdischen Elite in Amerika diente, ist jetzt zu einem Instrument der Bereicherung verkommen, zum Wiedergutmachungsschwindel. Anfang der neunziger Jahre entdeckten Organisationen wie die Jewish Claims Conference eine Möglichkeit europäische Regierungen abzuzocken, und jetzt laufen sie Amok. Sie betreiben Erpressung ... Bestimmte Individuen

und Organisationen haben den guten Willen der Deutschen für ihre eigenen üblen Zwecke ausgebeutet ... Der Holocaust ist eine ideologische Keule, mit der Deutschland in Schach gehalten wird.“

(NZ vom 11. Mai, Seite 3)

Wie bisher zählt die Kritik an der „extrem einseitigen Vergangenheitsbewältigung“ zu den Schwerpunkten der Programmatik:

„Dem heutigen Zeitgeist gemäß lässt Horst Köhler keine Gelegenheit aus, um ‚Kollektivverantwortung‘ wie eine Erbsünde des deutschen Volkes zu zelebrieren.“

(NZ vom 22. Juni, Seite 3)

„Wir erleben heute, und zwar in wachsendem Ausmaß, eine sich überschlagende Hetze gegen das deutsche Volk, das kollektiv für NS-Verbrechen verantwortlich gemacht wird. (...) Heute bei uns Herrschende aber pflastern Deutschland mit immer mehr oft gigantischen Mahnmalen deutscher Schuld und Sühne zu, während unsere Gefallenen und all die Opfer von Menschheitsverbrechen der Sieger u.a. beim Luftterror oder der Vertreibung und in den Lagern der Alliierten keinerlei Würdigung erfahren.“

(NZ vom 14. Dezember, Seite 4)

Revisionismus



Die Verbrechen der Nationalsozialisten werden zwar nicht ausdrücklich geleugnet, doch wird versucht, diese durch wiederholte Hinweise auf Verbrechen anderer Völker zu relativieren:

„Alljährlich zum 8. Mai marschieren sie auf, um die deutsche Niederlage zu feiern und deutsche Schuld zu beschwören, die vielen Organisationen ehemaliger KZ-Insassen (...) Die Massenmedien erinnern bei diesen Gelegenheiten, und nicht nur bei diesen, geradezu mit Wonne an deutsche Untaten aus der fernen Vergangenheit des Zweiten Weltkriegs, während sie die Millionen unschuldigen deutschen Opfer des Bombenterrors, der Vertreibung und der Siegerwillkür schamhaft verschweigen oder gar ihr Schicksal als selbst verschuldet verhöhnern.“

(NZ vom 18. Mai, Seite 4)

Nach wie vor ist die Partei bestrebt, rechtsextremistisch motivierte Gewalt zu relativieren. Unter der Überschrift „Mügel, Potsdam, Sebnitz ... - Die schlimmsten Fälle erfundenen ‚rechten Terrors‘“ war in der NZ zu lesen:

Verharmlosung
rechtsextremistischer Gewalt

„Wie schon in vielen anderen Fällen wurde vermeintliche ‚Fremdenfeindlichkeit‘ in Deutschland pompös inszeniert. (...) Umgekehrt interessiert es anti-deutsche Massenmedien nicht im Geringsten, wenn Deutsche Opfer einer gerade in Großstädten mittlerweile alltäglichen Ausländergewalt werden. (...) Dr. Mehnert, der sich seit Jahren eingehend mit dem Missbrauch der Medienmacht beschäftigt, hat bis in die achtziger Jahre hinein in der DDR gelebt. In der kommunistischen SED-Diktatur waren Gleichschaltung und Agitprop

offenkundig. Dass aber auch in der Bundesrepublik, raffinierter zwar und verdeckter als in der DDR, Hetze und Verdrehung von Tatsachen in Medien keine Seltenheit sind, wurde ihm im Westen bald klar.“
(NZ vom 31. August, Seite 4)

Diffamierung demokratischer Institutionen

Häufig werden demokratische Institutionen und ihre Repräsentanten diffamiert. Auf diese Weise soll das Vertrauen in diese Institutionen und den von ihnen getragenen Rechtsstaat untergraben werden. Die Wortwahl macht deutlich, dass es sich dabei nicht um Kritik an einzelnen Entscheidungen oder Entscheidungsträgern handelt, sondern am System der parlamentarisch-repräsentativen Demokratie:



„Und Politiker, die gelegentlich von ‚Werten‘ faseln, sind geradezu beschämend unglaubwürdig, so lange sie tatenlos zusehen, wie diese Gesellschaft an die Wand fährt und es sich bis dahin noch gemütlich machen im fett gepolsterten Diätensessel, der satte Pfründe bis ans Lebensende sichert. Hier geht es nicht um Wiederwahl und Redezeit bei ‚Christiansen‘, hier geht es um die Zukunft unseres Volkes!“
(NZ vom 8. Juni, Seite 7)

„Wohin man also auch schaut: auf alle Politikfeldern betrachtet die Kanzlerin Deutschland als ihre ganz private Beute. Hohle Versprechungen und heiße Luft sollen über die geistige Leere der kommunistischen Oberfunktionärin hinwegtäuschen.“
(NZ vom 30. März, Seite 2)

„Am Ende werden womöglich sogar die Bundesregierung und der Bundestag privatisiert - schlechter als jetzt könnte allerdings auch dann deutsche Politik kaum gemacht werden!“
(NZ vom 8. Juni, Seite 5)

2.2.2 Organisation

Rückläufige Mitgliederzahl

Die Mitgliederzahl der DVU liegt bundesweit bei 7.000 (2006: 8.500). In Bayern verlor die Partei etwa 100 Mitglieder, so dass der derzeitige Mitgliederstand 900 Personen beträgt. Seit 1994 hat die Partei damit 13.000 Mitglieder verloren. Die DVU hat keine Jugendorganisation und betreibt auch keine Jugendarbeit. Sie verfügt in fast allen Bundesländern nominell über Landesverbände, die jedoch öffentlich kaum in Erscheinung treten. Auf Bezirks-, Kreis- und Ortsebene ist die DVU organisatorisch ebenfalls kaum vertreten. Der bedingungslose Machtanspruch des Vorsitzenden Dr. Gerhard Frey lässt den Unterorganisationen keinen Handlungsspielraum. Im Verlag des Parteivorsitzenden erscheint die „National-Zeitung/Deutsche Wochen-Zeitung“ (NZ) als Werbeträger und publizistisches Sprachrohr der DVU. Nach wie vor ist

die DVU bei ihrem Vorsitzenden verschuldet. Die Personalunion von Vorsitzendem und Kreditgeber verleiht Dr. Frey eine ungewöhnliche Machtfülle.

2.2.3 Parteitage

Die DVU führte am 20. Januar in München sowohl ihren Bundes- als auch ihren bayerischen Landesparteitag durch. An der Veranstaltung nahmen etwa 160 Anhänger des rechtsextremistischen Spektrums teil, darunter zahlreiche NPD-Mitglieder. Der DVU-Vorsitzende Dr. Gerhard Frey referierte zum Thema „Deutschland wird wieder auferstehen“. Anschließend bekräftigte der NPD-Vorsitzende Udo Voigt in seiner Rede die Einhaltung des Wahlabkommens zwischen DVU und NPD.

*Bundes- und
Landesparteitag
in München*

Bei den Vorstandswahlen wurden der DVU-Vorsitzende Dr. Frey sowie seine Stellvertreter Siegfried Tittmann (vgl. auch Nummer 2.2.4 dieses Abschnitts) und Bruno Wetzel in ihren Funktionen bestätigt, desgleichen die Beisitzer Liane Hesselbarth, Hans-Otto Weidenbach und Dietmar Tönhardt, welcher jedoch am 2. August seinen Austritt aus der Partei erklärt hat. Die Witwe des ehemaligen DVU-Pressesprechers Frigga Dröse, der stellvertretende bayerische Landesvorsitzende Dr. Thomas Mehnert sowie die Landesvorsitzenden von Sachsen-Anhalt und Nordrhein-Westfalen Ingmar Knop und Max Branghofer wurden neu in den Parteivorstand berufen.

Auf dem bayerischen Landesparteitag wurden der Landesvorsitzende Dr. Bruno Wetzel, seine Stellvertreter Dr. Thomas Mehnert, Robert Gerigk, Walter Baur und Michaela Schmidinger sowie die Beisitzer Gerhard Burghard, Reiner Degner, Karsten Kriwat und Irmgard Mihai wiedergewählt. Als neue Beisitzer gehören dem Parteivorstand Merlind Dröse, Rainer Goldmann und Peter Knott an.

2.2.4 Wahlbündnis mit der NPD

Die Vorsitzenden von DVU und NPD, Dr. Gerhard Frey und Udo Voigt, hatten nach den Wahlerfolgen in Brandenburg und Sachsen im Jahr 2004 beschlossen, dass beide Parteien auch bei der folgenden Bundestagswahl und der Europawahl 2009 kooperieren werden und dass künftig möglichst nur eine „nationale Liste“ aufgestellt werden solle. Am 15. Januar 2005 schrieben die Parteivorsitzenden in einer als „Deutschland-Pakt“ bezeichneten Vereinbarung ihre weitere Zusammenarbeit für die Wahlen auf Europa-, Bundes- und Landesebene bis 2009 fort.

„Deutschland-Pakt“

*Wahl zur
Bremischen
Bürgerschaft*

Bei der Bürgerschaftswahl am 13. Mai in Bremen erhielt die DVU landesweit 2,7 % (2003: 2,3 %) der Stimmen. In den getrennt gezählten Wahlbereichen Bremen und Bremerhaven erzielte sie 2,2 % (2003: 1,4 %) bzw. 5,4 % (2003: 7,1 %). Aufgrund einer Besonderheit des Bremer Wahlrechts, das für den Einzug in das Parlament die Überwindung der 5 %-Sperrklausel in nur einem Landesteil fordert, erhielt die DVU wieder einen Sitz in der Bürgerschaft. Ungeachtet des „Deutschland-Pakts“ mit der NPD hatte die Partei Vertretern der NPD diesmal keine Listenplätze eingeräumt.

Wahlkampf-CD

Die DVU hatte einen kostenintensiven Wahlkampf mit Parolen wie „Kriminelle Ausländer raus!“, „Arbeit statt Zuwanderung“, oder „Geld für Deutsche statt Bundeswehr im Ausland“ geführt. Nach eigenen Angaben ließ sie seit der zweiten Märzwoche eine CD mit dem Titel „Stolz und frei“ in einer Auflage von 150.000 Exemplaren an Schulen und auf öffentlichen Plätzen verteilen und in Hausbriefkästen einwerfen. Die CD enthält alle drei Strophen des Deutschlandliedes, das DVU-Lied „Stolz und frei sind wir geboren“ sowie weitere acht Musikstücke, die zum deutschen Liedgut zählen bzw. der Klassik zuzurechnen sind. Entsprechend richtet sich die Auswahl der Musikstücke eher an ältere Wähler. Schon bei der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt am 26. März 2006 hatte die DVU - unter dem selben Titel - eine Art „Schulhof-CD“ im Internet angekündigt, die aber u.a. mit Stücken der rechtsextremistischen Liedermacher Annett und Michael Müller eindeutig Neu- und Jungwähler ansprechen sollte.

Siegfried Tittmann, stellvertretender DVU-Bundesvorsitzender und stellvertretender DVU-Landesvorsitzender in Bremen, hat am 17. Juli aus persönlichen Gründen die Partei verlassen, da er - so seine Aussage gegenüber der Presse - die politische Entwicklung in der Partei nicht mehr mittragen könne. Seine Mandate als Bremerhavener Stadtverordneter und als Abgeordneter in der Bremischen Bürgerschaft will er allerdings bis 2011 behalten. Hintergrund von Tittmanns Schritt dürfte die parteiinterne Kritik wegen des für die DVU enttäuschenden Ergebnisses von nur 2,7 % bei den Bürgerschaftswahlen vom 13. Mai sein. So hat es im Nachgang hierzu im Bremer DVU-Landesverband Überlegungen gegeben, „beim nächsten Mal mit einem neuen Gesicht und neuen Ideen auf(zu)warten“.

2.3 Sonstige Organisationen

Weitere teils regional, teils bundesweit tätige sonstige rechtsextremistische Organisationen sind vielfach nur publizistisch aktiv. Etwaige

Aktivitäten beschränken sich im Allgemeinen auf interne Veranstaltungen, die kaum Außenwirkung entfalten. Zu nennen sind hier insbesondere die Gruppierungen

- Deutsche Liga für Volk und Heimat (DLVH)
- Deutsche Partei - Die Freiheitlichen (DP)
- Deutsches Kolleg (DK)
- Freundeskreis Ulrich von Hutten
- Gesellschaft für Freie Publizistik (GFP).

Weitere rechtsextremistische Organisationen sind unter Nummer 9 dieses Abschnitts aufgeführt.

2.4 Bürgerbewegung Pro München - patriotisch und sozial e.V.

Bayern	
Anhänger:	20
Sprecher:	Stefan Werner, Rüdiger Schrembs
Gründung:	2006
Sitz:	München
Publikation:	„Bürgerbewegung Pro München - patriotisch & sozial“

Die „Bürgerbewegung Pro München - patriotisch und sozial e.V.“ (Pro München) wurde Mitte Januar 2006 in München gegründet. An der Gründungsversammlung nahmen Personen aus dem Umfeld der NPD, DP, DVU und REP teil. Die Gruppierung bezeichnet sich als „patriotisch-soziales Bündnis“ und will bei der Kommunalwahl 2008 in München antreten. In der Öffentlichkeit trat die Gruppierung erstmals auf dem „8. Münchner Neujahrstreffen“ am 22. Januar 2006 auf. Unter der Leitung der DP versammelten sich in einer Münchener Gaststätte rund 120 Vertreter rechtsextremistischer Organisationen, um die Perspektiven eines „gemeinsamen politischen Kampfs“ zu erörtern. An der Veranstaltung beteiligten sich Funktionäre und Mitglieder der NPD, DVU und DP sowie Angehörige der neonazistischen Kameradschaft München.

Rechtsextremistische Wahlplattform

Das „9. Politische Neujahrstreffen“ veranstaltete Pro München zusammen mit der DP am 28. Januar in Fürstfeldbruck. Vor etwa 130 geladenen Teilnehmern aus unterschiedlichen rechtsextremistischen Lagern, die vorwiegend aus München und Oberbayern stammten, forderte der Vor-

Neujahrstreffen

sitzende der NPD-Fraktion im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern Udo Pastörs ein verstärktes Engagement der Jugend mit den Worten:

„Im Mittelpunkt steht die Tat ... Unsere Vision ist das Reich.“



Der bayerische NPD-Landesvorsitzende Ralf Ollert und Rüdiger Schrembs, einer der zwei Sprecher von Pro München, riefen die Zuhörer auf, bei der Landtagswahl und den Kommunalwahlen in Bayern im Jahr 2008 der „nationalen Alternative“ ihre Stimme zu geben. In der Folge kam es zum Zerwürfnis zwischen den NPD-Anhängern und Schrembs. Nach der Gründung der NPD-Tarnorganisation „Bürgerinitiative Ausländerstopp“ (vgl. auch Nummer 2.1.7.2 dieses Abschnitts) im September distanzierte sich Pro München von der NPD. Pro München dementiert auf seiner Homepage, dass die NPD maßgeblichen Einfluss bei „Pro München“ ausübte. Deshalb sei die NPD mit dem Bündnis unzufrieden. Gegenüber dem Münchner Neonazi Norman Bordin distanzierte sich Pro München mit den Worten:

„Wir nehmen als klarer Verfechter von „Recht und Ordnung“ Menschen wie Bordin nicht nur nicht auf, sondern wir distanzieren uns ausdrücklich von diesen.“

Programm zur Stadtratswahl 2008

Pro München macht in München lebende Ausländer und Randgruppen pauschal für städtische Probleme verantwortlich. Die Bürgerbewegung fordert in ihrem Programm zur Stadtratswahl (Fassung Juni 2007) die Ausweisung mehrfach straffällig gewordener Ausländer, die Beendigung der weiteren Zuwanderung in die Sozialsysteme und Bevorzugung von Randgruppen bei der Vergabe städtischer Mittel, die Ablehnung demonstrativer Moscheebauten in Konkurrenz zu christlichen Kirchen und die Verbesserung der Lebenssituation von alteingesessenen Münchnern in zunehmend überfremdeten Stadtteilen.



2.5 Nation Europa Verlag GmbH

Der Nation Europa Verlag in Coburg wurde 1953 gegründet. Ein Jahr später konstituierte sich der mit den politischen Interessen des Verlags eng verbundene Verein Nation-Europa-Freunde e.V. Herausgeber der im Verlag erscheinenden Monatsschrift „Nation & Europa - Deutsche Monatshefte“ sind die Rechtsextremisten Peter Dehoust und Harald Neubauer. Die Zeitschrift bietet Rechtsextremisten eine publizistische Plattform. Mit einer Auflage von etwa 18.000 Exemplaren gehört sie zu den wichtigsten rechtsextremistischen Theorieorganen.

„Nation & Europa“ (NE) verbreitet Beiträge, die in einer Gesamtschau eine revisionistische, rassistische und antisemitische Grundhaltung erkennen lassen.

*Revisionismus,
Rassismus,
Antisemitismus*

„Politisch sind die Deutschen in eine Babylonische Gefangenschaft geraten. Sie werden fremdbestimmt. Allerdings darf nicht jeder die Dinge beim Namen nennen. Wer es wagt, der Bundesrepublik den demokratischen Charakter abzusprechen, sollte schon sehr hoch im Establishment angesiedelt sein, um nicht wegen ‚Verunglimpfung des Staates‘ vor dem Kadi zu landen. (...) Zur Rettung der Demokratie wird immer nur dann geblasen, wenn sich ‚rechts‘ etwas regt. Alles andere wird ignoriert.“

(NE vom Februar, Seite 4)

„Wer massenhaft Moslems ins Land läßt, bürgert auch deren Glauben ein. Alles andere widerspräche den Gesetzen der Logik. Schon Amerikas Ureinwohnern ist es nicht gelungen, die Zuwanderer aus aller Welt zu indianisieren. Sobald die Mehrheit wechselt, ändern sich auch die kulturellen und geistigen Grundlagen des Gemeinwesens. Starke Minderheiten reichen aus, das Bestehende erodieren zu lassen. (...) Jahrzehntlang hat man den Deutschen einzureden versucht, Einwanderung bedeute in erster Linie kulturelle Bereicherung, ein erfreuliches Mehr an Vielfalt. Nach dieser krausen Logik müßte eigentlich auch unserem Rechtssystem ein wenig Scharia gut tun.“

(NE vom Mai, Seite 6)

„Es ist hanebüchen, die Zuwanderung nach Europa eindämmen zu wollen, Millionen von Zuwanderungswilligen in Afrika und Asien aber gleichzeitig zu signalisieren: Jeder, der es erst einmal nach Europa geschafft hat, kann auch bleiben. (...) Die Festschreibung der deutschen Sprache im Grundgesetz - so löblich die Forderung auch ist - wird nichts daran ändern, daß sich die ethnischen Gewichte in unserem Land weiter unaufhaltsam verschieben - so lange, bis die Frage nach unserer sprachlichen Identität eine rein akademische geworden ist. Dann aber ist es zu spät. (...) Nur wenn das deutsche Volk überlebt, hat auch seine Sprache eine Zukunft.“

(NE vom Mai, Seite 52)

„Alle Beteiligten wissen freilich, daß hierzulande einer jüdischen Einrichtung nicht einfach der Geldhahn zgedreht wird. Geiz würde in einem solchen Fall nicht als geil, sondern als ‚antisemitisch‘ gelten. Der Steuerzahler wird's schon richten, zumal das Museum im nächsten Jahr den 60. Jahrestag der Gründung Israels mit einer glanzvollen Sonderschau feiern soll.“

(NE vom September, Seite 58)

3. Neonazismus

3.1 Allgemeines

Der Neonazismus umfasst alle Aktivitäten und Bestrebungen, die ein offenes Bekenntnis zur Ideologie des Nationalsozialismus darstellen und auf die Errichtung eines vom Führerprinzip bestimmten autoritären

Agitations- schwerpunkte

bzw. totalitären Staates gerichtet sind. Schwerpunktthemen waren wie in den Vorjahren die angebliche staatliche Verfolgung des „nationalen Lagers“, die Ausländer- und Asylpolitik der Bundesregierung sowie rassistische und antisemitische Agitation. Seit 2004 werden vermehrt sozialpolitische Themen, insbesondere die Folgen von „Hartz IV“, diskutiert.

Ideologische Durchdringung der NPD

Die Gewinner der seit den Verboten neonazistischer Organisationen einsetzenden Ideologie- und Strategiedebatte des „nationalen Lagers“ sind die NPD und die JN bzw. deren aus der neonazistischen Szene stammende Führungskader. Deren neonazistische und nationalrevolutionäre Gedankenelemente sind inzwischen integraler Bestandteil des ideologischen Spektrums der NPD geworden und haben das Erscheinungsbild der Partei nachhaltig verändert.

Schulterschluss des rechts- extremistischen Spektrums

Die Verzahnung des rechtsextremistischen Spektrums zwischen der NPD, neonazistischen Kameradschaften und politisch agierenden rechtsextremistischen Skinhead-Szenen hat sich verfestigt. Grund für diese Entwicklung ist nach Ansicht der Initiatoren der ungeheure staatliche Druck auf alle „Nationalen“, dem man nur mit Geschlossenheit begegnen könne, um weitere Verbote von Parteien und Organisationen zu verhindern. Einzelne Neonazis, die sich als „autonome Nationalisten“ bezeichnen, fordern militantere Aktionsformen. Dabei lehnen sie sich stark an linksextremistische Aktionsmuster an und teilen mit nationalrevolutionären Zirkeln die strikte Ablehnung des Parlamentarismus.

Örtliche „Misch-Szenen“

Den Kameradschaften gehören nicht ausschließlich Neonazis an. Auch rechtsextremistische Skinheads, die aufgrund ihrer politischen Aktivitäten den Bereich der losen Szenen verlassen haben sind in starkem Maße eingebunden. So wurden in den vergangenen Jahren zunehmend „Misch-Szenen“ aus Neonazis und rechtsextremistischen Skinheads festgestellt. Dazu gehören beispielsweise die „Sozialrevolutionäre Aktion Regensburg“ und der Kameradschaftsbund Hochfranken.

„Schulhof-CDs“

Kameradschaften gehen in den letzten Jahren vermehrt mit ihrer politischen Arbeit an die Öffentlichkeit. Hierbei versuchen sie vor allem Jugendliche für ihre Interessen zu gewinnen, indem sie auch Aktionen im vorpolitischen Raum organisieren. Als Kommunikationsmedium werden hierzu sowohl das Internet, Rundbriefe als auch Fanzines (vgl. auch Nummer 4.6 dieses Abschnitts) genutzt. Vor allem durch die Organisation von Skinhead-Konzerten oder die Herausgabe von „Schulhof-CDs“ sollen Jugendliche mittels Musik an die Szene herangeführt werden. Die Musikveranstaltungen werden zum Teil auch in Zusammenarbeit mit der NPD organisiert.

Führende „freie Nationalisten“ engagieren sich in der NPD. So treten seit Jahren vermehrt Neonazis in die Partei ein. Teilweise erreichten sie leitende Positionen, wie z.B. Norman Bordin, der seit 2004 NPD-Mitglied und seit 2006 Vorsitzender der JN in Bayern ist.

Das Potenzial des neonazistischen Lagers in Bayern erhöhte sich aufgrund der zunehmenden Politisierung der Skinheads auf rund 400 Personen (2006: 350); davon betätigen sich etwa 250 (2006: 190) in neonazistischen Organisationen. Dem Spektrum rechtsextremistisch orientierter Skinheads gehören rund 700 Personen (2006: 750) an. Damit zählt das gewaltbejahende rechtsextremistische Potenzial in Bayern insgesamt weiterhin etwa 1.100 Personen.

*Neonazistisches
Potenzial*

3.2 Neonazi-Kameradschaften

Nach dem Verbot zahlreicher rechtsextremistischer Organisationen seit 1992 entwickelten führende Neonazis das Konzept strukturloser Zusammenschlüsse. Dadurch sollten staatliche Gegenmaßnahmen erschwert werden. Bei diesen Kameradschaften gibt es weder eine formelle Mitgliedschaft noch Vorstandspositionen. Anführer ist meist ein aktiver Rechtsextremist, der es versteht, seinen Gefolgsleuten die den ideologischen Zusammenhalt stärkenden „Feindbilder“ zu vermitteln. In Bayern sind folgende neonazistische Kameradschaften erwähnenswert:

*Strukturlose
Zusammen-
schlüsse*

3.2.1 Kameradschaft München

Die seit Frühsommer 2004 unter der Bezeichnung „Kameradschaft München“ aktive Gruppe zählt rund 20 Anhänger. Diese rekrutierten sich zum Teil aus Mitgliedern der im Herbst 2003 durch Exekutivmaßnahmen zerschlagenen „Kameradschaft Süd - Aktionsbüro Süd“ (AS). Ihr Leiter war ursprünglich der Neonazi Norman Bordin, der Ende 2001 das AS gegründet hatte, bis März 2004 eine Freiheitsstrafe verbüßte und danach wieder die Führung der verbliebenen Mitglieder des AS übernahm. Im Jahr 2007 veranstaltete die Gruppe keine eigenen öffentlichkeitswirksamen Aktionen, da Bordin aufgrund seiner Funktion als bayerischer JN-Vorsitzender seine parteipolitischen Ambitionen in den Vordergrund stellt. Angehörige der Kameradschaft nehmen nunmehr verstärkt an Veranstaltungen von NPD und JN teil. Das überregionale Engagement der Kameradschaft München zeigt sich an intensiven Kontakten zu anderen bayerischen Neonazi-Gruppen. Die Verbindungen zur NPD wurden seit dem Parteieintritt von Norman Bordin im Herbst 2004 weiter intensiviert.

*Zusammenschluss
von Neonazis*

Spaltergruppe der Kameradschaft München

3.2.2 Autonome Nationalisten München (ANM)

Die Autonomen Nationalisten München (ANM), die sich auch „Munich Allstars“ nannten, wurden im Sommer 2005 von Dissidenten der Kameradschaft München gegründet. Ursache der Abspaltung war vor allem ein Machtkonflikt zwischen Bordin und seinem Stellvertreter Hayo Klettenhofer. Bordins angeblich zu wenig gewaltorientierter Kurs war innerhalb der Kameradschaft München nach mehreren Übergriffen links-extremistischer Aktivisten zunehmend umstritten. Erstmals traten die ANM unter Führung von Klettenhofer am 2. Juni 2005 in Bayern öffentlich auf. Die einheitlich schwarz gekleideten elf Aktivisten trugen zur Tarnung Sonnenbrillen und schwarze Baseballmützen.

Am 3. Mai fand in München am Odeonsplatz vor der Feldherrnhalle der bundesweit in mehreren Städten zeitgleich stattfindende „Israel-Tag“ des Vereins „I like Israel e.V.“ statt. Während der Pro-Israeli-Veranstaltung versuchte Klettenhofer mit einer Gruppe von mehreren ANM-Aktivisten das Treffen durch rechtsextreme Parolen zu stören; einige Rechtsextremisten zeigten den Hitlergruß. Die Polizei unterband die Aktion der Rechtsextremisten und leitete gegen zwölf Personen strafrechtliche Ermittlungen ein.

3.2.3 Sozialrevolutionäre Aktion Regensburg

In Regensburg bestand seit Herbst 2004 die von einem NPD-Aktivisten gegründete und geleitete Kameradschaft Asgard-Ratisbona. Die Gruppierung, die sich überwiegend aus Skinheads und Neonazis der rechts-extremistischen Szenen in Abensberg, Kelheim und Regensburg rekrutierte, zählte etwa 20 Personen. Sie trat in Regensburg und der näheren Umgebung mit Informationsständen, Flugblattaktionen und Mahnwachen in Erscheinung. Nach einer Phase der Umstrukturierung nennt sich die Gruppierung seit dem Berichtsjahr „Sozialrevolutionäre Aktion Regensburg“. Die Anhängerschaft, die weiterhin rechtsextremistisch aktiv ist, hat sich verringert.

Weniger Anhänger

Angehörige der „Sozialrevolutionären Aktion Regensburg“ und Aktivisten aus dem Umfeld der „Autonomen Nationalisten“ wollten sich am 3. März an einer Kundgebung des Deutschen Gewerkschaftsbunds in Regensburg anschließen. Dabei kam es zu Auseinandersetzungen mit Teilnehmern des Aufzugs. Durch die Polizei erfolgten Personalienfeststellungen und drei Strafanzeigen gegen die beteiligten Rechtsextremisten u. a. wegen des Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen.

3.2.4 Kameradschaft Main-Spessart

Die im Großraum Würzburg im Jahr 2005 gegründete Kameradschaft Main-Spessart besteht aus 10 bis 15 Mitgliedern. Die Gruppierung trat erstmals im Oktober 2006 mit einer Verteilaktion öffentlichkeitswirksam auf. Dabei wurden im Bereich eines Schulzentrums in Lohr a. Main etwa 40 Aufkleber verbreitet, auf denen u.a. Horst Wessel in SA-Uniform mit dem Spruch „Frei, sozial und national!“ abgebildet war. Im November 2006 veröffentlichte die Kameradschaft im Internet eine Selbstdarstellung mit ihren Zielen. Darin fordert sie den Kampf



„für ein freies, selbstbestimmtes neues Deutschland. Als junge Deutsche wehren wir uns gegen die volkszerstörende Multi-Kulti Gesellschaft, gegen die immer noch fortwährende Besatzung unserer Heimat durch fremde Mächte und gegen die nationale identitätsvernichtende Globalisierung des kapitalistisch-neoliberalen Systems.“

Im Jahr 2007 erfolgte eine Annäherung der Kameradschaft an die NPD. Kameradschaftsangehörige nahmen in der Folge vermehrt an Kundgebungen und Demonstrationen der NPD/JN teil.

*Annäherung
an die NPD*

3.2.5 Anti-Antifa Nürnberg

Die Anti-Antifa Nürnberg ist nach eigenen Angaben ein Zusammenschluss von Personen, der sich die Aufklärung von „politischen Gegnern“ zum Ziel gesetzt hat. Sie betreibt eine Internet-Plattform, die über linksextremistische - vor allem autonome - Aktivitäten im Großraum Nürnberg informiert. Auf dieser Internet-Seite wurden beispielsweise im November unter dem Motto „Den Feind erkennen - den Feind benennen“ die Biographien vermeintlicher Aktivisten der linksextremistischen „Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend“ veröffentlicht. Auch Anti-Antifa-Aktionen werden thematisiert. So haben am 15. Mai unbekannte Täter auf zwei Eingangstüren der Wohnung eines vermeintlichen politischen Gegners in Fürth das Emblem der Anti-Antifa Nürnberg „Good Night left side“ mit Hilfe einer Farbschablone aufgesprüht. Die Aktion wurde unter das Motto „Beherzte Anti-Antifa-Offensive in Mittel- und Oberfranken!“ gestellt.



3.2.6 Kameradschaftsbund Hochfranken

Der Anfang 2006 von Anhängern der Kameradschaften Wunsiedel und Hof gegründete Kameradschaftsbund Hochfranken (KBH) gehört zu

Organisations- übergreifender Zusammenschluss



den aktivsten Neonazi-Gruppierungen in Nordbayern. Er zählt etwa 25 Mitglieder und versteht sich als ein loser partei- und organisationsübergreifender Zusammenschluss von „Nationalisten und Patrioten“ aus dem gesamten ostoberfränkischen Raum. Viele Anhänger des Kameradschaftsbunds sind gleichzeitig NPD-Mitglieder. Die Gruppierung betreibt eine eigene Internet-Seite.



Am 11. Juni wurden in Wunsiedel vor der Haupt- und Realschule sowie am Busbahnhof mehrere Hundert „Schulhof-CDs“ an Kinder und Jugendliche verteilt. Die Aktion wurde von dem Kameradschaftsbund Hochfranken durchgeführt, der diesen Tonträger mit dem Titel „60 Minuten Musik gegen 60 Jahre Umerziehung“ auch zusammengestellt hat. Bei den auf der CD enthaltenen Liedern verschiedener rechtsextremistischer Musikgruppen aus dem In- und Ausland handelt es sich um Aufnahmen, die bereits auf anderen CDs veröffentlicht wurden. Das Cover wirbt ausdrücklich für den KBH und verweist hierzu auch auf dessen Internet-Seite.

Kampfbund Deutscher Sozialisten (KDS)

Eine ähnliche Verteilaktion hatte am 4. Juni in Pirna/Sachsen stattgefunden. Im Rahmen eines Ermittlungsverfahrens der Staatsanwaltschaft Dresden wegen Verdachts der Volksverhetzung stellte die Polizei am 22. Juni bei Durchsuchungen im Raum Hof, Chemnitz und Pirna knapp 600 CDs, 50 Cover sowie einen Karton mit Flyern sicher. Im Frühjahr wurde die „Bundesgeschäftsstelle“ der neonazistischen Kleingruppe „Kampfbund Deutscher Sozialisten“ (KDS) beim Kameradschaftsbund Hochfranken angesiedelt. Der KDS, der 1999 gegründet wurde, sieht sich als partei- und organisationsunabhängiger Zusammenschluss auf der Basis des Bekenntnisses zu „Volk und Heimat“.

Der Kameradschaftsbund Hochfranken begründet auf seiner Internet-Seite die Einbindung der „KDS-Bundesgeschäftsstelle“ mit dem Ziel der

„Vernetzung mit Kameradengruppen, die sich ebenso als Teil des sozialrevolutionären Befreiungsnationalismus verstehen (...) entscheidend (für diesen Schritt) war die Übereinstimmung mit der Zielsetzung des KDS, im Rahmen der QUERFRONTSTRATEGIE revolutionäre antikapitalistische Kräfte von Links und Rechts zusammen zu führen“.

3.2.7 Kameradschaft Augsburg

Die seit 2004 aktive Kameradschaft Augsburg orientierte sich zuletzt am Konzept der „Autonomen Nationalisten“. Dementsprechend traten die Angehörigen in der Öffentlichkeit schwarz gekleidet auf. Die etwa

15-köpfige Gruppierung unterhält enge Kontakte zum „Augsburger Bündnis - Nationale Opposition e.V.“, zu Münchner Neonazikreisen und zu Rechtsextremisten aus Friedrichshafen. Am 3. November nahm die Kameradschaft Augsburg an einer Demonstration mit dem Motto „Sicherheit JA - Überwachung NEIN, Meinungsfreiheit erhalten, Grundrechte stärken“ in der Augsburger Innenstadt teil. Insgesamt waren etwa 120 Rechtsextremisten anwesend, die weitgehend den „Autonomen Nationalisten“ zugerechnet werden konnten. An der Veranstaltung beteiligte sich auch der NPD-Funktionär Roland Wuttke aus München.

3.3 Aktivitäten zum 20. Todestag von Rudolf Heß

Anlässlich des 20. Todestags von Hitlers ehemaligem Stellvertreter Rudolf Heß meldete der Neonazi und Rechtsanwalt Jürgen Rieger für den 18. August eine zentrale Gedenkveranstaltung in Wunsiedel an. Das Landratsamt Wunsiedel erließ einen Verbotsbescheid, der sich insbesondere auf die am 1. April 2005 in Kraft getretene Vorschrift des § 130 Abs. 4 StGB stützte. Danach macht sich derjenige strafbar, der in einer Versammlung den öffentlichen Frieden in einer die Würde der Opfer verletzenden Weise dadurch stört, dass er die nationalsozialistische Gewalt- und Willkürherrschaft billigt, verherrlicht oder rechtfertigt. Bereits in den Vorjahren hatte die Versammlungsbehörde die zentrale Heß-Kundgebung verboten. Die dagegen eingelegten Rechtsbehelfe blieben vor dem Verwaltungsgericht Bayreuth, dem Bayerischen Verwaltungsgerichtshof und dem Bundesverfassungsgericht erfolglos.

*Erneutes
Versammlungs-
verbot*

Nachdem das Bundesverfassungsgericht am 13. August erneut das Verbot einer zentralen Rudolf Heß-Gedenkveranstaltung im oberfränkischen Wunsiedel bestätigt hatte, führten Vertreter der NPD und der neonazistischen Szene Veranstaltungen an anderen Orten durch. So veranstaltete die rechtsextremistische Szene am 17., 18. und 19. August dezentrale Veranstaltungen in Bayern und anderen Bundesländern. Zur Umgehung eines Verbots von „Ersatzveranstaltungen“ wählten die Veranstalter in Bayern mit einer Ausnahme Demonstrationsmottos, die keinen direkten Bezug zu dem 1987 verstorbenen und in Wunsiedel beerdigten Rudolf Heß aufwiesen. Insgesamt beteiligten sich - wie im Vorjahr - bundesweit etwa 1.200 Personen an den Aktionen; Schwerpunkte waren Kundgebungen in Jena/Thüringen sowie in Gräfenberg, Landkreis Forchheim, und Friedrichshafen/Baden-Württemberg.

In Gräfenberg beteiligten sich am 18. August etwa 260 Rechtsextremisten an einer Demonstration mit Aufzug und Kundgebung unter dem Motto „Denkmäler sind für alle da!“. Die Veranstaltung hatte der

*Demonstration
in Gräfenberg*

NPD-Kreisvorsitzende und ehemalige Aktivist der verbotenen neonazistischen Fränkischen Aktionsfront (F.A.F.) Lutz Passon angemeldet. Als Hauptredner trat der Landesvorsitzende der NPD in Mecklenburg-Vorpommern und Abgeordnete des dortigen Landtags Udo Pastörs auf. Dieser sprach u.a. von einem „göttlichen Auftrag der NPD“. Ferner referierte der NPD-Funktionär und ehemalige „Führer“ der verbotenen neonazistischen Fränkischen Aktionsfront (F.A.F.) Matthias Fischer, der dabei auch die Fortsetzung der „Demonstrationswelle“ in Gräfenberg und eine bundesweite Mobilisierung ankündigte. Ein Verbot dieser Veranstaltung durch das Landratsamt Forchheim war vom Verwaltungsgericht Bayreuth aufgehoben worden; der Bayerische Verwaltungsgeschichtshof hatte zudem die Beschwerde des Landratsamts gegen die Verwaltungsgerichtsentscheidung zurückgewiesen.

Versammlung in München

In München fand bereits am 17. August eine Versammlung unter dem Motto „Meinungsfreiheit - 365 Tage im Jahr. Maulkorbparagraphen abschaffen“ statt. An der Veranstaltung, die von dem stellvertretenden Landesvorsitzenden der JN Thomas Wittke angemeldet worden war, nahmen etwa 100 Personen aus der rechtsextremistischen Szene teil. Redebeiträge lieferten die Neonazis und NPD-Funktionäre Jürgen Rieger und Thomas Wulff, sowie der oberbayerische NPD-Bezirksvorsitzende Roland Wuttke. Die Polizei leitete strafrechtliche Ermittlungen ein, weil einzelne Versammlungsteilnehmer gegen die Auflage des Kreisverwaltungsreferats der Landeshauptstadt München verstießen, keine Bezüge zur Person von Rudolf Heß herzustellen.

Versammlungs- verbot in München

Ebenfalls für den 17. August hatte der Neonazi und JN-Landesvorsitzende Norman Bordin in München eine öffentliche Versammlung angemeldet, die er in der Szene als „einzige in der BRD zugelassene Mahnwache zum Gedenken an Rudolf Heß“ anpries. Die Landeshauptstadt München erließ am 16. August ein Verbot mit der Begründung, dass es sich bei der beabsichtigten Veranstaltung um einen Ersatz für die verbotene Demonstration in Wunsiedel handle. Dagegen legte Bordin Rechtsmittel ein; hatte damit aber weder vor dem Verwaltungsgericht München noch vor dem Bayerischen Verwaltungsgeschichtshof Erfolg.

Neben den öffentlichen Versammlungen wurde auch mittels Propagandaaktionen versucht, Rudolf Heß als Repräsentanten des NS-Regimes zu ehren. So nahm die Polizei in Bayern am 15. August sechs Personen im Alter von 16 bis 36 Jahren fest, die gerade dabei waren, im Stadtgebiet Augsburg Plakate mit Bezug zum 20. Todestag von Rudolf Heß anzubringen. Einige der Festgenommenen gehören der NPD/JN bzw. der DVU in Augsburg an.

4. Rechtsextremistische Skinheads

4.1 Überblick

Die Skinhead-Bewegung entstand Ende der 60er Jahre in Großbritannien und trat erstmals Ende der 70er Jahre in der Bundesrepublik Deutschland in Erscheinung. Sie war ursprünglich eine jugendliche Subkultur, die durch ihr Auftreten eine extreme Ablehnung der bürgerlichen Gesellschaft signalisierte. Äußerlichkeiten wie Kleidung oder Haarschnitt lassen heute keine eindeutigen Schlüsse auf eine Zuordnung zur Skinhead-Szene mehr zu, da mittlerweile auch viele unpolitische Jugendliche ein entsprechendes Aussehen zeigen. Die Beachtung, die rechtsextremistischen Skinheads in der Öffentlichkeit und in den Medien zuteil wird, ist auf ihre brutalen und menschenverachtenden Gewalttaten zurückzuführen, die sich gegen Ausländer, Asylbewerber und soziale Randgruppen, aber auch gegen „Linke“ richten.

*Jugendliche
Subkultur*

4.2 Politische Ausrichtung

Die politischen Ansichten der Skinhead-Subkultur reichen von den so genannten Redskins (linksextremistisch beeinflusste Skinheads) über die so genannten SHARPs (**S**kin**h**eads **a**gainst **r**acial **p**rejudice - Skinheads gegen rassistische Vorurteile) und die Oi-Skinheads („unpolitische Skinheads“) bis hin zur Mehrheit der rechtsextremistischen Skinheads einschließlich der so genannten White Power-Skinheads. Die entsprechende politische Überzeugung bildet sich je nach Einzelfall nicht selten erst nach Beitritt in die Szene stärker aus. Skinheads sind deshalb zunächst zu einer rational bestimmten politischen Meinungsbildung kaum fähig und an einer fundierten politischen Auseinandersetzung nicht interessiert. In ihren Kreisen hat sich eine vom organisierten Rechtsextremismus unabhängige diffuse rechtsextremistische Weltanschauung herausgebildet. Sie ist von rassistisch motivierter Fremdenfeindlichkeit sowie übersteigertem Nationalbewusstsein geprägt und knüpft insofern an wesentliche Elemente des Nationalsozialismus an. Diese Einstellung spiegelt sich in meist spontanen Gewalttaten wider. Opfer sind nach wie vor Ausländer, aber auch Personen aus sozialen Randgruppen sowie „Linke“, also alle zu ihren Feindbildern zählenden Menschen.

*Redskins
SHARPs
Oi-Skinheads*

*White Power-
Skinheads*

Weltanschauung

Skinheads dienen rechtsextremistischen Organisationen als Mobilisierungspotenzial für öffentlichkeitswirksame Aktionen. Frühere Vorbehalte der Skinheads gegenüber diesen Organisationen haben stark abgenommen. Aktionen der NPD und JN werden von Skinheads massiv unterstützt; ein Großteil der Besucher von NPD-Großkundgebungen

*Unterstützung
von Aktionen
der NPD und JN*

gehört der Skinhead-Szene an. Enge Kontakte bestehen nach wie vor - insbesondere in den Räumen Nürnberg, Ingolstadt und Hof - zwischen den dortigen Skinhead-Szenen und den JN bzw. der NPD. Versuche von Neonazis, Skinheads für eine längerfristige ernsthafte politische Tätigkeit zu gewinnen, waren dagegen bislang wenig erfolgreich, da diese einer intensiven ideologischen Schulung kaum zugänglich sind. Inzwischen ist jedoch eine zunehmende Zusammenarbeit zwischen Skinheads und Neonazis feststellbar.

4.3 Strukturen

Die Skinhead-Szene unterliegt einer starken Fluktuation und kennt in der Regel weder feste Organisationsstrukturen noch formelle Mitgliedschaften. Die Bindungen zur Gruppe reichen von losen gelegentlichen Kontakten über regelmäßige Beteiligung an Aktionen bis zur vollen sozialen Integration oder der Wahrnehmung von Führungsfunktionen. Diese informellen Führer wandern später zum Teil in andere rechtsextremistische Gruppierungen ab.

*Rückgang der
Zahl der
Skinheads*

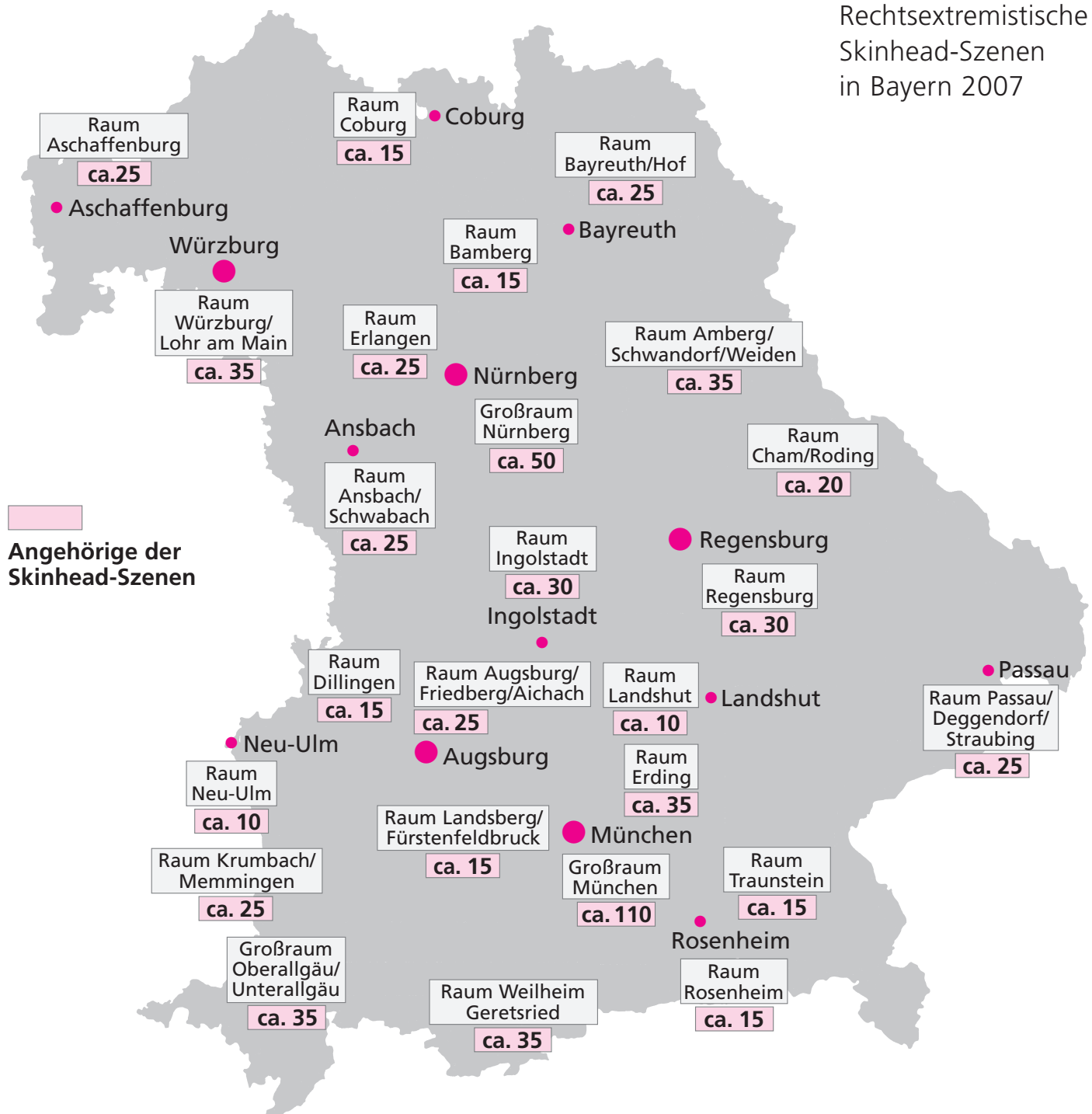
„Misch-Szenen“

In Bayern ist die Zahl der Skinheads mit rechtsextremistischem Hintergrund im Vergleich zum Vorjahr von 750 auf 700 erneut leicht zurückgegangen. Dabei hat sich die Tendenz fortgesetzt, dass sich Skinhead-Gruppierungen oder Einzelaktivisten auch Neonazi-Gruppierungen anschließen. Daraus resultierende „Misch-Szenen“ entstanden vor allem in Nordbayern. Größere neue Skinhead-Szenen hingegen wurden in Bayern nicht bekannt. Schwerpunkte im Skinhead-Spektrum stellen in Bayern nach wie vor die Großräume München, Nürnberg und Regensburg dar; dort lagen 2007 auch die Schwerpunkte der Gewalttaten. Skinheads sind sehr mobil und können aufgrund ihrer engen Vernetzungen in kürzester Zeit gemeinsam Aktionen bzw. Veranstaltungen planen und durchführen. Nach wie vor besteht seitens des Staates ein intensiver Überwachungsdruck auf die Skinhead-Szene.

4.4 Anziehungskraft für Jugendliche

*Mögliche
Einstiegs motive*

Die Anziehungskraft der Skinhead-Szene, insbesondere auf männliche Jugendliche, hält an. Die Beweggründe, die junge Menschen in diese Subkultur treiben, sind vielfältig: jugendliche Protesthaltung, Provokation und Tabubruch, sowie die gesamtgesellschaftliche Entwicklung mit den häufigen Folgen einer Entwurzelung und einer zunehmenden Entfremdung vom Elternhaus, Perspektivlosigkeit in Verbindung mit wirtschaftlichen Problemen und einem begonnenen oder befürchteten

Rechtsextremistische
Skinhead-Szenen
in Bayern 2007

sozialen Abstieg. Hinzu kommt das durch die Szene vermittelte Gemeinschaftserlebnis und das daraus folgende Gefühl eigener Stärke und Anerkennung in einer sozialen Gruppe. Den Jugendlichen werden einfache Erklärungen und einfache Lösungen für komplexe Probleme angeboten.

Skinheads entstammen zu einem erheblichen Teil, aber nicht ausschließlich, den unteren sozialen Schichten. Die meisten Skinheads finden sich in der Altersgruppe von 16 bis 24 Jahren, ältere Szene-Ange-

Altersstruktur

Renees

hörige sind die Ausnahme. Die so genannten Jungglätzen sind erst 12 bis 13 Jahre alt. Auch Mädchen, die Renees, gehören dieser Subkultur an, sind jedoch zahlenmäßig in der Minderheit. Ihr Anteil beträgt je nach Szene bis zu 20 %.

Die rechtsextremistische Skinhead-Szene rekrutiert sich vor allem aus Jugendlichen, die sich für Skinhead-Musik als Stilrichtung der Rockmusik interessieren. Dabei kommen zunächst eher unpolitische Jugendliche über Konzerte oder das gemeinsame Musikhören mit der Skinhead-Szene in Kontakt. Daneben finden manche Jugendliche Gefallen an dem in der Skinhead-Szene üblichen exzessiven Lebensgenuss einschließlich des enormen Alkoholkonsums unter dem Motto „Fun & Froide“.

4.5 Skinhead-Musik



Skinhead-Musik vermittelt die subkulturellen Botschaften der Skinhead-Szene. In den Liedern werden Eigenverständnis und Abgrenzung der Szene gegenüber der Gesellschaft beschrieben, Kritik am Establishment formuliert und andere politische Themen aufgegriffen. Rechtsextremistische Skinhead-Bands verbreiten in ihren Liedtexten neonazistische Ideologiefragmente und rufen zum Hass gegen Skinhead-Feindbilder wie Ausländer, „Linke“ und Juden auf.

In Bayern sind derzeit elf Musikgruppen aktiv, die teilweise bei Konzerten im In- und Ausland auftreten. Es handelt sich hierbei um die Gruppen

Bayerische Skinhead-Bands

- BLOODY MINDS (Immenstadt)
- BURNING HATE (Raum Oberfranken)
- NOISE OF HATE (Amberg)
- BRAUNE BRÜDER (Hof)
- FELDHERREN (München)
- STIEFELJUNGS (München)
- FAUSTRECHT (Mindelheim)
- PRIDE´N PAIN (Babenhausen, Landkreis Unterallgäu)
- SOKO 18 (Franken)
- DAMAGE INCORPORATED (Aschaffenburg)
- WEISSER RÜCKSCHLAG (Unterneukirchen, Landkreis Altötting).

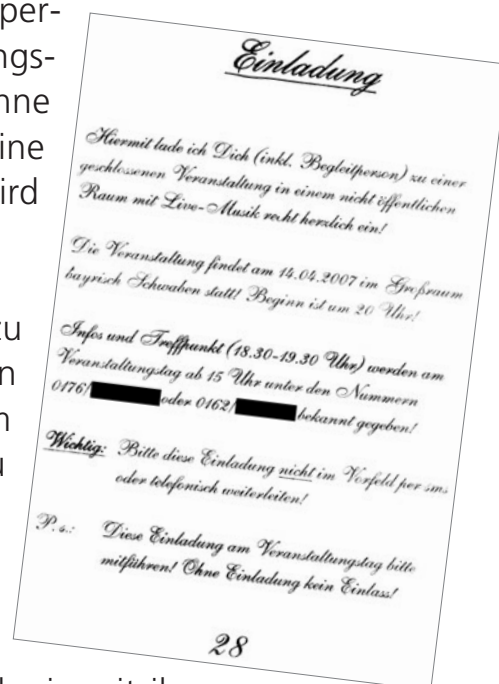
Skinhead-Musik wird von elf rechtsextremistischen Tonträgervertrieben in Bayern angeboten.

Die Zahl der begonnenen und tatsächlich durchgeführten Skinhead-Konzerte in Bayern verringerte sich deutlich gegenüber dem Vorjahr von 26 auf neun Konzerte. Die Teilnehmerzahlen lagen zwischen 20 und 200 Personen. Ursächlich für den starken Rückgang der Musikveranstaltungen im Jahr 2007 ist zum einen die Schließung der von Rechtsextremisten betriebenen Gaststätte „Lokalbahn“ in Wunsiedel, die im Jahr 2006 häufig als Veranstaltungsort gewählt worden war; zum anderen üben die Sicherheitsbehörden einen intensiven Überwachungsdruck aus, wodurch sich für die Veranstalter die Vorbereitung und die tatsächliche Durchführung der Skinhead-Konzerte immer schwieriger gestaltet. Einige Veranstaltungen konnten beispielsweise durch ein Zusammenwirken von Sicherheitsbehörden und Saalvermietern verhindert werden. Die Organisation der Konzerte erfolgt immer konspirativer. Sie werden von den Veranstaltern als private Tanzabende bzw. Plattenpartys oder als Geburtstagsfeiern ausgegeben, um ein Einschreiten der Sicherheitsbehörden zu erschweren. Die Teilnehmer werden durch persönlich ausgehändigte oder per Post zugestellte Einladungskarten informiert oder vor Beginn des Konzertes ohne nähere Angaben zum eigentlichen Veranstaltungsort in eine bestimmte Region gelotst. Erst unmittelbar vor Beginn wird die konkrete Örtlichkeit z.B. per SMS bekannt gegeben.

Deutlicher
Rückgang der
Konzerte

Verhinderung von
Veranstaltungen

Rechtsextremisten nutzen die verbindenden Elemente zu anderen Subkulturen, z.B. der Gothic-Szene, um deren Anhänger für die NS-Ideologie zu gewinnen oder um rechtsextremistische Tendenzen in diese Subkulturen zu tragen. Insbesondere Teile der Black Metal-Szene weisen eine historisch gewachsene Verbindung zum Rechtsextremismus auf. Gemeinsamkeiten bestehen in der Ablehnung des Christentums (Stichwort „Odin statt Jesus“), in der Berufung auf die nordische Göttermythologie mit ihrer Runen-Symbolik sowie einem elitären Sozial-Darwinismus. Allerdings ist die Black Metal-Szene weitgehend unpolitisch. Daher hat sich für den rechtsextremistischen Teil dieser Szene der Begriff NS Black Metal eingebürgert. Gemeinsame Schnittmenge der NS Black Metal-Szene mit der rechtsextremistischen Szene sind dabei wiederum die Glorifizierung des Heldentums oder die Auferstehung eines germanischen Reiches. Beide Merkmale entsprechen dem Weltbild der Nationalsozialisten. Einige Vertreter des NS Black Metal sehen Adolf Hitler als die Wiedergeburt des Satans, der als Antichrist verehrt wird. Neben reiner Skinhead-Musik werden in der rechtsextremistischen Szene daher auch Konzerte mit NS Black Metal-Musik veranstaltet. Die Texte enthalten



NS Black Metal

kaum eindeutige extremistische Aussagen. Politische Botschaften werden vielmehr unverständlich gegrölt oder verschleiert und nur für Insider verständlich dargeboten. Schwerpunkt der NS Black Metal-Szene in Bayern ist der Großraum Nürnberg. Eine Kultband der Black Metal-Szene ist die Band ABSURD aus Thüringen. Der Sänger dieser Band, Henrik Möbus, beging am 29. April 1993 einen satanistisch motivierten Mord an einem 15-jährigen Mitschüler. ABSURD trat beispielsweise am 9. Juni neben den französischen Bands BLESSED IN SIN und FINIS GLORIA DEI bei einem NS Black Metal-Konzert mit 250 Teilnehmern in einer Gaststätte in Gremsdorf, Landkreis Erlangen-Höchstadt, auf.

Beispiele für im Berichtszeitraum geplante oder tatsächlich durchgeführte Skinhead-Konzerte sind folgende Veranstaltungen:

Skinhead-Konzerte

Am 31. März fand in Niederlarnitz, Landkreis Wunsiedel, ein als Geburtstagsfeier ausgegebenes Skinhead-Konzert u.a. mit der Band PROPAGANDA aus Baden-Württemberg statt, das etwa 130 Rechtsextremisten besuchten. Da die Saalanmietung unter falschen Angaben bei der Gemeinde erfolgte, wurde der mündliche Mietvertrag vom Zweiten Bürgermeister aufgelöst. Die Teilnehmer verließen unter Anwesenheit starker Polizeikräfte den Veranstaltungssaal.

Ein ebenfalls als Geburtstagsfeier veranstaltetes Skinhead-Konzert fand am 14. April in einer ehemaligen Diskothek im Markt Jettingen-Schepach, Landkreis Günzburg, statt. Vor etwa 150 Teilnehmern trat u.a. die Skinhead-Band FELDHERREN auf. Zu der geschlossenen Veranstaltung waren schriftliche Einladungen verteilt worden, die beim Einlass vorgezeigt werden mussten.

Vor 200 Besuchern traten am 26. Mai in Amberg die Skinhead-Bands NOISE OF HATE, FELDHERREN und SPREEGESCHWADER aus Berlin bei einer angeblichen Geburtstagsfeier auf. Der große Zuspruch der Szene resultierte u.a. aus einem für denselben Abend geplanten, aber nicht durchgeführten Skinhead-Konzert in Bayreuth.

Dort war der Vermieter der Veranstaltungsörtlichkeit nach Aufklärung durch die Polizei vom Mietvertrag zurückgetreten, so dass den bereits anwesenden Konzertbesuchern Platzverweise erteilt worden waren. Daraufhin reisten Teilnehmer von Bayreuth nach Amberg an. Aufgrund der Überfüllung des Lokals wurde sowohl den Mitgliedern der Skinheadband CHERUSKER aus Osnabrück als auch weiteren Interessenten der Zutritt zum Veranstaltungsort von den Veranstaltern verwehrt. Da das Konzert nicht wie

erforderlich angemeldet worden war, wurde gegen die Verantwortlichen Anzeige erstattet.



Ein für den 7. Juli geplantes Skinhead-Konzert im Ortsteil Druisheim hat das Ordnungsamt der Gemeinde Mertingen, Landkreis Donau-Ries, verboten. Die Veranstaltung war als private Geburtstagsfeier angemeldet worden. Ursprünglich sollte die britische Skinhead-Band AVALON vor etwa 100 geladenen Gästen auftreten. Da jedoch im Vorfeld der Veranstaltung bekannt wurde, dass auch die Schweizer Skinhead-Band INDIZIERT sowie die Münchner Skinhead-Band FELDHERRN auftreten sollten, lagen tatsächlich Anhaltspunkte dafür vor, dass die vom Ordnungsamt getroffenen Auflagen nicht erfüllt und die Veranstaltung einen öffentlichen Charakter erhalten würde. Das Ordnungsamt widerrief die Genehmigung und die Polizei sperrte die Örtlichkeit vor Veranstaltungsbeginn ab. Daraufhin trafen sich etwa 200 Personen, die größtenteils der rechtsextremistischen Skinhead-Szene zugeordnet werden konnten, in einer Gaststätte in Neusäß, Landkreis Augsburg.

In einem Landgasthof in Halsbach, Landkreis Altötting, wurde am 1. September ein Skinhead-Konzert veranstaltet, das im Vorfeld als „Nordmanns Musikantenstadel“ angekündigt worden war. Hinter der Bezeichnung „Nordmann“ steht der NPD-Funktionär und Neonazi Norman Bordin, der mit 150 Gästen, die eine persönliche Einladungskarte vorzeigen mussten, seinen Geburtstag feierte. Es spielten u.a. die Skinhead-Bands FELDHERRN, SPREEGESCHWADER aus Berlin und BURNING HATE. Die Polizei führte intensive Kontrollen im Umfeld der Veranstaltung durch.

4.6 Skinhead-Magazine

Die Fan-Magazine der Skinhead-Szene, auch „Fanzines“ oder „Zines“ genannt, beschäftigen sich mit den Aktivitäten rechtsextremistischer Skinhead-Bands und enthalten ausführliche Rezensionen sowie Bestelladressen für Tonträger, andere Fanzines und diverse Szene-Artikel, wie z.B. T-Shirts, Buttons oder Aufkleber. Die Fanzines werden auch im Internet veröffentlicht. Zuletzt erschienen die Fanzines „Wunsiedler Feldpost“ und „Wunsiedler Widerstand“ in unregelmäßigen Abständen. Durch die Veröffentlichungen im Internet verlieren Fanzines immer mehr an Bedeutung.

„Fanzines“/„Zines“

5. Rechtsextremistisch motivierte Straftaten

5.1 Gewalttaten

Bundesweit waren von insgesamt 1.921 (2006: 2.004) extremistischen Gewalttaten 980 (2006: 1.047) rechtsextremistisch motiviert. In Bayern

Anstieg der Gewaltdelikte in Bayern

ist die Zahl der rechtsextremistisch motivierten Gewalttaten von 47 im Jahr 2006 auf 82 gestiegen. Von den 82 Gewaltdelikten waren 43 (2006: 27) fremdenfeindlich und 38 (2006: 18) allgemein neonazistisch motiviert. Einer (2006: zwei) Gewalttat lag eine antisemitische Motivation zugrunde. Von den 38 allgemein neonazistisch motivierten Gewalttaten wurden 20 Fälle gegen politische Gegner registriert (2006: zwölf).

Gewaltpotenzial der Skinheads

Die rechtsextremistisch motivierten Gewalttaten waren überwiegend der äußerst gewaltbereiten Skinhead-Szene zuzurechnen. Von 158 ermittelten Tatverdächtigen gehörten 114 der Skinhead-Szene an. 101 Tatverdächtige waren zur Tatzeit jünger als 21 Jahre. Der Anteil der erstmals in Erscheinung getretenen Gewalttäter lag bei 49 % (78 Tatverdächtige). Die Gewalttaten wurden größtenteils nicht von Einzeltätern begangen, vielmehr entstand der Tatentschluss vielfach spontan aus gruppenspezifischen Prozessen, gefördert durch Alkohol und Musik mit rechtsextremistischen Texten. Räumliche Schwerpunkte waren die Großstadtreionen München, Nürnberg und Regensburg. Rechtsextremistisch motivierte Gewalttäter sind überwiegend nicht in politischen Gruppen oder Parteien organisiert. Eine überregionale Steuerung durch rechtsextremistische Organisationen konnte in keinem Fall festgestellt werden. Das typische Ablaufmuster für rechtsextremistisch motivierte Gewalt ist gleich geblieben: Nach gezielten anfänglichen Provokationen der Angreifer kommt es bei geringstem Anlass zu Tötlichkeiten und massiver Gewaltanwendung gegen die Opfer.

Einzelfälle

Beispiele für die im Berichtszeitraum verübten Gewalttaten sind folgende Vorfälle:

Am 30. Januar stand ein 34-jähriger äthiopischer Staatsangehöriger auf einer Rolltreppe am U-Bahnhof Hohenzollernplatz in München auf der linken Seite. Als er von einer Frau angesprochen wurde, die an ihm vorbei gehen wollte, erklärte er, dass er nicht ausweichen könne, da sich zu viele Personen auf der Rolltreppe befänden. Daraufhin wurde er von einem 44-jährigen deutschen Arzt von hinten an den Haaren gezogen und mit Ellenbogenstößen ins Gesicht sowie in den Bauch attackiert. Als der Äthiopier den Täter aufforderte, auf die Polizei zu warten, äußerte dieser „Neger haben keine Rechte“.

Ein 15-jähriger Skinhead beleidigte am 20. Februar in einem Warenhaus in Cham einen schwer gehbehinderten polnischen Schüler mit dem Wort „Krüppel“ und versetzte ihm einen Schlag auf den Rücken. Daraufhin stürzte der Angegriffene gegen ein Warenregal. Derselbe Täter belästigte den Schüler am 19. März in Weiding, Landkreis Cham, an

einer Bushaltestelle erneut, indem er auf den Aufnäher an seiner Bomberjacke mit der Aufschrift „Ich bin stolz ein Deutscher zu sein“ zeigte. Danach bespuckte er den Schüler ein paar Mal und schlug ihn auf den Hinterkopf. Außerdem beleidigte der Skinhead sein Opfer mit den Ausdrücken „Krüppel“ und „Pollack“. Das Jugendschöffengericht beim Amtsgericht Cham verurteilte den Skinhead mit Entscheidung vom 20. Juni zu einem Dauerarrest von vier Wochen und 60 Stunden gemeinnütziger Arbeit.

Am 2. März verweigerte ein Mitarbeiter der Herzogsägmühle in Peiting, Landkreis Weilheim-Schongau, einem alkoholisierten 24-jährigen Mann in Begleitung seiner Mutter die Unterkunft in der Einrichtung. Der Abgewiesene trat daraufhin mit seinen Stiefeln auf den Mitarbeiter ein und beschimpfte ihn dabei aufgrund des Familiennamens als „Drecksjude“.

Drei unbekannte Jugendliche, die vermutlich der Skinhead-Szene angehören, unterhielten sich am 10. März in einem Bus in Oberasbach, Landkreis Fürth, über die Verteilung von so genannten Schulhof-CDs der NPD. Zwei 16-jährige Schüler, die mit dem Rücken zu der Skinhead-Gruppe im Bus saßen, äußerten diesen gegenüber, dass sie gegen Nazis und gegen das Verteilen von rechtsradikalem Material seien. Daraufhin wurden die beiden Schüler von einem Skinhead mit der Faust ins Gesicht geschlagen.



Nach einer „Hitler-Geburtstagsfeier“ in der Nacht vom 20. auf den 21. April in Passau gerieten zwei Personengruppen mit rechts- bzw. linksextremistischer Gesinnung in Streit, in dessen Verlauf ein 17-jähriger Skinhead einen ebenfalls 17-jährigen zu Boden schlug und diesen nötigte, auf den Ausruf „Sieg“ mit „Heil“ zu antworten. Ein weiterer Skinhead stiftete seinen Kameraden mehrmals dazu an, auf seinen Gegner weiterhin einzuschlagen. Der Angegriffene wurde bei der Auseinandersetzung mehrmals mit Stiefeln getreten und so heftig gegen die Eingangstüre eines Fotogeschäfts gestoßen, dass die Türe beschädigt wurde. Die tatverdächtigen Skinheads waren zur Tatzeit alkoholisiert.

Am 31. Juli fuhren zwei 39 und 44 Jahre alte Münchner sowie eine etwa 40-jährige Frau nachts in der S-Bahn, zeigten den Hitlergruß und riefen abwechselnd „Sieg“ - „Heil“. Als ein weiterer Fahrgast nachfragte, was das solle, versetzte ihm der 39-Jährige gezielt Faustschläge ins Gesicht.

Ein 24-jähriger NPD-Funktionär hielt sich am 11. August im Jugendzentrum Dorfen, Landkreis Erding, in Begleitung eines weiteren Rechts-

extremisten auf, obwohl dort Rechtsextremisten ein generelles Hausverbot haben. Als der Vorsitzende des Jugendzentrums den NPD-Funktionär bemerkte, forderte er ihn zum sofortigen Verlassen des Jugendzentrums auf. Da dieser nicht reagierte, versuchte der Vorsitzende, den NPD-Funktionär aus dem Gebäude zu drängen. Daraufhin holte der alkoholisierte NPD-Funktionär eine Dose Reizgas hervor und sprühte ihm damit ins Gesicht.

Nach einem Streit unter Kameraden der rechtsextremistischen Szene wurde ein 39-jähriger Neonazi am 2. September nachts in München mit einem Pkw vorsätzlich angefahren. Zwei der Rechtsextremisten im Auto im Alter von 19, 27 und 31 Jahren waren alkoholisiert.

Am 8. September belästigten drei Skinheads im Alter von 28, 30 und 31 Jahren in München auf einer Rolltreppe am Isartorplatz ein vermutlich türkisches Mädchen und beleidigten es mit Ausdrücken wie „Türkenschlampe - nimm dein Kopftuch und geh zurück - Drecksschlampe - Hure“. Danach kam es zu einem Gerangel zwischen den Skinheads und dem Mädchen, wobei es im weiteren Verlauf durch einen Fußtritt am Oberkörper getroffen wurde. Ein Passant, der die streitenden Beteiligten trennen wollte, wurde hierbei ebenfalls von einem Skinhead geschlagen.

Drei alkoholisierte Skinheads im Alter von 20 bis 22 Jahren griffen am 16. September in Würzburg vor dem „Punkerhaus“ zwei 21 bzw. 29 Jahre alte Punker mit Baseballschlägern an und schlugen auf sie ein. Die Skinheads beschimpften die Angegriffenen außerdem mit Ausdrücken wie „Scheiß Zecken - Scheiß Punker - wir machen euch jetzt kaputt“. Im Rahmen der polizeilichen Fahndung konnten die Täter in Tatortnähe festgenommen werden.

Zwei unbekannte Täter verteilten am 22. Oktober in München die so genannte „Schulhof-CD“ der NPD. Als ein 19-jähriger luxemburgischer Schüler die Annahme der CD ablehnte, wurde er von einem der Täter angegriffen und gegen eine Wand gestoßen; dabei erlitt der Schüler eine Platzwunde an der Stirn.

5.2 Sonstige Straftaten

Leichter Rückgang der Straftaten

Die Gesamtzahl der in Bayern bekannt gewordenen sonstigen neonazistischen, antisemitischen und rassistischen Straftaten beträgt 1.771 (2006: 1.866), darunter 230 (2006: 254) fremdenfeindlich motivierte Delikte. Dabei handelte es sich vielfach um Sachbeschädigung, Nötigung, Bedrohung, Volksverhetzung und insbesondere um das Verbreiten von Propagandamitteln bzw. Verwenden von Kennzeichen verfas-

sungswidriger Organisationen (insgesamt 1.300 Delikte). So wurden Hakenkreuze auf Wände und Fahrzeuge gesprüht bzw. geritzt, Parolen wie „Heil Hitler“ und „Sieg Heil“ gerufen und zahlreiche antisemitische Pamphlete mit strafbaren Texten verbreitet. Des Öfteren verwendeten Neonazis auf dem Display ihres Mobiltelefons NS-Symbole als Standard-Einstellung. Wie auch im Jahr 2006 bedienten sich Rechtsextremisten wiederholt des Short-Message-Systems (SMS) der Mobilfunkbetreiber, um neonazistische Agitation an andere Handy-Besitzer zu übermitteln. Dabei wurden auch Grafiken, Filme und Lieder zu Propagandazwecken versandt.

Durch rechtsextremistisch motivierte Ausschreitungen und Schmierereien entstanden Sachschäden von rund 316.000 Euro (2006: etwa 281.000 Euro).

Beispiele für die im Berichtszeitraum verübten Straftaten sind folgende Vorfälle: Einzelfälle

Am 1. Januar versandte ein 25-jähriger Skinhead aus Münnerstadt, Landkreis Bad Kissingen, eine SMS mit dem Text

„Mit dem Öffnen dieser SMS haben Sie einen Türken getötet. Schicken Sie sie bitte weiter, um die Aktion ‚Saubere Welt‘ zu unterstützen! Vielen Dank.“

Der Israelitischen Kultusgemeinde München ging am 15. Januar ein Schreiben mit einem Kopfbild Adolf Hitlers und dem Hoheitszeichen der NSDAP zu. Das anonyme Pamphlet endete mit den Worten

„Wir kämpfen weiter gegen die Verjudung Deutschlands und Europas!“

Am 23. Januar beleidigten zwei Skinheads in Neumarkt i.d.OPf. vier Ausländer mit den Worten „Scheiß Kanaken, Ausländer geht in euer Land zurück, Kanaken, dies ist unser Land“. Dabei zeigten sie den Hitlergruß und riefen „Heil Hitler“ und „Sieg Heil“. Im weiteren Verlauf der Auseinandersetzung bedrohte ein Täter die Ausländer mit einem Messer.

Im jüdischen Friedhof in Bad Neustadt a.d.Saale, Landkreis Rhön-Grabfeld, wurden Mitte Februar mehrere Grabsteine mit Hakenkreuzen, SS-Runen und Davidsternen besprüht.

Zwei Neonazis im Alter von 17 und 18 Jahren warfen Mitte Februar auf dem jüdischen Friedhof in Diespeck, Landkreis Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim, 63 Grabsteine um, von denen ein Großteil zerbrach. Ferner versuchten sie, in die dortige Leichenhalle einzudringen. An dem in den Friedhof integrierten jüdischen Kriegerdenkmal wurden elf Gedenksteine umgeworfen. Der Sachschaden betrug rund 25.000 Euro.

Im Zusammenhang mit dieser Friedhofschändung in Diespeck wurde aufgeklärt, dass die beiden Täter mit zwei weiteren Tatverdächtigen an einem Brandanschlag auf ein Mehrfamilienhaus in Bad Windsheim am 2. Oktober 2006 beteiligt waren. Das Mehrfamilienhaus mit zwölf Wohnungen und damals 47 wohnhaft gemeldeten Personen wird überwiegend von Ausländern und russischstämmigen Übersiedlern bewohnt. Damals warfen zunächst unbekannte Täter vier mit einer brennbaren Flüssigkeit gefüllte und mit Luntenschnur versehene Flaschen gegen das Wohnhaus. Einer dieser Molotowcocktails wurde brennend auf die Betonstufe vor die Eingangstüre geworfen. Weitere Flaschen flogen brennend gegen eine Hauswand. Die Brandsätze erloschen von selbst; an der Fassade des Hauses entstand geringer Sachschaden. Verletzt wurde niemand.

Unbekannte Täter verbreiteten am 20. April („Führergeburtstag“) in Miltenberg zahlreiche Bilder von Adolf Hitler in Parteiuniform mit Hakenkreuzarmbinde. Am selben Tag wurden in Garmisch-Partenkirchen rund ein Dutzend geparkte Pkws mit Hakenkreuzen beschmiert. Der Sachschaden betrug mehrere tausend Euro. Zwei alkoholisierte Deutsche skandierten ebenfalls am 20. April im Münchener Ostbahnhof mehrmals die Parole „SS, SA, Germania“. Dabei rempelten sie ausländisch aussehende Passanten an und beschimpften einen Farbigen als „Scheiß-Nigger“.

Am Abend des 1. Mai zogen rund 25 Rechtsextremisten durch die Fürther Innenstadt. Sie führten schwarz-weiß-rote Fahnen und ein Transparent mit der Aufschrift „JN“ mit. Ferner skandierten sie Parolen wie „Hier marschiert der nationale Widerstand“ und „Deutschland den Deutschen, Ausländer raus“. Polizeibeamte, die versuchten, den nicht angemeldeten Aufzug aufzuhalten, wurden von den Teilnehmern überannt.

Rund zwölf schwarz gekleidete Neonazis stürten am 3. Mai vor der Feldherrnhalle in München eine Veranstaltung zum „Israel-Tag“. Sie skandierten die Parole „Juden raus - aus Palästina!“. Ein Täter trug eine iranische Fahne und zeigte den Hitlergruß. Die Polizei nahm neun Beteiligte vorübergehend fest, wobei einer der Neonazis „Judenschweine, verpisst euch doch!“ rief.

Unbekannte Täter besprühten Anfang Juni eine Schule in Kempten mit einem Hakenkreuz und der Parole „Ruhm und Ehre der Waffen-SS“.

Ein 19-jähriger rief am 27. Juli in Landshut mehrmals lautstark in der Öffentlichkeit „Sieg Heil“ und zeigte den „Hitlergruß“.

Am 7. August wurden von einem 17-jährigen in Langenzenn, Landkreis Fürth, zwei Wandflächen von Einkaufsmärkten mit den Parolen „Deutsches Reich statt BRD“ besprüht. Die Buchstaben „S“ waren als Sigurnen dargestellt.

In Stegaurach, Landkreis Bamberg, befestigte ein 53-jähriger am 15. September öffentlich sichtbar an der Balkontüre eines Mehrfamilienhauses eine Hakenkreuzfahne. Bei einer Hausdurchsuchung stellte die Polizei fest, dass auch die Wohnung des Beschuldigten mit zahlreichen Plakaten und Abzeichen aus der NS-Zeit dekoriert war.

Bei einer 22-jährigen Frau wurde am 7. November am Bahnhof in Weiden i.d. OPf. festgestellt, dass sie auf ihrem Rucksack ein 10 x 10 cm großes Hakenkreuz mit schwarzer Farbe aufgemalt hatte. Außerdem waren auf ihrem Handy mehrere Bilder mit Hakenkreuzen und Sigurnen gespeichert.

6. Strafverfahren, Urteile und Exekutivmaßnahmen

Das Landgericht Mannheim verurteilte am 15. Februar den als „Holocaust-Leugner“ bekannt gewordenen deutschen Rechtsextremisten Ernst C.F. Zündel wegen Volksverhetzung, Beleidigung und Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener zu einer Gesamtfreiheitsstrafe von fünf Jahren. Die Staatsanwaltschaft hatte in ihrem Plädoyer bereits die im Gesetz vorgesehene Höchststrafe gefordert; die Verteidiger von Zündel, darunter der Hamburger Rechtsextremist und Beisitzer im NPD-Bundesvorstand Jürgen Rieger, hatten auf Freispruch plädiert.

„Holocaust-Leugner“ Zündel

Das Landgericht Mannheim verhängte am 15. März gegen den deutschen Revisionisten Gernar Scheerer wegen Volksverhetzung, Beleidigung und Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener eine Gesamtfreiheitsstrafe von zwei Jahren und sechs Monaten und verfügte die Einziehung des vom Angeklagten verfassten Werks „Vorlesungen über den Holocaust“.

Revisionist Scheerer

Das Amtsgericht München verurteilte am 25. Juni einen 26-jährigen Rechtsextremisten aus Gröbenzell, Landkreis Fürstenfeldbruck, zu einer Freiheitsstrafe von 18 Monaten ohne Bewährung. Das Gericht hatte gegen ihn bereits am 13. März eine Bewährungsstrafe u.a. wegen rechtsextremistischer Propagandadelikte verhängt. Noch am selben Tag war der Angeklagte in den Abendstunden durch Zeigen des Hitlergrußes und „Sieg Heil“-Rufen erneut straffällig geworden. Ein Ermittlungsrichter hatte daraufhin am 14. März Haftbefehl wegen Fluchtgefahr erlassen.

Propagandadelikte

*„Holocaust-
Leugner“ Mahler*

Von November 2006 bis August 2007 verbüßte der „Holocaust-Leugner“ Horst Mahler eine vom Landgericht Berlin am 12. Januar 2005 verhängte Freiheitsstrafe von neun Monaten wegen Volksverhetzung. Da er im November 2006 seinen Wohnsitz nach Bayern verlegt hatte, war er von der Justizvollzugsanstalt Cottbus/Brandenburg in die Justizvollzugsanstalt Bernau verlegt worden. Unmittelbar vor seinem Haftantritt noch in der Justizvollzugsanstalt Cottbus hatte Mahler bei der Verabschiedung von seinen Anhängern „Heil Hitler“ gerufen und den Hitlergruß gezeigt. Wegen Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen wurde er deshalb vom Amtsgericht Cottbus am 23. November zu einer Freiheitsstrafe von sechs Monaten ohne Bewährung verurteilt. Gegen das Urteil wurden Rechtsmittel eingelegt. Gegen Mahler sind zahlreiche weitere einschlägige Ermittlungsverfahren u.a. wegen Holocaust-Leugnung anhängig.

Während eines Interviews mit dem Publizisten Michel Friedman im Oktober provozierte Horst Mahler erneut ein Strafverfahren, das mittlerweile von der Staatsanwaltschaft Landshut eingeleitet worden ist. Er begrüßte seinen Interviewer mit den Worten „Heil Hitler, Herr Friedman“, leugnete im Verlauf des Gesprächs wiederholt den Holocaust und bezeichnete Hitler als „Erlöser des deutschen Volks“. Zu den Nürnberger Rassegesetzen sagte Mahler: „Sie waren Recht, denn sie waren der Wille des Deutschen Reichs“. Mischehen von Deutschen und Türken bezeichnete Mahler als „Gefährdung des deutschen Volks“.

7. Revisionismus

7.1 Ziele

*Versuch einer
Rehabilitierung
des National-
sozialismus*

Der Revisionismus, der die Geschichtsschreibung über die Zeit des Dritten Reichs ändern will, ist zu einem Bindeglied zwischen den unterschiedlichsten rechtsextremistischen Strömungen geworden. Seinen Repräsentanten geht es allerdings nicht um die Gewinnung neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse, sondern gezielt um die mittelbare Rechtfertigung bzw. Aufwertung der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft durch einseitige, relativierende oder verharmlosende Darstellung des NS-Regimes. Im Mittelpunkt der revisionistischen Agitation stehen die Leugnung des nationalsozialistischen Massenmords an europäischen Juden in Gaskammern deutscher Konzentrationslager während des Zweiten Weltkriegs (Holocaust) sowie die Behauptung, Deutschland trage keine Schuld am Ausbruch des Zweiten Weltkriegs. Auf diese Weise soll das auf seriöser Forschung beruhende Geschichtsbild propa-

gandistisch untergraben werden, um die Deutschen von einem vermeintlich aufgezwungenen „Schuldkomplex“ zu befreien.

7.2 Entwicklung und Träger der Revisionismus-Kampagne

Revisionismus war von Anfang an eine internationale Erscheinung, wobei der Anstoß zunächst aus Frankreich und den USA kam. Seit Beginn der 50er Jahre erschien eine große Anzahl von Büchern, die den historischen Nachweis führen wollten, dass es entgegen der Feststellung seriöser Forscher und Zeitzeugen keine Tötung von Juden in Gaskammern gegeben habe. Hervorzuheben ist hierbei das 1989 veröffentlichte „Gutachten“ des Amerikaners Fred A. Leuchter, wonach es in Auschwitz und einigen anderen Konzentrationslagern aufgrund der technischen Gegebenheiten nicht möglich gewesen sei, Menschen in Gaskammern zu töten.

„Leuchter-Bericht“

Dieselbe These verbreitete der Diplomchemiker Germar Scheerer, geb. Rudolf, ein ehemaliges REP-Mitglied, in seinem 1994 veröffentlichten, 2001 in Zweitaufgabe erschienenen und inzwischen indizierten „Gutachten über die Bildung und Nachweisbarkeit von Zyanidverbindungen in den ‚Gaskammern‘ von Auschwitz“. Er hatte sich im Frühjahr 1996 nach einer Verurteilung (u.a. wegen Volksverhetzung) ins Ausland abgesetzt. Aufgrund eines internationalen Haftbefehls der Staatsanwaltschaft Mannheim wurde er am 15. November 2005 von den USA an die deutschen Strafverfolgungsbehörden überstellt. Das Landgericht Mannheim hat den Holocaust-Leugner am 15. März wegen Volksverhetzung, Beleidigung und Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener zu einer Gesamtfreiheitsstrafe von zwei Jahren und sechs Monaten verurteilt. Das von Scheerer verfasste Werk „Vorlesungen über den Holocaust“ unterliegt der Einziehung. Ihm wird vorgeworfen, im Internet und durch Verbreitung von Schriften den nationalsozialistischen Völkermord an den Juden systematisch geleugnet bzw. verharmlost sowie durch antisemitische Hetze zum Hass gegen die jüdische Bevölkerung aufgestachelt zu haben.

„Rudolf-Gutachten“

Der wohl bekannteste Vertreter des Revisionismus ist der international agierende britische Schriftsteller David Irving, der 1993 wegen Leugnung des Holocausts verurteilt und aus Deutschland ausgewiesen wurde. Gegen ihn bestehen Einreiseverbote in Australien, Deutschland, Kanada, Österreich und Südafrika. Zuletzt residierte Irving hauptsächlich in Key West/Florida. Am 11. November 2005 wurde er in der Steiermark/Österreich festgenommen. Das Landgericht Wien verurteilte ihn am 20. Februar 2006 wegen Verstoßes gegen das NS-Verbotsgesetz zu einer Frei-

David Irving

heitsstrafe von drei Jahren ohne Bewährung. In der Berufungsverhandlung bestätigten die Richter das Strafmaß, setzten jedoch zwei Drittel der Strafe zur Bewährung aus. Am 20. Dezember 2006 wurde Irving aus österreichischer Haft entlassen und einen Tag später nach Großbritannien ausgewiesen. Das österreichische Innenministerium erwirkte gegen ihn ein lebenslanges Aufenthaltsverbot.

Ernst Zündel

Ein weiterer Protagonist des Revisionismus ist der deutsche Staatsangehörige Ernst C.F. Zündel, der 1958 nach Kanada übersiedelte. Dort verfasste und versandte er zahlreiche Publikationen, darunter den „Germania“-Rundbrief, der neonazistische und antisemitische Thesen enthielt und über das Internet abrufbar war. Im Internet erschien ferner der Beitrag „Good morning from the Zündelsite“, der - so Zündel - monatlich von mehr als 1,2 Millionen Interessenten eingesehen wurde. Dort waren u.a. Bücher, die in Deutschland der Beschlagnahme unterliegen bzw. von der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien indiziert wurden, mit vollem Text eingestellt, darunter „Der Holocaust auf dem Prüfstand“ von Jürgen Graf und „Starben wirklich sechs Millionen?“ von Richard Harwood.

Strafverfahren

Aufgrund einer Entscheidung des Bundesgerichts in Ottawa schoben die kanadischen Behörden Zündel am 1. März 2005 nach Deutschland ab. Seit dem 8. November 2005 musste er sich vor dem Landgericht Mannheim wegen Volksverhetzung, Beleidigung und Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener verantworten. Er soll von Kanada und den USA aus über Rundbriefe und seine Internet-Homepage öffentlich den Holocaust geleugnet haben. Zündels Wahlverteidigerin, die sich in einem Antrag auf Einstellung des Verfahrens selbst in volksverhetzender Weise geäußert hatte, wurde am 31. März 2006 wegen Verdachts der versuchten Strafvereitelung vom Prozess ausgeschlossen. Am 15. Februar wurde Zündel zu einer Gesamtfreiheitsstrafe von fünf Jahren wegen Volksverhetzung, Beleidigung und Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener verurteilt. Das Urteil ist rechtmäßig, nachdem der Bundesgerichtshof die Revision von Zündel verworfen hat.

Vrij Historisch Onderzoek (V.H.O.)

Die 1985 in Antwerpen gegründete, in Berchem/Belgien ansässige Organisation Vrij Historisch Onderzoek (V.H.O.) ist eine der bedeutenden Lieferantinnen von revisionistischem Propagandamaterial. Sie verfügt über weltweite Kontakte zu führenden Revisionisten und bietet nahezu alle wichtigen, in Deutschland teilweise beschlagnahmten oder indizierten revisionistischen Veröffentlichungen an. Seit Anfang 1997 gibt die V.H.O. die revisionistische Zeitschrift „Vierteljahreshefte für freie Geschichtsforschung“ (VffG) heraus. Der Mitbegründer der V.H.O.

Siegfried Verbeke, der zusammen mit seinem Bruder Herbert die V.H.O. betreibt, wurde am 1. November 2005 aufgrund eines Haftbefehls an die deutschen Behörden überstellt und in der Justizvollzugsanstalt Heidelberg inhaftiert. Die Staatsanwaltschaft Mannheim erhob gegen ihn am 30. März 2006 Anklage wegen Volksverhetzung, Beleidigung und Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener. Er soll im Internet und durch Verbreitung von Schriften den nationalsozialistischen Massenmord an Juden systematisch geleugnet bzw. verharmlost haben.

Der „Verein zur Rehabilitierung der wegen Bestreitens des Holocausts Verfolgten“ (VRBHV) wurde am 9. November 2003 auf Initiative von Horst Mahler gegründet. Der Sitz des VRBHV befindet sich in Vlotho/Nordrhein-Westfalen. In der Gründungserklärung heißt es:

VRBHV

„Es war der Beginn der großen Lüge, die endgültig zu Fall zu bringen Anliegen unseres Vereins sein wird: Der Auschwitz-Lüge.“

Dem Verein haben sich zahlreiche Revisionisten angeschlossen. Seit Anfang 2004 existieren die beiden Internet-Seiten „Aufstand für die Wahrheit“ und „Reichsbürgerbrief“. Auf letzterer Seite ruft Mahler zum Volksaufstand gegen die von einer Fremdmacht ausgeübte, „talmudisch“ getarnte Gewalt- und Willkürherrschaft in Deutschland auf, die jegliche Politik zum Wohle des deutschen Volks und zur Wahrung seiner Würde verhindere.

Aufruf zum
Volksaufstand

8. Verbindungen zum ausländischen Rechtsextremismus

Deutsche Rechtsextremisten unterhalten Verbindungen zu Gesinnungsgenossen im europäischen Ausland, um dort ihre rechtsextremistischen Ideologien zu verbreiten. Sie beteiligen sich an Veranstaltungen mit internationalem Charakter, die von Rechtsextremisten aus verschiedenen europäischen Ländern als Forum genutzt werden. Eine Delegation der NPD sowie der „Freien Nationalisten“ hat an der diesjährigen Gedenkveranstaltung vom 16. bis 18. November u.a. zu Ehren des 1975 verstorbenen spanischen Diktators Francisco Franco teilgenommen. Insgesamt beteiligten sich daran rund 1.300 Personen, überwiegend Rechtsextremisten aus Spanien, aber auch Vertreter aus Frankreich, Italien, Ungarn, Rumänien und Deutschland.

Auslandskontakte

Am 27. Oktober traten anlässlich des „Ian Stuart Donaldson Memorial Festival“ in Flandern/Belgien verschiedene international aktive Skinhead-Bands auf. Darunter auch die bayerische Skinhead-Band FAUST-RECHT.

Aber auch ausländischen Rechtsextremisten reisen nach Deutschland, um hier an gemeinsamen Aktionen, Demonstrationen oder Skinhead-Konzerten teilzunehmen.

Deutsche rechtsextremistische Gruppierungen weichen zum Teil mit ihren Internet-Auftritten auf ausländische Speicherplatzanbieter aus, die sich Appellen staatlicher und privater Einrichtungen, solche Plätze den Rechtsextremisten nicht zur Verfügung zu stellen, sowie einer Selbstkontrolle verschließen. Das Internet dient den Rechtsextremisten als Plattform, um auf internationaler Ebene Kontakte zu pflegen, Informationen auszutauschen und den Nationalsozialismus zu verherrlichen.

*Internet als
Plattform*

Der amerikanische Neonazi und Propagandaleiter der NSDAP-Auslands- und Aufbauorganisation (NSDAP-AO) Gary Rex Lauck tritt nach wie vor durch die Verbreitung von neonazistischem Gedankengut in Erscheinung. Über die Homepage der NSDAP-AO können Hakenkreuzaufkleber, Fahnen und Abzeichen des Dritten Reichs, Filme und Bücher aus der NS-Zeit (z.B. „Der ewige Jude“, „Mein Kampf“) sowie CDs mit Marschmusik und Hitler-Reden bestellt werden. Das Angebot enthält ferner Computerspiele wie „KZ-Rattenjagd“ und „Anti-Türken-Test“ zum kostenlosen Herunterladen.

NSDAP-AO



9. Übersicht über erwähnenswerte rechtsextremistische Organisationen und Verlage sowie deren wesentliche Presseerzeugnisse

Organisation (einschließlich Gründungsdatum und Sitz)	Mitglieder Bayern	Ende 2007 Deutschland	Publikationen (einschließlich Erscheinungsweise u. Auflage)
1. Parteien einschließlich integrierter Vereinigungen			
Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) 28.11.1964, Stuttgart	950	7.200	Deutsche Stimme (DS) monatlich, 35.000 (nach Eigenangaben)
Junge Nationaldemokraten (JN)	70	400	
Nationaldemokratischer Hochschulbund (NHB) 1967, Nürnberg		Funktionärs- gruppe	
Deutsche Volksunion (DVU) 05.03.1987, München	900	7.000	(Publizistische Sprachrohre: siehe DSZ-Verlag)
Deutsche Volksunion e.V. einschließlich Aktionsgemeinschaften 16.01.1971, München			(siehe DVU)
2. Neonazistische Organisationen und Zusammenschlüsse			
Anti-Antifa Nürnberg 2006, Nürnberg	10		
Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V. (HNG) 02.07.1979, Frankfurt am Main	75	600	Nachrichten der HNG monatlich, 600
Heimattreue Deutsche Jugend (HDJ) 1989, Berlin	10		
Kameradschaft Augsburg 2004, Augsburg	15		
Kameradschaft München 2004, München	20		
Kameradschaft Main-Spessart 2006, Würzburg	10		
Sozialrevolutionäre Aktion Regensburg 2006, Regensburg	10		
Kameradschaftsbund Hochfranken 2006, Hof/Wunsiedel	25		
Autonome Nationalisten München 2005, München	20		
3. Sonstige Organisationen			
Gesellschaft für Freie Publizistik e.V. (GFP) 1960, München	40	500	Das Freie Forum vierteljährlich, 1.500
Freundeskreis Ulrich von Hutten e.V. Februar 1982, Starnberg	30	280	Huttenbriefe - für Volkstum, Kultur, Wahrheit und Recht zweimonatlich, 4.000

Organisation (einschließlich Gründungsdatum und Sitz)	Mitglieder Bayern	Ende 2007 Deutschland	Publikationen (einschließlich Erscheinungsweise u. Auflage)
Schutzbund für das Deutsche Volk e.V. (SDV) September 1981, München		100	
Deutsches Kolleg (DK) 1994, Berlin/Würzburg		Funktionärs- gruppe	
„Bürgerinitiative Ausländerstopp“ (BIA-München) 2007, München	15		
„Bürgerinitiative Ausländerstopp“ (BIA-Nürnberg) 2001, Nürnberg	Einzel- personen		
Augsburger Bündnis - Nationale Opposition e.V. 2001, Augsburg	Funktionärs- gruppe		Neues Schwaben unregelmäßig
Bürgerbewegung Pro München - patriotisch und sozial e.V. 2006, München	20		Bürgerbewegung Pro Mün- chen - patriotisch und sozial
4. Skinheads	700	10.000	
5. Verlage			
Druckschriften- und Zeitungsverlag GmbH (DSZ-Verlag), München			National-Zeitung/Deutsche Wochen-Zeitung (NZ), wöchentlich, 35.000
Nation Europa Verlag GmbH 1953, Coburg			Nation & Europa - Deutsche Monatshefte monatlich, 18.000
Verlag Hohe Warte - Franz von Bebenburg KG 1949, Pähl			Mensch und Maß zweimal monatlich, 2.000
VGB Verlagsgesellschaft Berg mbH Stegen			Deutsche Geschichte

5. Abschnitt

Linksextremismus

1. Allgemeines

1.1 Merkmale des Linksextremismus

Das ideologische Spektrum der Linksextremisten reicht von Anhängern des „wissenschaftlichen Sozialismus/Kommunismus“ in seiner klassischen Form über Sozialrevolutionäre mit unterschiedlichen diffusen Konzeptionen bis hin zu Anarchisten. Theoretische Grundlagen bilden im Wesentlichen die Werke von Marx und Lenin, aber auch von Trotzki, Stalin, Mao Tse-tung und anderen. Die Bestrebungen der Linksextremisten sind darauf gerichtet, die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung zu beseitigen, die sie als kapitalistisch, rassistisch und imperialistisch ansehen. An deren Stelle solle eine sozialistisch-kommunistische Diktatur oder die Anarchie, eine Gesellschaft frei von jeglicher Herrschaft, treten. Diese Bestrebungen sind verfassungsfeindlich, weil die Ziele und oft auch die Mittel, mit denen sie erreicht werden sollen, gegen die grundlegenden Prinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung verstoßen. Innerhalb des linksextremistischen Spektrums hat die Bedeutung der so genannten Antideutschen zugenommen. Sie verbinden ein extremes Antifaschismusverständnis mit einer klaren pro-israelischen und pro-amerikanischen Haltung und stehen damit im Gegensatz zu Linksextremisten nach traditionellem Verständnis; gemeinsam ist allen jedoch das Thema Antifaschismus.

Ideologisches Spektrum

Antideutsche

Die Aktionsformen der Linksextremisten sind breit gestreut. Sie umfassen öffentliche Veranstaltungen, offene Agitation mittels Zeitungen, Flugblättern, elektronischen Kommunikationsmitteln, ferner Versuche der Einflussnahme in „bürgerlichen“ Institutionen bis hin zur Beteiligung an Wahlen. Darüber hinaus gibt es Linksextremisten, die politische Gewalt als ein legitimes und geeignetes Mittel sehen, ihre extremistischen Vorstellungen durchzusetzen.

Aktionsformen der Linksextremisten

In ihrer Propaganda stellen sich Linksextremisten als Vertreter einer hohen Moral, als Kämpfer gegen Unterdrückung und Verfechter von Frieden und sozialer Gerechtigkeit dar. Ihre politische Praxis zeigt jedoch etwas anderes. Sie missachten demokratische Mehrheitsentscheidungen und das Gewaltmonopol des Staates. Sie setzen sich über

das Recht der Menschen auf Freiheit und körperliche Unversehrtheit hinweg, wenn dieses Recht ihren Interessen entgegensteht.

Einige der linksextremistischen Gruppierungen bekennen offen, dass ihre Ziele nur unter Anwendung von Gewalt zu erreichen sind. Teilweise verüben sie Gewalttaten oder arbeiten zur Erreichung ihrer Ziele mit Gewalttätern zusammen. Dies verstößt gegen den Grundsatz des Ausschlusses jeglicher Gewalt- und Willkürherrschaft und verletzt, wenn sich die Gewalt gegen Personen richtet, das Grundrecht auf Leben und körperliche Unversehrtheit.

Agitationsthemen

Die wahren Ziele werden oftmals in Aktionsfelder und Themen eingebunden, die für sich betrachtet nicht extremistisch sind. Durch gewandte Agitation gelingt es Linksextremisten teilweise, den notwendigen Konsens aller Demokraten in der Ablehnung jeder Art politischen Extremismus zu durchbrechen. Für ihre Agitation und Mobilität bei Demonstrationen oder anderen Aktionen nutzen Linksextremisten auch die Vorteile der modernen Kommunikationsmöglichkeiten wie Handy und Internet. Zentrale Agitationsthemen der Linksextremisten waren Neonazismus/Faschismus, Globalisierung, Imperialismus, Auslandseinsätze der Bundeswehr, Rassismus, Asyl- und Abschiebeproblematik, Arbeitslosigkeit und Sozialversorgung. Daneben unterstützen Linksextremisten weiterhin sozialrevolutionäre Bewegungen im Ausland.

1.2 Entwicklung der Organisationen

Anstieg der Mitgliederzahlen

Die Gesamtzahl der Mitglieder linksextremistischer und linksextremistisch beeinflusster Parteien und Gruppierungen in Bayern erhöhte sich.

Zahl und Mitgliederstärke linksextremistischer Organisationen in Bayern

	2005	2006	2007
Anzahl der Organisationen	38	38	40
Marxisten-Leninisten und andere revolutionäre Marxisten			
Die Linkspartei.PDS, jetzt: DIE LINKE.	500	600	2.200
DKP	500	400	400
Marxistische Gruppe (MG)	700	700	700
sonstige Organisationen	340	360	380
beeinflusste Organisationen	850	850	860
Autonome, Anarchisten und Sozialrevolutionäre			
	400	500	600
Linksextremisten insgesamt	3.290	3.410	5.140

Die Zahl der Mitglieder der vormaligen Linkspartei.PDS stieg von rund 600 auf etwa 2.200. Die Zunahme beruht weitgehend auf dem Beitritt der nicht-extremistischen Partei „Arbeit & soziale Gerechtigkeit - Die Wahlalternative“ (WASG) zur Linkspartei.PDS. Die Mitgliederzahl der DKP verharrte auf dem Vorjahresniveau. Die Zahl der Anhänger autonomer Gruppen stieg auf rund 600 an. Die Autonomen werden von anderen linksextremistischen Organisationen als Bündnispartner für Aktionen akzeptiert.

*Beitritt der WASG
zur Linkspartei.PDS*

Die Entwicklung der Zahl linksextremistischer und linksextremistisch beeinflusster Organisationen in Bayern und ihrer Mitgliederstärken ist aus der auf der Seite 148 dieses Berichts abgedruckten Übersicht zu ersehen. Erkannte Mehrfachmitgliedschaften sind jeweils nur bei einer Organisation erfasst.

1.3 Nutzung des Internets

Seit Ende der 80er Jahre nutzen Linksextremisten elektronische Kommunikationsmedien - zunächst Mailboxen, inzwischen verstärkt das Internet -, um sich selbst darzustellen und die eigenen Parolen, ihre verfassungsfeindlichen Zielsetzungen und Ideen zu verbreiten, ihre Kommunikation zu verbessern sowie den Organisationsprozess und die Vernetzung in der linken Szene voranzubringen. Die sich aus der technischen Entwicklung ergebenden neuen Verfahren und neuen Informationssysteme werden von Linksextremisten schnell auf die Verwendbarkeit für eigene Zwecke erprobt. Die linksextremistische Szene beteiligt sich auch an demokratischen Kommunikationsstrukturen, beispielsweise Diskussionsforen zu gesellschaftspolitischen Themen (wie Bildungs- und Sozialabbau; Fremdenfeindlichkeit) im Internet, um ihre Ideologie zu verbreiten und politischen Einfluss zu gewinnen.

*Verbesserung der
Kommunikation*

Sowohl linksextremistische Parteien und Organisationen als auch Autonome verfügen über eigene Internet-Angebote. Auf ihren Websites sind die Informationen weltweit abrufbar. Neben professionell strukturierten Selbstdarstellungen - auch mit Bild-, Ton- und Videobeiträgen - werden in Internet-Portalen Pressemitteilungen, Berichte und Kommentare zu aktuellen Themen, Veranstaltungshinweise, Plakate und Flugblätter sowie umfangreiche Linklisten und Kontaktadressen zur E-Mail-Kommunikation zur Verfügung gestellt. Die autonome Szene sieht in den flexiblen Möglichkeiten der Verschlüsselungstechnik ein geeignetes Instrument gegen staatliche Kontrolle. Zum Teil werden auch über ausländische Anbieter aktuelle Termine, Nachrichten, Diskussionsbeiträge und Publikationen mit teilweise strafbarem Inhalt verbreitet.

*Eigene Internet-
Angebote*

Elektronische Angriffe

Neben der Verbreitung extremistischen Gedankenguts und der Nutzung von Kommunikationsmöglichkeiten stellt das Internet für Linksextremisten auch eine geeignete Plattform für gezielte elektronische Angriffe auf den politischen Gegner dar. Im Mittelpunkt stehen dabei vor allem Internet-Auftritte der rechtsextremistischen Szene.

2. Marxisten-Leninisten und andere revolutionäre Marxisten

Marxistisch-leninistisch ausgerichtete Organisationen und andere revolutionäre Marxisten bemühen sich weiterhin, durch massive Kritik an den „herrschenden Verhältnissen“ und Forderungen nach „Fundamentalopposition“ ihren sozialistischen und kommunistischen Zielen näher zu kommen. Dabei gelingt es nur begrenzt, die unterschiedlichen Ideologien und Strömungen zu bündeln. Die Linkspartei.PDS, die nach dem Zusammenbruch des SED-Unrechtsregimes einen neuen Weg des „demokratischen Sozialismus“ zu beschreiten vorgibt, versucht, Linksextremisten aller Richtungen auch in der umbenannten Partei DIE LINKE. zu integrieren.

Versuch der Bündelung extre- mistischer Kräfte

2.1 DIE LINKE., vormals Die Linkspartei.PDS

	Deutschland	Bayern
Mitglieder:	69.200	2.200
Vorsitzende(r):	Prof. Dr. Lothar Bisky; Oskar Lafontaine	Eva Bulling-Schröter; Harald Weinberg
Umbenennung der SED:	16./17.12.1989	
Umbenennung der Linkspartei.PDS:	16.06.2007	
Gründung:		11.09.1990
Sitz:	Berlin	München
Publikationen:	„DISPUT“; „UTOPIE-kreativ“; „Mitteilungen der KPF“	„TITEL“

Die ehemals in der DDR herrschende Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED) hat sich nach der friedlichen Revolution und dem Zusammenbruch ihres Unrechtsregimes nicht aufgelöst. Sie beschloss auf ihrem Sonderparteitag am 16./17. Dezember 1989 in Berlin-Weißensee,

Hinweis: Im diesjährigen Verfassungsschutzbericht findet der neue Parteiname DIE LINKE. auch dann Verwendung, wenn er sich auf ältere, nicht abgeschlossene Sachverhalte bezieht, die noch in die Gegenwart reichen.

sich in „Sozialistische Einheitspartei Deutschlands - Partei des Demokratischen Sozialismus (SED-PDS)“ umzubenennen. Auf einer Tagung des Parteivorstands der SED-PDS am 4. Februar 1990 wurde der Parteiname endgültig in Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) geändert. Der 1. Parteitag der PDS am 24./25. Februar 1990 bestätigte diese Namensänderung. Anlässlich einer außerordentlichen Tagung des 9. Parteitags am 17. Juli 2005 in Berlin wurde beschlossen, sich in „Die Linkspartei.PDS“ umzubenennen. Den Landesverbänden wurde es gleichzeitig freigestellt, die Zusatzbezeichnung „PDS“ zu führen. Im Parteistatut wurde als Kurzbezeichnung „Die Linke“ ebenfalls mit dem Zusatz „PDS“ festgelegt. Am 16. Juni 2007 trat die nicht-extremistische Partei „Arbeit & soziale Gerechtigkeit - Die Wahlalternative“ (WASG) der Linkspartei.PDS bei. Beide Parteien bildeten zusammen die Partei DIE LINKE.; sie haben aber noch kein neues verbindliches Parteiprogramm beschlossen.

Umbenannte SED

Erneute Umbenennungen

2.1.1 Ideologische Ausrichtung

Die seit dem 30. Mai 2005 geführten Beitrittsverhandlungen zwischen Linkspartei.PDS und der nicht-extremistischen Partei WASG endeten am 16. Juni 2007 mit der Gründung der Partei DIE LINKE. in Berlin. Die WASG trat der Linkspartei.PDS nach den Bestimmungen des Umwandlungsgesetzes bei. Bereits am 24. und 25. März hatten in Dortmund die Delegierten beider Parteien auf parallel durchgeführten Bundesparteitagen die Gründungsdokumente für die neue Partei verabschiedet. Neben einer Bundessatzung, einer Schiedsordnung sowie einer Bundesfinanzordnung wurden auch „Programmatische Eckpunkte“ angenommen. Darin spiegeln sich wesentliche Ziel- und Leitvorstellungen der Linkspartei.PDS wider. Das Eckpunktepapier enthält Formulierungen und strategische Vorstellungen, die die Linkspartei.PDS bereits im Leitanspruch des Parteivorstands auf dem Potsdamer Parteitag im Oktober 2004 festgelegt und im „Kooperationsabkommen“ vom Dezember 2005 wiederholt hatte. Dazu gehört auch die inhaltliche Wiedergabe des Prinzips des „strategischen Dreiecks“, das sich zusammensetzt aus parlamentarischer Opposition und außerparlamentarischem Widerstand sowie „über den Kapitalismus hinaus weisende Alternativen“. Die Partei proklamierte eine langfristige Handlungsmaxime, die - ganz im Sinn ihrer Programmatik - im Ergebnis auf eine sozialistische Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung abzielt. Im Beschluss der 1. Tagung des 9. Parteitags am 30. und 31. Oktober 2004 in Potsdam hieß es dazu:

Eckpunktepapier

Prinzip des „strategischen Dreiecks“

„Für sozialistische Politik nach unserem Verständnis bilden Widerstand und Protest, der Anspruch auf Mit- und Umgestaltung sowie über den Kapitalismus

hinaus weisende Alternativen ein unauflösbares strategisches Dreieck. Es ist unsere Überzeugung, dass die Gesellschaft verändert werden muss und verändert werden kann - und zwar zum Besseren für die Menschen.“

*Bekenntnis zum
„demokratischen
Sozialismus“*

Die Verwendung marxistischer Kernbegriffe lässt erkennen, dass die Partei eine ideologische Nähe zum Marxismus-Leninismus sucht. So wird in den „Programmatischen Eckpunkten“ mehrfach Bezug auf die „Klasse“ bzw. den „Klassenkampf“ genommen. Von weit aus größerer, zentraler und elementarer Bedeutung ist jedoch das Bekenntnis zum „demokratischen Sozialismus“, wie es bereits im in Chemnitz beschlossenen Parteiprogramm der Linkspartei.PDS vom Oktober 2003 verankert wurde. Diese Gesinnungshaltung ist unerschütterlicher Bestandteil sowie oberster Wesensgehalt der Partei; sie hat auch im programmatischen Gründungsdokument ihren Niederschlag gefunden:

„Die Linkspartei.PDS bringt in Übereinstimmung damit ihr historisches Verständnis des demokratischen Sozialismus als Ziel, Weg und Wertesystem und als Einheit von Freiheits- und sozialen Grundrechten ein - niedergelegt in ihrem Chemnitzer Parteiprogramm. (...) Die Ideen des demokratischen Sozialismus stellen zentrale Leitvorstellungen für die Entwicklung der politischen Ziele der Linken dar. (...) Ziel des demokratischen Sozialismus, der den Kapitalismus in einem transformatorischen Prozess überwinden will, ist eine Gesellschaft, in der die Freiheit des anderen nicht die Grenze, sondern die Bedingung der eigenen Freiheit ist. (...) Wir stellen uns bewusst in die Traditionen der Aufklärung und des demokratischen Sozialismus, der großen Emanzipationsbewegungen der Arbeiterinnen und Arbeiter.“

Mit dem Zusammenschluss von WASG und Linkspartei.PDS zur Partei DIE LINKE. gelang es der Linkspartei.PDS zugleich, wesentliche ideologische und programmatische Inhalte beizubehalten. Die „Programmatischen Eckpunkte“ stellen den Vorläufer eines Programms der Partei DIE LINKE. dar.

*Strömungspartei
linker Kräfte*

Die Partei DIE LINKE. versteht sich als linke „Strömungspartei“ für sozialistische Gruppen und Personen, die die bestehenden politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland kritisieren und ablehnen. Das im Oktober 2003 in Chemnitz verabschiedete - dritte und gegenwärtig noch nicht widerrufen - Parteiprogramm stellt fest, dass die Linkspartei.PDS ein Zusammenschluss unterschiedlicher linker Kräfte sei, die - bei allen Meinungsverschiedenheiten - darin übereinstimmen, dass die Dominanz des privatkapitalistischen Eigentums überwunden werden müsse. Im Programm heißt es dazu weiter:

*Chemnitzer
Parteiprogramm*

„In ihr (Anmerkung: in der Linkspartei.PDS) haben sowohl Menschen einen Platz, die der kapitalistischen Gesellschaft Widerstand entgegensetzen und die die gegebenen Verhältnisse fundamental ablehnen, als auch jene, die ihren

Widerstand damit verbinden, die gegebenen Verhältnisse positiv zu verändern und schrittweise zu überwinden.“

Die Beseitigung des Kapitalismus, die Überwindung des mit ihm verbundenen politischen Systems der Freiheit und der Demokratie im Sinn unseres Grundgesetzes sowie die Errichtung einer neuen „sozialistischen Gesellschaft“ gehören somit, auch wenn die Revolutionsrhetorik des Marxismus-Leninismus vermieden wird, zu den Zielen der Partei, die vor allem außerparlamentarisch erreicht werden müssten. Das Bekenntnis der Partei zum außerparlamentarischen Kampf und zum Widerstand gegen die „Herrschenden“ und die „gegebenen Verhältnisse“ ist mit der Grundidee der parlamentarischen repräsentativen Demokratie des Grundgesetzes unvereinbar. Das programmatische Ziel der Partei ist nach wie vor eine über die Grenzen der bestehenden Gesellschaftsform hinausweisende sozialistische Ordnung.

*Gegen
Kapitalismus*

Die Partei vertritt einen konsequenten Internationalismus und ist dem Erbe von Marx und Engels, den vielfältigen Strömungen der revolutionären und internationalen Arbeiterbewegung sowie anderen revolutionären und „volks-demokratischen“ Bewegungen verbunden und dem Antifaschismus verpflichtet. Die Berufung auf Marx und Engels, die historische Entwicklung der Partei sowie die politische Herkunft ihrer Mitglieder aus kommunistischen Organisationen, insbesondere der SED, müssen auch bei der Auslegung ihrer programmatischen Äußerungen berücksichtigt werden.

*Bekenntnis zu
Marx und Engels*

Die Partei verwendete Begriffe wie Demokratie und Menschenrechte, die sie auch schon als SED gebraucht hat. Die Realität der DDR bewies jedoch, dass diese Begriffe dort anders, nämlich freiheits- und demokratiefeindlich, definiert waren. Ursache für die andere Interpretation politischer Begriffe ist deren bewusste Umwidmung im Lehrgebäude des Marxismus-Leninismus, in dessen Denkschule die Mehrheit der Parteimitglieder erzogen wurde. Deshalb besitzen die in ihrer Programmatik verwendeten Begriffe eine Doppeldeutigkeit.

*Umwidmung
von Begriffen*

Das gegenwärtig gültige Chemnitzer Grundsatzprogramm verfolgt weiterhin dieselbe ideologische Zielsetzung - eine über die Grenzen der bestehenden Gesellschaftsform hinausweisende sozialistische Ordnung - und hält am „Manifest der Kommunistischen Partei“, der Lehre von Marx und Engels, sowie an Rosa Luxemburg fest. Obwohl im Programm auf die Erwähnung der bolschewistischen Oktoberrevolution von 1917 verzichtet wird, stellt sich die Partei in die Tradition der revolutionären kommunistischen Arbeiterbewegung und wendet sich „aus historischer Erfahrung“ entschieden gegen jegliche Form von „Antikommunismus“.

Überwindung
der bestehenden
Gesellschafts-
ordnung

Sie ist auch vom gescheiterten Sozialismusversuch der früheren DDR überzeugt. Der Unrechtsgehalt des SED-Regimes wird relativiert; es wird betont, dass der „Aufbau einer besseren Gesellschaftsordnung“ für den Osten keiner „Entschuldigung“ bedürfe und die „antifaschistisch-demokratischen Veränderungen im Osten Deutschlands und das spätere Bestreben, eine sozialistische Gesellschaft zu gestalten“ in „berechtigtem Gegensatz zur Weiterführung des Kapitalismus in Westdeutschland“ gestanden hätten. Im Bestreben um das gesellschaftliche Endziel kämpft die Partei für die Überwindung der als „Kapitalismus“ diffamierten bestehenden Gesellschaftsordnung.

2.1.2 Entstehung der Partei DIE LINKE. durch den Beitritt der WASG



Auf der 2. Tagung des 10. Bundesparteitags der Linkspartei.PDS am 24. und 25. März in Dortmund beschlossen die Delegierten, mit der nicht-extremistischen WASG zu fusionieren. Obwohl beide Parteien von einer Fusion bzw. Vereinigung sprachen, handelte es sich tatsächlich um einen Beitritt der WASG zur Linkspartei.PDS, der nach den rechtlichen Voraussetzungen des Umwandlungsgesetzes vollzogen wurde. Mit der notwendigen Zweidrittelmehrheit verabschiedeten die Parteitagsdelegierten die „Programmatischen Eckpunkte“, die Satzung sowie die Finanz- und Schiedsordnung der neuen, linken Partei. Mit 96,9 % der Stimmen nahmen sie den „Verschmelzungsvertrag“ an. Der Parteivorsitzende Prof. Dr. Lothar Bisky verteidigte in seiner Eröffnungsrede das

Ziel des Sozialismus:

Sozialismus
als Ziel

„Wir gehen als demokratische Sozialistinnen und demokratische Sozialisten in die neue Partei. Das ist das Fazit unserer Geschichte. Das ist der Kern unserer Identität.“

Er bekräftigte, dass die Debatte über sozialistische Ideen weiter geführt werden müsse. Es bestünde jetzt die Gelegenheit, eine neue demokratisch-sozialistische Tradition zu begründen. Die allseitige Herrschaft des Kapitals über die Arbeit, das Patriarchat und rassistische Unterdrückung hielt er nicht für die endgültige Antwort der Geschichte. Mit Blick auf das Superwahljahr 2009 brachte er seinen Wunsch zum Ausdruck, dass die neue Linke endlich die westdeutschen Landtage erobere. Der Vorsitzende der Linkspartei.PDS-Fraktion im Deutschen Bundestag, Dr. Gregor Gysi, betonte in seiner Rede, man werde ein neues poli-

tisches Angebot in Deutschland organisieren und um eine demokratisch-sozialistische Gesellschaft kämpfen.

Auf dem parallel dazu ebenfalls in Dortmund durchgeführten Bundesparteitag der WASG stimmten 87,7 % der Delegierten sowohl dem „Verschmelzungsvertrag“ als auch den „Programmatischen Eckpunkten“ und den weiteren Gründungsdokumenten gleichfalls zu.

Über den auf beiden Parteitagen verabschiedeten „Verschmelzungsvertrag“ - somit über das Zusammengehen beider Parteien - hatten die Mitglieder beider Parteien in der Zeit vom 30. März bis 18. Mai in getrennt durchgeführten Urabstimmungen zu befinden. Von 57.829 bundesweit an der Urabstimmung teilnehmenden Mitgliedern der Linkspartei.PDS stimmten 46.041 einer Fusion zu (1.484 waren dagegen), was einem Zustimmunganteil von 96,9 % entspricht. Von den 11.375 stimmberechtigten Mitgliedern der WASG gaben bundesweit lediglich 5.512 ihr Votum ab. Dabei plädierten 83,9 % der Abstimmenden für den Zusammenschluss beider Parteien. In Bayern nahmen seitens der Linkspartei.PDS 391 Mitglieder an der Urabstimmung teil, von denen sich 354 für die Fusion aussprachen, was einem Zustimmunganteil von 90,5 % entspricht. 57,8 % der bayerischen Mitglieder der Linkspartei.PDS beteiligten sich an der Abstimmung. Von den stimmberechtigten Mitgliedern der WASG in Bayern votierten über 80 % für eine Vereinigung; die Beteiligung an der Abstimmung lag hier bei 55,2 %.

Die 3. Tagung des 10. Parteitags der Linkspartei.PDS wurde am 15. Juni, dem Tag vor dem „Gründungsparteitag“ der Partei DIE LINKE., in Berlin durchgeführt. Die Delegierten befassten sich mit den Ergebnissen der Urabstimmung in Linkspartei.PDS sowie WASG und wählten die Kandidatinnen und Kandidaten der Linkspartei.PDS für die Gremien (Parteivorstand, Bundesschiedskommission und Bundesfinanzrevisionskommission) der Partei DIE LINKE.. Der Vorsitzende der Linkspartei.PDS Prof. Dr. Lothar Bisky kündigte in seiner Parteitagsrede sehr offen an, die Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung der heutigen Bundesrepublik Deutschland überwinden zu wollen:

„Ja, wir diskutieren auch und immer noch die Veränderung der Eigentums- und Herrschaftsverhältnisse, und auch das unterscheidet eine neue Partei links von der Sozialdemokratie in Deutschland von anderen. Kurz gesagt: Wir stellen die Systemfrage! Für alle von den geheimen Diensten noch einmal zum Mitschreiben: Die, die aus der PDS kommen, aus der Ex-SED, und auch die neue Partei DIE LINKE. - wir stellen die Systemfrage.“



*Urabstimmungen
über Zusammen-
gehen*

*Letzte Tagung der
Linkspartei.PDS*

*Notwendigkeit
eines „System-
wechsels“*

Im Schlusswort unterstrich der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE. im Deutschen Bundestag, Dr. Gregor Gysi, die Notwendigkeit eines „Systemwechsels“:

„Wir haben gesagt, aber der Kapitalismus kann nicht die letzte Antwort der Geschichte sein. Wir bleiben Sozialistinnen und Sozialisten, weil wir in die Zukunft schauen. Und wenn wir heute nur die Ökologie nehmen: Eine Wirtschaft, die nur Wachstum kennt, kann sie nicht beherrschen, und deshalb brauchen wir insofern einen Systemwechsel, da hat Lothar recht.“

*Wahl des ersten
Parteivorstands*

Am 16. Juni fand in Berlin der „Gründungsparteitag“ der Partei DIE LINKE. statt, nachdem beide Parteien am Vortag Bundesparteitage durchgeführt hatten, auf denen sie u.a. ihre Kandidaten für die Wahlen der neuen Gremien der Partei nominiert hatten. Die insgesamt 796 Delegierten sprachen sich bei nur einer Gegenstimme und zwei Enthaltungen für die Verschmelzung beider Parteien aus. Bei der Wahl zum aus 44 Mitgliedern bestehenden ersten Parteivorstand, der paritätisch je zur Hälfte aus den Reihen bzw. dem Umfeld der früheren Parteien besetzt werden durfte, brachte die Linkspartei.PDS nahezu geschlossen ihren letzten Parteivorstand ein und sicherte sich wichtige Parteiämter. So wurden Prof. Dr. Lothar Bisky als Parteivorsitzender, Katja Kipping und Katina Schubert als stellvertretende Vorsitzende, Dr. Dietmar Bartsch als Bundesgeschäftsführer sowie Dr. Karl Holluba als Bundesschatzmeister bestätigt. Von den 22 Mitgliedern der Linkspartei.PDS im Vorstand der Partei DIE LINKE. gehörten 19 bereits dem bisherigen - 20 Mitglieder umfassenden - Parteivorstand der Linkspartei.PDS an. Christine Buchholz, Janine Wissler (beide vom bisherigen „Linksruck-Netzwerk“; seit September umbenannt in Netzwerk „marx21“) und Thies Gleiss („internationale sozialistische linke“, isl) vervollständigen als Angehörige trotzkistischer Gruppierungen den Anteil der Linkspartei.PDS.

*Suche nach politi-
schen Alternativen*

Der Vorsitzende Prof. Dr. Lothar Bisky plädierte in seiner Rede für die Suche nach neuen politischen Alternativen und forderte dazu auf, die Kapitalismuskritik für gemeinsame Politik zu nutzen:

„Eine neue Linke steht für friedliche Proteste, für die demokratische Durchsetzung ihrer Alternativen. (...) Alternativen sind nötig und möglich! (...) Dazu gehören plausible und mitreißende Alternativen, die über den shareholder-value-Kapitalismus hinausweisen.“

Der gleichberechtigte Parteivorsitzende Oskar Lafontaine unterstrich in seiner Rede, dass die Linke in der Tradition der deutschen Arbeiterbewegung stehe und sich dem Erbe derer verpflichtet fühle, die als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in der DDR eingesperrt gewesen seien wie den Kommunistinnen und Kommunisten, die in der Bundesrepublik Deutschland eingesperrt und verfolgt worden seien.

Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht seien Leitfiguren der Arbeiterbewegung gewesen. Das repräsentative System in Deutschland und die Demokratie seien in der Krise. Wenn er von demokratischer Erneuerung spreche, dann meine er aber auch, dass Demokratie die Aufgabe der Machtkontrolle im Auge haben müsse. Fehlleistungen vergangener Systeme würden darauf beruhen, dass man zu wenig Machtkontrolle in die politischen Systeme eingebaut hätte. DIE LINKE. sei die einzige Partei, die die Systemfrage aufwerfe. Weiter forderte er eine Stärkung der direkten Demokratie und verteidigte die Idee des Sozialismus:

*Machtkontrolle
als Aufgabe*

„Wir wollen mitwirken am Aufbau des Sozialismus des 21. Jahrhunderts und unterstützen die Sozialismus-Versuche in Südamerika. (...) Wir laden all diejenigen ein, die am Aufbau des demokratischen Sozialismus mitwirken wollen. Jawohl, es heißt nicht Freiheit statt Sozialismus, es heißt Freiheit und Sozialismus, besser noch: Freiheit durch Sozialismus! Das ist die Formel, hinter der wir uns versammeln!“

Der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE. im Deutschen Bundestag Dr. Gregor Gysi betonte in der Eröffnungsrede des Parteitags, die Einheit der Linken gehöre zwingend zur Einheit der Deutschen. Mit der Fusion werde die Einheit Deutschlands organisatorisch vollendet. Der Zusammenschluss von Linkspartei.PDS und WASG sei das einzige Beispiel einer wirklichen Vereinigung und nicht eines Beitritts oder eines Anschlusses. Das Grundprinzip seiner Partei verteidigend, hob er hervor, dass der demokratische Sozialismus grundgesetzgemäßer als jede Form von Kapitalismus sei!

2.1.3 Organisation

DIE LINKE. ist eine auf Bundesebene organisierte Partei mit Sitz in Berlin. Sie gliedert sich in Landes-, Kreis- und Ortsverbände. Bundesweit verfügt sie über rund 69.200 Mitglieder (2006: 60.300). Der Anstieg der Mitgliederzahl ist in erster Linie auf die Fusion mit der WASG und den damit verbundenen Beitritt der überwiegenden Zahl der Mitglieder der WASG zur Partei DIE LINKE. zurückzuführen. Zahlreiche Mitglieder der Partei DIE LINKE. waren früher Mitglieder der ehemaligen Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) der DDR, darunter auch Mitarbeiter des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit (MfS).

*Anstieg der
Mitgliederzahl*

2.1.4 Plattformen, Arbeits- und Interessengemeinschaften

Plattformen, Arbeits- und Interessengemeinschaften sowie ähnliche innerparteiliche Zusammenschlüsse sind wesentlich für die Bündnis- und Integrationspolitik der Partei. Sie wirken im Rahmen des Statuts in der

Integrale Bestandteile der Partei

Partei, können sich eigene Satzungen geben und können ihre politischen Ziele in der Partei offen vertreten. Sie sind integrale Bestandteile der Partei. Die Partei DIE LINKE. muss sich deshalb die Tätigkeit der Plattformen, Arbeits- und Interessengemeinschaften wie auch das Wirken der sonstigen innerparteilichen Zusammenschlüsse sowie die Äußerungen ihrer Mitglieder als Gesamtpartei zurechnen lassen. Plattformen sind in der Regel Zusammenschlüsse mit gemeinsamer Ideologie, während Arbeits- und Interessengemeinschaften themenbezogen auf wichtigen Aktionsfeldern tätig werden.

Marxistisches Forum (MF)

Wichtige Zusammenschlüsse sind das 1995 in Berlin gegründete, orthodox-kommunistisch ausgerichtete Marxistische Forum (MF) sowie das bislang als unabhängige Organisation agierende „Linksruck-Netzwerk“, das sich unter Umbenennung in Netzwerk „marx21“ seit September als eigenes Netzwerk in der Partei definiert.

Kommunistische Plattform (KPF)

Von den zahlreichen weiteren innerparteilichen Gruppierungen hebt sich insbesondere die Kommunistische Plattform (KPF) der Partei DIE LINKE. ab. Mitglied des Bundeskoordinierungsrats der KPF und Spitzenfunktionärin des Zusammenschlusses ist die Europaabgeordnete Sahra Wagenknecht, die anlässlich des „Gründungsparteitags“ mit einer Zustimmung von 75,2 % der Delegiertenstimmen ihre Bestätigung als Vorstandsmitglied in der Parteiführung fand. Die am 30. Dezember 1989 gegründete KPF der Partei DIE LINKE. - ihr sind etwa 1.000 Mitglieder zuzurechnen - ist eine marxistisch-leninistische Organisation. Sie betrachtet die DKP als natürliche Verbündete und arbeitet auch mit der noch in der DDR gegründeten Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) zusammen. Innerhalb der Partei DIE LINKE. ist die KPF die Gruppierung, die sich am deutlichsten zum Kommunismus bekennt. Sie strebt die Fortsetzung marxistischer und leninistischer Politik, also die Diktatur des Proletariats, an. In ihren Gründungsthesen betonte sie:

Bekanntnis zum Marxismus-Leninismus

„Die revolutionäre Arbeiterbewegung mit dem Wissenschaftlichen Kommunismus, mit dem Marxismus-Leninismus, zu verbinden, aufgrund der marxistisch-leninistischen Analyse der realen Gesellschaftsentwicklung Strategie und Taktik zu bestimmen und Politik zu organisieren - ist vornehmste Aufgabe der Kommunisten und sie bleibt es.“

Nach einer programmatischen Erklärung vom Februar 1994, verfasst von drei Sprechern der KPF, bildet der Wissenschaftliche Kommunismus, wie er durch Lenin, Luxemburg, Gramsci, Trotzki, Bucharin oder Mao Tse-tung weiterentwickelt worden ist, die Grundlage für die Politik der KPF. Ziel der KPF sei die revolutionäre Transformation der alten, der Klassengesellschaft, in eine neue, klassenlose Gesellschaft.

Die KPF strebt eine enge Zusammenarbeit mit anderen kommunistischen Parteien und Organisationen an und sucht die Beteiligung an außerparlamentarischen Initiativen, insbesondere in dem von ihr in kommunistischer Ideologie verstandenen Antifaschismus.

Am 14. April veranstaltete die KPF in Berlin die 2. Tagung der 13. Bundeskonferenz. Neben einer friedenspolitischen Diskussion, Fragen zum Umgang mit der eigenen Geschichte und einer Debatte über die Zugehörigkeit der KPF zur Partei DIE LINKE, beschlossen die Delegierten die „Schwerpunktaufgaben der KPF in den nächsten Monaten“. In dem Beschluss wurde u.a. bestimmt, sich an der Weiterführung des Verschmelzungsprozesses von Linkspartei.PDS und WASG zur neuen Linken als sozialistischer Partei aktiv zu beteiligen. Der Kampf um „unverzichtbare Positionen“ - wie beispielsweise das sozialistische Ziel, der Umgang mit bisherigen Erfahrungen des Sozialismus sowie weitere Überlegungen zum Sozialismusbild - im neuen Programm der Partei DIE LINKE, sei von besonderer Bedeutung. An der politisch-organisatorischen Festigung der KPF müsse weiter gearbeitet werden. Die Zusammenarbeit mit marxistisch orientierten Kräften innerhalb und außerhalb der Partei sei zu intensivieren, die Solidarität mit dem sozialistischen Kuba zu vertiefen. Außerdem soll die aktive Arbeit auch mit antifaschistischen Bündnissen weitergeführt werden.

*Tagungen der
13. Bundes-
konferenz*

*„Unverzichtbare
Positionen“*

Auf der 3. Tagung der 13. Bundeskonferenz der KPF am 10. November in Berlin stellten die Delegierten in dem Beschluss „Wir bleiben, was wir waren und sind: In der Partei DIE LINKE, organisierte Kommunistinnen und Kommunisten“ ihren Status als Kommunistinnen und Kommunisten in der Partei DIE LINKE, heraus und erklärten, in der anstehenden Programmdebatte der Partei zentrale Sozialismuspositionen verteidigen zu wollen. Man werde sich sowohl für eine vorurteilsfreie Analyse des Sozialismus im 20. Jahrhundert als auch für eine notwendige Debatte über den Sozialismus einsetzen und dabei die eigene Position unterstreichen, dass „dieser historisch legitim war und ist“. Das Ziel sei „der Sozialismus, in dem die unerlässliche Demokratie ihre Basis in Eigentumsverhältnissen hat, die gewährleisten, dass die Profitmaximierung nicht mehr das Maß aller Dinge ist“. Ein weiterer wesentlicher Schwerpunkt der eigenen politischen Arbeit sei die antifaschistische Bündnisarbeit. An der Seite der VVN-BdA und anderer antifaschistischer Kräfte werde man aktiv „für ein Verbot der NPD mitsamt ihren Gliederungen, Neben- und Nachfolgeorganisationen“



*Antifaschistische
Bündnisarbeit*

wirken. So wie die KPF Nationalismus strikt ablehne, sei ihr der „Internationalismus ein hohes Gut“.

Seit Dezember ist in Bayern ein landesweiter Zusammenschluss der KPF bekannt.

2.1.5 Jugendverband Linksjugend [*'solid*], vormalis [*'solid*]

Am 19. Juni 1999 wurde in Hannover der Jugendverband [*'solid*] - die sozialistische Jugend gegründet. Der Name steht für „**sozialistisch, links und demokratisch**“. Anlässlich der 1. Tagung des 8. Parteitags vom 12. bis 13. Oktober 2002 in Gera erklärte der Parteivorstand der Linkspartei.PDS in seinem Tätigkeitsbericht:

„Der Parteivorstand erkannte per Beschluss ['solid*] als den PDS-nahen bundesweiten Jugendverband an und unterstützte ihn materiell und ideell.“*

In Vorwegnahme auf die aus der Fusion von Linkspartei.PDS und der nicht-extremistischen Partei „Arbeit & soziale Gerechtigkeit - Die Wahlalternative“ (WASG) entstehende Partei DIE LINKE. fand ein „Neuformierungskongress“ im Rahmen der vom 18. bis 20. Mai in Berlin durchgeführten 9. Bundesdelegiertenkonferenz des Jugendverbands [*'solid*] statt, wobei am letzten Tagungstag die Gründung von „Linksjugend [*'solid*]“ als bundesweiter parteinaher Jugendverband vollzogen wurde; der neue Verband trat somit die Rechtsnachfolge von [*'solid*] an. Die Konferenzteilnehmer beschlossen mit einer knapp erreichten Zweidrittelmehrheit eine neue Satzung und wählten einen neuen BundessprecherInnenrat (Vorstand). Unter den 14 Angehörigen (darunter vier aus Bayern) dieses höchsten Organs des Jugendverbands zwischen den Bundesdelegiertenkonferenzen befinden sich überwiegend bisherige Funktionäre und Mitglieder von [*'solid*] und der Linkspartei.PDS, so auch der frühere [*'solid*]-Bundessprecher Victor Perli. Sitz der Bundesgeschäftsstelle des Verbands ist die Zentrale der Partei DIE LINKE. in Berlin.

Eigenen Angaben zufolge definiert sich die Organisation als ein sozialistischer, antifaschistischer, basisdemokratischer und feministischer Jugendverband. Er greife in die gesellschaftlichen Verhältnisse ein und sei Plattform für kapitalismuskritische, selbstbestimmte und rebellische Politik. Als Teil emanzipatorischer Bewegungen suche er die Kooperation mit anderen BündnispartnerInnen. Der Jugendverband strebe eine enge Zusammenarbeit mit gleichgesinnten politischen Jugendstrukturen auf internationaler und insbesondere auf europäischer Ebene an. Im Mittelpunkt der Tätigkeit des Jugendverbands würden politische Bildung, der Eintritt in eine politische und kulturelle Offensive und die

Gründung eines neuen Jugendverbands

Aufgaben und Arbeitsschwerpunkte

politische Aktion stehen. Als parteinaher Jugendverband sei die Linksjugend [‘solid] die Jugendorganisation der Partei DIE LINKE. und wirke als Interessenvertretung linker Jugendlicher in die Partei. DIE LINKE.SDS (vgl. auch Nummer 2.1.6 dieses Abschnitts) ist Bestandteil des neuen Jugendverbands.

In einem bislang nicht verabschiedeten Entwurf für eine „Programmatische Erklärung“ vom 20. April unter dem Titel „Für einen starken linken Jugendverband!“ wird ausgeführt, dass die Überwindung kapitalistischer Produktions- und Herrschaftsverhältnisse notwendig sei, um das Ziel, eine Gesellschaft ohne Ausbeutung, zu erreichen. Die Kapitalismuskritik nehme die undemokratischen Produktions- und Verteilungsmechanismen in den Blick. Weiter wird erklärt:

„Wir nennen es Sozialismus oder Kommunismus, andere nennen es Anarchismus oder schlicht eine bessere Welt - nenne es wie du willst: wofür wir kämpfen, ist eine freiheitliche Gesellschaft jenseits von Kapitalismus. (...) Linke Organisierung ist für uns kein Hobby oder eine jugendliche Phase, sondern notwendiger Widerstand gegen die herrschenden Verhältnisse.“

Entwurf einer
„Programmatischen
Erklärung“

Der Verband sei Teil des politischen Blocks der LINKEN - der Bewegung für Demokratie und Sozialismus. Harte Kritik gegenüber der Linkspartei sei genauso selbstverständlich wie eine solidarische Zusammenarbeit. Man arbeite für eine vernetzte, breite Linke, die die Kraft besitze, die Gesellschaft tatsächlich zu verändern.

Der Jugendverband [‘solid] verfügt in Bayern über einen Landesverband mit zahlreichen Ortsgruppen. Am 1. Juli löste sich die Ortsgruppe Erlangen auf. In München gründete sich am 28. Juli die Ortsgruppe München der Linksjugend [‘solid]. Die Zahl der Mitglieder im Landesverband Bayern der Linksjugend [‘solid] beläuft sich auf rund 600 Personen.



2.1.6 Die Linke. Sozialistisch-demokratischer Studierendenverband (DIE LINKE.SDS)

Vom 4. bis 6. Mai gründeten in Frankfurt am Main rund 100 Personen, darunter Vertreter von 34 Hochschulgruppen, den neuen Hochschulverband „Die Linke. Sozialistisch-demokratischer Studierendenverband“ (DIE LINKE.SDS). Im Rahmen dieser Gründungskonferenz wurden ein 12-köpfiger Vorstand gewählt sowie ein Programm und eine Satzung verabschiedet. In der Präambel der Satzung bekennt sich der neue Hochschulverband „zu den Grundsätzen der Partei DIE LINKE.“ und des

Gründungs-
konferenz

Verabschiedetes Programm

Jugendverbands „Linksjugend [‘solid]“ (vgl. auch Nummer 2.1.5 dieses Abschnitts). Zugleich betrachtet er sich als eine Arbeitsgemeinschaft dieses Jugendverbands. Im verabschiedeten Programm - als „Selbstverständnis des Studierendenverbands DIE LINKE.SDS“ bezeichnet - heißt es:

„Als Hochschulverband streiten wir für Sozialismus, ... Wir kämpfen gegen den marktradikalen und antidemokratischen Umbau der Gesellschaft, gegen Sozialabbau, gegen Ausgrenzung und Diskriminierung aller Art, gegen Krieg und Umweltzerstörung. Diese Ziele sind nur durch eine grundlegende Veränderung der Gesellschaft zu realisieren. Der Kapitalismus ist für uns nicht das Ende der Geschichte. Wir stehen für die Überwindung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung und stellen ihr unsere handlungsbestimmende Perspektive einer sozialistischen Gesellschaft entgegen.“

Zusammenarbeit mit „wichtigen Akteuren“

Für die Einführung des allgemeinpolitischen Mandats werde man kämpfen. Dazu gehörten auch die Verankerung kritischer Wissenschaft und Freiräume für Diskussionen über kritische, linke und marxistische Theorie an der Hochschule. Andere linke Hochschulgruppen und Gewerkschaften seien „wichtige Akteure“, mit denen zusammengearbeitet werden soll. Auch mit antifaschistischen Gruppen sehe man sich verbunden. Die organisatorische und politische Verbundenheit zur „Linksjugend [‘solid]“ drücke sich sowohl in einer engen Zusammenarbeit als auch in einer gegenseitigen Unterstützung aus. Ungeachtet des positiven Bezugs zur neuen Partei DIE LINKE. werde man jedoch auf der eigenen politischen und organisatorischen Autonomie beharren, eigene politische Positionen gegenüber der Partei offensiv vertreten, intellektuelle Freiräume bewahren und bildungspolitische Forderungen in die Partei einbringen.

Hochschulzeitung

Sollte sich der Studierendenverband auflösen, würde das Vermögen satzungsgemäß an die Partei DIE LINKE. gehen. Der Sitz des Verbands ist Berlin. Als Organ des Linke.Hochschulgruppennetzwerks erscheint die Zeitung „DIE LINKE.Campus“.

In Bayern ist der Studierendenverband bislang in den Städten Augsburg, Bamberg, Erlangen, München, Nürnberg und Regensburg organisiert.

2.1.7 DIE LINKE. Bayern, vormals Linkspartei.PDS Landesverband Bayern

Organisation in Bayern

Die in Bayern seit dem 11. September 1990 bestehende Linkspartei.PDS setzte sich aus dem Landesverband, zahlreichen Kreisverbänden und Basisorganisationen zusammen. Die Fusion von Linkspartei.PDS und WASG auf Bundesebene (vgl. auch Nummer 2.1.2 dieses Abschnitts)

war Anlass, im Rahmen eines Landesparteitags am 15. September in Zirndorf den Landesverband Bayern der Partei DIE LINKE. zu gründen. Neben dem Landesverband existiert eine Reihe von Kreis- und Ortsverbänden. Der Sitz des Landesverbands Bayern befindet sich in München. Für einige örtliche Strukturen bestehen Kontakt- und Anlaufadressen. In Bayern erhöhte sich die Zahl der Parteimitglieder von etwa 600 auf rund 2.200 beitragspflichtige Personen. Dies ist in erster Linie auf die Fusion der Landesverbände von Linkspartei.PDS und WASG zurückzuführen.

Anstieg der Mitgliederzahl

Vor dem Hintergrund des bevorstehenden Zusammenschlusses von Linkspartei.PDS und WASG im Bundesgebiet trafen sich am 21. Januar in Hof die Landesvorstände von Linkspartei.PDS und WASG aus Bayern und Sachsen zu einem bayerisch-sächsischen Programmkonvent. Die stellvertretende Bundesvorsitzende der Linkspartei.PDS und Bundestagsabgeordnete Katja Kipping führte dabei aus, dass erklärtes Ziel der neuen Linken weiterhin der „demokratische Sozialismus“ sei. Der bestehende Kapitalismus könne nicht Wesensmerkmal eines historischen Endzustands sein. Die Landesvorsitzende der Linkspartei.PDS Sachsen, Dr. Cornelia Ernst, charakterisierte den Sozialismus als Vision und Wertesystem. Dies gelte es, in Ost wie West zu vermitteln. Die bayerische Landessprecherin und Bundestagsabgeordnete Eva Bulling-Schröter brachte zum Ausdruck, dass engagierte Aufklärungsarbeit über Antifaschismus nach wie vor zu den zentralen Politikfeldern der Linken gehöre.

Bayerisch-sächsischer Programmkonvent

Die Linkspartei.PDS Bayern hielt am 21. Februar in Passau ihr traditionelles Aschermittwochstreffen ab. Vor rund 250 Teilnehmern kritisierte der Vorsitzende der Linkspartei.PDS-Bundestagsfraktion Dr. Gregor Gysi den fortschreitenden Sozialabbau in der Gesellschaft, attackierte insbesondere die Gesundheitsreform und bewertete deren Verlauf als eine „Katastrophe“ und als „Akt der Entsolidarisierung“. Als weitere Beispiele für den Sozialabbau nannte er das neu eingeführte Elterngeld und die Regelungen zum Arbeitslosengeld. Seiner Meinung nach sei Ziel des Elterngeldes, „dass die Armen weniger Kinder kriegen und die Reichen mehr Kinder“. Die Pläne der Bundesfamilienministerin, mehr Kinderkrippen einzurichten, verglich er mit den Regelungen in der früheren DDR. Dort seien diese Konzepte bereits verwirklicht gewesen. Deutschland habe es versäumt, die positiven Entwicklungen aus dem Osten zu übernehmen. Er hoffe, die Linke sei weiter und wisse, dass der Hauptunterschied nicht der zwischen Ost und West, sondern zwischen Arm und Reich und oben und unten ist.



Ferner forderte er die Einführung eines Mindestlohns, die Heranziehung sämtlicher Einkommen für die gesetzliche Rente und den Stopp von Privatisierungen. Mit dem Argument, die Linkspartei.PDS müsse öffentlich wahrgenommen werden, rief Dr. Gysi die Genossinnen und Genossen zur Geschlossenheit auf. In Bezug auf die bevorstehende Fusion der Linkspartei.PDS mit der WASG zeigte er sich zuversichtlich, am 16. Juni in Deutschland eine Partei, die ‚DIE LINKE.‘ heißt, zu haben.“ Die Vereinigung sehe er zugleich als eine Chance für die Linkspartei.PDS in Bayern, bei den Wahlen im kommenden Jahr in den Bayerischen Landtag einzuziehen.

Landesparteitage

Der Landesverband berief insgesamt vier Landesparteitage ein. Der Landesparteitag am 3. Februar in Regensburg stand ganz im Zeichen der Parteienfusion von Linkspartei.PDS und WASG sowie der Wahlkämpfe für das Jahr 2008. Das bereits auf dem Landesparteitag am 4. November 2006 in Augsburg vorgelegte „Kooperationsabkommen WASG Bayern - Linkspartei.PDS Bayern“, das den Verlauf der Fusionsbemühungen von Linkspartei.PDS und WASG auf Landesebene skizziert, wurde nach einem Bericht über den Stand der Parteineubildung verabschiedet. Beide Seiten erklärten in dem Abkommen, auf Grundlage der von beiden Parteivorständen vorgelegten „Programmatischen Eckpunkte“ und den Entwürfen der Satzung und Finanzordnung, zum Aufbau einer bayerischen Landes- und Kreisstruktur der neuen Partei beitragen zu wollen. Der Beisitzer im Landesverband und Sprecher des Linkspartei.PDS Kreisverbands Freising, Dr. Guido Hoyer, führte hinsichtlich der bevorstehenden bayerischen Kommunalwahlen im März 2008 aus, dass es an der Zeit sei, auch vor dem Hintergrund des Zusammengehens mit der WASG, über strukturelle Maßnahmen der Wahlkampf vorbereitungen nachzudenken.

Kommissarischer Landesvorstand

Auf dem Landesparteitag am 19. Mai in Nürnberg wählten die Delegierten für die Übergangszeit bis zum Gründungsparteitag am 15. September einen sechsköpfigen kommissarischen Landesvorstand. Die Landessprecherin und Bundestagsabgeordnete Eva Bulling-Schröter unterstrich in ihrem Rechenschaftsbericht Gemeinsamkeiten mit der WASG.

Umgang mit Parteispenden

Medienberichten vom 17. September zufolge sollen im Landesverband Bayern seit Jahren Unregelmäßigkeiten im Umgang mit Parteispenden und der Ausstellung von Spendenquittungen vorgekommen sein. Ein Einzelaktivist des Landesverbands, zugleich Mitglied in einer landesweiten kommunistischen Splittergruppierung, habe über ein Konto bei der Postbank verfügt, auf das schon seit Jahren offiziell Parteispenden

geflossen sein sollen. Trotz gegenteiliger rechtlicher Bestimmungen soll aber Mitgliedern des Parteivorstands bzw. einem Bevollmächtigten der Zugriff auf dieses Konto verwehrt gewesen sein. Dies sorgte für kontroverse und heftige Diskussionen, nicht nur in der Führungsspitze der Partei. Dabei stand zu keiner Zeit die Arbeit dieser kommunistischen Splittergruppe grundsätzlich zur Diskussion, deren langjährige Tätigkeit von der Parteiführung nicht nur geduldet, sondern auch von Einzelrepräsentanten der Partei, wie der langjährigen Münchner Stadträtin Brigitte Wolf, aktiv gefördert wurde. Die alte sowie neue Landeschefin der Partei und Bundestagsabgeordnete Eva Bulling-Schröter verwies auf Anfragen auf die Zuständigkeit anderer dafür verantwortlicher Funktionäre und Gremien, mithin auf den Landesschatzmeister und die Finanzrevisionskommission. Jene monierten jedoch, dass in dieser Angelegenheit wiederholt die Parteiführung informiert worden sei, jedoch ohne Ergebnis. Aus Protest gegen die Spendenpraxis trat der Landesschatzmeister Karsten Nissen Mitte des Jahres von seinem Amt zurück. In der Folge räumte die Landessprecherin ein, von den Vorgängen doch Kenntnis gehabt zu haben, betonte allerdings, dass das Konto „immer als Parteikonto erfasst, bilanziert und geprüft worden sei“. Ob die Vorwürfe berechtigt sind, prüft die Staatsanwaltschaft München. Auch die Bundestagsverwaltung, zuständig für die Kontrolle und Überwachung der Parteispenden, verlangt von der Bundesparteizentrale in Berlin Aufklärung.

*Rücktritt
des Landes-
schatzmeisters*

Auf dem Gründungsparteitag am 15. September in Zirndorf wurde die Vereinigung von Linkspartei.PDS und WASG zur Partei DIE LINKE. Landesverband Bayern vollzogen. Die Delegierten wählten einen neuen, gemeinsamen 20-köpfigen Landesvorstand, der die bisherigen kommissarischen, eigenständigen Landesvorstände ablöste. Als gleichberechtigte Landessprecher wurden die Bundestagsabgeordnete Eva Bulling-Schröter und Harald Weinberg gewählt. Dem aus sechs Mitgliedern bestehenden geschäftsführenden Landesvorstand gehört auch die langjährige Aktivistin der trotzkistischen Gruppierung „Linksruck-Netzwerk“ (seit September umbenannt in Netzwerk „marx21“) Nicole Gohlke an. Der von einigen Delegierten deutlich bekundete Unmut über den Umgang der bayerischen Parteiführung mit der in Presseberichten so bezeichneten Spendenaffäre der Linkspartei.PDS in Bayern fand wenig Beachtung. Die kommenden Kommunal-, Kreis- und Landtagswahlen stellten die Delegierten als nächste Herausforderungen für die Partei heraus. Dazu führte die wiedergewählte Vorsitzende aus:

*Gründungs-
parteitag
in Zirndorf*

*Neuwahl des
Landesvorstands*

„Wir werden diese Wahlen nutzen, um gegen die etablierten Parteien in die Offensive zu gehen und die konservative Dominanz zu brechen.“

*Fortsetzung des
Gründungs-
parteitags
in Straubing*

Auf der Fortsetzung des Gründungsparteitags (aufgrund der fortgeschrittenen Zeit war der Zirndorfer Parteitag abgebrochen worden) am 16. Dezember in Straubing wurden insbesondere die „Eckpunkte für die Kommunal- und Landtagswahlen in Bayern 2008“ verabschiedet. In einer Grußansprache des Bundesvorsitzenden der Partei DIE LINKE., Oskar Lafontaine, wurden die Parteitagsteilnehmer auf den beginnenden Kommunalwahlkampf eingestimmt. Ein den Delegierten mit den Tagungsunterlagen zugegangener Antrag auf Abwahl der bayerischen Landessprecherin wurde noch vor dem Parteitag zurückgezogen.

2.1.8 Teilnahme an Wahlen

*Wahl zur
Bremischen
Bürgerschaft*

Bei der Wahl zur Bremischen Bürgerschaft am 13. Mai errang die Linkspartei.PDS einen Stimmenanteil von 8,44 % (2003: 1,67 %). Damit wurde sie viertstärkste Kraft und zog mit sieben Abgeordneten in die Bremische Bürgerschaft ein. Die Partei trat als „DIE LINKE.“ zur Wahl an. Sie schaffte mit dem Ergebnis den seit der Wende - bislang erfolglos - angestrebten Einzug in ein westdeutsches Parlament.

*Listen für die
Kommunalwahlen
in Bayern*

Die Partei DIE LINKE. beabsichtigte, sich bei den bayerischen Kommunalwahlen im März 2008 in mehreren Kommunen zu verankern. So wollte sie insbesondere in den Städten Augsburg, Erlangen, Fürth, Ingolstadt, München, Nürnberg, Regensburg und Würzburg in die Rathäuser einziehen. Für München hatte sie sich einen Stimmenanteil von 6 % als Ziel gesetzt, in Nürnberg von 4 % bis 5 %. Im Zuge der Aufstellung der Listen hatte die Partei DIE LINKE. sowohl der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) als auch der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SDAJ) in verschiedenen Städten und Gemeinden Listenplätze eingeräumt. Nach Angaben der DKP und Auswertung der eingereichten Listen befanden sich in Bayern insgesamt 44 Kandidatinnen und Kandidaten der DKP und SDAJ auf Listen der Partei DIE LINKE. bzw. den „linken Listen“.

Auf der Liste in München waren neben Angehörigen der Partei DIE LINKE. auch Kandidatinnen und Kandidaten der ehemaligen nicht-extremistischen WASG sowie eine Reihe von Aktivisten verschiedener linksextremistischer Organisationen. Der auch aus autonomen Bezügen bekannte, derzeitige Sprecher der Linksjugend [‘solid] Bayern, Stefan Weidinger, kandidierte auf Platz vier. Mit Claus Schreer, einem maßgeblichen Organisator der jährlichen Proteste gegen die Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik, und Sonja Schmid konnte die DKP zwei langjährige Parteiaktivisten auf den Plätzen acht und neun der Stadtratsliste unterbringen; ein weiterer DKP-Funktionär nahm den Platz 40

ein. Neben zahlreichen Altfunktionären der Partei „DIE LINKE.“ konnte die trotzkistisch-sektiererische Vereinigung Sozialistische Alternative Voran (SAV) drei eigene Kandidatinnen und Kandidaten durchsetzen.

Die Partei DIE LINKE. hoffte, einzelne autonome Akteure für eigene Zwecke mit dem Ziel einer späteren Einbindung in die Partei oder zumindest als Wählerklientel zu gewinnen.

2.1.9 **Kommunistischer Internationalismus**

Im Rahmen der so genannten internationalen Solidarität unterhält die Partei DIE LINKE. vielfältige Verbindungen und Kontakte zu ausländischen kommunistischen Parteien und anderen ausländischen Linksextremisten. Das in Chemnitz im Oktober 2003 verabschiedete und gegenwärtig noch gültige Parteiprogramm nennt dies „Internationalismus“ und orientiert sich damit an der Idee des Weltkommunismus.

Internationalismus

Mit der kubanischen Revolution fühlt sich die Partei solidarisch eng verbunden, was nicht zuletzt auch in Aufrufen zu Spendenaktionen für das kommunistische Kuba zum Ausdruck kommt.

Auslandskontakte

Am Gründungsparteitag der Partei DIE LINKE. am 16. Juni in Berlin nahmen Vertreter von 73 - zum Teil sozialistischen und kommunistischen - Parteien und politischen Organisationen aus 50 Ländern teil.

Für den 12. Oktober lud die bayerische Bundestagsabgeordnete der Partei DIE LINKE., Kornelia Möller, den Funktionär der Kommunistischen Partei Österreichs (KPÖ), Ernst Kaltenecker, zu einer Vortrags- und Diskussionsveranstaltung nach München ein.

Seit dem 25. November ist der Vorsitzende der Partei DIE LINKE. Prof. Dr. Lothar Bisky auch neuer Vorsitzender der Partei der Europäischen Linken, einem Zusammenschluss von rund 30 Mitglieds- und Beobachterparteien kommunistischen Zuschnitts oder Ursprungs.

Vorsitzender der Partei der Europäischen Linken

2.1.10 **Zusammenarbeit mit anderen Linksextremisten**

Die Partei pflegt Kontakte zu vielen anderen inländischen linksextremistischen und linksextremistisch beeinflussten Gruppierungen sowie zu gewaltbereiten Autonomen und arbeitet mit ihnen zusammen. Wiederholt traten als Anmelder oder Veranstaltungsleiter von autonomen Aufzügen auch Aktivisten der Partei DIE LINKE. in Erscheinung.

Am 14. Januar legten aus Anlass des 88. Jahrestags der Ermordung der Gründer der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD), Rosa Luxemburg

Veranstaltung in Berlin

XII. Internationale Rosa-Luxemburg-Konferenz

burg und Karl Liebknecht, Funktionäre der Linkspartei.PDS traditionell Kränze am Denkmal der ermordeten Kommunisten in Berlin-Friedrichsfelde nieder. Unter den rund 7.000 Teilnehmern des Gedenkmarsches befanden sich auch Angehörige der Linkspartei.PDS und revolutionär-marxistischer Organisationen. Zu den Veranstaltungen hatten insbesondere auch Angehörige der Antifaschistischen Aktion, der Antifaschistischen Linken, der VVN-BdA, der SDAJ, der KPD, der DKP und des Linkspartei.PDS-nahen Jugendverbands [‘solid] aufgerufen. An der Tags zuvor durchgeführten XII. Internationalen Rosa-Luxemburg-Konferenz nahm auch der Münchner DKP-Funktionär Leo Mayer teil. Er führte aus, Sozialismus sei nicht nur Wertesystem, sondern eine neue Gesellschaftsformation mit anderen Eigentums- und Machtverhältnissen. Der Marxismus müsse wieder an Attraktivität und in der Linken an Einfluss gewinnen sowie über soziale Bewegungen in die gesamte Gesellschaft kolportiert werden.

Aktivitäten in Bayern

Unter dem Motto „Kein Raum für Nazis“ nahmen am 20. Januar in München etwa 180 Personen, darunter Angehörige der Linkspartei.PDS und der Antifa Jugend München (AJM), an einer antifaschistischen Demonstration teil. Die Protestveranstaltung war von Aktivisten der Linkspartei.PDS angemeldet und geleitet worden.

Anlässlich eines Neujahrtreffens der Deutschen Partei - Die Freiheitlichen (DP) am 28. Januar in Fürstfeldbruck veranstalteten Angehörige der Linkspartei.PDS eine antifaschistische Gegendemonstration, an der sich rund 300 Aktivisten beteiligten. Dabei schwenkten Angehörige der DKP und der AJM Fahnen.

Im Zusammenhang mit der 43. Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik beteiligten sich mehrere Tausend Personen an Gegendemonstrationen am 9. und 10. Februar auf dem Marienplatz. Dabei konnten Aktivisten der Linkspartei.PDS, der DKP, der MLPD, der SAV, der SDAJ, der VVN-BdA, der FAU, der Gruppe Anarchisten/Rätekommunisten München, des RSB und von [‘solid] festgestellt werden.

An einer antifaschistischen Protestaktion gegen eine Mahnwache der NPD am 13. Februar auf dem Münchner Marienplatz nahmen neben etwa 30 Angehörigen der lokalen Antifa-Szene auch Angehörige der Linkspartei.PDS teil.

Am 7. April führte die Antifaschistische Aktion Straubing eine Demonstration gegen Rechtsextremismus in Geiselhöring durch. Unter den rund 180 Teilnehmern befanden sich auch Angehörige der autonomen und anarchistischen Szene. Die Protestveranstaltung wurde von einem Funktionär der Linkspartei.PDS geleitet.

2.2 Deutsche Kommunistische Partei (DKP)

	Deutschland	Bayern
Mitglieder:	4.200	400
Vorsitzender:	Heinz Stehr	
Gründung:	26.09.1968	
Sitz:	Essen	Nürnberg und München
Publikationen:	„Unsere Zeit“ (UZ); „Marxistische Blätter“	„Rundbrief“

2.2.1 Ideologische Ausrichtung

Die bis zur Wende von der SED der DDR ideologisch und materiell abhängige DKP hat durch das Parteiprogramm vom April 2006 ihre gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichtete Zielsetzung und ihre unveränderte ideologische Ausrichtung bestätigt. Die DKP versteht sich weiterhin als revolutionäre Partei, die in der Arbeiterklasse jene Kraft sieht, die im Bündnis mit anderen Teilen der Bevölkerung die Eigentums- und Machtverhältnisse „revolutionär“ verändern und den „Sozialismus“ durchsetzen kann. In der Präambel des neuen Parteiprogramms heißt es dazu:

Unveränderte
ideologische
Ausrichtung

„Die DKP als revolutionäre Partei der Arbeiterklasse ist hervorgegangen aus dem Kampf der deutschen Arbeiterbewegung gegen kapitalistische Ausbeutung und Unterdrückung, gegen Militarismus und Krieg. Sie steht in der Tradition der revolutionären deutschen Sozialdemokratie und der Kommunistischen Partei Deutschlands. (...) Fundament und politischer Kompass der Politik der DKP sind die von Marx, Engels und Lenin begründeten und von anderen Marxistinnen und Marxisten weitergeführten Erkenntnisse des wissenschaftlichen Sozialismus, der materialistischen Dialektik, des historischen Materialismus und der Politischen Ökonomie. Die DKP wendet diese Lehren des Marxismus auf die Bedingungen des Klassenkampfes in unserer Zeit an und trägt zu ihrer Weiterentwicklung bei. (...) Ziel der DKP ist der Sozialismus/Kommunismus.“

Bekennnis zu
Sozialismus und
Klassenkampf

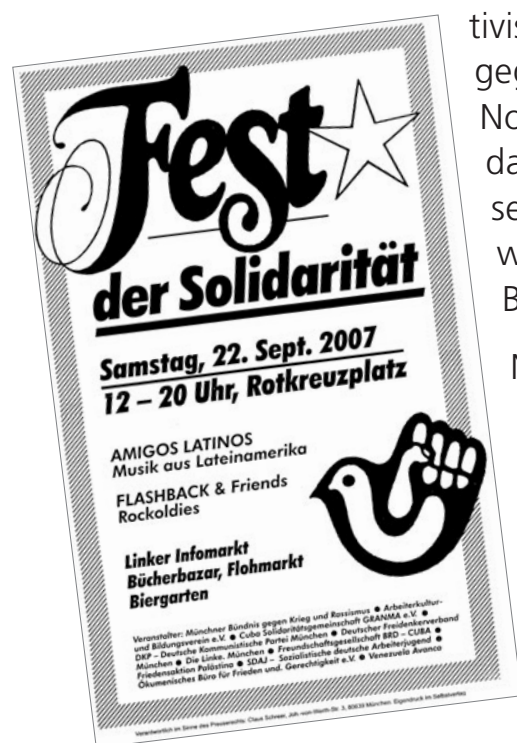
Die Agitation der DKP richtete sich vorrangig auf die Themenbereiche Antimilitarismus, Sozialabbau, eigene Bündnispolitik und Konsolidierung der Partei. Die DKP engagierte sich bei Aktionen gegen die 43. Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik, bei den Ostermärschen und bei weiteren Aktivitäten gegen Krieg, Bundeswehreinmärsche und Militarisierung der EU, wie beim Antikriegstag am 1. September auf dem Marienplatz in München.



Einfluss in Vorfeldorganisationen

In ihrer Bündnispolitik sieht sich die DKP als Teil der sozialen Bewegung und fördert deshalb die aktive Mitarbeit ihrer Genossen in verschiedenen Bündnissen, Organisationen und Initiativen, wie beispielsweise dem Münchner Bündnis gegen Krieg und Rassismus. Die DKP ist darüber hinaus bestrebt, in wichtigen Vorfeldorganisationen, wie der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) und der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SDAJ), maßgeblichen Einfluss auszuüben.

Im Hinblick auf die bayerischen Kommunalwahlen im März 2008 setzte sich die DKP dafür ein, die linken Kräfte zu bündeln. Auch die Zusammenarbeit mit der Partei DIE LINKE. suchte sie dabei. Auf der Stadtratsliste der Partei DIE LINKE. in München befand sich der DKP-Aktivist und führende Repräsentant beim Münchner Bündnis gegen Krieg und Rassismus, Claus Schreer auf Platz 8. In Nordbayern kandidierten im Rahmen von „Bündniskandidaturen“ nach Eigenangaben 39 Genossinnen und Genossen in neun Städten und drei Landkreisen; darüber hinaus wurden fünf weitere Kandidaturen in anderen Teilen Bayerns bekannt.



Neben dem jährlich stattfindenden Fest der Solidarität am 22. September auf dem Rotkreuzplatz in München war eine von der DKP Kreisorganisation München am 9. November durchgeführte Kulturveranstaltung anlässlich des 90. Jahrestags der Oktoberrevolution die herausragende Veranstaltung der DKP. Gut 300 Personen besuchten diese Veranstaltung im Kulturhaus München-Milbertshofen.

2.2.2 Organisation

Die DKP ist eine bundesweit organisierte Partei mit Sitz in Essen. Sie ist in Bezirksorganisationen gegliedert, die weiter in Kreis- und Grundorganisationen oder auch Betriebsgruppen unterteilt sind. Die Zahl der Mitglieder beträgt bei fortschreitender Überalterung rund 4.200. Dem aus 40 Mitgliedern bestehenden Parteivorstand gehören neben dem DKP-Vorsitzenden Heinz Stehr und den beiden stellvertretenden Vorsitzenden Prof. Dr. Nina Hager und Rolf Priemer unverändert auch vier Funktionäre aus Bayern an. In Bayern bestehen zwei Bezirksorganisationen (Nord- und Südbayern), zwölf Kreisverbände, eine Betriebsgruppe sowie ein „Betriebsaktiv“. Die Mitgliederzahl in Bayern stagniert derzeit bei rund 400.

Organisationsstrukturen

Stagnierende Mitgliederzahl

2.2.3 Internationale Verbindungen

Auf der Grundlage des kommunistischen Internationalismus unterhält die DKP eine Vielzahl von Kontakten zu kommunistischen Parteien und Bewegungen. Auf der 12. Tagung des Parteivorstands am 8. und 9. September in Essen wurde ein Antrag an den am 23. und 24. Februar 2008 in Mörfelden-Walldorf geplanten 18. Parteitag gestellt, in dem die DKP zu ihrer internationalen Tätigkeit Stellung nimmt.

Kontakte zu ausländischen kommunistischen Parteien

So soll die regelmäßig stattfindende Zusammenarbeit mit der Neuen Kommunistischen Partei der Niederlande (NCPN) und mit der kommunistischen Partei Luxemburgs fortgesetzt werden. Angestrebt wird die Schaffung eines Netzwerks zwischen den kommunistischen und Arbeiterparteien Europas. Der seit Januar 2005 bestehende Beobachterstatus der DKP in der Partei der Europäischen Linken (EL) soll genutzt werden, um an den Initiativen dieser Partei mitzuarbeiten und Überlegungen zu Initiativen bzw. Aktivitäten einzubringen. Im Hinblick auf die Solidarität mit Kuba unterhält der Parteivorstand eine eigene Arbeitsgruppe. Weiter entwickelt werden soll auch die Solidarität und Zusammenarbeit mit Venezuela, Bolivien und der KP Chinas. Die DKP bleibe der Solidarität mit dem sozialistischen Vietnam verpflichtet und bemühe sich, ihre Kontakte zu kommunistischen Parteien des afrikanischen Kontinents zu verstärken. Wichtigster Bezugspunkt hierfür sei die Südafrikanische Kommunistische Partei (SACP). Die brisante Situation im Nahen Osten erfordere die Solidarität der DKP mit der palästinensischen Bevölkerung im Kampf um das Recht, einen eigenen Staat zu gründen.

Schaffung eines Netzwerks

Die DKP Nordbayern pflegt seit Jahren eine enge Verbindung zur Kommunistischen Partei Böhmens und Mährens (KSCM).

2.2.4 Umfeld der DKP

2.2.4.1 Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA)

	Deutschland	Bayern
Mitglieder:	6.000	700
Vorsitzende:	Prof. Dr. Heinrich Fink; Werner Pfennig	
Gründung:	15.-17.03.1947	
Sitz:	Berlin (Bundesgeschäftsstelle)	
Publikation:	„antifa“	

Die VVN-BdA, die bundesweit größte Organisation im Spektrum des Antifaschismus, feierte im Januar ihr 60-jähriges Bestehen. Mit seiner

60-jähriges Bestehen



Erklärung zum 60. Jahrestag der Gründung der gesamtdeutschen VVN-BdA wandte sich der Bundesausschuss der VVN-BdA an die Öffentlichkeit, um über Wurzeln und Visionen der politischen Arbeit der Vereinigung zu informieren. Als gleichberechtigte Vorsitzende der VVN-BdA fungieren Prof. Dr. Heinrich Fink aus Berlin und Werner Pfennig aus Stuttgart. Die Verbandszeitschrift „antifa“ erscheint in zweimonatigem Rhythmus.

Die VVN-BdA versteht unter Antifaschismus nicht nur den Kampf gegen Rechtsextremismus; sie agiert auch gegen den demokratischen Staat und dessen Institutionen, denen unterstellt wird, rechtsextremistische Bestrebungen zu schützen und zu fördern. Daneben versucht die VVN-BdA unter dem Vorwand „Kampf

gegen Rechtsextremismus“, Einfluss auf bürgerliche Kräfte zu nehmen und letztendlich Demokraten für ihre antidemokratischen Ziele zu verinnahmen.

In einem in der Wochenausgabe der Tageszeitung „junge Welt“ (jW) vom 16./17. Dezember 2006 veröffentlichten Interview lieferte der ehemalige SED-Funktionär Prof. Dr. Heinrich Fink einen Beweis für die staats- und verfassungsfeindliche Grundposition seines Verbands in der Erörterung um das Gedenken an die Opfer des Stalinismus. Prof. Fink gestand zwar ein, dass es Verbrechen unter Stalin gegeben habe, die Aufarbeitung dieser Taten sei aber „Sache der Kommunisten und anderer fortschrittlicher Kräfte, die im Übrigen auch am meisten von der Verfolgung in der Stalin-Ära betroffen waren“. Auch der Ort, an dem der Gedenkstein aufgestellt wurde - in unmittelbarer Nähe der Gedenkstätte der Sozialisten auf dem Friedhof in Berlin-Friedrichsfelde - sei „eine Verunglimpfung des Wirkens hochrangiger Vertreter der kommunistischen Bewegung“. Nach seiner Ansicht dürfe man nicht vergessen, welch „dubioser Personenkreis sich heutzutage unter dem Oberbegriff ‚Opfer des Stalinismus‘“ versammeln würde. Stattdessen schlage er der „Opfervereinigung“ vor, „einen Gedenkstein für die im deutschen Faschismus und in seinem Rechtsnachfolgerstaat verfolgten Kommunisten“ zu errichten.

Im Landesverband Bayern der VVN-BdA ist auf Landes- wie auf Kreis-ebene der Einfluss von Linksextremisten, insbesondere aus der DKP, maßgeblich. Die Landesvereinigung unterstützte auch weiterhin aus dem linksextremistischen Spektrum initiierte Aktionen. Schwerpunkte der Agitation der VVN-BdA Bayern waren der als Neofaschismus be-

Verfassungsfeindliche Grundposition

Agitationsschwerpunkte

zeichnete Rechtsextremismus - hier insbesondere unter Beteiligung der SDAJ und der Partei DIE LINKE. die bundesweite Kampagne und Unterschriftensammlung „nonpd“ zur Durchführung eines erneuten NPD-Verbotsverfahrens - sowie weitere Themen wie Antisemitismus, Rassismus und Sozialabbau.



Protestveranstaltungen in Bayern

In Mittenwald, Landkreis Garmisch-Partenkirchen, beteiligten sich Linksextremisten an Protesten gegen die traditionelle, alljährlich stattfindende so genannte Brendten-Feier des „Kameradenkreises der Gebirgstruppe e.V.“. Die Gegendemonstrationen fanden vom 25. bis 27. Mai unter dem Motto „Berg frei! Nie wieder Faschismus, nie wieder Horrido!“ statt. Hauptinitiatoren dieser Veranstaltungen waren der „Arbeitskreis Angreifbare Traditionspflege“, hinter dem maßgeblich die VVN-BdA steht, und die VVN-BdA selbst. An den Veranstaltungen beteiligten sich mit maximal 250 Teilnehmern wiederum weniger Personen als im Jahr zuvor. Die Polizei nahm neun Personen in Gewahrsam, erteilte 37 Personen aus dem linksextremistischen Spektrum Platzverweise und nahm fünf Personen fest.

In der Zeit vom 30. August bis 2. September fand in Königsdorf, Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen, ein vom VVN-BdA Kreisverband Lands hut organisiertes bayernweites antifaschistisches Jugendcamp statt, an dem bis zu 100 Personen teilnahmen. Unterstützt wurde die Veranstaltung von linksextremistischen, linksextremistisch beeinflussten und autonomen Gruppierungen. Ziel des viertägigen Jugendcamps war, „Jugendliche der verschiedenen antifaschistischen Spektren einen Treffpunkt zu geben, Kontakte zu knüpfen und weitere Mitstreiterinnen und Mitstreiter für ein antifaschistisches Engagement zu gewinnen“. Die Veranstaltung verlief störungsfrei.

Antifaschistisches Jugendcamp

2.2.4.2 Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ)

	Deutschland	Bayern
Mitglieder:	300	110
Vorsitzender:	Kollektiver Bundesvorstand mit 29 Personen	
Gründung:	04./05.05.1968	
Sitz:	Essen	
Publikationen:	„POSITION“	„KONTRA!“

Die mit der DKP eng verbundene SDAJ bezeichnet sich in ihrer Selbstdarstellung als „bundesweite Organisation von Jugendlichen, die sich

*Ideologischer
Gleichklang mit
der DKP*

mit den Zuständen in Schulen, Betrieben, in dieser Republik und der ‚Neuen Weltordnung‘ nicht abfinden“ und für eine andere Gesellschaft kämpfen will. Dazu heißt es:

„Für uns ist diese Gesellschaft der Sozialismus, in dem die Grundlagen dafür gelegt werden, dass jeder Mensch nach seinen Bedürfnissen und Fähigkeiten selbstbestimmt leben kann. Dabei erliegen wir nicht der Illusion, dass wir diese alternative Gesellschaft durch Verbesserungen allein erreichen können, sondern nur durch einen Bruch mit diesem kapitalistischen System. Deshalb verstehen wir uns als antikapitalistische und revolutionäre Jugendorganisation.“

*Arbeitsschwer-
punkte*

Schwerpunkte der Agitation der SDAJ sind die Forderung nach Verbesserung der Bildungs- und Arbeitspolitik für die Jugend, die Bekämpfung des „Faschismus“ sowie der Widerstand gegen den Militarismus in der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Union.

*Bundeskongress
in Hannover*

Auf dem 18. Bundeskongress am 17. und 18. März in Hannover wurde ein neuer Bundesvorstand, bestehend aus 29 Personen, gewählt. Die Delegierten verabschiedeten mit großer Mehrheit ein Aktionsprogramm unter dem Titel „Zeit sich zu wehren!“ und beschlossen eine „Kampagne gegen Zukunftskiller“ für Bildung und Ausbildung. In Schulen und Betrieben soll es den „Zukunftskillern an den Kragen gehen“; mit Aktionen und Schwarzbüchern sollen die „Jugendfeinde“ aufgedeckt werden. Beschlossen wurde außerdem eine Solidaritäts-Kampagne mit Venezuela und die Beteiligung an der Großdemonstration und am DGB-Jugend-Camp gegen den G8-Gipfel im Juni in Heiligendamm. Der wiedergewählte Bundesvorsitzende Michael Größ aus Berlin sah in den Beschlüssen des Bundeskongresses „eine Weichenstellung“ für die weitere Arbeit des Jugendverbands. „Allein zu sagen, dass es eines revolutionären Bruchs bedarf, koste nicht viel“, so der Bundesvorsitzende. Entscheidend sei, der arbeitenden und lernenden Jugend eine Antwort darauf zu geben, wie man handelt und was konkret zu tun ist, um den Imperialismus zu bekämpfen und zu überwinden. Das Jugendaktionsprogramm stelle sich dieser Aufgabe.



Die SDAJ beteiligte sich an der maßgeblich von der VVN-BdA betriebenen „nonpd-Kampagne“ für ein NPD-Verbotsverfahren und an weiteren Veranstaltungen wie dem Konzert „Antifa reloaded“ am 17. Februar in Dachau, an dem rund 400 Jugendliche teilnahmen, und dem am 4. März ebenfalls in Dachau durchgeführten „Antifa-Day“.

Um den „Kampf gegen den Faschismus“ zu verstärken, hat die SDAJ bundesweit eine „Rote Schulhof-CD“ produziert. Die

Kampagne startete in Bayern am 18. September in Nürnberg, wo vor mehreren Schulen etwa 680 CDs verteilt wurden.

Die SDAJ-Bayern ist Herausgeber der zweimonatlich erscheinenden Jugendzeitung „KONTRA!“ mit einer Auflage von inzwischen 6.000 Exemplaren. In Bayern verzeichnete die SDAJ einen weiteren Mitgliederzuwachs.

*Jugendzeitung
„KONTRA!“*

2.3 Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD)

	Deutschland	Bayern
Mitglieder:	2.300	100
Vorsitzender:	Stefan Engel	
Gründung:	1982	
Sitz:	Gelsenkirchen	München, Nürnberg
Publikationen:	„Rote Fahne“ (Zentralorgan); „REVOLUTIONÄRER WEG“ (Theorieorgan); „REBELL“ (Jugendmagazin); „Galileo - streitbare Wissenschaft“ (Zeitung der MLPD-Hochschulgruppen)	

Die MLPD wurde am 20. Juni 1982 in Bochum gegründet; sie ging durch Umbenennung aus dem im August 1972 gegründeten Kommunistischen Arbeiterbund Deutschlands (KABD) hervor. In der Präambel des Statuts der MLPD wird festgestellt, dass sich die Partei als „politische Vorhutorganisation der Arbeiterklasse in Deutschland“ versteht. Ihr grundlegendes Ziel sei „der revolutionäre Sturz der Diktatur des Monopolkapitals und die Errichtung der Diktatur des Proletariats für den Aufbau des Sozialismus als Übergangsstadium zur klassenlosen kommunistischen Gesellschaft“. Weiter wird in der Präambel betont:

*Extremistische
Grundhaltung*

„Die MLPD ist eine Partei neuen Typs. Sie ist im Kampf gegen den Verrat am Sozialismus und die Verfälschung des Marxismus-Leninismus durch den modernen Revisionismus entstanden und arbeitet auf der Grundlage der proletarischen Denkweise. (...) Die Lehren von Marx, Engels, Lenin, Stalin und Mao Tse-tung und ihre lebendige Anwendung auf die konkreten Verhältnisse der fortschreitenden gesellschaftlichen Wirklichkeit bilden die entscheidende Grundlage für einen Aufschwung des Kampfs für den Sozialismus.“

Die maoistisch-stalinistisch ausgerichtete MLPD sieht sich selbst als „Teil der internationalen marxistisch-leninistischen und Arbeiterbewegung, Erbe der revolutionären Tradition der KPD, der deutschen Arbeiterklasse und ihrer großen Führer Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg und Ernst Thälmann“.

*Maoistisch-stalinis-
tische Ausrichtung*

Organisationsstrukturen

Die zentralistisch geführte MLPD ist in Betriebs-, Orts- und Kreisgruppen, Bezirke und vereinzelt in Landesverbände gegliedert. Ihre Zentrale und ihren Aktionsschwerpunkt hat sie in Nordrhein-Westfalen. Stefan Engel ist seit der Parteigründung im Jahre 1982 Vorsitzender; er gilt als unumstrittener Vordenker und Idol. Laut eigener Aussage ist die Partei zusammen mit ihrem Jugendverband „REBELL“ in über 450 Orten in allen Bundesländern Deutschlands vertreten. Die Mehrzahl der Parteimitglieder seien Arbeiter und einfache Angestellte. Die MLPD ist finanziell unabhängig; sie finanziert sich eigenen Angaben zufolge ausschließlich durch freiwillige Spenden und Mitgliedsbeiträge.



Neben der Frauen- und Familienarbeit legt die MLPD besonderes Augenmerk auf die Rekrutierung von Nachwuchskadern im Kinder- und Jugendbereich. Hierzu bedient sie sich der Jugendorganisation „REBELL“ und deren Kinderorganisation „ROTFÜCHSE“, die mit altersgerechten Freizeitangeboten locken. Sommercamps mit Freizeit- und Bildungsangeboten vermitteln mit jugendnah konzipierten Schulungen eine „proletarische Denkweise“.

Aus Anlass ihres 25-jährigen Bestehens führte die Partei bundesweit Jubiläumsveranstaltungen unter dem Motto „25 Jahre MLPD“ durch. Nach eigenen Angaben nahmen insgesamt 2.600 Personen an vier großen Veranstaltungen teil.

Im linksextremistischen Spektrum ist die „sektenhaft führerzentrierte und autoritär beherrschte“ MLPD isoliert. Trotz massiver Bemühungen, auf aktuelle politische Entwicklungen mit Kampagnen gegen den Krieg und gegen Sozialabbau adäquat zu reagieren, erfährt sie kaum gesellschaftlichen Zuspruch. Die Strategie der Partei, örtliche Initiativen zu gründen bzw. diese zu vereinnahmen, erweist sich als weitgehend erfolglos. Das allgemeine Interesse an den „Montagsdemonstrationen“ gegen den Sozialabbau und „Hartz IV“, die auch in Bayern teilweise von der MLPD initiiert und gesteuert werden, ging weiter zurück.

Rückgang der Montagsdemonstrationen

2.4 marx21, vormals Linksruck-Netzwerk

	Deutschland	Bayern
Mitglieder:	400	10
Gründung:	1993	
Umbenennung:	2007	
Sitz:	Berlin	
Publikation:	„marx21“	

Die bislang bundesweit als Linksruck-Netzwerk auftretende trotzkistische Gruppierung verstand sich selbst als „Strömung der revolutionären Sozialisten“. Die Abschaffung des Kapitalismus und die Einführung einer Rätedemokratie sah das Netzwerk als Voraussetzung für eine „endgültige Beseitigung jeder Unterdrückung“.

*Ideologische
Ausrichtung*

Die Linksruck-Delegiertenkonferenz am 1. September in Frankfurt am Main hat die Auflösung des Linksruck-Netzwerks als selbständige, separate Organisation beschlossen. Als Begründung wurde angegeben, dass das Eingreifen in das öffentliche politische Geschehen als eigenständige Organisation in dem Maße unbedeutender wurde, wie der erfolgreiche Aufbau der neuen Linken voranschritt. Dazu wird weiter ausgeführt:

*Auflösung des
Linksruck-
Netzwerks*

„Linksruck hat von Beginn an die Bildung einer neuen vereinigten Linken als politische Sammlungsbewegung gegen den Neoliberalismus unterstützt. (...) In den letzten Jahren war Linksruck eine integrale Kraft im Neuformierungsprozess der Linken, der schließlich mit der Vereinigung von WASG und Linkspartei zu DIE LINKE. erfolgreich vollzogen wurde.“

Als ehemalige Organisation, die seit ihrer Gründung einen bewegungsorientierten Zusammenschluss von Aktivisten repräsentierte und die sich auf die marxistische Tradition des Sozialismus von unten berief, rief Linksruck alle seine Mitglieder und Sympathisanten gleichzeitig dazu auf, den Aufbau der Partei DIE LINKE. mit ihren marxistischen Positionen zu fördern und die Strömung Sozialistische Linke zu unterstützen, die sich für eine Klassenorientierung und eine Anbindung der Partei an die Gewerkschaftsbewegung einsetze.

Noch am selben Tag und Ort fand im Rahmen einer Versammlung von rund 100 Personen aus elf Bundesländern die Neugründung des Netzwerks als „marx21 - Netzwerk für internationalen Sozialismus“ statt. In den von der marx21-Gründungsversammlung am 1. September beschlossenen „Politischen Leitsätzen“ wird ausgeführt, dass das Netzwerk sich als Teil der neuen Linken und der globalisierungskritischen Bewegung verstehe, die angetreten seien, die Macht der Konzerne zu brechen.



*Neugründung
des Netzwerks*

Der Schwerpunkt des in Bayern nur wenige Personen umfassenden Linksruck-Netzwerks befindet sich in München. Mit der langjährigen Repräsentantin Nicole Gohlke ist das Netzwerk nun im Landesvorstand der Partei DIE LINKE. Bayern vertreten; einen weiteren bayerischen Vertreter konnte das bisherige Netzwerk im Bundesvorstand der Linksjugend [‘solid] platzieren.

*Verankerungen
in den Vorständen
linker Kräfte*

2.5 Münchner Bündnis gegen Krieg und Rassismus

Bündnisbeteiligte



In dem seit Juni 2005 in dieser Form bestehenden linksextremistisch beeinflussten Bündnis sind sowohl demokratische als auch linksextremistische Parteien und Gruppierungen wie DIE LINKE., die DKP, die Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ), der Revolutionär Sozialistische Bund (RSB), die Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD) und Autonome vertreten. Das Bündnis fungierte als Träger oder Unterstützer einer Vielzahl von Aktivitäten wie Demonstrationen, Kundgebungen, Mahnwachen und Informationsveranstaltungen, insbesondere zum Thema „Krieg“.

Das Aktionsbündnis gegen die NATO-Sicherheitskonferenz, das vom Münchner Bündnis gegen Krieg und Rassismus dominiert wird, mobilisierte auch im Berichtsjahr wieder gegen die Konferenz für Sicherheitspolitik, die vom 9. bis 11. Februar in München stattfand. An diesem speziell für Aktionen gegen die Münchner Konferenzen für Sicherheitspolitik gegründeten Bündnis sind die bereits beim Münchner Bündnis gegen Krieg und Rassismus vertretenen Parteien und Gruppierungen beteiligt.

Begonnen hatten die Proteste am 6. Februar mit einer satirischen „Jubeldemo“, organisiert von der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SDAJ) und veranstaltet vom Münchner Bündnis gegen Krieg und Rassismus, an der sich bis zu 100 Personen beteiligten. Am 9. Februar nahmen bis zu 300 Personen an einer Auftaktveranstaltung teil. Am selben Tag fand außerdem ein weitgehend von der autonomen Szene organisierter Fahrradaufzug von anfänglich etwa 70 bis später 200 Personen statt.



Höhepunkt der Proteste war am 10. Februar eine Großkundgebung mit rund 3.000 Personen. Unter die größtenteils friedlichen Teilnehmer mischten sich etwa 500 zum Teil vermummte gewaltbereite Linksextremisten sowie Angehörige der DKP, der Partei DIE LINKE, der SDAJ, der MLPD sowie der Freien Arbeiterinnen- und Arbeiter Union (FAU). Neben dem „internationalistischen Block“ mit nahezu 400 gewaltbereiten Personen bildeten sich an anderen Stellen des Zugs durch die Innenstadt mehrere Kleingruppen, die insgesamt etwa 100 Autonome umfassten. Die Polizei stellte mehrere Seitentransparente wegen des Verstoßes gegen Demonstrationsauflagen sicher. Dabei kam es zu Flaschenwürfen, Rangeleien von Demonstranten mit Einsatzkräften sowie zu vereinzelt Übergriffen mittels Stöcken.

Die Gründe für den höheren Zulauf gegenüber der Großdemonstration im Vorjahr mit rund 1.700 Demonstranten sind maßgeblich in frühzeitigen Mobilisierungskampagnen gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm zu sehen, die gleichzeitig zu Protesten gegen die 43. Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik aufriefen.

2.6 Sonstige orthodoxe Kommunisten und andere revolutionäre Marxisten

Die teils bundesweit, teils regional tätigen sonstigen linksextremistischen Parteien, Organisationen und Bündnisse entfalteten in Bayern kaum Außenwirkung. Dies gilt insbesondere für die Marxistische Gruppe (MG), die trotz ihres bislang nicht widerrufenen Auflösungsbeschlusses vom Mai 1991 bundesweit mit rund 10.000 Anhängern fortbesteht. Sie verfügt in Bayern über etwa 4.200 Anhänger, von denen nahezu 700 aktiv sind. Öffentlich trat die MG nur bei regelmäßigen „GEGENSTANDPUNKT“-Diskussionsveranstaltungen in München, Nürnberg, Augsburg und Regensburg in Erscheinung; die Bezeichnung dieser Veranstaltungen geht auf die seit 1992 von führenden MG-Funktionären herausgegebene Zeitschrift „GEGENSTANDPUNKT“ zurück. Die an der Friedrich-Alexander-Universität in Erlangen aktive Sozialistische Gruppe ist ebenfalls der MG zuzurechnen.

Marxistische
Gruppe (MG)

Der 1973 gegründete Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD (AB) beteiligte sich in Bayern überwiegend an Demonstrationen und Veranstaltungen anderer Organisationen. Der AB zeigte, wie in den Jahren zuvor, nur geringe Aktivitäten. So nahm der AB an einer „Mahn- und Schutzwache“ zum 27. Jahrestag des „faschistischen Oktoberfestattentats“ am 26. September in München teil. Außerdem führte der AB zum 90. Jahrestag der Oktoberrevolution am 10. November in München eine Vortragsveranstaltung durch.

AB

Die „Freie Arbeiterinnen- und Arbeiter Union - Internationale Assoziation“ (FAU-IAA) ist eine bundesweit aktive linksextremistische Gruppierung mit etwa 250 Anhängern, die anarchistische Ziele verfolgt und die Bundesrepublik Deutschland als Staat „zerschlagen“ will. Sie versteht sich selbst als anarchistische Organisation mit gewerkschaftlichem Anspruch und strebt als sozialrevolutionäre Bewegung eine „herrschaftsfreie, auf Selbstverwaltung gegründete Gesellschaft“ an. Dabei setzen die Anhänger der FAU-IAA auf Formen der „direkten Aktion“ (z.B. Besetzungen, Boykotts, Streiks und Sabotage). In Bayern gibt es Ortsgruppen in München und Dachau.



FAU-IAA

Weitere linksextremistische und linksextremistisch beeinflusste Organisationen, die dem Bereich „Marxisten-Leninisten und andere revolutionäre Marxisten“ zuzurechnen sind, werden in Nummer 4 dieses Abschnitts aufgeführt.

3. Gewaltorientierte Linksextremisten

3.1 Autonome Gruppen

	Deutschland	Bayern
Angehörige:	5.800	600
erstmaliges Auftreten:	Ende der 70er Jahre	
Struktur:	meist themenbezogene Gruppen, die überwiegend lokalen Charakter aufweisen	
Publikationen:	Szene-Blätter wie „INTERIM“ (Berlin); auf regionaler Ebene u. a. „barricada“ (Nürnberg)	

3.1.1 Ideologische Ausrichtung und Aktionsformen

Gewaltbereite Autonome stellen nach wie vor eine Bedrohung für die Innere Sicherheit in Deutschland dar. Autonome haben kein einheitliches ideologisches Konzept, sie folgen vielmehr anarchistischen und anarcho-kommunistischen Vorstellungen. Die einzelnen Gruppen bilden sich meist über Aktionsthemen. Einig sind sich die Autonomen in ihrem Ziel der gewaltsamen Zerschlagung des Staates und seiner Einrichtungen sowie der Errichtung einer „herrschaftsfreien Gesellschaft“. Um diesem Ziel näher zu kommen, nutzen sie aktuelle politische Fragen für ihre Zwecke. Durch geschickte Agitation versuchen sie, auch demokratische Protestbewegungen für ihren Kampf gegen den Staat zu mobilisieren. Das provozierende Auftreten der Autonomen in der Öffentlichkeit, ihre staatsfeindliche Haltung, die Ablehnung gesellschaftlicher Normen und Werte, aber auch das Bejahen von Gewalt zur Durchsetzung ihrer Forderungen und Ziele kommen der Protesthaltung mancher junger Menschen entgegen, vor allem, wenn diese mit Problemen im Elternhaus, in der Schule oder der Ausbildung konfrontiert sind. Die Autonomen unterscheiden sich soziologisch kaum von anderen Jugendlichen oder jungen Erwachsenen. Sie sind in der Regel Schüler, Studenten oder Auszubildende.

Autonome machen den Ablauf ihrer Aktionen primär von der Einschätzung der Durchsetzbarkeit und ihrem Kräfteverhältnis gegenüber der Polizei abhängig. Rechtsextremistischen Versammlungen begegnen sie nach wie vor mit einer hohen Aggressivität und Gewaltbereitschaft. Autonome führen dabei oft keine eigenen öffentlichen Veranstaltungen

Anstreben einer „herrschaftsfreien Gesellschaft“

durch, sondern mischen sich stattdessen unter die Teilnehmer anderer Gegenveranstaltungen. Die Formierung von so genannten Schwarzen Blöcken bei Demonstrationen als Symbol militanten Politikverständnisses ist wieder vermehrt feststellbar.

„Schwarze Blöcke“

Die Differenzierung zwischen „Gewalt gegen Personen“ und „Gewalt gegen Sachen“ wird teilweise in Frage gestellt. Körperverletzungsdelikte von Linksextremisten gegen „Rechte“ oder vermeintliche „Rechte“ machen deutlich, dass Autonome Gewaltanwendung gegen politische Gegner als legitimes Mittel ansehen. Wie in den Vorjahren waren Autonome für die meisten der linksextremistisch motivierten Gewalttaten verantwortlich. Besorgnis erregend ist nach wie vor eine Strategie-debatte um terroristische Gewalt vor allem in Kreisen Berliner Autonome. In Bayern sind linksextremistische Strukturen mit terroristischer Zielsetzung derzeit nicht feststellbar.

*Unverminderte
Gewaltbereitschaft*

3.1.2 Strukturen und Publikationen

Insgesamt ist die Zahl der Angehörigen der autonomen Strukturen in Bayern von 500 auf 600 nochmals angestiegen. Im Jahr 2007 traten in Bayern besonders die autonomen Gruppierungen „Organisierte Autonomie“ (Nürnberg), „radikale Linke“ (Nürnberg), „Autonome Jugend Antifa“ (Nürnberg), „Revolutionärer Aufbau München“, „Antifa NT“ (München), „Contra Real“ (Augsburg) und „Zusammen Aktiv Kämpfen“ (Sulzbach-Rosenberg) in Erscheinung.

*Autonome
Gruppierungen*

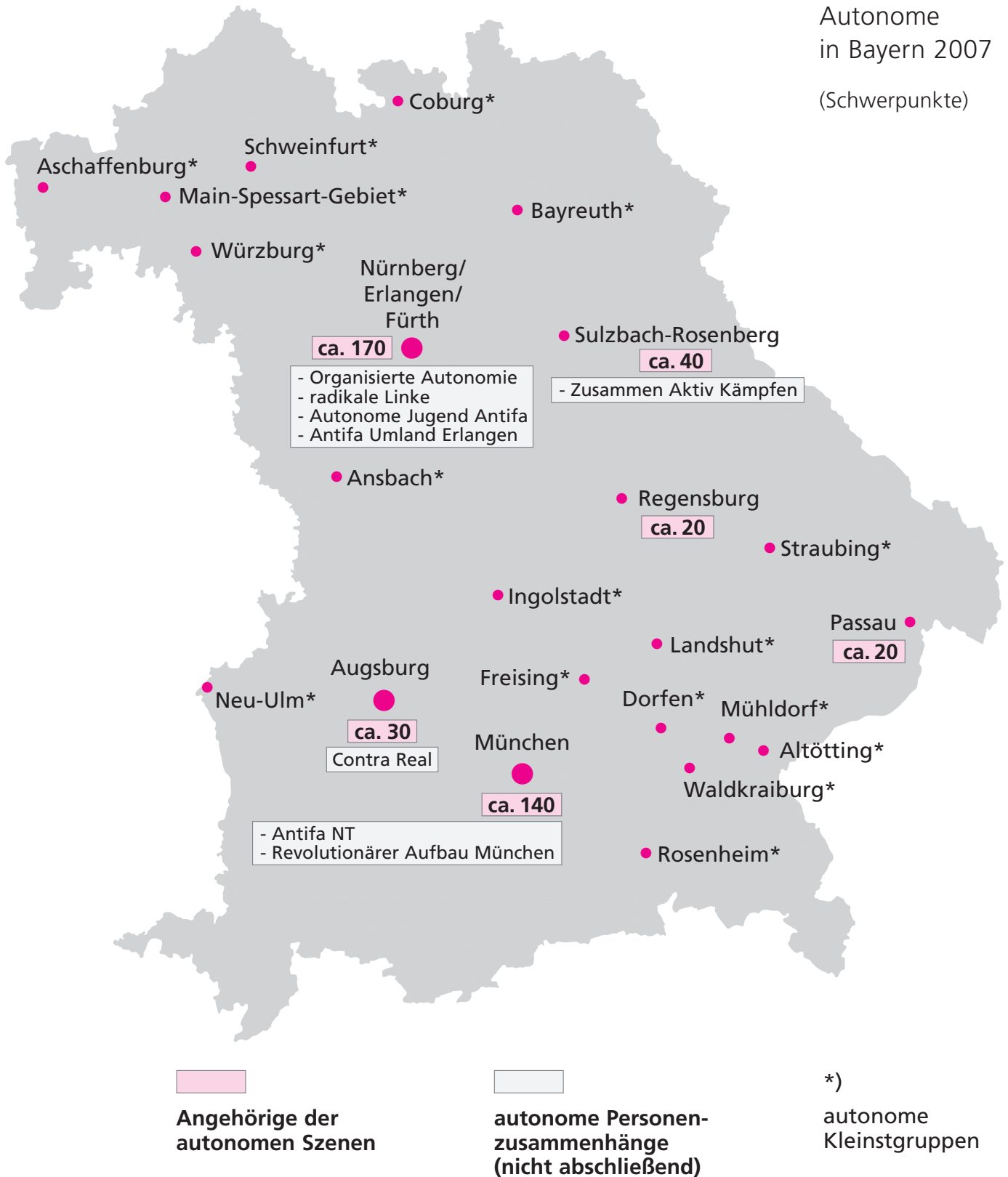
Örtliche Schwerpunkte der Autonomen in Bayern sind nach wie vor die Großräume Nürnberg/Erlangen/Fürth und München. Gegenüber dem Vorjahr ist die Zahl der Autonomen in Nürnberg/Erlangen/Fürth von 150 auf etwa 170 und in der Landeshauptstadt München von 120 auf etwa 140 Anhänger angestiegen. Die autonome Szene in Nürnberg formiert sich um das „Stadtteilzentrum Schwarze Katze“ und die Anlaufstelle „DESI“. Für Münchner Autonome spielen der autonome „Info-Laden“ in der Breisacher Straße und das „Café Marat“ im ehemaligen „Tröpfelbad“ in der Thalkirchner Straße eine wesentliche Rolle. Einen Überblick über in Erscheinung getretene autonome Gruppierungen - einschließlich Klein- und Kleinstgruppen - vermittelt die auf der Seite 182 dieses Berichts abgedruckte Karte.

*Örtliche
Schwerpunkte*

Für den lokalen, überregionalen und internationalen Informationsaustausch verwenden Autonome Szene-Publikationen, Info-Läden, Szene-Lokale sowie verdeckte informelle Strukturen wie Telefonketten. Info-Läden dienen dem autonomen Spektrum nicht nur als zentrale Informations-

*Informations-
austausch*

Autonome
in Bayern 2007
(Schwerpunkte)



Kommunikations- und Anlaufstellen, sondern tragen auch zur Verbreitung und Koordinierung autonomer Aktivitäten bei und haben wesentlichen Einfluss auf die Mobilisierungsfähigkeit der Szene. In Bayern bestehen Info-Läden u.a. in München, Nürnberg, Würzburg, Augsburg und Landshut.

Info-Läden

Trotz der steigenden Attraktivität der modernen elektronischen Medien haben die klassischen Publikationen nach wie vor große Bedeutung für die autonome Szene. Im Bundesgebiet gibt es etwa 40 dieser Szene-Publikationen, in denen Diskussionspapiere, Aufrufe zu Veranstaltungen, Selbstbeziehungsschreiben und andere Beiträge veröffentlicht werden. Bundesweite Bedeutung haben dabei nur wenige Schriften, vor allem die in Berlin erscheinende „INTERIM“. Sie agiert insbesondere als „Knotenpunkt für die Bündelung des Widerstands“ im Hinblick auf künftige Ereignisse, wie beispielsweise zu den Themenfeldern Antikapitalismus oder Antirassismus. Die „INTERIM“-Redaktion ruft u.a. dazu auf, Kampagnenvorschläge „für die nächsten Tage, Monate, Jahre“ einzusenden. Die Mehrzahl der Publikationen hat einen vorrangig regionalen Verbreitungskreis, so auch die in Bayern herausgegebenen Druckwerke, z.B. „barricada - zeitung für autonome politik und kultur“ (Nürnberg). Die Publikationen werden oft konspirativ hergestellt und verbreitet. Sie enthalten teilweise unverhohlene Aufforderungen und Anleitungen zu Gewalttaten u.a. gegen Rechtsextremisten und deren Einrichtungen. Die Aufklärung über Nazistrukturen im Großraum Nürnberg/Erlangen/Fürth wurde in der „barricada - zeitung für autonome Politik und kultur“ fortgesetzt.

Publikationen



3.1.3 Schwerpunktthemen und Aktionen

Für die Autonomen in Bayern ist „Antifaschismus“ nach wie vor ein vorrangiges Agitations- und Aktionsfeld. Zusätzlich beschäftigen sich Autonome mit den Themenbereichen „Anti-Globalisierung“ und „Antiimperialismus“. In diesem Zusammenhang standen die Vorbereitung und Durchführung der Proteste gegen den G8-Gipfel, der vom 6. bis 8. Juni in Heiligendamm/Mecklenburg-Vorpommern stattfand, an erster Stelle. Im Zuge der Diskussionen um den Abbau sozialer Leistungen wurden auch die Themen „Arbeitslosigkeit“ und „Sozialversorgungsabbau“ bzw. „Sozialabbau“ behandelt. Auch die „Antirepression“ wurde in der autonomen Szene insbesondere vor dem Hintergrund der Ausschreitungen während des G8-Gipfels und der damit verbundenen Festnahmen erneut stärker thematisiert. Dagegen spielten andere Themenfelder wie die Asyl-, Ausländer- und Flüchtlingspolitik („Antirassismus“) und die Kernenergie („Anti-Atomkraft“) eine eher untergeordnete Rolle. Die Debatte über eine Neuorientierung der autonomen Szene in Deutschland wurde fortgeführt.



*Jugendzentrum
UNGDOMSHUSET
in Dänemark*

Anlässlich der am 1. März in Kopenhagen/Dänemark erfolgten Räumung und Schließung des Jugendzentrums „UNGDOMSHUSET“ kam es im Rahmen der internationalen Solidarität in zahlreichen deutschen Städten zu Demonstrationen der linksextremistischen Szene. Auch in Bayern solidarisierte sich die linksextremistische Szene, indem sie am 5. März vor der Lorenzkirche in Nürnberg eine Spontandemonstration durchführte. An der nicht angemeldeten Versammlung beteiligten sich etwa 50 - zum Teil verummte und schwarz gekleidete - Personen. Aus dem Demonstrationzug heraus wurden Feuerwerkskörper - teilweise gezielt auf Einsatzkräfte der Polizei - abgeschossen und Farbbeutel geworfen. Der Demonstrationzug konnte im unmittelbaren Umfeld des dänischen Konsulats gestoppt werden; dabei wurden zwei Polizeibeamte verletzt. Es wurden 46 Personen aus dem überwiegend regionalen linksextremistischen Spektrum festgenommen. Gegen sie wurden wegen gefährlicher und einfacher Körperverletzung sowie Sachbeschädigung und Verstößen gegen das Versammlungsgesetz Ermittlungsverfahren eingeleitet.

3.1.3.1 Strategiedebatte - Fortsetzung der Gewaltdiskussion

In der gewaltbereiten linksextremistischen Szene dauert die „Militanzdebatte“ an. Seit Jahren diskutieren unterschiedliche autonome Gruppierungen mit dem Ziel, die bisher im autonomen Spektrum weitgehend vorherrschende Trennung zwischen der akzeptierten „Gewalt gegen Sachen“ und der außerhalb der antifaschistisch orientierten Gruppen eher abgelehnten „Gewalt gegen Personen“ zu überwinden. Hauptdiskussionsforum ist das autonome Szene-Blatt „INTERIM“ aus Berlin. Darin wird „eine militante Kampagne gegen Bundeswehreinrichtungen, Zulieferbetriebe, Denkfabriken, gegen Verantwortliche in Politik, Militär und Wirtschaft“ vorgeschlagen. Unbekannte Autoren veröffentlichten zudem ein Positionspapier mit dem Titel „This is a Love Song“, mit dem sie thematisch an ein Anfang der 90er Jahre erschienenes Schreiben einer unbekanntenen Gruppe anzuknüpfen versuchen, das damals die wichtigsten Grundgedanken für eine militante Politik der Revolutionären Zellen (RZ) zusammenfasste. Sie formulieren mit Verweis auf die damalige RZ ihre Absicht,

„dass wir heute bedacht an die militante und bewaffnete Widerstandserfahrung als ein gewichtiges Faustpfand zukünftiger Kämpfe anknüpfen wollen.“

Sie regen eine von ihren Vorstellungen geprägte Militanzdebatte an, die in der „INTERIM“ als „unkontrollierte, keiner Zensur durch die Repressionsorgane unterliegenden Zeitung“ geführt werden soll. Militante

hätten schließlich gegenüber den Gewaltfreien „eine Option mehr zur Verfügung“. Entscheidend für Anschläge sei die Vermittelbarkeit der Aktionen mit einer deutlichen Abgrenzung zum Terrorismus, insbesondere zum fundamentalistischen Terrorismus. Die theoretische Diskussion wurde auch von Gewalttaten zumeist in Form von Brandanschlägen begleitet. Diese schwerpunktmäßig weiterhin im Berliner Raum verübten Straftaten richteten sich meist gegen staatliche Gebäude und Fahrzeuge sowie solche von Großunternehmen.

Maßgeblich beteiligt sich an dieser Diskussion auch die in Berlin aktive „militante gruppe“ (mg), die mit der Versendung von Drohbrieffen im Jahr 2001 erstmals in Erscheinung trat. Diesen gegen Repräsentanten aus Politik und Wirtschaft gerichteten Drohbrieffen waren damals scharfe Gewehrpatronen beigelegt. In der Folgezeit verübte und bekannte sich die „militante gruppe“ (mg) zu insgesamt 20 Brandanschlägen vorwiegend gegen staatliche Gebäude und Fahrzeuge im Raum Berlin und Brandenburg. In ihren Selbstbeichtigungsschreiben wurden die Anschläge mit der Ablehnung der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung begründet. Eingeleitete Ermittlungsverfahren der Bundesanwaltschaft und die deshalb gegen die linksextremistische Szene am 9. Mai durchgeführten Exekutivmaßnahmen des Bundeskriminalamts veranlassten die „militante gruppe“ (mg), einen Brandanschlag in Zusammenhang mit dem bevorstehenden G8-Gipfel zu setzen. In der Ausgabe Nr. 663 der „INTERIM“ vom 9. November wurde in einem Artikel zur Solidarität mit den Festgenommenen aufgerufen. In den darin enthaltenen Abschnitten „Für eine revolutionäre Organisierung“ und „Für den Kommunismus“ heißt es:

*militante gruppe
(mg)*

„Militante Aktionen sind legitim und notwendig. Sie allein sind jedoch noch nicht revolutionär und systemsprengend. (...) Wer aber die gesellschaftlichen Verhältnisse grundlegend verändern möchte, muss auch offen sein für Gedanken über bewaffnete Kämpfe, deren Vorbereitung schon in vorrevolutionären Epochen zur Praxis werden muss, damit es nicht einmal zu spät dafür sein wird. (...) Anarchist/innen und Kommunist/innen stehen für eine antagonistische Politik und die Unversöhnlichkeit mit den herrschenden Verhältnissen. Ein Schritt um letztere zu überwinden ist es, alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist.“

Zu den im Rahmen des Ermittlungsverfahrens der Bundesanwaltschaft durchgeführten Exekutivmaßnahmen entschied der Bundesgerichtshof, dass es sich bei der „militanten gruppe“ (mg) nicht um eine terroristische Vereinigung im Sinn des § 129a StGB handle, sondern um eine kriminelle Vereinigung nach § 129 StGB.

*Kriminelle
Vereinigung*

Die militanten Aktionen, die vor dem G8-Gipfel in Heiligendamm schwerpunktmäßig im norddeutschen Raum stattgefunden haben, wurden in der Ausgabe Nr. 662 der „INTERIM“ vom 26. Oktober als „Eckpfeiler der Gegenmobilisierung“ bezeichnet. Auch zu einer Wahrnehmung der Protestinitiativen insgesamt hätten diese entscheidend beigetragen. Die gewalttätigen Aktionen während des G8-Gipfels wurden scene-intern überwiegend als legitim und auch als Erfolg betrachtet. Die der Partei DIE LINKE. nahestehende Publikation „junge Welt“ (jW) veröffentlichte in der Ausgabe vom 4. Juni hinsichtlich der von Autonomen anlässlich des G8-Gipfels begangenen brutalen Gewalttätigkeiten folgendes Resümee:

„Wir sind der Polizei nicht wehrlos ausgeliefert! Es ist möglich, auch diese Robocop-Einheiten der Polizei in Schach zu halten, stellenweise sogar in die Flucht zu schlagen. (...) Die üblichen Formulierungen, wonach sich einige Gewalttäter unter die friedlichen Demonstranten gemischt hätten, wie es auch diesmal wieder von einigen Bündnisorganisationen hieß, ignorieren die Tatsache, dass diese Militanten ein legitimer Bestandteil der Bewegung sind, solange Kampfseinheiten der Polizei Bestandteil des Staates sind.“

3.1.3.2 Antifaschismus

Neben den Gegenaktionen zum G8-Gipfel blieb auch der Antifaschismus ein wichtiges Dauerthema für gewaltbereite Linksextremisten. Der Antifaschismus der Autonomen beinhaltet, wie bei anderen Linksextremisten, jedoch nicht allein den Kampf gegen Rechtsextremismus, sondern auch gegen den demokratischen Staat. Für ihre Übergriffe auf Rechtsextremisten nutzen gewaltbereite Linksextremisten noch immer überwiegend Kundgebungen gegen rechtsextremistische Auftritte - oft auch des bürgerlichen Spektrums - als Forum für Gewalttaten. Anlässlich rechtsextremistischer Veranstaltungen ist nach wie vor eine hohe Gewaltbereitschaft bis hin zu gezielten Angriffen gegen einzelne tatsächliche oder vermeintliche Rechtsextremisten festzustellen. Von den 76 in Bayern verübten linksextremistisch motivierten Gewalttaten entfallen 60 auf diesen Bereich.



Hauptmotiv der
Gewalttaten

„Antifa-Recherche“

Neben Veranstaltungen und Aktionen gegen rechtsextremistische Kundgebungen und Demonstrationen setzen Autonome verstärkt auf eine ereignisunabhängige „Antifa-Recherche“. Dabei spähen sie ihre politischen Gegner gezielt aus und veröffentlichen deren „Steckbriefe“ in ihren Publikationen, auf Flugblättern und im Internet. Diese Informationen können der autonomen Szene zur Vorbereitung von militanten Aktionen dienen. In einem Flugblatt, das in der unmittelbaren Nach-

barschaft eines mittelfränkischen Rechtsextremisten verteilt wurde, formulieren die Verfasser dies beispielsweise so:

„Daher ist es wichtig sich dem rechten Treiben selbstbewusst in die Quere zu stellen. (...) Also werdet aktiv gegen Neonazis und den ihrem Denken zugrunde liegenden Ideologien.“

Gerade im Rahmen des Antifaschismus betreiben Autonome eine nach wie vor rege Bündnispolitik. Neben kontinuierlich arbeitenden „Aktionsbündnissen“, die zumeist auf lokaler bzw. regionaler Ebene überwiegend mit linksextremistischen Gruppierungen und Parteien wie in Nürnberg kooperieren, gibt es auch anlassbezogene Bündnisse, in denen häufig auch demokratische Gruppen und Institutionen mitarbeiten. Diese anlassbezogenen Bündnisse dienen primär der Vorbereitung und Koordinierung von Demonstrationen, Versammlungen, Mahnwachen, Informationsständen und anderen Veranstaltungen gegen rechtsextremistische Aktivitäten. Der autonomen antifaschistischen Szene gelingt es jedoch weiterhin nur schwer, derartige Bündnisveranstaltungen zu dominieren.

Bündnispolitik

Die seit ihrem erstmaligen Auftreten Ende 2006 von einem Bündnis überwiegend linksextremistischer bayerischer Gruppierungen getragene Kampagne „Nazis unplugged“ trat hingegen durch signifikante Aktivitäten in Erscheinung. Auf einem Flyer stellt sich die Kampagne u.a. selbst dar:

*Kampagne
„Nazis unplugged“*

„‘Nazis unplugged - Rechten Strukturen den Saft abdrehen‘ ist eine Kampagne von antifaschistischen Gruppen, die sich offensiv gegen die sich weiter verbreitende und personell stärker werdende Naziszene in Bayern wendet. Der Schwerpunkt liegt auf der Zurückdrängung und Bekämpfung neonazistischer Infrastruktur. Darunter verstehen wir zum einen Rückzugsorte - wie Wohnprojekte, Kneipen und andere private Treffpunkte - natürlich aber auch die Orte des rechten Lifestyles, in denen versucht wird, neue AnhängerInnen zu gewinnen, also: Läden, die neonazistische Kleidung und Musik vertreiben, (Internet) Versände und politische Veranstaltungsorte.“



Auch Autonome der Kampagne „Nazis unplugged“ veranstalteten oder beteiligten sich in **Bayern** u.a. an folgenden gegen den Rechtsextremismus gerichteten Aktivitäten:

*Aktionen
in Bayern*

Am 20. Januar fand in München eine von Linksextremisten angemeldete und von der Kampagne „Nazis unplugged“ unter dem Motto „Wenn die Antifa dreimal klingelt ...“ beworbene Demonstration statt. Der Aufzug führte dabei an von Rechtsextremisten bewohnten bzw. genutzten Orten der Münchener Innenstadt vorbei. Von den bis zu 180

Demonstrationsteilnehmern wurde der Sprechchor „Nazis morden, der Staat schiebt ab - das ist das gleiche Rassistenpack“ skandiert.

Am 24. Februar beteiligten sich in Augsburg bis zu 1.500 Personen an einer Demonstration gegen einen Aufzug des rechtsextremistischen „Augsburger Bündnis - Nationale Opposition e.V.“. Zu der Gegenkundgebung hatte eine Vielzahl unterschiedlicher Personen und Gruppen aus dem bürgerlichen, dem Parteien-, aber auch dem autonomen Antifa-Spektrum aufgerufen. Im Laufe des rechtsextremistischen Aufzugs schlossen sich mehrmals Gegendemonstranten zu größeren Einheiten zusammen und blockierten die Wegstrecke z.B. durch Sitzblockaden auf Straßenbahnschienen. Etwa 50 Linksextremisten versuchten, die polizeiliche Absperrung zu durchbrechen, um den rechtsextremistischen Aufzug anzugreifen. Insgesamt wurden 14 Personen festgenommen, davon elf aus dem links- und drei aus dem rechtsextremistischen Spektrum.

Ebenfalls in Augsburg versammelten sich am 31. März etwa 20 schwarz gekleidete und überwiegend verummte Linksextremisten vor der Zufahrt einer Gaststätte, in der die rechtsextremistische DVU eine Vortragsveranstaltung abhalten wollte. Die Autonomen versuchten, die ankommenden Teilnehmer an der Zufahrt zu hindern, indem sie mit Fußtritten und Faustschlägen die Fahrzeuge der Rechtsextremisten attackierten. Dabei wurde auch die Windschutzscheibe eines völlig unbeteiligten Autofahrers zerstört. Die Polizei nahm 21 Aktivisten fest. Gegen sie wird wegen des Verdachts des Landfriedensbruchs, der Nötigung und Verstößen gegen das Versammlungsgesetz ermittelt.



Einem Aufruf der Kampagne „Nazis unplugged“, sich einem Sonderverkaufstag des in Geiselhöring, Landkreis Straubing-Bogen, ansässigen Wikingerversandes am 7. April entgegenzustellen, folgten bis zu 180 Personen. Unter dem Motto „Wikingerversand dichtmachen! - Nazis beim Shoppen stoppen!“ beteiligten sie sich an einer Demonstration.

In Nürnberg war am 1. Mai ein Aufzug der rechtsextremistischen Szene mit 200 Teilnehmern Anlass für mehrere Gegenkundgebungen mit bis zu 5.000 Teilnehmern, darunter auch Linksextremisten. An einer von der „Initiative Neue ArbeiterInnenbewegung“ veranstalteten Demonstration nahmen etwa 2.000 Personen teil, darunter 500 in einem „Schwarzen Block“. Gewalttätige Versuche, die Absperrung zur rechtsextremistischen Versammlung zu durchbrechen, konnte durch starke Polizeipräsenz verhindert werden. Demonstranten warfen außerdem mit

Flaschen und Steinen. Ein Ziel war dabei auch der damalige Bayerische Staatsminister des Innern während seiner Rede auf der Kundgebung der Stadt Nürnberg. Insgesamt kam es seitens der Polizei zu 44 Freiheitsentziehenden Maßnahmen.

Ebenfalls im Namen der Kampagne „Nazis unplugged“ und unter dem Motto „4 gewinnt!“ fand am 30. Juni eine so genannte „Outing-Aktion“ in vier Städten Unterfrankens statt. Durch eine Flugblattaktion versuchte man die Bevölkerung über die in ihrer Nachbarschaft lebenden Rechtsextremisten aufzuklären. In einer Internet-Veröffentlichung heißt es dazu:

„Unter dem Motto „4 gewinnt!“ rissen die Gruppen die FaschistInnen durch vier Outing-Aktionen aus ihrer Anonymität und machten dadurch auf die gefestigten Neonazi-Strukturen in Unterfranken aufmerksam. Dabei wurde durch Postwurfsendungen auf die Neonazi-Nachbarschaft aufmerksam gemacht.“

Wie in den Vorjahren wurde die für den 18. August geplante rechts-extremistische zentrale Heß-Gedenkveranstaltung in Wunsiedel verboten; trotzdem fanden „antifaschistisch“ motivierte Protestaktivitäten von Linksextremisten in geringerem Umfang statt. Auch der „Anti-faschistische Aktionstag“ in Wunsiedel wurde abgesagt. In München protestierten an diesem Tag etwa 500 Personen, darunter auch Linksextremisten, gegen einen Aufzug von etwa 100 Rechtsextremisten, der von diesen als „Heß-Ersatzveranstaltung“ angesehen wurde. Die Proteste der Gegendemonstranten verliefen teilweise gewalttätig.

3.1.3.3 Anti-Globalisierungs-Proteste

Das Aktionsfeld Anti-Globalisierung bildete aufgrund des G8-Gipfels, der vom 6. bis 8. Juni in Heiligendamm, Mecklenburg-Vorpommern, stattfand, das bundesweite Schwerpunktthema der Autonomen. Nachdem autonome Gruppierungen bereits im Jahr 2005 mit Planungen für eine möglichst breite Mobilisierungskampagne begonnen hatten, wurden die Aktivitäten bis zum Beginn des G8-Gipfels in beträchtlichem Umfang fortgesetzt. Die Mobilisierungskampagne gegen den G8-Gipfel beschränkte sich in Teilen des linksextremistischen Spektrums nicht nur auf Informations- und Mobilisierungsveranstaltungen oder publizistische Aktivitäten; vielmehr erfolgten seit Juli 2005 eine Reihe von Anschlägen auf Fahrzeuge und Gebäude von Firmen oder staatlichen Stellen, die in Selbstbeichtigungsschreiben mit dem G8-Gipfel begründet wurden. Durch diese Brandanschläge entstanden erhebliche Sachschäden, im Einzelfall sogar in Millionenhöhe.

G8-Gipfel

Zahlreiche Anschläge



Auch in Bayern gab es Mobilisierungsaktivitäten und Aktionen im Zusammenhang mit dem G8-Gipfel. Anfang des Jahres startete die Münchner linksextremistische Szene eine Mobilisierungsaktion für Gegenveranstaltungen zum G8-Gipfel. Mit Blick auf die 43. Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik vom 9. bis 11. Februar forderten linksextremistische Gruppierungen in einem Flugblatt „SIKO & G8 angreifen“:

„Von München nach Heiligendamm - NATO-Kriegskonferenz und G8 angreifen! G8 blockieren und versenken!“

Im Internet sowie auf Flugblättern und in Broschüren wurde zur Blockade des Militärflughafens Rostock-Laage am 5. Juni aufgerufen mit dem Ziel, die Anreise der G8-Gipfelteilnehmer zu blockieren. Nachdem das Amtsgericht

München wegen des Verdachts der öffentlichen Aufforderung zu Straftaten Exekutivmaßnahmen angeordnet hatte, durchsuchte die Polizei am 17. Januar verschiedene Objekte in München, die vorwiegend der globalisierungskritischen Szene zugerechnet werden. Es wurden mehrere Computer, Flugblätter und Broschüren sowie Druckvorlagen mit strafbarem Inhalt beschlagnahmt.

Durchsuchungen in München

Die linksextremistische Szene veranstaltete daraufhin am 19. Januar in München eine Demonstration gegen „staatliche Repression“, an der sich etwa 120 Personen, vorwiegend aus dem linksextremistischen bzw. autonomen Bereich, beteiligten. Die Veranstaltung diente auch der Mobilisierung für weitere Protestveranstaltungen gegen die 43. Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik.

Demonstration in Nürnberg

Im Rahmen eines Aktionstags veranstaltete das „Sozialforum Nürnberg“ unter dem Motto „Gegen den G8-Gipfel - Auf nach Heiligendamm“ am 26. Mai in Nürnberg eine Demonstration. An der Veranstaltung beteiligten sich etwa 500 Personen, darunter etwa 60 Angehörige des autonomen Spektrums. In der Nähe eines schweizerischen Pharma-Konzerns gab es eine Zwischenkundgebung. Die Deutschlandzentrale der Firma war am 10. Mai Ziel eines Farbbeutelanschlags und von Beschädigungen durch Klebeaktionen gewesen. Eine „Autonome Gruppe Alles für Alle“ hatte sich in einem Schreiben zu der von unbekanntem Tätern verübten Aktion bekannt. Auch bei der Schlusskundgebung skandierten die Demonstrationsteilnehmer wiederholt Parolen gegen den Pharma-Konzern. Außerdem propagierten die Kundgebungsredner Blockadeaktionen während des G8-Gipfels in Heiligendamm. Die Mobilisierung zu der Protestveranstaltung erfolgte über Szene-Seiten im Internet sowie durch die Verteilung von Flugblättern in der

Region, für die sich das „Lokale Anti-G8-Bündnis Nürnberg/Fürth/Erlangen“ sowie die „Organisierte Autonomie Nürnberg“ (OA) verantwortlich zeigten. Als Unterstützer traten die linksextremistischen Gruppierungen „Antifaschistische Linke Fürth“ (ALF), „Autonome Jugend Antifa“ (AJA), „Pension Ost“ und die „radikale Linke“ (rL) auf.

Auch unmittelbar vor und während des G8-Gipfels gab es in der weiteren Umgebung des Veranstaltungsorts eine Vielzahl von Protestveranstaltungen, die langfristig von Linksextremisten sowie nicht-extremistischen globalisierungskritischen Gegnern geplant waren.

Am 28. Mai beteiligten sich in Hamburg etwa 4.000 Personen an einer Demonstration gegen das „Asia-Europe Meeting“ (ASEM). Zu der Demonstration hatte ein maßgeblich von Hamburger Autonomen bestimmtes „Bundesweites Bündnis gegen EU und G8-Gipfel“ aufgerufen. Mehr als die Hälfte der Demonstrationsteilnehmer war dem linksextremistischen Spektrum zuzurechnen; ein „Schwarzer Block“ an der Spitze des Aufzugs umfasste etwa 500 Personen. Aus diesem Personenkreis wurden Polizeibeamte mit Flaschen und Farbbeuteln beworfen sowie mit Signalmunition beschossen. Auch nach Auflösung der Demonstration durch den Veranstalter kam es zu massiven Angriffen auf die Polizei. Es bildeten sich militante Störergruppen, die im Innenstadtgebiet in Kleingruppentaktik gegen die Polizei vorgingen, Straßen blockierten und brennende Barrikaden errichteten. Eine Person versprühte eine gasähnliche Substanz, wodurch 175 Polizeibeamte Augen-, Haut- und Schleimhautverletzungen erlitten. Insgesamt wurden 179 Polizeibeamte verletzt. Die Polizei nahm 34 Personen vorläufig fest und 86 in Gewahrsam. In Stellungnahmen im Internet werteten mutmaßliche Linksextremisten die zum „Warmlaufen für den G8-Gipfel“ hochstilisierte Demonstration gegen das ASEM-Treffen als einen „Punktsieg für die Aktivisten“.



*Massive
Ausschreitungen*

Zu massiven Ausschreitungen und einer bislang nicht gekannten Brutalität gegenüber Polizeibeamten kam es während einer „Internationalen Großdemonstration“ am 2. Juni in Rostock. Unter dem Motto „Eine andere Welt ist möglich“ nahmen etwa 30.000 Demonstranten teil. Nach noch friedlich verlaufenen Auftaktkundgebungen bewegten sich zunächst zwei Demonstrationzüge durch die Rostocker Innenstadt zum Ort der gemeinsamen Abschlusskundgebung am Stadthafen. Aus einem der beiden Demonstrationzüge kam es während des Zugverlaufs seitens eines 2.000 Personen starken „Schwarzen Blocks“ zu ersten Störungen. Die Lage eskalierte, als am Stadthafen ein besetztes Polizeifahrzeug massiv angegriffen und schwer beschädigt wurde.

Dabei konnten sich die Polizeibeamten zwar dem Angriff entziehen, sie wurden jedoch erheblich verletzt. Parkende Fahrzeuge von Anwohnern wurden umgestürzt und teilweise in Brand gesetzt, Polizeibeamte wurden mit Pflastersteinen, Flaschen und Molotowcocktails beworfen. Es wurden mehr als 400 Polizeibeamte und über 500 Demonstranten verletzt.

*Aktionisten
aus Bayern*

Auch im weiteren Verlauf des G8-Gipfels kam es zu zahlreichen Flaschen- und Steinwürfen auf Polizeibeamte, Blockadeaktionen und Angriffen auf Absperreinrichtungen. Auch Globalisierungskritiker aus ganz Bayern waren zu den Kundgebungen angereist, darunter rund 500 - überwiegend gewaltbereite - Linksextremisten. Die Angehörigen des gewaltbereiten Spektrums kamen mehrheitlich aus Nürnberg und München.

*Aufruf zur
Tötung von
Polizeibeamten*

Im Nachgang zu den gewalttätigen Ausschreitungen reagierte die linksextremistische Szene mit verschiedenen Verlautbarungen. Beispielsweise wurde festgestellt, dass die Aktionsform der Autonomen, die einen nicht unwesentlichen Teil der globalisierungskritischen Bewegung ausmachen würden, legitim sei. Tausende Demonstranten hätten sich nicht mehr damit abgefunden, nur zu reagieren oder sich zu verteidigen, stattdessen habe man selbst die Initiative ergriffen und mit vollem Bewusstsein angegriffen. Bei den Angriffen auf die Polizei habe es sich nämlich um zielgerichtete Aktionen gehandelt. In Internet-Beiträgen wurde auch zur Tötung von Polizeikräften und ihrer Familien aufgerufen.

Im Laufe der „Aktionswoche“ vor und während des G8-Gipfels wurden insgesamt 1.185 Personen in Gewahrsam bzw. vorläufig festgenommen, darunter 43 aus Bayern sowie 274 Aktivisten ausländischer Herkunft.

3.1.3.4 **Antiiperialismus**

Obwohl das Themenfeld „Antiiperialismus“ im Vergleich zu den letzten Jahren an Bedeutung verloren hat, hielten wieder Teile der autonomen Szene unvermindert an den Protestaktionen gegen die alljährliche Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik fest (vgl. auch Nummer 2.5 dieses Abschnitts).

*Rote Armee
Fraktion (RAF)*

Im Zusammenhang mit dem 30. Jahrestag der Selbstmorde der Angehörigen der ehemaligen RAF (Rote Armee Fraktion) Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Jan Carl Raspe sowie der Haftentlassungen von Brigitte Mohnhaupt und Eva Haule gab es eine verstärkte Diskussion über die Anschläge der RAF. Dabei wurde vor allem die Frage nach der

Reue für die Taten und die Diskussion über die weitere Aufklärung von Straftaten thematisiert. Die Ablehnung des Gnadengesuchs des inhaftierten RAF-Terroristen Christian Klar fand besondere Aufmerksamkeit und wurde thematisch auch bei Demonstrationen aufgegriffen. Maßgeblicher Anlass für die Diskussion war ein auf der Rosa-Luxemburg-Konferenz in Berlin verlesenes Grußwort von Christian Klar. Darin hieß es:

„... wie sieht das in Europa aus? Von hier aus rollt weiter dieses imperiale Bündnis, das sich ermächtigt, jedes Land der Erde, das sich seiner Zurichtung für die aktuelle Neuverteilung der Profite widersetzt, aus dem Himmel herab zu züchtigen und seine ganze gesellschaftliche Daseinsform in einen Trümmerhaufen zu verwandeln. Die propagandistische Vorarbeit leisten dabei Regierungen und große professionelle PR-Agenturen, die Ideologien verbreiten, mit denen alles verherrlicht wird, was den Menschen darauf reduziert, benutzt zu werden. (...) Sonst wird es nicht möglich sein, die Niederlage der Pläne des Kapitals zu vollenden und die Tür für eine andere Zukunft aufzumachen ...“

Gnadengesuch
Christian Klar

In einem Interview mit den ehemaligen RAF-Angehörigen Helmut Pohl und Rolf Clemens Wagner, das unter der Überschrift „Wir wollen den revolutionären Prozess weitertreiben“ in der Beilage der der Partei DIE LINKE. nahestehenden Publikation „junge Welt“ (jW) vom 17. Oktober veröffentlicht wurde, äußerten sich diese insbesondere zur Entführung des damaligen Arbeitgeberpräsidenten Dr. Hanns Martin Schleyer und bekannten sich gleichzeitig weiterhin zum Kampf gegen das kapitalistische System. Wagner betonte, dass manche Entscheidungen der RAF - darunter die Entführung Dr. Schleyers - auch aus heutiger Sicht noch richtig seien. Allerdings hätten es damals die RAF-Angehörigen „außerhalb der Knäste“ versäumt, anhand Dr. Schleyers Person und Werdegang „Analyse und Politik“ der RAF zu vermitteln.

Hingegen äußerte der frühere RAF-Angehörige Peter-Jürgen Boock bei einem Fernsehinterview sein Bedauern über das Geschehene.

3.1.3.5 Sozialabbau

Noch immer sehen Linksextremisten bei Personen, die von den sozialpolitischen Reformen der „Agenda 2010“ betroffen sind, ein Mobilisierungs- und Rekrutierungspotenzial und sind bestrebt, die Proteste gegen den Sozialabbau verstärkt agitatorisch und aktionistisch für ihre Ziele zu nutzen. Die diesjährige „Revolutionäre 1. Mai-Demonstration“ in Nürnberg stand unter dem Motto „1. Mai - Kein



Maikundgebungen Naziaufmarsch“ und damit im Kontext zu einer am selben Tag stattfindenden Veranstaltung der NPD. An dem Aufzug beteiligten sich bis zu 2.000 Protestteilnehmer, unter denen Linksextremisten einen aus bis zu 500 Personen umfassenden antikapitalistischen „Schwarzen Block“ bildeten. Die „Revolutionäre 1. Mai-Demonstration“ wurde so zeitgerecht beendet, dass sich die Teilnehmer an die Proteste gegen die NPD anschließen konnten (vgl. auch Nummer 3.1.3.2 dieses Abschnitts).

Auch in der Landeshauptstadt München führten Autonome eine eigene „Revolutionäre 1. Mai-Demonstration“ durch. Unter dem Motto „Gegen Lohnraub und Sozialkahlschlag, Kapitalismus abschaffen, gegen Rassismus, Patriarchat und Faschismus; gegen polizeiliche Repression“ beteiligten sich etwa 180 Personen, von denen der überwiegende Teil dem regionalen autonomen Spektrum zuzurechnen war.

3.2 Antideutsche Strukturen

*Extremes
Antifaschismus-
verständnis*

Innerhalb des bundesweiten linksextremistischen Spektrums hat die Bedeutung der so genannten Antideutschen zugenommen. Das besondere und verbindende Element des facettenreichen und vergleichsweise noch jungen Phänomens ist ein extremes Antifaschismusverständnis, das von einer klaren pro-israelischen und pro-amerikanischen Haltung geprägt ist. Die linksextremistische Strömung der Antideutschen steht somit im deutlichen Gegensatz zu Linksextremisten nach traditionellem Verständnis.

Nach ersten scene-internen Denkansätzen trat die antideutsche Strömung ab Beginn der 90er Jahre vereinzelt, zuletzt aber mit steigender Bedeutung innerhalb der linksextremistischen Szene auf. Kommunistische Kleingruppen entwickelten damals die Vorstellung, dass von einer besonderen Aggressivität eines spezifisch deutschen Faschismus auszugehen sei. Damit werde der nach marxistisch-kommunistischer Anschauung grundsätzlich aus dem Kapitalismus resultierende Faschismus hin zu einem spezifisch deutschen verstärkt. Dies werde durch die deutsche Vergangenheit, insbesondere durch den auf Vernichtung ausgerichteten Antisemitismus belegt. Der Beitritt der fünf neuen Bundesländer wurde daher als Gefahr der Entstehung eines „Vierten Reiches“ angesehen. Der im „Dritten Reich“ begangene Holocaust bewirkte nach linksextremistischer antideutscher Denkweise u.a., dass bis zur weltweiten Überwindung des Antisemitismus Israel als einziger Staat eine „Existenzberechtigung“ habe. Damit wird neben dem überhöhten „Antifaschismus“ eine kompromisslose pro-israelische Haltung ein-

genommen, die auch das außenpolitische Auftreten der USA zum Wohle Israels umfasst. Die Golfkriege und insbesondere die von Palästinensern im Jahr 2000 aufgenommene al-Aksa-Intifada ließen die Israel-Solidarität zum zentralen Thema der antideutschen Strömung werden.

Israel-Solidarität

Die herkömmlich linksextremistische Ansicht, wonach Israel als kapitalistische und imperialistische Besatzungsmacht zum Nachteil des palästinensischen Volks handelt, wird von der antideutschen Strömung als antizionistisch und antisemitisch verurteilt. Mit der zunehmenden Bedeutung der antideutschen Strömung innerhalb des linksextremistischen Spektrums verstärkt sich dieser Konflikt. Der Streit um damit verbundene fundamentale linksextremistische Prinzipien hat auch innerhalb der autonomen Szene zu einer inhaltlichen, organisatorischen und aktionistischen Spaltung in pro-israelische und pro-palästinensische Strukturen geführt. Gemeinsame Aktivitäten zwischen „traditionellen“ Linksextremisten und Anhängern der antideutschen Strömung scheinen deshalb nur dann möglich, wenn sie gegen den gemeinsamen „Feind“, die Rechtsextremisten, gerichtet sind.



Das antideutsche Politikverständnis zieht zum einen Linksextremisten aus dem revolutionär-marxistischen Spektrum an, die sich an der Lehre von Karl Marx orientieren und Wert auf ideologische Ausbildung, z.B. in Form von Seminaren und Vortragsveranstaltungen, legen; zum anderen fühlen sich auch Teile der gewaltbereiten autonomen Szene mit zunehmender Tendenz vom extremen Antifaschismusverständnis der antideutschen Strömung und der Israel-solidarischen Haltung angesprochen. Vor allem handlungsorientierte junge autonome Antifa-Gruppen werden unter dem Minimalkonsens der Solidarität mit Israel im Rahmen ihrer „Antifaschismusarbeit“ in der Öffentlichkeit aktiv. Sie zeigen ihren Protest gegen die als faschistisch diffamierte Bundesrepublik Deutschland, gegen Rechtsextremisten sowie gegen jede Form von Kritik am Staat Israel bei Demonstrationen und Kundgebungen, beispielsweise bei einem nicht angemeldeten Protest, der gegen die zentrale Gedenkfeier der Stadt Augsburg zum Volkstrauertag am 18. November gerichtet war. Die etwa 30 Demonstranten skandierten Parolen wie „Nie wieder Deutschland“ und führten eine israelische Nationalflagge sowie eine Fahne der Antifa mit sich.

*Demonstration
in Augsburg*

Die Mischung aus dogmatisch kommunistischen Theoretikern und zu meist jungen autonomen Aktivisten macht die antideutsche Erscheinungsform zu einer sehr dynamischen und um Vernetzung bemühten eigenständigen linksextremistischen Szene.

3.3 Linksextremistisch motivierte Straftaten

3.3.1 Gewalttaten

Anwendung von Gewalt

Angehörige der autonomen Szene halten Gewaltanwendung zur Überwindung des kapitalistischen Systems für legitim. Sie rechtfertigen Gewalt als angeblich erforderliches Mittel gegen die „strukturelle Gewalt“ eines „Systems von Zwang, Ausbeutung und Unterdrückung“. So wird in dem von Autonomen herausgegebenen Buch „Autonome in Bewegung“ zum Thema Gewalt ausgeführt:

„Militanz ist in unseren Augen notwendiger Bestandteil linksradikaler Politik, sowohl im allgemeinen Sinn der konsequenten, kämpferischen Haltung an sich, als auch im engeren Sinn von politischer Gewalt. Dass dies ein höheres Maß an Verantwortung erfordert als das Bilden von Licherketten ist selbstverständlich. Doch wer auf die Option der Militanz verzichtet, beraubt sich selbst der notwendigen Mittel gegen ein System der Herrschaft, dem allein mit den besseren Argumenten nicht beizukommen ist.“

(aus: A.G. Grauwacke: „Autonome in Bewegung“, Berlin, Hamburg, Göttingen, o.J., Seiten 380/381)

Die Anwendung von Gewalt wird von den Autonomen aber auch als legitimes Mittel zur „Bekämpfung“ von Rechtsextremisten als politischem Gegner erachtet. Die in der Vergangenheit an „Rechten“ begangenen Körperverletzungsdelikte machen deutlich, dass Autonome diesen jedes Recht auf politische Betätigung absprechen.

Im Vergleich zum Jahr 2006 mit 862 Gewalttaten gab es im Bundesgebiet im Jahr 2007 insgesamt 833 Gewalttaten. Den aktionistischen Höhepunkt für die gewaltbereite linksextremistische Szene Deutschlands stellten die langfristig vorbereiteten Proteste gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm dar. Auch eine Vielzahl bayerischer Autonome war nach Mecklenburg-Vorpommern gereist, um sich den Protesten anzuschließen. Anlässlich der über den gesamten Tagungszeitraum durchgeführten Gegenveranstaltungen kam es mehrfach zu gewaltsamen Aktionen von Autonomen, zum Teil unter internationaler Beteiligung. Die Ereignisse haben das enorme Gewaltpotenzial der linksextremistischen autonomen Szene verdeutlicht (vgl. auch Nummer 3.1.3.3 dieses Abschnitts).

Leichter Anstieg in Bayern

In Bayern ist eine Steigerung von 71 im Jahr 2006 begangenen Gewaltdelikten auf nunmehr 76 Gewaltdelikte festzustellen. Dabei hat sich vor allem im Bereich des „Antifaschismus“ die Zahl der Gewalttaten von 50 auf 60 erhöht. Diese Taten richteten sich wie in der Vergangenheit jedoch meist nicht unmittelbar gegen den politischen Gegner. Vielmehr ist die Polizei als staatliches „Repressionsorgan“ vermehrt das Ziel links-

extremistisch aggressiven Verhaltens. Betroffen hiervon sind insbesondere die zur Gewährleistung des grundgesetzlich geschützten Versammlungsrechts eingesetzten Polizeibeamten, die durch ihre Präsenz Übergriffe verhindern sollen. Linksextremistische Gewalttäter sprechen insoweit auch Polizeibeamten das Grundrecht auf Unversehrtheit der Person ab. Von den 76 Gewalttaten richteten sich allein 49 gegen Polizisten (2006: 44). Ein Vergleich mit den 82 rechtsextremistisch motivierten Gewalttaten in Bayern zeigt, dass die linksextremistisch motivierten Gewaltdelikte entgegen den Vorjahren nicht mehr den größten Teil der politisch motivierten Gewalttaten ausmachen.

*Gewalt gegen
Polizeibeamte*

Beispiele für die im Berichtszeitraum verübten Gewalttaten sind folgende Vorfälle:

Einzelfälle

Anlässlich einer Protestveranstaltung gegen die Münchner Sicherheitskonferenz warf ein Demonstrant am 10. Februar gezielt eine Flasche gegen einen Polizeibeamten. Bei seiner Festnahme leistete er Widerstand und biss einen Polizeibeamten in die Hand.

Vor Beginn einer Veranstaltung der rechtsextremistischen DVU am 31. März sammelten sich 21 schwarz gekleidete und zum Teil verummte Personen vor der Zufahrt zum Parkplatz des Veranstaltungsorts und versuchten, Teilnehmer der DVU-Veranstaltung am Zutritt zu hindern. Sie traktierten die Fahrzeuge mit Faustschlägen und Fußtritten und beleidigten die Insassen. Dabei wurde auch die Frontscheibe eines Pkw zertrümmert.

Bei einer Gegenveranstaltung zu einer NPD-Demonstration am 1. Mai in Nürnberg trat eine Teilnehmerin von hinten an einen in einer Polizeikette stehenden Polizeibeamten heran, packte ihn am Helm und dreht ihm schmerzhaft den Hals. Anschließend riss sie den Helm heftig nach hinten, so dass der Beamte zu Fall kam und sich am Knie verletzte.

Als ein Polizeibeamter am 20. Juli eine Frau, die an einer Gegen demonstration zu einem Marsch der rechtsextremistischen JN teilnahm, daran hindern wollte, eine Absperrung zu überwinden, schlug sie den Beamten mit einer Fahnenstange auf den Kopf.

Am Abend des 2. Oktober wurden vier Berufsschüler in Kulmbach von ein paar jungen Männern angesprochen. Einer der Berufsschüler trug Springerstiefel und hatte sehr kurz geschorenen Haare, weshalb er gefragt wurde, ob er ein Nazi sei. Als er und seine Begleiter dies verneinten begann einer der anderen jungen Männer nach einer verbalen Auseinandersetzung mit der Faust auf den Gefragten einzuschlagen. Nachdem der Angegriffene zu Boden gegangen war, schlugen und traten

mehrere Personen auf ihn ein. Der geschädigte Berufsschüler erlitt einen Nasenbeinbruch sowie erhebliche Schürfwunden und Prellungen am ganzen Körper.

3.3.2 Sonstige Straftaten

Die Gesamtzahl der in Bayern bekannt gewordenen sonstigen links-extremistisch motivierten Straftaten betrug 95 und hat damit gegenüber dem Jahr 2006 (69) erheblich zugenommen. Dabei handelte es sich vor allem um Sachbeschädigungen, aber auch um Delikte wie Beleidigung oder Verunglimpfung des Staates und seiner Symbole.

Beispielsweise wurde in einem Internet-Artikel das Zustandekommen einer Verurteilung wegen Verunglimpfung des Staates und seiner Symbole veröffentlicht. Der Autor ist nach eigener Darstellung selbst Betroffener und wegen seiner Äußerung „BRD - Bullenstaat - Wir haben dich zum Kotzen satt“ verurteilt worden. In dem Textbeitrag wird zu dieser Aussage Stellung genommen und dabei auf die erneute Feststellung Wert gelegt, dass es sich bei der Bundesrepublik Deutschland als ein „Bullenstaat gerierendes Gebilde“ handele, so dass diese Bezeichnung gerechtfertigt sei. Es wurden erneut Ermittlungen eingeleitet.

Auf einer Länge von zehn Metern beschmierten bislang unbekannte Täter die Außenfassade des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge in Nürnberg mit der Parole (Fehler übernommen) „Solidarität muss praktisch werden, Feuer + Flamme den Abschiebebehörden, Antirar!“.

In der Innenstadt Münchens wurden vermutlich durch denselben Täter an unterschiedlichen Tatorten mit Sprühfarbe u.a. die Parolen „Freiheit für Christian Klar“, „Weg mit dem § 129!“ und „Freiheit statt Schäuble“ angebracht. Es entstand ein Sachschaden von etwa 1.500 Euro.

4. Übersicht über erwähnenswerte linksextremistische und linksextremistisch beeinflusste Organisationen sowie deren wesentliche Presseerzeugnisse

Organisation (einschließlich Gründungsdatum und Sitz)	Mitglieder Bayern	Ende 2007 Deutschland	Publikationen (einschließlich Erscheinungsweise u. Auflage)
1. Marxisten-Leninisten und andere revolutionäre Marxisten			
1.1 Kernorganisationen:			
Deutsche Kommunistische Partei (DKP) 18 Bezirksorganisationen, aufgeteilt in Kreis- und Grundorganisationen sowie Betriebsgruppen, 26.09.1968, Essen	400	4.200	Unsere Zeit (UZ) wöchentlich, 6.000 Marxistische Blätter zweimonatlich, 2.500 Rundbrief monatlich
DIE LINKE., vormals Die Linkspartei.PDS (neuer Name beschlossen auf dem Parteitag am 16.06.2007) 16 Landesverbände mit Kreisverbänden und Basisorganisationen, Berlin		69.200	Neues Deutschland (ND) - parteinahe Zeitung - werktäglich, 53.600 DISPUT monatlich, 11.000 UTOPIE-kreativ-Diskussion sozialistischer Alternativen monatlich, 800 Mitteilungen der Kommunistischen Plattform der Partei DIE LINKE. monatlich, 1.500
DIE LINKE Bayern mit 35 Kreisverbänden 11.09.1990, München	2.200		TITEL (Informationsforum der Linkspartei.PDS Bayern) unregelmäßig, 1.500
Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD (AB) 1973, München	100	150	Kommunistische Arbeiterzeitung (KAZ) vierteljährlich
Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD) 10 Parteibeirke, über 100 Ortsgruppen und Stützpunkte, 17./18.06.1982, Gelsenkirchen	100	2.300	Rote Fahne wöchentlich, 7.500 REVOLUTIONÄRER WEG unregelmäßig
marx21, vormals Linksuck-Netzwerk (Sozialistische Arbeitergruppe - SAG) 1993, Berlin	10	400	marx21, fünfmal im Jahr

Organisation (einschließlich Gründungsdatum und Sitz)	Mitglieder Bayern	Ende 2007 Deutschland	Publikationen (einschließlich Erscheinungsweise u. Auflage)
Marxistische Gruppe (MG) München 1969/70 AK Rote Zellen, München („aufgelöst“ zum 01.06.1991)	700 (Aktive)	10.000	GEGENSTANDPUNKT Herausgeber: ehemalige Funktionäre der MG vierteljährlich, 7.000

1.2 Nebenorganisationen:

Nebenorganisation der DKP:

Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ) Landesverbände, Kreisverbände und Ortsgruppen, 04./05.05.1968, Essen	110	300	POSITION unregelmäßig, 1.500 KONTRA!
--	-----	-----	--

Nebenorganisationen der MLPD:

Jugendverband REBELL	20	150	REBELL - Beilage zur Roten Fahne -
MLPD-Hochschulgruppen			Galileo - streitbare Wissenschaft

1.3 Beeinflusste Organisationen:

DKP-beeinflusst:

Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschis- tinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) Landesvereinigungen mit Kreis- und Ortsvereinigungen, 15.-17.03.1947, Berlin	700	6.000	antifa zweimonatlich, 9.000
--	-----	-------	--------------------------------

2. Autonome und sonstige gewaltbereite Linksextremisten

Autonome	etwa 600	rund 5.800	zum Teil unregelmäßig erscheinende Szene-Blätter wie: radikal, INTERIM; auf regionaler Ebene u.a. barricada
----------	-------------	---------------	---

3. Von mehreren Strömungen des Linksextremismus beeinflusst

Münchner Bündnis gegen Krieg und Rassismus München	30		
Antifaschistisches Aktionsbündnis Nürnberg	20		

6. Abschnitt

Scientology-Organisation (SO)

	International	Deutschland	Bayern
Mitglieder:	125.000 bis 150.000*	5.000 bis 6.000	etwa 2.600
Vorsitzender:	David Miscavige	Helmuth Blöbaum	Gerhard Böhm
Gründung:	Los Angeles 1952 (Church of Scientology International - CSI -)	München 1972 (Scientology Kirche Deutschland e.V.)	Nürnberg 1982 (Scientology Kirche Bayern e.V.)
Sitz:	Los Angeles, USA	München (in Deutschland unselbständige Teilorganisationen)	München/Nürnberg
Publikationen:	„Freiheit“; „Impact“; „Ursprung“; „Source“ u.a.		

* geschätzte bzw. hochgerechnete Zahlenangaben, die auf Mitglieder- bzw. Aussteigerinformationen basieren

1. Zur Geschichte der SO

Im Jahr 1950 veröffentlichte der amerikanische Science-Fiction-Autor L. Ron Hubbard (1911 bis 1986) in den USA das Buch „Dianetik - Die moderne Wissenschaft der geistigen Gesundheit“ und stellte darin seine „Technologie“ zur „Heilung psychosomatischer Krankheiten und geistiger Störungen“ vor. In den folgenden Jahren wurden so genannte Dianetik-Zentren eingerichtet und schließlich die SO gegründet und aufgebaut. 1952 gründete Hubbard die Hubbard Association of Scientologists International (HASI), die noch nicht den Anspruch erhob, eine Kirche oder angewandte religiöse Philosophie zu sein. Hubbard erkannte jedoch bald die wirtschaftlichen und steuerlichen Vorteile einer Umwandlung seiner Organisation in eine Kirche. Deshalb erklärte er sein von ihm erdachtes Verfahren der Psychomanipulation, das er zusammen mit einer totalitären Organisationslehre und -technik in Form eines Kommandosystems („Admintech“) entwickelt hatte, zur Religion und gründete 1954 die erste „Kirche“. Mitte der 80er Jahre, nach dem Tode Hubbards und intrigenreichen Machtkämpfen innerhalb der Organisation, übernahm David Miscavige die Führung der SO.

Dianetik

*Psycho-
manipulation*

Die SO liegt seit Jahrzehnten im Konflikt mit den Rechtsordnungen demokratischer Staaten. Die Vorwürfe lauten z.B. auf Betrug und Wucher gegenüber Kunden, Bedrohung und Nötigung von Kritikern, auf Verschwörung gegen die Regierung, Steuerhinterziehung und Bildung einer kriminellen Vereinigung. In diesem Zusammenhang kam es weltweit zu zahlreichen Verfahren und Verurteilungen von Funktionären der SO.

2. Ideologie und Ziele der SO

Die „drei Säulen“
der SO

Der ideologische Überbau der SO beruht auf drei Säulen: der Dianetik, der Lehre Scientology und der scientologischen Ethik. Dianetik richtet sich vordergründig an den Einzelmenschen, dogmatisiert aber tatsächlich gesellschaftliche sowie politische Grundsätze und Forderungen. In der Lehre Scientology, die sich an das „Geistwesen“ des Menschen, den so genannten Thetan, mit seinen verschiedenen Stufen der Befreiung richtet, prophezeit Hubbard, er kehre auf die Erde nicht als religiöser, sondern als politischer Führer des Universums zurück. Die scientologische Ethik beschreibt die Disziplinierungstechnologie für Mitglieder, Mitarbeiter und die gesamte Gesellschaft.

„Thetan“

policy letters



Die Ideologie der SO stützt sich ausschließlich auf die Schriften von L. Ron Hubbard. Vor allem seine programmatischen Äußerungen werden in den so genannten Richtlinienbriefen („policy letters“) den Mitgliedern und Mitarbeitern als verbindliche Orientierung vorgegeben. Die Analyse zahlreicher Schriften der SO zeigt den generellen Anspruch auf absolute Gültigkeit der scientologischen Ideologie. Den Mitgliedern wird suggeriert, dass die SO das Universalinstrument sei, mit dem alle politischen und gesellschaftlichen Probleme gelöst werden könnten. Darüber hinaus erfasst die SO den Menschen in all seinen persönlichen, zwischenmenschlichen und gesellschaftlich-politischen Lebensbereichen, sobald er in das Kontrollsystem der Organisation eingebunden ist. Die SO propagiert nicht nur eine verfassungsfeindliche Wertordnung, sondern will sie als verbindlichen Ordnungsfaktor für Staat und Gesellschaft etablieren. Sie gibt sich dabei als eine totalitäre Zwangslehre zu erkennen.

Totalitäre
Zwangslehre

„Admintech“

Schon in seinem grundlegenden Buch „Dianetik“ hatte Hubbard auf die politische Relevanz und die Reichweite seiner Lehre und Technik hingewiesen. Mit der Entwicklung seiner totalitären „Admintech“ hat Hubbard ein sozialtechnisches Instrumentarium geschaffen, um Gruppen gefügig zu machen. Durch effiziente Techniken der Verhaltenskontrolle und -steuerung, der „Technologie“, werden die Mitarbeiter, aber auch die einfachen aktiven Mitglieder, in manipulativer Weise unter ständigen Verhaltenszwang gesetzt, damit sie nach dem internen Sprachgebrauch des Managements wie „Maschinen“ neue Kunden werben und zu Anhängern des Systems machen. Der Leistungsdruck des Systems auf die Mitarbeiter und Mitglieder ist dabei so stark, dass sie sich dem technokratischen Regelwerk der „Admintech“ und den Befehlen der Funktionsträger in der Regel ohne Widerspruch fügen, selbst wenn sie unter Umständen sogar Normen und Dienstpflichten verletzen.

Ziel der SO ist eine ausschließlich nach scientologischen Richtlinien funktionierende Welt. Eine neue „wahre Demokratie“ soll an die Stelle der bisherigen Demokratien treten, die Scientologen als Produkt einer „aberrierten“, d.h. von der Vernunft abweichenden, geisteskranken Gesellschaft ansehen. Alle gesellschaftlichen Probleme sollen dadurch gelöst werden, dass zunächst 10 bis 15 % der politischen Meinungsführer, dann 80 bis 98 % der Bevölkerung „geklärt“ werden und die Gesellschaft schließlich nur noch aus den so genannten Nichtaberrierten, den „Clears“, besteht, wobei die „Unfähigen“ oder „Unwilligen“ nach Hubbard „abseits der Gesellschaft in Quarantäne“ geschafft werden können. Gleichzeitig soll die „Admintech“ weltweit zur Organisation aller gesellschaftlichen Gruppen und der Regierungen eingesetzt werden.

Veränderung der Gesellschaft mit SO-Techniken

„Clears“

Bereits am 20. März 1964 stellte Hubbard in einem Vortrag das Projekt „International City“ vor und erhob darin den Anspruch, weltweit die Regierungen zu beherrschen. Dazu dient auch die Hubbard-Anweisung vom 13. März 1961. Danach soll ein „Department für Behördenangelegenheiten“ u.a. „ständigen Druck auf Regierungen ausüben, um Gesetzgebung von Gruppen zu verhindern, die der Scientology entgegenstehen“. Behörden und unabhängige Gerichte werden von der SO als „Gefahr“ gesehen, der man begegnet, indem „immer ausreichend Drohungen gegen sie gesucht oder erfunden werden“.

Weltherrschaft

Die SO lehnt die bestehenden Rechtsordnungen ab. Der Kreis der Rechtsträger wird auf die „Ehrlichen“ beschränkt, also nur auf diejenigen, die sich der SO verschrieben haben. Im bereits 1959 erschienenen „Handbuch des Rechts“ äußert sich L. Ron Hubbard zur Funktion des scientologischen Rechtssystems. Danach wird es im scientologischen Gesellschaftssystem keine Menschen- und Grundrechte mehr geben, wie sie im Grundgesetz definiert sind. Im scientologischen Rechtssystem sind auch keine unabhängigen Gerichte vorgesehen. Vielmehr erforscht ein nicht an Recht und Gesetz gebundener Nachrichtendienst (vgl. auch Nummer 3.2.5 dieses Abschnitts) Sachverhalte und ergreift Maßnahmen.

Ablehnung bestehender Rechtsordnungen

Scientologisches Rechtssystem

In einem Grundlagenwerk fordert Hubbard „totale Disziplin“. Um die Macht zu behalten - so offenbar der Gedanke von Hubbard in seinem Werk „Einführung in die Ethik der Scientology“ - müsse man kaltblütig, skrupellos, hemmungslos, gegebenenfalls auch heimtückisch, hinterlistig und mit Gewalt gegen die eigenen Feinde vorgehen, ansonsten werde man die Macht verlieren. Die im „Handbuch des Rechts“ empfohlenen Operationen zur „Abwehr“ von „Unterdrückern“ lassen erken-

Abwehr von „Feinden“

Aggressiv-kämpferisches Verhalten

Verunglimpfung von Politikern

„Unterdrückerische Personen“

nen, dass die SO gewillt ist, die im Grundgesetz konkretisierten Grundrechte abzuschaffen oder deren Schutzbereich verfassungswidrig einzuschränken und dadurch eine totale Kontrolle des Einzelnen durch die SO zu erreichen. Verschiedene Aussagen der SO deuten darauf hin, dass sie ihre Ziele aggressiv-kämpferisch verwirklichen will. Alle Aktivitäten der SO sind auf die Expansion der Organisation ausgelegt. In diesem Zusammenhang sind auch Maßnahmen gegen Kritiker zu sehen. Kritiker sind alle Personen und Institutionen, die den Zielen der SO nicht zustimmen und ihrer Verwirklichung entgegenstehen. Für deren „Handhabung“ gibt es detaillierte Anweisungen, wie zu verfahren ist. Aus diesem Grund verunglimpft, beschimpft und verleumdet die SO entsprechend dem immer noch gültigen HCO-Richtlinienbrief vom 11. Mai 1971 seit mehreren Jahren Repräsentanten der Bundesrepublik Deutschland. Darüber hinaus verunglimpft die SO die jetzige deutsche Verfassungsordnung, indem sie diese mit der des nationalsozialistischen Deutschlands gleichsetzt. Personen, die Kritik üben, sollen mit schikanösen bis diffamierenden Attacken als „Feinde“ bekämpft werden. Ziel ist es dabei, die Gegner der SO, die als „unterdrückerische Personen“ bezeichnet werden, mundtot zu machen, um die Expansion des Systems nicht von ihnen gefährden zu lassen. Kritiker werden wegen ihrer Gegnerschaft zur SO diffamiert, öffentlich bloßgestellt, angezeigt und verklagt, bisweilen bedroht, belästigt und zur Zermürbung auch psychisch gequält. In einer nach wie vor gültigen Führungsanweisung Hubbards zum Umgang mit „Unterdrückern“ von 1966 heißt es dazu:

„Leute, die Scientology angreifen sind Verbrecher.“

„Wenn man Scientology angreift, wird man auf Verbrechen hin untersucht.“

„Man ist sicher, wenn man Scientology nicht angreift, auch wenn man nicht auf ihrer Seite ist.“

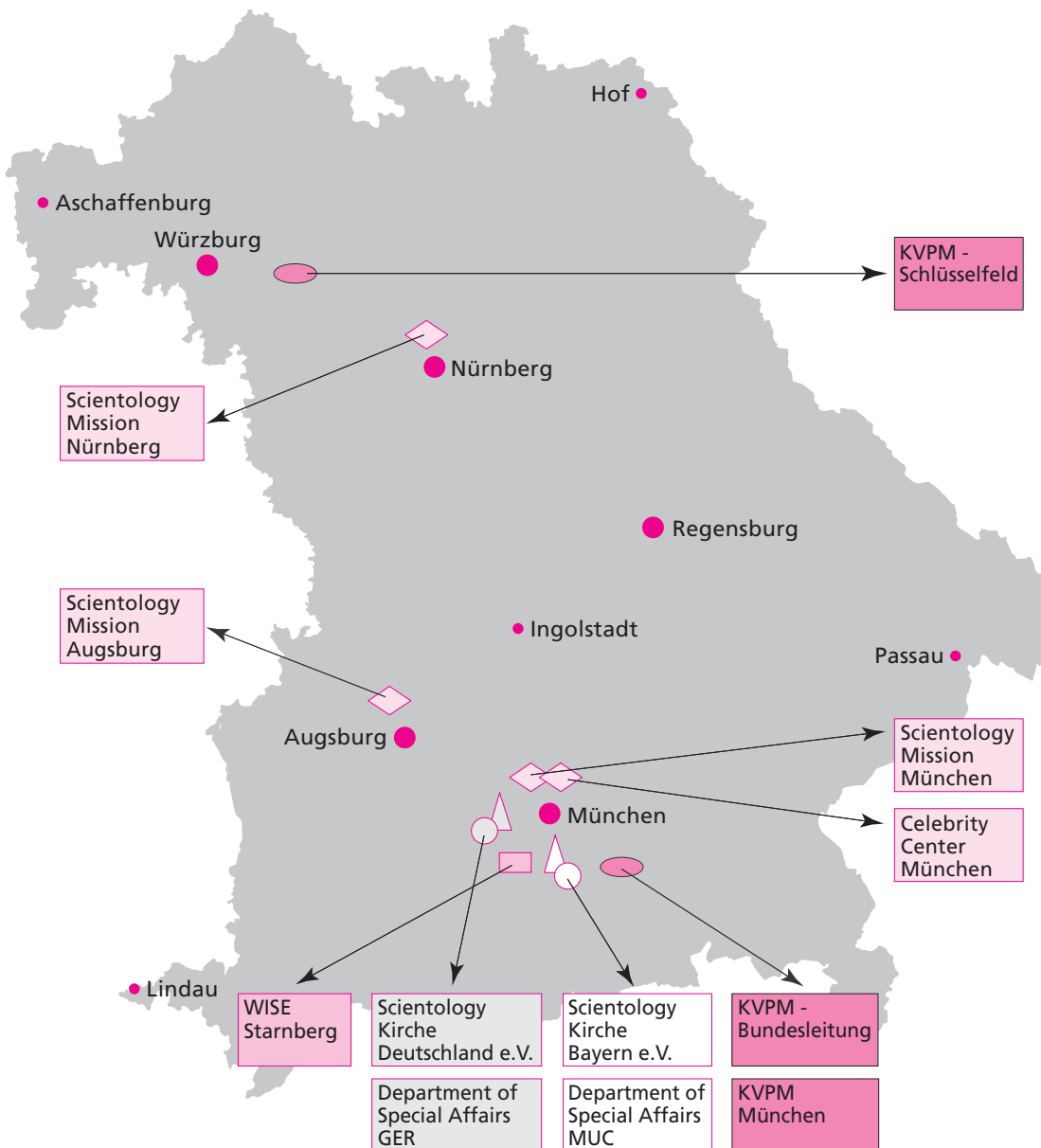
In den USA scheuen sich daher manche Medien, offen gegen die SO Stellung zu nehmen. Auch in Deutschland spionierte die SO ihre Kritiker durch verdeckt arbeitende Mitarbeiter und Privatdetektive bis in ihre Intimsphäre aus, um sie mit ehrenrührigen Behauptungen in der Öffentlichkeit bloßzustellen.

3. Organisations- und Kommandostruktur der SO

3.1 Weltweite Kommandostruktur der SO

Die Einrichtungen der SO in Deutschland erscheinen zwar nach außen als rechtlich selbständig, sind jedoch der strikten Befehls- und Disziplinargewalt des Internationalen Managements in den USA unterworfen

Organisationen der SO in Bayern



und daher unselbständige Teile. Die SO in Deutschland bekennt sich auch in ihren aktuellen Veröffentlichungen ausdrücklich zu ihrem Gründer und seiner unveränderbaren politischen Programmatik.

Das Religious Technology Center (RTC) unter David Miscavige hat die oberste Befehlsgewalt in der SO. Unterhalb des RTC ist das Internationale Management der SO angesiedelt. Dieses hat die Aufgabe, für jeden Sektor der SO Strategien und taktische Pläne zu entwickeln. Hier wird auch die Führung der verschiedenen Sektoren koordiniert. Derartige Sektoren sind u.a. die Bereiche „Church“, WISE, ABLE und OSA. Das Internationale Management besteht demzufolge aus mehreren Gruppen, von denen jede eine ganz bestimmte Verantwortung trägt.

RTC: Befehlszentrale der SO

WDC

Die oberste Stufe dieser Führungsebene ist das Watchdog Committee (WDC). Hierbei handelt es sich um eine „Inspektions- und Überwachungsorganisation“, welche die eigentlichen Management-Gruppen inspiziert und für deren Funktionieren sorgen soll.

3.2 Organisation der SO in Deutschland

3.2.1 „Church“-Sektor

„Orgs“ und „Celebrity Centres“

Derzeit existieren im Bundesgebiet zehn „Kirchen“ (Orgs) und „Celebrity Centres“ (CC), und zwar jeweils eine Org und ein CC in München, Düsseldorf und Hamburg sowie jeweils eine Org in Berlin, Stuttgart, Frankfurt am Main und Hannover. Außerdem gibt es in Deutschland insgesamt 14 „Missionen“, davon neun in Baden-Württemberg, je eine in Bremen und Hessen sowie drei in Bayern, nämlich in München, Nürnberg und Augsburg. Daneben sind noch einige so genannte Feldaudiotorengruppen aktiv.

Scientology Kirche Deutschland e.V. (SKD)

Die genannten Einrichtungen der SO sind in Deutschland überwiegend als eingetragene Vereine organisiert. Als Dachverband fungiert die „Scientology Kirche Deutschland e.V.“ (SKD). Diese Vereine sind jedoch nur scheinbar selbständig; sie haben im weltweiten, aus den USA gesteuerten System kaum eigenständige Funktionen. Faktisch werden die SO-Einrichtungen nicht durch die jeweiligen Vereinsvorstände geleitet, sondern durch die Executive Directors und die sonstigen Funktionsinhaber in den USA über die jeweiligen Verbindungsstellen. Dies ist in den Lizenzverträgen über die Nutzung der Dianetik- und SO-Warenzeichen zwischen der Konzernspitze in den USA und den örtlichen „Kirchen“, „Missionen“ usw. in aller Welt geregelt. So wurden in den vergangenen Jahren beispielsweise Mitglieder der Eliteorganisation Sea-Org aus den USA und dem Kontinentalen Verbindungsbüro in Kopenhagen in deutsche Einrichtungen der SO abgeordnet, um dort Befehle zu erteilen und für die richtige „Handhabung“ der scientologischen Technologie zu sorgen.

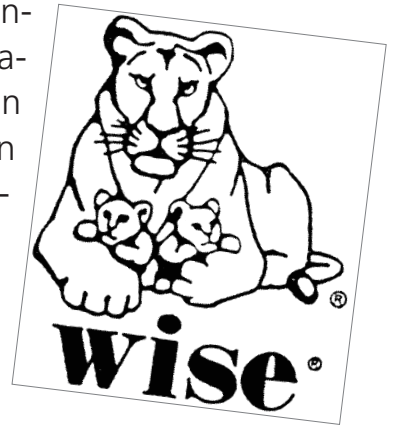
Sea-Org

3.2.2 WISE-Sektor

Geldbeschaffung

Das 1979 von der SO gegründete World Institute of Scientology Enterprises (WISE) besteht aus Geschäftsleuten oder Unternehmen aus allen Bereichen der Wirtschaft. Zweck von WISE ist es, Geld für die SO zu beschaffen und durch die Verbreitung der auf L. Ron Hubbard beruhenden „Technologie“ Einfluss auf die Gesellschaft zu nehmen. Damit kommt WISE auch eine führende politische Bedeutung zu.

Schwerpunkte in Deutschland und Bayern sind die Immobilienbranche sowie die Unternehmens-, Führungs- und Personalberatung. Darüber hinaus ist die IT-Branche aufgrund ihrer globalen Vernetzung und ihrer technischen Möglichkeiten ins Blickfeld von Scientologen geraten, da sie den Zugang in sensibelste Unternehmensbereiche eröffnen kann.



WISE-Logo

In besonderem Maße bemüht sich die SO weiterhin, in Osteuropa (Russland, Ungarn) zu expandieren. Kontinentale WISE-Büros finden sich für Europa in Kopenhagen, Mailand, Budapest und Moskau. Über so genannte Hubbard Colleges of Administration wird versucht, Hubbards Verwaltungstechnologie als vorgeblich erfolgreiches westliches Know-how in Unternehmen und in der Verwaltung zu etablieren.

3.2.3 ABLE-Sektor

Die Association for better Living and Education (ABLE) versucht, für die SO den sozialen Bereich der Gesellschaft zu durchdringen und scientologische Lösungsansätze zu realisieren. Zu den dem ABLE-Bereich zuzuordnenden Organisationen gehören vor allem

- das Zentrum für individuelles und effektives Lernen (ZIEL),
- Applied Scholastics (Ausbildungsprogramm; u.a. Englisch-Fernkurse),
- NARCONON, ein angebliches Drogenrehabilitationsprogramm,
- CRIMINON, angeblich ein Programm zur Rehabilitation von Strafgefangenen.

Mit diesen Organisationen versucht die SO, sich als humanitäre, karitative und sozial verantwortliche Organisation darzustellen. Die Wahl von Ausbildung, Gefangenen- und Drogenrehabilitation als weitere Schwerpunkte lässt den Schluss zu, dass die gerade bei diesen Personengruppen gegebene Möglichkeit der leichteren Einflussnahme benutzt wird, um diese für die SO zu werben.

*Ausnutzen von
Beeinflussbarkeit*

3.2.4 Besonders aktive Tarnorganisationen der SO

3.2.4.1 Applied Scholastics

Einer der Schwerpunkte der Expansionsstrategie der SO ist ihr Bestreben, in ihrem angeblichen Kampf gegen die Bildungsmisere und den Analphabetismus die Studiertechnologie Hubbards in der Gesellschaft

zu etablieren. Die derzeitigen Bildungs- und Schulsysteme werden von der SO als unfähig deklariert, den Schülern „wahre Fertigkeiten und geistige Fähigkeiten“ beizubringen. In diesem Zusammenhang heißt es bereits im Klappentext aus dem Jahr 1992 zum „Grundlegenden Studierleitfaden“ von Hubbard:

„Erlangen Sie die Fertigkeiten, die Ihnen das Schulsystem niemals beibrachte - und beginnen Sie wirklich anzuwenden, was Sie lernen!“

Anlässlich der Feier zum 10. Jahrestag der International Association of Scientologists (IAS) Ende 2003 forderte der Vorsitzende des Religious Technology Center (RTC) David Miscavige in seiner Rede:

„Die Studiertechnologie muss überall sein. (...) So schaffen wir die Mittel, um die Tech in jede Schule einzuführen und das Problem auf globaler Ebene zu lösen.“

Studiertechnologie als Rekrutierungs- mittel

Mit der Studiertechnologie, die beispielsweise über Nachhilfegruppen verbreitet werden soll, will die SO zunächst unerkannt die Lehren Hubbards verbreiten, um letztendlich neue Mitglieder zu rekrutieren. Sowohl das Werbematerial der von Scientologen geführten Lernstudios als auch deren Namen enthalten dabei keine Hinweise auf die Organisation. So tragen die Anbieter neutrale Namen wie zum Beispiel Lernstudio, Lerncenter oder Tutoring. Beispielsweise hat sich in München seit einigen Jahren eine Kindertagesstätte mit Nachhilfe und Hausaufgabenbetreuung etabliert, deren Führung und Belegschaft aus langjährigen und teilweise hoch ausgebildeten Scientologen besteht. Die Landeshauptstadt München hat entsprechende Maßnahmen eingeleitet. Erfahrungsberichte von Eltern und Schülern zeigen, dass die Nachhilfelehrer nicht nur den Lehrstoff behandelten, sondern dass sie Wörter und Begriffe nach der Hubbard-Studiertechnologie definierten und durch Knetmasse darstellen ließen, wobei anfangs jeder Hinweis auf die SO vermieden wird. In Bayern wurden allerdings schon Fälle bekannt, bei denen Schülern bereits nach wenigen Stunden Nachhilfe die SO-Werbebroschüre „Der Weg zum Glücklichein“ übergeben wurde, in der zwar Hubbard als Verfasser genannt wird, ansonsten aber jeder Hinweis auf die SO fehlt.

SO-Nachhilfe- einrichtungen

Der weltweite Aufruf an Scientologen - zuletzt bei der Neujahrsveranstaltung 2006 der Church of Scientology International (CSI) in Los Angeles -, im Umfeld ihrer „Kirchen“ und „Missionen“ zahlreiche Schülernachhilfegruppen zu gründen, war bisher wenig erfolgreich. In Bayern wurden bislang 13 solcher Nachhilfeeinrichtungen bekannt. In diesem Zusammenhang warnte das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus in Lehrerrundbriefen und Elternzeitschriften auch 2007

wiederholt vor diesen Aktivitäten der SO. Darüber hinaus können sich besorgte Eltern auf der Internet-Seite

<http://www.appliedscholastics.org>

auf dem dortigen Global-Locator-Germany über SO-Nachhilfeanbieter informieren. Diese Liste von Anbietern ist allerdings nicht vollständig.

3.2.4.2 NARCONON

Bei NARCONON handelt es sich um ein angebliches Drogenentzugsprojekt der SO. Die Teilnehmer an einem „NARCONON-Entzug“ durchlaufen u.a. eine „Trainings-Routine“, was in den „Kirchen“ zum Vorbereitungsprogramm der Ausbildung zum Auditor gehört. Teil des Kurses ist ferner ein „Reinigungsprogramm“, das in den „Kirchen“ vor Beginn des Auditing zu absolvieren ist. Bereits 1995 verurteilte das Amtsgericht Miesbach einen Verantwortlichen von NARCONON wegen Verstößen gegen das Heilpraktikergesetz. Damals wurde festgestellt, dass weder der Angeklagte noch die Betreuer zur Ausübung eines Heilberufs befähigt oder berechtigt waren.



Logo von NARCONON

3.2.4.3 Kommission für Verstöße der Psychiatrie gegen Menschenrechte e.V. (KVPM)

Die 1972 von Mitgliedern der SO gegründete KVPM ist eine mit der SO verbundene Organisation und im Bereich „Sozialreformen“ tätig. Als ihr Ziel bezeichnet sie, Missbräuche und Menschenrechtsverletzungen der Psychiatrie zu untersuchen und aufzudecken. Nach internen, nicht für die Öffentlichkeit bestimmten Publikationen soll die KVPM jedoch dazu beitragen, eine neue Zivilisation, eine scientologische Gesellschaft zu schaffen. Angesiedelt ist die KVPM im Office of Special Affairs (OSA) der SO.



KVPM-Logo

3.2.5 Office of Special Affairs (OSA)

OSA ist die Nachfolgeorganisation einer bereits in den 60er Jahren unter dem Namen Guardian Office (GO) aufgebauten Abteilung, die nach eigenem Selbstverständnis auch Nachrichtendienst- und Spionagefunktionen hatte. Zahlreiche Grundlagenpapiere für das GO, z.B. für nachrichtendienstliche Schulung, wurden für den neuen Dienst als OSA-Network Orders übernommen. Im Gegensatz zur rigiden und direkten Vorgehensweise des GO, die in der Vergangenheit international zu

*Geheimdienst
der SO*

einem Ansehensverlust der SO geführt hatte, operiert das OSA heute erkennbar vorsichtiger, ohne seine Ziele im Wesentlichen geändert zu haben.

Deutsche OSA-Zentrale (DSA) in München

Die für Deutschland zuständige OSA-Einheit ist das Department of Special Affairs (DSA) mit Sitz in München. Nach außen tritt das DSA unter der Bezeichnung „Scientology Kirche Deutschland, Beichstraße 12, 80802 München“ auf; der inoffizielle Sitz befindet sich in München in der Nordendstraße 3. Dem DSA-Deutschland nachgeordnet sind die lokalen DSA-Büros in Berlin, Düsseldorf, Frankfurt am Main, Hamburg, München und Ulm, angesiedelt bei den dortigen „Scientology Kirchen“ oder den „Celebrity Centres“.

CCHR

KVPM

ATV

Die SO selbst stellt ihre OSA-Einrichtung für Deutschland mit Sitz in München als Büro für öffentliche Angelegenheiten oder als Presse- und Rechtsamt dar. Teile des OSA sind das Deutsche Büro für Menschenrechte und die Citizens Commission on Human Rights (CCHR). Da die CCHR weisungsgebend für die Kommission für Verstöße der Psychiatrie gegen Menschenrechte e.V. (KVPM) ist, kann dieses öffentlichkeitswirksame Aushängeschild zur Bekämpfung der Psychiatrie ebenfalls dem Bereich OSA zugerechnet werden. Auch die im August 2001 gegründete Aktion Transparente Verwaltung München (ATV), betrieben von einem DSA-Unterabteilungsleiter, ist dem OSA zuzurechnen. Die ATV unterhält eine eigene Homepage; ein Hinweis auf die SO ist dort nicht erkennbar.

Gemäß der Hubbard-Anweisung (HCO-PL) vom 13. März 1961 soll in den OSA-Akten die jeweilige Ausgangslage für Maßnahmen von OSA bzw. DSA gegen „Feinde“, d.h. der SO kritisch begegnende Personen, gesammelt werden. Der HCO-PL beschreibt als Ziel der Abteilung:

„... Behörden und ihnen entgegen gesetzte Denkmodelle oder Gesellschaften in einen Zustand völliger Übereinstimmung mit den Zielen der SO zu bringen. (...) Dies geschieht durch die hochrangige Fähigkeit zur Steuerung und - falls sie nicht gegeben ist - durch die weiter unten angesiedelte Fähigkeit zur Überwältigung.“

Das DSA-Deutschland setzt diese Anweisung um, sammelt Informationen über Kritiker, Politiker, Behördenangehörige und andere Gegner, wertet sie aus und verwendet sie für eigene operative Maßnahmen. Durch Recherchen unter Falschnamen und andere Maßnahmen verschafft sich das DSA-Deutschland interne Unterlagen deutscher Einrichtungen. Seine Außendienstmitarbeiter observieren als „Feinde“ bezeichnete Gegner der SO und beziehen, um Rückschlüsse auf ihre Organisation zu verhindern, Privatdetektive in ihre Arbeit ein.

Das DSA arbeitet abgeschottet gegenüber anderen SO-Strukturen. Die Informationen an übergeordnete Einrichtungen werden verschlüsselt oder durch konspirativen Botenverkehr übermittelt.

4. Mitglieder der SO

Die SO hat in Deutschland zwischen 5.000 und 6.000 Mitglieder, wobei die Organisation selbst eine deutlich höhere Zahl angibt. Früher behauptete die SO, dass die „Scientology Kirche Deutschland e.V.“ (SKD) über 30.000 Mitglieder habe; im Rechtsstreit der SO gegen das Bundesamt für Verfassungsschutz gab der Präsident der SKD im Jahr 2004 an, die SKD habe etwa 12.000 Mitglieder.

Mitgliederzahlen

Der Mitgliederstand in Bayern ist mit etwa 2.600 konstant geblieben. Als Mitglieder werden solche Personen verstanden, die ihre Mitgliedschaft in einem SO-Verein oder einer sonstigen SO-Gliederung, z.B. im WISE- oder ABLE-Bereich, schriftlich erklärt haben oder durch die Belegung von Kursen in einem SO-Verein verdeutlichen.

5. Veranstaltungen und Aktivitäten der SO

Die Aktivitäten der SO waren wie in den Vorjahren im Wesentlichen geprägt von der Agitation gegen die Beobachtung der SO durch den Verfassungsschutz und ihre Erwähnung in den Verfassungsschutzberichten. Insbesondere berief sich die SO in einer Öffentlichkeitskampagne auf die angebliche Anerkennung als Religionsgemeinschaft durch den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte.

Agitation gegen Verfassungsschutz

Zwar wird Deutschland von der SO immer wieder als wichtigstes Expansionsgebiet in Europa bezeichnet, doch sind ihre Verbreitungsbemühungen auch in vielen anderen europäischen Staaten nicht unerheblich. Zahlreiche Verfahren gegen Scientologen in Frankreich, Belgien, Spanien und Italien zeigen, dass die SO Verstöße gegen die Rechtsordnungen dieser Länder in Kauf nimmt. Zudem werden - wie in Deutschland - in den genannten Staaten, insbesondere in Frankreich, Kampagnen gegen die angebliche religiöse Diffamierung der SO durchgeführt.

Am Aufbau neuer Organisationsstrukturen im Ausland beteiligen sich auch deutsche Scientologen. Besonders bei der Expansion der SO in Osteuropa spielt die Münchner Niederlassung der SO, die Org München, seit Jahren eine bedeutende Rolle. In Kursen der Org München werden zahlreiche Osteuropäer ausgebildet.

Expansion in Osteuropa

Schwerpunkt der derzeitigen Expansionsbemühungen der SO ist u.a. die weltweite Schaffung so genannter „Idealer Orgs“. Dies gab der Vor-

„Ideale Org“-Kampagne

sitzende des Religious Technology Center (RTC), David Miscavige, der höchsten Autorität der SO, anlässlich seiner Neujahresansprache in Los Angeles bekannt. Durch die „Idealen Orgs“, die in der Nähe der nationalen Regierungen errichtet werden sollen, soll politischer Einfluss genommen und die „Globale Beseitigung psychiatrischer Missstände“ erreicht werden. Auch in Deutschland wurden solche Expansionsbemühungen der SO bekannt.

Die SO sieht die Kampagne als wichtigen Schritt, um eine „neue Zivilisation“ nach ihren - verfassungsfeindlichen - Vorstellungen zu schaffen und verstärkt politischen Einfluss nehmen zu können. Deshalb wurde am 13. Januar in Berlin-Charlottenburg die erste deutsche „Ideale Org“ eröffnet. An der Eröffnungsfeier nahmen etwa 1.500 Personen teil, darunter auch bekannte Künstler. Darüber hinaus nahmen Delegationen aus fast allen europäischen Staaten sowie aus den USA, der Türkei und Israel teil, wo die SO mit Orgs vertreten ist. Die Vizepräsidentin der SKD, Sabine Weber, sprach ein Grußwort und rief dazu auf, den Kampf gegen die „Unterdrückerstaaten“ nicht aufzugeben. Die europäischen Staaten, insbesondere Deutschland, werden von der SO als Unterdrückerstaaten abgelehnt. Einer europäischen Verfassung könnte man eventuell zustimmen, wenn sich die SO unter ihr entfalten könnte.

*Erste deutsche
„Ideale Org“
in Berlin*

Für die SO ist es offenbar wichtig, in Berlin als Bundeshauptstadt eine neue große Org zu haben und somit ein sichtbares Zeichen der Expansion gesetzt zu haben. Eine Hamburger Teilorganisation verkündete bereits im November 2006, die Berliner Niederlassung sei eine Repräsentanz, die dafür verantwortlich ist, „die nötigen Zufahrtsstraßen in das deutsche Parlament zu bauen, um unsere Lösungen tatsächlich eingearbeitet zu bekommen in die gesamte deutsche Gesellschaft“. Die SO hat sich mittlerweile von diesem Papier ausdrücklich distanziert.

Auch andere deutsche Orgs wie München, Stuttgart und Hannover sollen nach diesem Konzept expandieren und im scientologischen Sinn auf die Gesellschaft und die Regierungen einwirken. Bisher installierte die SO „Ideale Orgs“ außerdem in den europäischen Hauptstädten Brüssel, London und Madrid.

Seit Anfang des Jahres versickt die „New Era Publications International, Kopenhagen“, der Buchverlag der SO, Werbebroschüren und die DVD „Eine Einführung in die Scientology“ an öffentliche Bibliotheken und Schulen. Dabei wird angeboten, kostenlos weitere Publikationen über die SO erhalten zu können, wenn ein beigefügter Fragenkatalog ausgefüllt an New Era zurückgesandt würde. Zweck dieser Aktion ist offensichtlich das Bemühen, in kommunalen und in Schulbibliotheken präsent zu sein.

New Era

Am 5. April verurteilte der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) Russland darüber zu entscheiden, ob die „Church of Scientology Moscow“ in das russische Religionsregister einzutragen ist (Az. 1814/02). Die SO behauptete dagegen, der EGMR habe sie mit bindender Wirkung für alle Mitgliedstaaten der Europäischen Menschenrechtskonvention als Religionsgemeinschaft anerkannt. Tatsächlich entschied der EGMR aber nicht die grundsätzliche Frage, ob es sich bei der SO um eine Religionsgemeinschaft im Sinn des Art. 9 der Europäischen Menschenrechtskommission handelt. Er stellte nur fest, dass russische Behörden gegen Treu und Glauben verstoßen hatten, als sie über Anträge auf Registrierung nicht entschieden oder sie mit sachfremden Gründen abgelehnt hatten. Die Entscheidung hat für Deutschland und andere europäische Länder keine Auswirkungen.

*Russisches
Religionsregister*

Am 19. Mai fand in der Stadthalle in Erding eine interne Veranstaltung zum „57. Jahrestag der Dianetik“ mit etwa 350 Teilnehmern statt. Bei dieser Veranstaltung wurde ein Film des Internationalen Managements zur Weltexpansion der SO vorgeführt. Der Film handelte von Personen und Organisationen, die sich über die ganze Welt verteilt für die SO besonders verdient gemacht haben sollen. Dem schloss sich die Ehrung für besondere Verdienste von Mitgliedern und Mitarbeitern der Org München an. In diesem Zusammenhang wurde auch um neue Mitarbeiter und um Spenden für die zu schaffende „Ideale Org München“ geworben. Ein weiteres Thema war dabei auch, dass die Org München ein neues, größeres Gebäude in München suche, um den Vorgaben einer „Idealen Org“ zu genügen, da die derzeitige Betriebsstätte in der Beichstraße in München dazu nicht ausreiche.

*Veranstaltung
in Erding*

Anlässlich eines internationalen Kongresses der Psychiatrie zum Thema ADHS-Syndrom vom 2. bis 6. Juni in Würzburg veranstaltete die KVPM mehrere Mahnwachen und eine Demonstration. An den Mahnwachen beteiligten sich jeweils drei bis fünf Personen. An der Demonstration am 4. Juni nahmen etwa einhundert Personen aus dem gesamten Bundesgebiet teil. Mit einem Transparent „Psychiatrie: Tod statt Hilfe“ zogen die Demonstranten - darunter auch viele Kinder - zum Congress-Centrum. Dabei skandierten sie permanent „Psychiatrie, Scharlatanerie“. Kundgebungsteilnehmer verteilten in der Fußgängerzone Flugblätter der KVPM und Broschüren der Citizen Commission of Human Rights (CCHR), der Dachorganisation der KVPM.

*Demonstration
in Würzburg*

Derartige öffentliche Protest-Veranstaltungen fanden auch vom 4. bis 8. Juni in Dresden statt, wo ebenfalls ein Psychiatriekongress abgehalten wurde.

*Informations-
stände*

Schwerpunkt der öffentlichkeitswirksamen Aktivitäten der SO in Bayern waren Informationsstände vor allem in München, vereinzelt auch in Nürnberg und Augsburg. Wie schon 2006 hat die SO wesentlich mehr öffentliche Veranstaltungen abgehalten als in den Jahren zuvor. Die etwa 400 öffentlichen Veranstaltungen in Bayern waren größtenteils als Informationsstände organisiert. Als Veranstalter traten meist die „Scientology Kirche Deutschland e.V.“ (SKD) und die „Scientology Kirche Bayern e.V.“ (SKB) auf.

*Scientology Kirche
Bayern e.V. (SKB)**SO-Broschüren*

Die SKD und die SKB warben wie in den Vorjahren mit den Themen „Für den Frieden auf der Welt - Dianetik führt zum Frieden“ bzw. „Für den Frieden auf der Welt - die ehrenamtlichen Scientology-Geistlichen sagen, man kann immer etwas tun“. Bei den Veranstaltungen wurden regelmäßig SO-Broschüren zu den Themen „Die Wahrheit über den Joint“, „Was sind Menschenrechte“, „Der Weg zum Glücklichein“ sowie andere Werbeartikel der SO verteilt, um angebliche Missstände in der Gesellschaft anzuprangern und damit Interessenten und gegebenenfalls neue Mitglieder zu werben. Außerdem führte die SO zahlreiche Postwurfaktionen durch.

*„Der Weg zum
Glücklichsein“*

Die Resonanz in der Öffentlichkeit war bei allen Veranstaltungen gering. Die SO-Einrichtung „The Way to Happiness Foundation International“ aus Glendale/USA verschickt seit Herbst 2007 die SO-Werbebroschüre „Der Weg zum Glücklichein“ an zahlreiche Behörden, Unternehmen und Banken. Darin werden Themen wie Drogen und Jugendkriminalität behandelt. Dass es sich um eine SO-Publikation handelt, ist nicht sofort erkennbar; lediglich in einem kleingedruckten Absatz wird auf den Autor L. Ron Hubbard verwiesen. Die Titelseite der Broschüre ist mit dem Logo und der Anschrift des Adressaten versehen, so dass der Eindruck entsteht, es seien Broschüren der jeweiligen Institutionen.

6. Bewertung der Schriften und Aktivitäten

*Anhaltspunkte
für Verfassungs-
feindlichkeit*

Nach Feststellung der Konferenz der Innenminister von Bund und Ländern (IMK) vom 5./6. Juni 1997 liegen tatsächliche Anhaltspunkte für verfassungsfeindliche Bestrebungen der SO vor. Auf ihrer Konferenz am 6./7. Dezember 2007 bestätigte die IMK, dass die SO unverändert verfassungsfeindliche Ziele verfolge. Die SO wehrt sich gegen die Beobachtung durch den Verfassungsschutz seit Jahren mit polemischer, herabsetzender Kritik in der Öffentlichkeit und mit dem Hinweis auf ihre angebliche Religionseigenschaft. Diese betont die SO jedoch nur dann, wenn das mit Vorteilen verbunden ist. Im Gegensatz dazu verzichtet sie beispielsweise in der arabischen Welt auf eine religiöse Darstellung.

Nach einem Gutachten des Instituts für Therapieforschung (IFT) aus dem Jahr 2002 kommt die SO mit der objektiven Wertordnung der Verfassung in vielfacher Hinsicht in Konflikt, weil sie nicht nur ein internes Normensystem habe, das die Organisationsinteressen ausnahmslos über die Belange des Einzelnen stelle, sondern auch Feindbilder in Form von willkürlich erklärten „Unterdrückern“ aufgebaut habe. Die interne Organisation sowie die Methoden der Überwachung und Instrumentalisierung, die gegen Mitglieder und Mitarbeiter angewendet werden, verstoßen dem Gutachten zufolge gegen die Menschenwürde, das allgemeine Persönlichkeitsrecht und gegen die Meinungsfreiheit. Darüber hinaus werde von der Organisation das herrschende Gesellschaftssystem, vor allem das Sozialstaatsprinzip, massiv kritisiert und negiert. Die SO biete nicht nur Einzelpersonen ihre Dienstleistungen an, sondern ziele über die Persönlichkeitsveränderung des Menschen auf die Errichtung einer scientologischen Gesellschafts- und Staatsordnung, die im Widerspruch zu zentralen Prinzipien unserer Rechtsordnung stehe.

IFT-Gutachten

Das Gutachten bestätigt die bisherige Bewertung der SO durch die bayerischen Sicherheitsbehörden. Auch das Verwaltungsgericht Köln hat 2004 im Rechtsstreit zwischen dem Bundesamt für Verfassungsschutz und der SO bestätigt, dass diese verfassungsfeindliche Ziele verfolgen, die darauf gerichtet sind, die Grundrechte, insbesondere die Menschenwürde, zu beseitigen.

Bestätigung der Bewertung durch das VG Köln

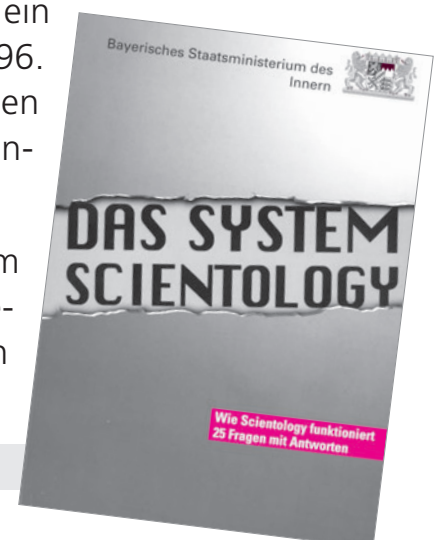
Das Gutachten ist unter der ISBN 3-936142-40-8 beim Pabst Science Publishers Verlag unter dem Titel „Gesundheitliche und rechtliche Risiken bei Scientology“ erschienen.

7. Vertrauliches Telefon und Informationsangebot im Internet

Das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz unterhält ein „vertrauliches Telefon“ unter der Nummer 0 89 / 31 20 12 96. Opfer, Aussteiger und Angehörige von SO-Mitgliedern können dort Hinweise über die SO geben. Für Beratungen stehen die anerkannten Beratungsstellen zur Verfügung.

Das Bayerische Staatsministerium des Innern informiert im Internet über die Maßnahmen der Bayerischen Staatsregierung, über Pressemitteilungen und Gerichtsentscheidungen unter folgender Adresse:

<http://www.innenministerium.bayern.de/scientology>



7. Abschnitt

Spionageabwehr

1. Ausgangslage

Proliferation

Die Notwendigkeit für die internationale Staatengemeinschaft, die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen bei Krisenländern und terroristischen Organisationen (Proliferation) zu verhindern, sowie die Beobachtung der Wirtschaftsspionage stehen - neben der Abwehr von Spionageaktivitäten vor allem durch Nachrichtendienste Chinas und der GUS-Staaten - weiter im Mittelpunkt des Auftrags der Spionageabwehr im Bayerischen Landesamt für Verfassungsschutz.

Das anhaltende Interesse von hoch technisierten deutschen - insbesondere auch mittelständischen - Unternehmen, sich auf den Wirtschaftsmärkten in Russland und Fernost zu etablieren, ist für den Schutz von Know-how nicht ohne Gefahren. Aktivitäten fremder Nachrichtendienste zur Erlangung von Spezialwissen belegen das nach wie vor bestehende Interesse an deutschen Produkten.

Zielobjekte der VR China

Die Volksrepublik (VR) China verfolgt weiterhin mit Nachdruck das Ziel, den technologischen Abstand zu den führenden Industriestaaten zu verringern. Durch die staatlich gelenkte Innovationsoffensive ist es gelungen, in Einzelbereichen Spitzentechnologien selbst herzustellen. Mit offensivem Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel werden vor allem Informationen zu den Bereichen Militär, Wirtschaft und Forschung gesammelt. Darüber hinaus versucht die VR China weiterhin, oppositionelle Gruppierungen im Ausland zu beobachten und zu unterwandern. Vor allem die in Deutschland lebenden organisierten Angehörigen der uigurischen Minderheit, aber auch die in China verbotene buddhistisch-taoistische Falun-Gong-Bewegung sowie die Anhänger der taiwanesischen Souveränität stehen im Blickfeld der chinesischen Nachrichtendienste.

Aktivitäten russischer Nachrichtendienste

Die hohe Zahl der in russischen diplomatischen Vertretungen in Deutschland beschäftigten nachrichtendienstlichen Mitarbeiter lässt einen Rückschluss auf das Aufklärungsinteresse des russischen Auslandsaufklärungsdienstes SWR bzw. des militärischen Dienstes GRU in Deutschland zu. Während sich der SWR in erster Linie um Informationen zu politischen und wirtschaftlichen Bereichen und Zielobjekten bemüht, ist der GRU primär an klassischen Militärobjecten und -technologien inter-

essiert. Weiter betreiben Angehörige des russischen Inlandsnachrichtendienstes FSB in Deutschland Aufklärung. Zentrale Themen sind dabei die Erweiterung von NATO und EU, die Handelsbeziehungen zu Russland sowie der angestrebte schnellere Zugang zu westlichem Know-how für die Modernisierung der Wirtschaft und der Rüstung Russlands.

Ein **Fall**, der dies belegt, konnte vor kurzem abgeschlossen werden:

Durch einen Hinweis wurde bekannt, dass ein österreichischer Heeresangehöriger Kontakt zu mehreren Mitarbeitern eines bayerischen Rüstungskonzerns hatte und von diesen Informationen erhielt, die er an einen vermeintlichen GRU-Angehörigen weitergab. Durch Recherchen des zuständigen Partnerdienstes und des Bayerischen Landesamts für Verfassungsschutz gelang es, zwei Techniker dieses Konzerns zu identifizieren. Einer von ihnen war geständig; dadurch konnten der russische Führungsoffizier und der Heeresangehörige festgenommen werden. Der Mitarbeiter gab zu, für seine Lieferungen einen fünfstelligen Eurobetrag erhalten zu haben. Ihn erwartet - ebenso wie den österreichischen Soldaten - ein Gerichtsverfahren.

Die Nachrichtendienste der Länder Syrien, Libyen, Algerien und Iran legen hingegen den Schwerpunkt ihrer Auslandsaktivitäten im Westen auf die Aufklärung und Infiltration regimekritischer Organisationen und Personen. So wurde gegen einen Syrer und einen Algerier aufgrund derartiger Spionageaktivitäten von der Generalbundesanwaltschaft Anklage erhoben.

*Regimekritiker
im Visier*

2. Wirtschafts- und Wissenschaftsspionage

Die Wirtschafts- und Wissenschaftsspionage gewinnt vor dem Hintergrund zunehmender Globalisierung und steigenden Wettbewerbs an Bedeutung. Nicht nur Großunternehmen, sondern auch kleine und mittelständische Firmen sowie Hochschulen verfügen vielfach über technisches Know-how, das für die Nachrichtendienste anderer Länder von Interesse ist. In Russland, China und vielen anderen Staaten sind deren Nachrichtendienste gesetzlich verpflichtet, die Wirtschaft ihres Landes zu unterstützen. So äußerte der russische Präsident Wladimir Putin am 19. Oktober:

*Know-how im
Blickfeld der
Nachrichtendienste*

Der Nachrichtendienst (SWR) muss seine Anstrengungen verstärken, um die russische Wirtschaft und die Interessen russischer Unternehmen im Ausland aktiver zu unterstützen.“

Die Verlagerung von Entwicklungs- und Produktionsstätten in diese Staaten sowie Kooperationen im Hochschulbereich bergen ein erhöhtes

Gefahrenpotenzial für Ausspäh-Aktivitäten in sich. Besonders in China bestehen speziell für Investoren der ausländischen Wirtschaft Vorschriften, die darauf abzielen, an das Know-how der Firma zu gelangen. So ist für bestimmte Schlüsseltechnologien, die für die chinesische Wirtschaft besonders wichtig sind, ein Joint Venture mit einem chinesischen Geschäftspartner gesetzlich vorgeschrieben. Das dadurch gewonnene Know-how kann anderen chinesischen Firmen zum preisgünstigen Nachbau zur Verfügung gestellt werden. Auch durch den Kauf deutscher Firmen gelangen fremde Staaten an westliche Technologie.

Zielrichtungen der Wirtschaftsspionage

Wirtschaftsspionage hat unterschiedliche Zielrichtungen. Diese sind auf den jeweiligen technologischen Stand der handelnden Staaten ausgerichtet. Bei technisch weniger entwickelten Staaten konzentriert sich die Wirtschaftsspionage auf die Beschaffung von technischem Know-how und Informationen über die Produktion. Dagegen richtet sich bei hoch entwickelten Staaten der Fokus neben dem Produkt besonders auf Markt- und Wettbewerbsstrategien des Unternehmens. Die strategische Wirtschaftsaufklärung stellt heute zunehmend den Kern des Informationsinteresses fremder Nachrichtendienste dar.

Folgender **Beispielsfall** der Wirtschaftsspionage soll dies verdeutlichen:

Ein innovatives mittelständisches Unternehmen stellte eine chinesische Mitarbeiterin mit dem Ziel ein, die Geschäftsleitung bei der Abwicklung der Chinageschäfte zu unterstützen. Trotz einer schriftlichen Anweisung, dass Firmendaten nur für betriebliche Zwecke genutzt werden dürfen, hat die Mitarbeiterin jede für sie zugängliche Information per E-Mail an Adressaten versandt, die der Firma unbekannt sind. Da es sich bei den übermittelten Informationen auch um schützenswerte Konstruktionsdaten aktueller Entwicklungsvorhaben und Preiskalkulationen handelt, ist von gezielter Wirtschaftsspionage auszugehen. Aufgrund unzureichender betrieblicher Zugriffsregelungen hatte die Mitarbeiterin Zugang auf nahezu alle Firmendaten. Die Ermittlungen zu dem Fall dauern an.

3. Spionage im Bereich der Kommunikationstechnik

Abhörenfähigkeit der Telekommunikation

Parallel zur wachsenden Bedeutung der Informationstechnik (IT) für die öffentliche Verwaltung und die Wirtschaft hat sich auch die Technik zur Ausforschung von Kommunikation rasch weiterentwickelt. Vor dem „Abhören“ der Kommunikationsverbindungen sind weder Telefon, SMS, E-Mail noch Fax sicher. Besonders risikoreich ist die zunehmend eingesetzte Wireless-Technik, die zwar für den Anwender den Komfort erhöht, aber das unerwünschte Abhören und Erfassen von Mitteilungen jedweder Art erleichtert.

Ebenso birgt die Bluetooth-Funktion in Handys und Notebooks kritische Sicherheitslücken in sich, weil sich damit Daten, E-Mails, Fotos und PIN-Codes ausspähen lassen, sofern sie z.B. auf einem Handy hinterlegt sind. Der Einsatz von Bluetooth in sicherheitsempfindlichen Bereichen sollte deshalb unterbleiben und die Funktion generell nur aktiviert werden, wenn sie erforderlich ist.

Im Zeitalter internationaler Kommunikation ist eine räumliche Nähe zum Spionageobjekt nicht mehr erforderlich. Hacking kann mit geringem Aufwand von jedem Ort der Welt betrieben werden. Beispielsweise können Handys und Laptops durch Manipulationen zu „Wanzen“ umfunktioniert werden, um damit alle Gespräche in einem Raum zu belauschen. Auch das Ausspähen geheimer Informationen über gefälschte E-Mails und Internet-Seiten, das so genannte Phishing und Pharming, stellt ein Sicherheitsrisiko dar. Dabei erleichtern mangelnder Systemschutz und fahrlässiger Umgang mit Passwörtern dem Angreifer die Arbeit. Bei aller Notwendigkeit, die moderne Kommunikations- und Informationstechnik zu nutzen, kommt es entscheidend darauf an, die wesentlichen Kernbereiche der geheim zu haltenden Informationen durch weitgehend sichere Speichermöglichkeiten und Übertragungswege zu schützen.

*Schwachstellen
der Informations-
technik*

Technische Möglichkeiten, Schwachstellen der IT zu beseitigen oder zu minimieren, sind zwar vorhanden, werden allerdings durch die ständig wachsende Komplexität der Software erschwert. Zudem erhöhen an die Informationsnetze drahtlos angebundene mobile Geräte das Sicherheitsrisiko erheblich.

China hat im Jahr 2007 die elektronische Spionage durch Trojanerattacken gegen diverse Bundesbehörden und Wirtschaftsunternehmen verstärkt. Betroffen sind nicht nur Großkonzerne, sondern insbesondere auch innovative kleine und mittelständische Unternehmen. Gerade bei diesen Firmen fehlen oft die Mittel für geeignete IT-Schutzmaßnahmen oder das entsprechende Gefahrenbewusstsein. Hinweise, dass auch bayerische Behörden betroffen sind, liegen derzeit nicht vor.

*Trojanerattacken
durch die
VR China*

Die Angriffe werden überwiegend über vorher recherchierte personenbezogene E-Mail-Adressen initiiert. Die Schadsoftware (Trojaner) befindet sich dann im Dateianhang, die sich nach Öffnen des Dokuments unbemerkt installiert.

Das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz weist aufgrund dieser Bedrohungssituation in Gesprächen bei Firmen und Verbänden verstärkt auf bestehende Gefahren und den hohen Stellenwert der IT-Sicherheit hin.

4. Proliferation

Proliferation durch Krisenländer

Unter Proliferation versteht man die Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen bzw. der zu ihrer Herstellung verwendeten Produkte einschließlich der dazu erforderlichen Kenntnisse sowie von entsprechenden Waffenträgersystemen. Auch im Jahr 2007 wurden Beschaffungsaktivitäten verschiedener Krisenländer festgestellt, um in den Besitz proliferationsrelevanter Technologie zu gelangen. Der Schwerpunkt lag hier im Bereich der atomaren Rüstung der Staaten Iran, Pakistan und Nordkorea.

In Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Verfassungsschutz wurden verschiedene proliferationsrelevante Schlüsseltechnologien definiert, die für die Durchführung eines Waffenprogramms unabdingbar sind, und die in Bayern ansässigen Hersteller festgestellt. Das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz führte bei diesen bayerischen Firmen Sensibilisierungsgespräche durch. Die Kooperationsbereitschaft der betroffenen Firmen war durchweg positiv und führte zu Hinweisen auf mehrere proliferationsrelevante Sachverhalte.

Eine weitere Möglichkeit, an proliferationsrelevante Technologien zu gelangen, stellt die Entsendung von Gastwissenschaftlern dar. In einer vom Auswärtigen Amt und deutschen Sicherheitsbehörden initiierten „Arbeitsgemeinschaft Gastwissenschaftler“ werden Deutschlandaufenthalte von Wissenschaftlern aus bestimmten Staaten auf eine mögliche Proliferationsgefahr hin geprüft und im Bedarfsfall auch die aufnehmende Universität in Deutschland zu einem Sensibilisierungsgespräch kontaktiert.

Verstöße gegen das Ausfuhrverbot

Erneut wurden im Berichtszeitraum vom Bayerischen Landesamt für Verfassungsschutz Verstöße gegen bestehende Ausfuhrverbote festgestellt und Beschaffungsversuche proliferationsrelevanter Länder in Bayern unterbunden. Folgender **Beispielfall** kann dies verdeutlichen:

Bereits im August 2006 erhielt das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz von einer oberbayerischen Firma Informationen über einen iranischen Beschaffungsversuch, bei dem erstmalig iranische Botschaftsmitarbeiter als Einkäufer von Hochtechnologie für das Urananreicherungsprogramm des Iran auftraten. Aufgrund der langjährigen Zusammenarbeit des Verfassungsschutzes mit der betroffenen Firma konnte das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz weitergehende Erkenntnisse gewinnen und unterrichtete daraufhin den Generalbundesanwalt umfassend über die Aktivitäten insbesondere eines am Generalkonsulat in Frankfurt am Main tätigen Diplomaten. Die weitergehenden Ermittlungen des Generalbundesanwalts bestätigten den Verdacht, dass der be-

troffene Konsularbeamte in staatlich gesteuerte Beschaffungsversuche verstrickt und somit nachrichtendienstlich aktiv war. Die Bundesregierung forderte daraufhin den Iranischen Botschafter in Berlin auf, die Ausreise des verdächtigen Diplomaten bis zum 25. Juli 2007 zu veranlassen.

5. Schutzmaßnahmen - Beratung durch den Verfassungsschutz

Das Sensibilisierungsprogramm des Bayerischen Landesamts für Verfassungsschutz soll präventiv zur Verhinderung der Wirtschafts- und Wissenschaftsspionage beitragen. Hierbei wird allen in Bayern ansässigen Unternehmen ein breites Spektrum an Informations- und Beratungsmöglichkeiten angeboten. Dies reicht von der Bereitstellung von Informationsmaterial, über die Entsendung von Experten zu Fachvorträgen bis zu persönlichen Beratungsgesprächen. Ansprechpartner stehen auch bei Fachmessen, wie der „Systems“, zur Verfügung. Insbesondere innovative mittelständische Unternehmen werden dabei für Gefahren sensibilisiert und ein Sicherheitsbewusstsein für notwendige Schutzmaßnahmen gegen die Ausspähung von Firmengeheimnissen geweckt. Die angesprochenen Firmenverantwortlichen werden so in die Lage versetzt, die Schwachstellen im Know-how-Schutz selbst zu erkennen und Sicherheitskonzepte zu entwickeln. Auch im Berichtsjahr gab es wieder positive Reaktionen bei den beratenen Unternehmen. Darüber hinaus wird im Bereich der Hochschulen auf die Gefahren der Wissenschaftsspionage hingewiesen und Empfehlungen bei der Erarbeitung oder Analyse von IT-Schutzkonzepten gegeben.

*Sensibilisierung
der Firmen-
verantwortlichen*

Firmen, die als Lieferanten sensibler Güter mit Einsatzmöglichkeiten bei ABC-Waffensystemen infrage kommen (Proliferation), haben eine besondere Verantwortung, dies zu verhindern. Diese Firmen können sich im Verdachtsfall vertrauensvoll an das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz wenden. Der Verfassungsschutz ist keine Strafverfolgungsbehörde und unterliegt somit nicht dem Strafverfolgungszwang. Er kann auch die Interessenlage der Personen und Firmen berücksichtigen, die ihm Informationen zur Verfügung stellen. Die Verbände und Organisationen, wie der Bayerische Verband für Sicherheit in der Wirtschaft (BVSU) oder die Industrie- und Handelskammern, die es sich zur Aufgabe gemacht haben, vorrangig auch mittelständische Betriebe gegenüber diesen Gefahren der Spionage zu sensibilisieren, arbeiten sehr eng mit dem Bayerischen Landesamt für Verfassungsschutz zusammen. Dabei geht es um gemeinsame Informationsveranstaltungen für mittelständische Firmen und vor allem um den Erkenntnisaustausch unter dem Motto: Informationen aus der Wirtschaft für die Wirtschaft.

*Zusammenarbeit
der Wirtschaft mit
dem Verfassungs-
schutz*

Alle Maßnahmen dienen dem Ziel, die Führung mittelständischer Unternehmen auf die Risiken durch Wirtschafts- und Konkurrenzspionage aufmerksam zu machen, ihnen das notwendige Problembewusstsein zu vermitteln und Ansätze bzw. Ansprechpartner zur Lösung der Probleme aufzuzeigen. Das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz will durch sein Beratungsangebot Firmen für eine vertrauensvolle Sicherheitspartnerschaft gewinnen.

*Faltblatt für die
Wirtschaft*

In einem Faltblatt für die Wirtschaft wird außerdem auf die Gefahren der Proliferation und eine eigens eingerichtete Telefonnummer (0 89/31 20 15 00) hingewiesen, unter der die Firmen Kontakt zum Bayerischen Landesamt für Verfassungsschutz aufnehmen können. Der Text ist auch im Internet unter folgender Adresse abrufbar:

<http://www.verfassungsschutz.bayern.de>

Einen Überblick über die besonders gefährdeten Bereiche, Ursachen und Motive der Spionage sowie die Hauptauftraggeber gibt die gemeinsame Broschüre „Wirtschaftsspionage in Baden-Württemberg und Bayern“ der Landesämter für Verfassungsschutz von Bayern und Baden-Württemberg. Die Broschüre ist ebenfalls im Internet unter der vorgenannten Adresse abrufbar.

6. **Ausblick**

Obwohl die Verfassungsschutzbehörden mit einer Vielzahl von ausländischen Nachrichtendiensten gegen den Terrorismus zusammenarbeiten, geht die Ausspähung politischer, wirtschaftlicher und militärischer Geheimnisse durch diese Nachrichtendienste unvermindert weiter. Eine besondere Wachsamkeit gilt der Verhinderung der Proliferation. Die Beobachtung der anhaltenden Aktivitäten chinesischer Nachrichtendienste hat nicht nur in Deutschland, sondern in vielen westlichen Staaten hohe Priorität.

*Spionageabwehr
zur Standort-
sicherung*

Um die wirtschaftliche Stabilität, die auch Garant für die politische Stabilität ist, zu erhalten, bleibt es für unsere Gesellschaft unabdingbar, international wettbewerbsfähig zu sein. Gerade deshalb dürfen notwendige Schutzmaßnahmen nicht außer Acht gelassen werden. Vorhandene Know-how-Vorteile in Forschung und Produktion müssen gesichert und Aktivitäten fremder Nachrichtendienste unterbunden werden.

Staat, Wirtschaft und Forschung sind aufgrund der fortschreitenden Globalisierung und des steten Fortschritts der Kommunikationstechnik verstärkt der Gefahr der Ausspähung ausgesetzt. Sie sind schutzbedürftiger geworden. Der Verfassungsschutz hat die Aufgabe, dies bewusst zu machen und vor diesen Gefahren zu schützen.

8. Abschnitt

Organisierte Kriminalität

1. Ausgangslage

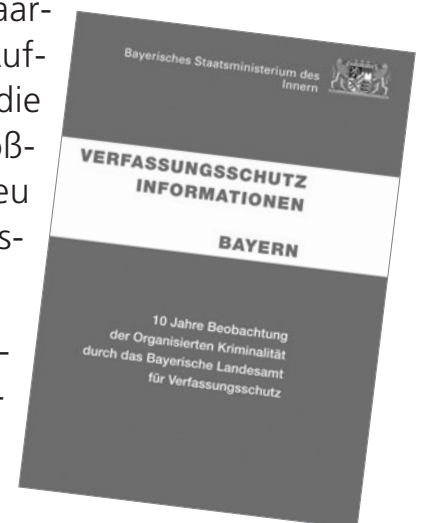
Die Präsenz der Organisierten Kriminalität (OK) im Jahr 2007 wurde durch den von der italienischen Mafia-Organisation `Ndrangheta in Auftrag gegebenen Mord an sechs Italienern in Duisburg im August deutlich. Der Fall zeigt, dass das Einflussgebiet der OK nicht an Landesgrenzen endet. Um effektiv gegen diese Bedrohung vorzugehen, wurde bereits im Jahr 1994 das Bayerische Verfassungsschutzgesetz erweitert und dem Bayerischen Landesamt für Verfassungsschutz die Befugnis übertragen, kriminelle Strukturen und Personen im Vorfeld konkreter Straftaten langfristig zu beobachten. Dies stellt eine wichtige Ergänzung der polizeilichen Arbeit bei der Bekämpfung der OK dar. Die Beobachtung der OK durch den Verfassungsschutz muss auf eine breite Basis in Zusammenarbeit mit dem Bund und den Ländern gestellt werden. Neben Bayern bestehen auch in den Ländern Hessen, Saarland und Thüringen die gesetzlichen Grundlagen für diese Aufgabe des Verfassungsschutzes. Auch im Ausland wird auf die wachsende Bedrohung der OK reagiert. So wurde z.B. in Großbritannien die „SOCA“, Serious Organized Crime Agency, neu gegründet, mit der das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz eine gute Zusammenarbeit unterhält.

In der Broschüre „10 Jahre Beobachtung der Organisierten Kriminalität durch das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz“ wird umfassend über die Tätigkeit des Verfassungsschutzes in diesem Bereich berichtet. Die Broschüre ist abrufbar unter folgenden Internet-Adressen:

<http://www.innenministerium.bayern.de/service/publikationen>

<http://www.verfassungsschutz.bayern.de>

*OK-Beobachtung
in Bayern
seit 1994*



2. Ost-Erweiterung

Der Wegfall der Grenzkontrollen zum 21. Dezember 2007 - an den Flughäfen ab März 2008 - aufgrund des Schengener Abkommens zu

*Europaweite
Zusammenarbeit*

den Ländern Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn wird auch neue Möglichkeiten für die OK ergeben. Es ist absehbar, dass europaweit agierende kriminelle Strukturen alle neuen Markt- und Machtchancen und die neue Reisefreiheit nutzen werden, um ihre bereits bestehenden Netzwerke weiter auszubauen. Zur Bewältigung dieses Problems bedarf es einer engen Zusammenarbeit der europäischen Sicherheitsbehörden. Erfreulich ist die gute Zusammenarbeit mit dem Tschechischen Nachrichtendienst „BIS“.

Seit 1. Januar 2007 sind die Länder Rumänien und Bulgarien Mitglieder der Europäischen Union. Die OK ist dort insbesondere in den Bereichen von Auftragsmorden und Korruption vertreten. Die neuen Mitgliedsländer haben frühzeitig der wachsenden Bedrohung durch die OK Rechnung getragen und die Beobachtung und Bekämpfung der OK auch ihren jeweiligen Nachrichtendiensten übertragen.

3. Methodik und Beobachtungsschwerpunkte

*Erkenntnismittel
des Verfassungsschutzes*

Die Erkenntnisse zur OK werden vorwiegend durch den Einsatz geheimer Mitarbeiter, aus der Anwendung anderer nachrichtendienstlicher Mittel sowie aus der Zusammenarbeit mit ausländischen Nachrichtendiensten, die in Europa fast ausnahmslos mit der Bekämpfung der OK beauftragt sind, gewonnen. Weitere Informationen ergeben sich aus der Zusammenarbeit mit den polizeilichen Dienststellen zur Bekämpfung der OK und erschließen sich aus der Analyse von offen zugänglichem Material sowie aus dem Berichtsaufkommen anderer Aufgabenbereiche des Verfassungsschutzes, insbesondere aus der Spionageabwehr und der Beobachtung ausländischer extremistischer Organisationen. Die Ergebnisse der Strukturermittlungen des Verfassungsschutzes münden oft in polizeiliche Ermittlungen.

Aufklärungsschwerpunkte

Die Schwerpunkte der Bearbeitung liegen weiterhin auf der Beobachtung der OK aus der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS), aus Asien und aus Südosteuropa, sowie der italienischen Mafia. Die Beobachtung von Rockergruppierungen wie etwa der „Hells Angels“ oder der „Bandidos“ mit den Deliktsschwerpunkten im Rotlichtmilieu sowie beim Drogen- und Waffenhandel wurde in Ergänzung der polizeilichen Arbeit fortgesetzt.

Neben deutschen Staatsangehörigen stellen Täter aus der GUS und Asien sowie aus südosteuropäischen Ländern den größten Teil des zu beobachtenden Personenkreises dar. Auffällig waren sie vor allem in

den Deliktsbereichen der Prostitution und Zuhälterei, des Waffen- und internationalen Drogenhandels, bei Menschenhandel und Schleusungen, bei Fälschungsdelikten sowie beim illegalen Handel mit Medikamenten bzw. Surrogaten und der im Zusammenhang mit diesen Straftaten stehenden Geldwäsche.

Erkenntnisse aus der OK-Beobachtung werden aber auch zur Bekämpfung des internationalen islamischen Extremismus und des islamistischen Terrorismus genutzt. Insbesondere in den Deliktsbereichen Schleusung und Geldwäsche gibt es Anhaltspunkte für Verflechtungen, die zur illegalen Einreise islamischer Extremisten und zur Finanzierung ihrer Aktivitäten aufgrund der teilweise gleichen Ethnie der Täter genutzt werden.

3.1 Italienische Mafia

In Italien sind vor allem vier einflussreiche kriminelle Organisationen bekannt, die der italienischen Mafia zugerechnet werden. Es handelt sich um die sizilianische Cosa Nostra, die Camorra in Kampanien, die `Ndrangheta in Kalabrien und die Sacra Corona Unita in Apulien. Längst sind die Organisationen nicht mehr nur im italienischsprachigen Raum aktiv. Vielmehr breitet sich die Mafia in ganz West- und Osteuropa bis nach Asien und Nordamerika hin aus. Die Ermittler der italienischen Anti-Mafia-Einheit konnten allein im Jahr 2007 neun der 30 meistgesuchten Männer Italiens festnehmen.

Ausbreitung der italienischen Mafia

Dem Netzwerk der Cosa Nostra wurde bereits im April 2006 ein schwerer Schlag versetzt. Bernardo Provenzano, der „Boss der Bosse“, wurde in seinem Versteck bei Corleone von Sondereinheiten der Justiz festgenommen. Er gilt als Drahtzieher des internationalen Drogenhandels und der Geldwäsche.

Im Oktober gelang es italienischen Ermittlern, erneut vier Mafia-Bosse aufzuspüren und zu inhaftieren. Darunter war Salvatore Lo Piccolo, der als Nachfolger Provenzanos gilt und sich seit über 20 Jahren auf der Flucht befand.

Ermittlungserfolge

Der Aktionsradius der Camorra geht weit über die Landesgrenzen Italiens hinaus. Im Oktober konnten in Hamburg sowie in den Niederlanden ebenfalls ranghohe Mitglieder der Camorra aus Neapel festgenommen werden.

Dass sich auch in Deutschland Mitglieder der Mafia aufhalten, haben die Aufsehen erregenden Morde im August in Duisburg deutlich ge-

*Morde in
Duisburg*

macht. Vor der Pizzeria „Da Bruno“ wurden sechs Italiener auf offener Straße erschossen aufgefunden. Die Polizei fand am Tatort eindeutige Beweise für eine so genannte Mitgliedertaufe, wie sie bei der kalabrischen `Ndrangheta üblich ist. Deren Mitglieder sind fest an gemeinsame Normen und Sitten aus dem Herkunftsgebiet und an Rituale der Mafia-Organisation gebunden. Mitgliedertaufen werden nur in einem besonders ausgewiesenen Gebiet („Locale“) und nur von auserwählten Personen höheren Rangs vollzogen.

Zu den Hintergründen der Tat können die italienischen Strafverfolgungsbehörden bisher nur Mutmaßungen anstellen. Ein Grund für die Auseinandersetzung liegt möglicherweise in Rivalitäten zweier Familienclans.

Neben Erpressung und Waffenhandel hat sich die `Ndrangheta auf den Drogenhandel spezialisiert. Italienische sowie deutsche Experten sind davon überzeugt, dass die Organisation Deutschland als Ruheraum für italienische Straftäter nutzt. Die illegal erlangten Gelder werden in Immobilien, Gaststätten und maroden Firmen angelegt. Hauptziel dieser Investitionen ist vermutlich Geldwäsche.

Auch in **Bayern** sind Spuren der italienischen Mafia zu finden:

*Strukturen
in Bayern*

Durch Ermittlungen hat der Verfassungsschutz Hinweise auf mögliche kriminelle Strukturen in verschiedenen bayerischen Städten erhalten. Es sind Verbindungen, die einerseits über etliche Jahre hinweg aufgebaut und gepflegt wurden und die andererseits in kürzester Zeit eine Vielzahl von Personen eines Familienclans nach Bayern gezogen haben.

Die Hintergrundinformationen, die der ehemalige hochrangige Mafia-Angehörige Giorgio Basile nach seiner Verhaftung 1998 in Kempten als Kronzeuge der italienischen Justiz preisgegeben hat, führten zu vermehrten Festnahmen von Mitgliedern der `Ndrangheta in Italien und Bayern. Seine 2005 erschienene Biographie „Das Engels-gesicht“ beschreibt u. a. einen Stützpunkt des Carelli-Clans in Nürnberg.

Um künftig die italienische Mafia wirksam bekämpfen zu können, strebt man eine enge Kooperation aller deutschen Sicherheitsbehörden mit ihren italienischen Partnern an. Auch das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz intensiviert die Zusammenarbeit mit seinem italienischen Partnerdienst, um Erfolg versprechende neue Ansätze zur Verbrechensbekämpfung herauszuarbeiten und wirksam gegen neue Strukturen vorgehen zu können.



Treue bis in den Tod

Die sieben Prinzipien der 'Ndrangheta

1. **Umilà**
Demut gegenüber anderen Ehrenwerten und der Bevölkerung
2. **Fedeltà**
Treue, deren Bruch mit dem Leben bezahlt wird
3. **Politica**
Geheimsprache zwischen Ehrenwerten, deren oberstes Gebot die absolute Wahrheit ist
4. **Falsa Politca**
Sprache der Mafiosi gegenüber Polizisten und Verrätern, die nie die Wahrheit erfahren dürfen
5. **La Carta**
verlangt, dass alle Ereignisse von Bedeutung niedergeschrieben werden
6. **Il Lapis**
verpflichtet den Boss, die geheime Mafia-Chronik zu führen
7. **Il Coltello**
die Interessen der Mafia stehen an erster Stelle und müssen bis zum Tode geschützt werden

3.2 Beobachtung der OK aus der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten

Die Beobachtung der Aktivitäten der russischen OK ist nach wie vor ein Schwerpunkt im Bayerischen Landesamt für Verfassungsschutz. Die bewährten Arbeitsweisen der offenen und verdeckten Beschaffung wurden in den vergangenen Jahren um eine noch intensivere Zusammenarbeit mit der Polizei ergänzt.

Die enge Kooperation zwischen allen bayerischen Dienststellen zur Bekämpfung der OK und den bayerischen Justizvollzugsanstalten ermöglichte einen tiefen Einblick, wie russischsprachige Gefangene die Haftzeit nutzen, hierarchische und nach außen abgeschottete kriminelle Strukturen zu etablieren. Es ist den Behörden gelungen, organisierte Rituale und führende Köpfe zu identifizieren. Ausschlaggebend waren polizeiliche Erkenntnisse über das Verhalten eines hochrangigen Gefangenen, der bis 2006 wegen eines Tötungsdelikts inhaftiert war. Der Häftling beanspruchte für sich eine Vormachtstellung. Er führte sowohl „Sprechstunden“ beim Hofgang als auch Regeln und Moralvorstellungen der „Diebe im Gesetz“, die bislang nur aus russischen Haftlagern bekannt waren, ein. Als „Diebe im Gesetz“ werden Mitglieder der höchsten Hierarchiestufe in der russischen OK bezeichnet. Auch russlanddeut-

Netzwerke in Haftanstalten

sche Mithäftlinge akzeptierten diese Regeln. Sie zahlten in kriminelle Kassen zur gegenseitigen Unterstützung, so genannte Abschtschjaks, ein und organisierten aus den Justizvollzugsanstalten heraus Straftaten. Innerhalb, aber auch außerhalb der Gefängnisse wurden funktionierende Rauschgift- und Versorgungsgeflechte sowie Strukturen im Schutzgelderpressungsbereich aufgebaut. Der oben angesprochene Rädelsführer unter den Gefangenen wurde nach Verbüßung der Hälfte seiner Haftzeit ins Ausland abgeschoben und lebt dort seitdem in Freiheit.

Die enge Zusammenarbeit mit der Polizei bewährte sich bereits in mehreren phänomenbezogenen Ermittlungsverfahren. Die Gruppierungen sind streng hierarchisch organisiert und zeichnen sich durch ein enormes Gewaltpotenzial aus. Viele russischsprachige Straftäter, die während der Haftzeit in eine derartige Struktur eingebunden waren, nutzten die Netzwerke und waren auch nach ihrer Entlassung wieder kriminell aktiv.

Russische Aussiedler

Wie bereits in den Jahren zuvor bilden vor allem Aussiedler der jüngeren Generation aus den ehemaligen GUS-Staaten einen weiteren Schwerpunkt der OK-Beobachtung in Bayern. Hier fallen im Rahmen von Strukturermittlungen des Verfassungsschutzes immer wieder Erkenntnisse über Straftaten an, die aus kriminellen Gruppierungen heraus begangen werden. Die Erkenntnisse werden zeitnah an die zuständigen Behörden zur Strafverfolgung abgegeben. Vorrangig versucht der Verfassungsschutz jedoch, die typischen OK-Indikatoren, wie die Anwendung von Gewalt und Drohungen oder die Verwendung gewerblicher bzw. geschäftsähnlicher Strukturen, zu erkennen.

Drogenhandel

In Nordbayern gelang es, durch Strukturermittlungen eine kriminelle Gruppierung von Rauschgifthändlern aufzuklären. Der Chef der Bande konnte identifiziert werden. Dieser setzte sich zwischenzeitlich ins Ausland ab. Sein Geschäftspartner hält sich weiterhin in Bayern auf und führt die kriminellen Aktivitäten weiter. So genannte „Soldaten“ verkaufen die Drogen und müssen, auch unter Gewaltandrohung, Teile ihrer Erträge abliefern. Die Erkenntnisse wurden an die örtlich zuständige Polizeidienststelle übermittelt, die ein Ermittlungsverfahren einleitete.

Auch im ostbayerischen Raum wurden kriminelle Strukturen erkannt. Mitglieder verkauften illegal Drogen, insbesondere Cannabisprodukte und Heroin, an jüngere Aussiedler weiter. Die Betäubungsmittel stammen aus verschiedenen Großstädten und dem Ausland. Die Verteilung findet in Diskotheken, in Wohnungen oder an Verteilerstellen im Freien statt.

Diese Erkenntnisse wurden an die Polizei weitergegeben, deren Ermittlungen zu mehreren Festnahmen führten. Die Beobachtung dieser Strukturen wird beibehalten, um mögliche Nachfolger zu ermitteln.

*Ukrainische
Einbrecherbande*

Eine überregional agierende ukrainische Bande beging über einen längeren Zeitraum organisiert Diebstähle und Einbrüche in Geschäfte, Büros, Tankstellen sowie aus Kraftfahrzeugen. Das Diebesgut wurde größtenteils über Hehler in die Ukraine geschafft. Auffallend war die straffe hierarchische Organisation. Die Gruppierung wurde aus der Ukraine heraus geleitet und erhielt von dort ihre Befehle.

Die Bandenmitglieder, die für die Ausführung der Einbrüche zuständig waren, hielten sich illegal in der Bundesrepublik Deutschland auf und reisten ausschließlich zur Begehung ihrer Straftaten ein. Die Tatorte lagen sowohl in Bayern als auch in Baden-Württemberg. Den Haupttätern gelang es, sich in Deutschland ein Netz von Helfern aufzubauen. Die inländischen Helfer versorgten die Täter mit der notwendigen Logistik für ihre Einbrüche. Sie organisierten die Schleusungen der Bandenmitglieder nach Deutschland, boten durch ihre Wohnungen Unterschlupf und statteten die Einbrecher mit Fahrzeugen und Mobiltelefonen aus.

Erkenntnisse des Bayerischen Landesamts für Verfassungsschutz wurden an die Polizei zur Strafverfolgung abgegeben. In einer Ermittlungsgruppe konnte die süddeutsche Zelle umfassend aufgeklärt werden. Der Polizei gelang es, 17 Tatverdächtige zu ermitteln. Sechs der Männer wurden inzwischen rechtskräftig zu Strafen zwischen vier Jahren und fünf Monaten bis zu sechs Jahren und fünf Monaten verurteilt. Die Tatbeute betrug mindestens 250.000 Euro.

3.3 OK-Gruppierungen in den Balkanstaaten und der Türkei

Im Mittelpunkt der Beobachtung stehen nach wie vor kriminelle Gruppierungen aus Bosnien-Herzegowina, Mazedonien, Serbien, Montenegro und dem Kosovo. Die Schwerpunkte der Aktivitäten liegen im internationalen Drogenhandel, bei Zigarettschmuggel, Wirtschaftsdelikten (im Zusammenhang mit illegalen Beschäftigungsverhältnissen), Eigentumsdelikten wie z.B. Hehlerei, sowie im illegalen Glückspiel bzw. bei Wettgeschäften.

*Schwerpunkte
der Aktivitäten*

Die Gruppierungen unterstützen sich bei der Vorbereitung von Straftaten logistisch. Sie schotten sich gegenüber anderen Nationalitäten strikt ab und treffen sich beispielsweise bevorzugt in Gaststätten, die von Landsleuten geführt werden. Die kriminelle Szene vertraut in der Regel nur Personen, die bereits aus der Heimat einschlägig bekannt sind. Die Heimatländer sind sowohl Rückzugsgebiet als auch Stützpunkt organisierter Banden, wobei es häufig Verflechtungen mit der lokalen Politik und der Verwaltung gibt.

„Mehrfach-identitäten“

Zur Vorbereitung von diversen Straftaten beschaffen sich kriminelle Gruppierungen aus dem ehemaligen Jugoslawien komplett neue Identitäten, oft durch entsprechende Verbindungen zu den dortigen Behörden. So reiste ein serbischer Staatsangehöriger mit einem echten serbischen Pass, ausgestellt auf Falschpersonalien nach Bayern ein. Außerdem verfügte er über gefälschte Führerscheine. Dieser Serbe war zuvor, nach Verbüßung einer langjährigen Haftstrafe wegen Rauschgifthandels, aus einem anderen europäischen Land in seine Heimat abgeschoben worden.

In diesem Zusammenhang konnte festgestellt werden, dass viele Personen mit verschiedenen Namensschreibweisen bei Behörden geführt werden. In vielen Fällen existieren mehrere Identitäten zu einer Person, auch um den Mehrfachbezug von Sozialleistungen in Deutschland zu ermöglichen. Dies trifft in hohem Maße auf Kosovo-Albaner aus dem ehemaligen Jugoslawien zu, die neben Dokumenten mit Personalien in der regionalen Schreibweise auch meist über Pässe und Personalausweise der früheren jugoslawischen Amtssprache (serbokroatisch) verfügen. Daneben sind oftmals Übertragungsfehler aus dem kyrillischen Alphabet zu beobachten.

Nach wie vor begehen Personen aus dem westlichen Balkan gewerbsmäßig Delikte im Zusammenhang mit illegalen Beschäftigungsverhältnissen, hauptsächlich im Baugewerbe.

In der Region Nürnberg betrieb ein bosnischer Staatsangehöriger ein Bauunternehmen mit Arbeitern auf mehreren Baustellen ohne Anmeldung und Genehmigung und verursachte so einen hohen volkswirtschaftlichen Schaden. Auf Hinweis des Bayerischen Landesamts für Verfassungsschutz wurde eine Razzia durchgeführt. Das umfangreiche Verfahren gegen den Verantwortlichen dauert an.

Serieneinbrüche

Einen weiteren Schwerpunkt der kriminellen Aktivitäten stellen Serieneinbrüche in Wohnhäuser dar. So wurden in Nordbayern durch eine serbische Tätergruppierung nachweisbar 40 Einbrüche begangen. Die Täter konnten nach intensiven polizeilichen Maßnahmen, die das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz durch eigene Informationen ergänzen konnte, festgenommen werden.

Das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz beobachtet nach wie vor Organisierte Kriminalität türkischer bzw. türkischstämmiger Gruppierungen. Neben den bevorzugten Deliktsbereichen - Rauschgift-handel, Inkassogeschäfte und Glücksspiel - konnten etliche Verdachtsmomente erhärtet werden, nach denen inkriminierte Gelder in den deutschen Wirtschaftskreislauf eingebracht werden, um die kriminell erwirtschafteten Gewinne zu legalisieren.

In einem Fall gründete ein bisher arbeitsloser Türke eine Dienstleistungsfirma zur Geldwäsche. Die dafür notwendigen Gelder stammten aus OK-Kreisen in der Türkei. Danach wurden in Bayern ähnliche Betriebe auf seine Familienmitglieder angemeldet und finanziell ausgestattet. Tatsächlich werden diese Unternehmen von ihm selbst oder engen Vertrauten geführt.

Geldwäsche

Ermittlungen hinsichtlich des Verdachts der Geldwäsche führten zu Unternehmen, deren Kontobewegungen keinen geschäftlichen Zweck erkennen ließen. Buchhalterisch wurden die Gewerbe so unauffällig geführt, dass sie kaum Gefahr liefen, in das Raster einer steuerlichen Betriebsprüfung zu geraten. Diese Unternehmen dürften lediglich den Zweck erfüllen, als „saubere“ deutsche Firmen mit entsprechendem Briefkopf agieren zu können. In diesem Zusammenhang spielt ebenso die Alimentation angeblich beschäftigter Familienangehöriger eine Rolle.

Ein nach wie vor aktuelles Phänomen ist gewaltsame Eintreibung von Geldforderungen durch kriminelle türkische Organisationen. Es konnte festgestellt werden, dass Hintermänner der kriminellen Inkassounternehmen ihren Sitz in der Regel in der Türkei haben und nur sporadisch nach Bayern reisen. Auffällig erscheint, dass häufig Beziehungen zu türkischen politischen Extremisten bestehen. Die Inkassoproblematik wird insbesondere durch die Geschäftspraktik verstärkt, Bürgschaften mit oftmals nicht gedeckten Wechselschecks abzusichern. Dieser Unsitte versucht man in der Türkei, mit verschärfter strafrechtlicher Verfolgung der Scheckaussteller zu begegnen.

Inkasso-Delikte

Auch die türkische Rauschgift-Szene wird vielfach von Gruppierungen aus der Türkei gesteuert. Speziell die Fälschung von Arzneimitteln nimmt immer mehr an Bedeutung zu. Nach Schätzungen der WHO sind in Entwicklungsländern 10 bis 30 % der Arzneimittel Plagiate. In den Industriestaaten mit staatlich gesteuertem Arzneimittelverkehr stellt sich die Lage weniger drastisch dar. Dennoch fallen regelmäßig Erkenntnisse aus dem Bereich gefälschter Lifestyle-Arzneimittel (z.B. Potenz- und Schlankheitsmittel) und Anabolika an. Diese Produkte finden ihren Absatz vor allem auf dem Schwarzmarkt.

*Gefälschte
Arzneimittel*

Auf dem Gebiet des klassischen Betäubungsmittelhandels konnten Informationen über den illegalen Handel mit Captagon gewonnen werden. Captagon ist ein im Sinn des Betäubungsmittelrechts verschreibungsfähiges Medikament, das aus Belgien importiert und zur Behandlung von Narkolepsie und Hyperaktivität eingesetzt wird. Es handelt sich um ein Amphetaminderivat (ähnlich Amphetaminen bzw. Ecstasy), das kurzzeitig leistungs- und konzentrationsstimulierend wirkt; mit sei-

ner Hilfe können Erschöpfungszustände oder Müdigkeit überbrückt werden. In höheren Dosen erzeugt es ein ausgesprochenes Wohlgefühl und euphorische Zustände. Captagon wird u.a. auch von türkischen Drogenkartellen produziert und gehandelt.

Hinweise zur illegalen Produktion und zum Handel mit Ecstasy durch türkische Täter konnten an die Polizeibehörden weitergegeben werden. Diese stellten in der Folge eine Menge sicher, die zur Herstellung von 140.000 Pillen gereicht hätte.

3.4 Asiatische Organisierte Kriminalität

Abschottung

Bei der Beobachtung der OK aus dem asiatischen Raum wurde festgestellt, dass sich die in Bayern ansässigen Tätergruppierungen weiterhin stark nach außen abschotten. Vietnamesische Täter sind vorrangig im Bereich des Rauschgifthandels, des Zigarettenschmuggels und bei Schleusungen aktiv, während chinesische Täter in erster Linie mit gefälschten Medikamenten sowie mit sonstigen Plagiaten handeln.

In Bayern betreiben Vietnamesen Handel mit Betäubungsmitteln, insbesondere mit Heroin. Dazu dienen die in den neuen Bundesländern vorhandenen Strukturen der Vietnamesen nach wie vor als Aktionsgrundlage für Bayern. Vorhandene Lieferwege aus den Regionen Leipzig und Dresden werden weiterhin genutzt. Die Verteilung des Rauschgifts erfolgt u.a. über asiatische Lokale, wobei der Verkauf der Betäubungsmittel fast ausschließlich auf die eigene Ethnie begrenzt ist.

Zigarettenschmuggel

Des Weiteren dominieren Vietnamesen unter den asiatischen Tätergruppierungen den Schmuggel von un versteuerten und gefälschten Zigaretten. Die Produktionsstätten der Zigaretten liegen in osteuropäischen Ländern. Den Transport führen zumeist tschechische Fahrer durch. In Bayern werden die Zigaretten anschließend über asiatische Lokale und Lebensmittelgeschäfte an die Verbraucher weiterverkauft. Dem Bayerischen Landesamt für Verfassungsschutz wurden regelmäßige Transporte von jeweils etwa 3,5 Millionen Zigaretten nach Bayern allein durch eine Gruppierung bekannt. Dieser Gruppierung konnten bislang 30 Transporte zugeordnet werden. Die Erkenntnisse wurden an die Strafverfolgungsbehörden weitergegeben. Nach umfangreichen Ermittlungen konnten in Zusammenarbeit mit dem Zoll mehrere Täter festgenommen werden.

Im Bereich der Schleusungen ist weiterhin eine Tendenz zur Vernetzung bestehender vietnamesischer und chinesischer Täterstrukturen zu erkennen. Aus den Ost-Europäischen Ländern werden vorwiegend Perso-

nen asiatischer Herkunft in die westlichen EU-Staaten geschleust. Für die Verteilung der geschleusten Personen innerhalb Europas sind größtenteils Vietnamesen mit Aufenthalt in Tschechien zuständig. Als Drehkreuz innerhalb Deutschlands für die Weiterverteilung in Westeuropa gilt aufgrund seiner geographischen Lage und logistischen Gegebenheiten Berlin. So dienen die zahlreich vorhandenen Vietnamesenmärkte und konspirativen Wohnungen innerhalb der Metropole oftmals als Anlaufstelle und vorübergehende Unterbringungsmöglichkeit für die geschleusten Personen. Durch Erkenntnisse des Bayerischen Landesamts für Verfassungsschutz konnten mehrere Strafverfahren initiiert werden. Eine Schleusergruppe in Berlin wurde zerschlagen; mehrere tatverdächtige Personen wurden festgenommen.

Schleusungen

Aufklärungsmaßnahmen des Bayerischen Landesamts für Verfassungsschutz innerhalb der chinesischen Gemeinschaft führten zu der Erkenntnis, dass chinesische Täter angeblich pflanzliche Potenzmittel zum Kauf anbieten. Ein toxikologisches Gutachten belegte, dass die angebotenen Kapseln keine pflanzlichen Wirkstoffe, sondern Sildenafil (Wirkstoff von Potenzmitteln wie z.B. Viagra) enthielten. Die Dosis Sildenafil in diesen angeblich pflanzlichen Kapseln übertrifft die Menge des in handelsüblichen Potenzmittel-Tabletten enthaltenen Wirkstoffs deutlich. Durch die Einnahme dieser Mittel kann es daher zu erheblichen Gesundheitsgefährdungen kommen. Die Polizei wurde über den Sachverhalt informiert.

Gesundheitsgefährdende Potenzmittel

3.5 Rockerkriminalität in Bayern

Das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz beobachtet die Rockerkriminalität als ein sehr spezielles Phänomen der OK kontinuierlich gemeinsam mit den Polizeibehörden. Im Fokus stehen insbesondere die Träger des so genannten „1%-Zeichens“. Unter dem Begriff „1-Prozenter“ versteht man Biker (Motorradfahrer), die sich selbst als Outlaws (Gesetzlose) sehen und das bestehende Rechtssystem ablehnen. Beispiele sind der Hells Angels MC (Motorcycle Club), der Bandidos MC, der Outlaws MC und der Gremium MC. Bei diesen Gruppierungen bestehen ein hierarchischer innerer Aufbau, ein interner Ehren- und Schweigekodex, Expansionsbestrebungen und der Wille zur Durchsetzung von Gebietsansprüchen. Zur Wahrung der Interessen und aus der

„One-Percenters“



Vormachtstellung der Gruppe heraus werden spezifische Delikte, wie illegaler Waffenhandel, Betäubungsmittelkriminalität, Menschenhandel, Schutzgelderpressungen und Körperverletzungsdelikte begangen. Die einzelnen Clubs verfügen teilweise über weltweite Kontakte und Verflechtungen mit international agierenden Tätern und sind bei der Durchsetzung ihrer Clubinteressen absolut gewaltbereit.

Gewaltbereitschaft Dies belegt auch der Fall eines getöteten Harley-Davidson-Händlers im Raum Münster im Frühsommer. Er war Mitglied des Hells Angels MC, einer der berüchtigtsten Rockerbanden weltweit. Inzwischen sind zwei Mitglieder der verfeindeten Rockergruppe Bandidos MC vor dem Landgericht Münster wegen Mordes angeklagt. Streit und Rivalität zwischen den beiden Organisationen bestehen schon seit langem und eskalieren immer wieder. Im Jahr 2007 forderten sie bereits mehrere Verletzte und einen Toten in Deutschland. Hintergrund für die Gewalttaten ist das Abstecken von Revieren für kriminelle Aktivitäten wie Rauschgift-handel, illegale Prostitution, Waffenhandel und auch Schutzgelderpressung.

Strafprozess in Münster Am 12. November begann vor dem Landgericht in Münster ein Prozess gegen vier Mitglieder des MC Bandidos wegen schweren Raubes und illegalen Waffenbesitzes. Das Verfahren findet unter strengsten Sicherheitsmaßnahmen statt. Die Anklageschrift stützt sich auf die Aussage eines ehemaligen Mitglieds der Gruppierung, das den eisernen Schweigekodex gebrochen hat. Die Angeklagten hatten ihr ehemaliges Mitglied mit Waffen bedroht und ihm Motorrad, Rockerkleidung und alles, was auf die Zugehörigkeit zu dieser Gruppierung hinweisen könnte, weggenommen. Nachdem auch seine Familie bedroht wurde, machte er umfangreiche Angaben bei der Polizei. Bei einer anschließenden Durchsuchung wurde ein umfangreiches Waffenarsenal bei einem der Angeklagten gefunden.

Dass bei einzelnen Rockergruppen Bezüge in das Rotlichtmilieu bestehen, zeigt der Fall einer im süddeutschen Raum festgenommenen Führungsperson. Diese ist Kopf einer kriminellen Vereinigung und hat sich einer Rockergruppe angeschlossen, um ihre Vormachtstellung im Rotlichtmilieu zu untermauern und auszubauen. Die Staatsanwaltschaft führt Ermittlungen wegen Verdachts des versuchten Mordes, der versuchten schweren Brandstiftung, des Menschenhandels und des Verstoßes gegen das Waffengesetz durch.

Auch in Bayern sind die bereits erwähnten „1-Prozenter“-Gruppierungen etabliert. Im Jahr 2007 wurde das Clubhaus des Hells Angels MC-Charter Munich nach Allershausen verlegt. Dort fanden bereits

mehrere Veranstaltungen (Partys, Treffen) mit einigen hundert Personen statt, die jedoch alle ohne besondere Vorkommnisse verliefen. Trotz der Nähe dieses neuen Hells Angels Charters zu den Bandidos Charters in München und Ingolstadt fanden bislang noch keine gewaltsamen Übergriffe statt. Auch andere Events in Bayern (Motorradmessen, Sommerfeste, Tattoo Shows), die von verschiedenen Gruppierungen organisiert und besucht wurden, verliefen weitgehend störungsfrei. In Nürnberg und Umgebung sind alle großen Ruckerorganisationen mit Charters vertreten. Auch dort gab es bisher noch keine relevanten Vorfälle. Es kann jedoch nicht ausgeschlossen werden, dass „Gebietserweiterungen“ unter diesen Gruppierungen zukünftig nicht mehr geduldet werden.

Auch bei anderen Motorradclubs in Bayern kommt es zu „freundlichen und feindlichen“ Übernahmen durch Rivalen aus der „1-Prozenter“-Szene. Allerdings gibt es noch keine Hinweise auf gewalttätige Zusammenstöße zwischen den einzelnen Ruckerbanden, wie sie in anderen Bundesländern festgestellt wurden.

Durch die rechtzeitige und intensive Aufklärung und Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden konnten solche Szenarien bisher verhindert werden.

Zum Rechtsextremismus sind bislang keine festen Verbindungen festzustellen. Jedoch gibt es durchaus „Überschneidungen im Weltbild“, die Ruckergruppen auch für Rechtsextremisten interessant machen. Zur Zeit bestehen lediglich vereinzelte Kontakte zwischen Personen aus dem Rockermilieu und der rechtsextremistischen Szene.

Bayerisches Verfassungsschutzgesetz

(BayVSG)

in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. April 1997 (GVBl S. 70, BayRS 12-1-I)

Geändert durch § 2 des Gesetzes zur Anpassung des Bayerischen Landesrechts an Art. 13 des Grundgesetzes vom 10. Juli 1998 (GVBl S. 383), Art. 4 Abs. 1 des Parlamentarischen Kontrollgremium-Gesetzes vom 10. Februar 2000 (GVBl S. 40) und § 1 des Gesetzes zur Änderung des Bayerischen Verfassungsschutzgesetzes, des Gesetzes zur Ausführung des Gesetzes zu Art. 10 Grundgesetz, des Bayerischen Sicherheitsüberprüfungsgesetzes und des Parlamentarischen Kontrollgremium-Gesetzes vom 24. Dezember 2002 (GVBl S. 969)

I. Abschnitt

Organisation und Aufgaben des Verfassungsschutzes

Art. 1

Organisation des Verfassungsschutzes, Verhältnis zur Polizei

(1) ¹Zum Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, des Bestandes und der Sicherheit des Bundes und der Länder besteht in Bayern ein Landesamt für Verfassungsschutz. ²Es dient auch dem Schutz vor Organisierter Kriminalität.

(2) ¹Freiheitliche demokratische Grundordnung nach Absatz 1 ist eine Ordnung, die unter Ausschluss jeglicher Gewalt- und Willkürherrschaft eine rechtsstaatliche Herrschaftsordnung auf der Grundlage der Selbstbestimmung des Volkes nach dem Willen der jeweiligen Mehrheit und der Freiheit und Gleichheit darstellt. ²Zu den grundlegenden Prinzipien dieser Ordnung gehören mindestens: Die Achtung vor den im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechten, vor allem vor dem Recht der Persönlichkeit auf Leben und freie Entfaltung, die Volkssouveränität, die Gewaltenteilung, die Verantwortlichkeit der Regierung, die Gesetzmäßigkeit der Verwaltung, die Unabhängigkeit der Gerichte, das Mehrparteienprinzip und die Chancengleichheit für alle politischen Parteien mit dem Recht auf verfassungsmäßige Bildung und Ausübung einer Opposition.

(3) Organisierte Kriminalität ist die von Gewinn- oder Machtstreben bestimmte planmäßige Begehung von Straftaten, die einzeln oder in ihrer Gesamtheit von

erheblicher Bedeutung für die Rechtsordnung sind, durch mehr als zwei Beteiligte, die auf längere oder unbestimmte Dauer arbeitsteilig tätig werden

- unter Verwendung gewerblicher oder geschäftsähnlicher Strukturen oder
- unter Anwendung von Gewalt oder durch entsprechende Drohung oder
- unter Einflussnahme auf Politik, Verwaltung, Justiz, Medien oder Wirtschaft.

(4) ¹Das Landesamt für Verfassungsschutz ist eine dem Staatsministerium des Innern unmittelbar nachgeordnete Behörde. ²Das Landesamt und Dienststellen der Polizei dürfen einander nicht angegliedert werden. ³Dem Landesamt für Verfassungsschutz steht ein Weisungsrecht gegenüber Dienststellen der Polizei oder die Befugnis zu polizeilichen Maßnahmen nicht zu.

Art. 2

Zuständigkeit

(1) ¹Das Landesamt für Verfassungsschutz hat die gesetzlich festgelegten Aufgaben zu erfüllen. ²Dazu gehört auch die Zusammenarbeit Bayerns mit dem Bund und den anderen Ländern in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes.

(2) Verfassungsschutzbehörden der anderen Länder dürfen in Bayern nur im Einvernehmen mit dem Landesamt für Verfassungsschutz nach Maßgabe dieses Gesetzes tätig werden.

Art. 3 Aufgaben

(1) ¹Das Landesamt für Verfassungsschutz hat die Aufgabe,

1. Bestrebungen im Geltungsbereich des Grundgesetzes, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung verfassungsmäßiger Organe des Bundes oder eines Landes oder ihrer Mitglieder zum Ziele haben,
2. sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten im Geltungsbereich des Grundgesetzes für eine fremde Macht,
3. Bestrebungen im Geltungsbereich des Grundgesetzes, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden,
4. Bestrebungen im Geltungsbereich des Grundgesetzes, die gegen den Gedanken der Völkerverständigung (Art. 9 Abs. 2 Grundgesetz), insbesondere gegen das friedliche Zusammenleben der Völker (Art. 26 Abs. 1 Grundgesetz), gerichtet sind,
5. Bestrebungen und Tätigkeiten der Organisierten Kriminalität im Geltungsbereich des Grundgesetzes

zu beobachten; solche Bestrebungen und Tätigkeiten können von Gruppierungen oder Einzelpersonen ausgehen. ²Das Landesamt hat in Erfüllung dieser Aufgabe Informationen, insbesondere sach- und personenbezogene Auskünfte, Nachrichten und Unterlagen über solche Bestrebungen oder Tätigkeiten zu sammeln und auszuwerten. ³Die notwendige Koordinierung mit den anderen Sicherheitsbehörden und den Strafverfolgungsbehörden wird in Richtlinien des Staatsministeriums des Innern im Einvernehmen mit dem Staatsministerium der Justiz geregelt. ⁴Über diese Richtlinien wird das Parlamentarische Kontrollgremium gemäß Art. 3 Abs. 3 Satz 1 des Gesetzes zur parlamentarischen Kontrolle der Staatsregierung hinsichtlich der Maßnahmen nach Art. 13 Abs. 3 bis 5 des Grundgesetzes sowie der Tätigkeit des Landesamts für Verfassungsschutz (Parlamentarisches Kontrollgremium-Gesetz - PKGG) vom 10. Februar 2000 (GVBl S. 40) unterrichtet.

(2) Das Landesamt für Verfassungsschutz hat die Aufgabe,

1. nach Maßgabe des Bayerischen Sicherheitsüberprüfungsgesetzes an der Sicherheitsüberprüfung von Personen, denen im öffentlichen Interesse geheim-

haltungsbedürftige Tatsachen, Gegenstände oder Erkenntnisse anvertraut werden, die Zugang dazu erhalten sollen oder ihn sich verschaffen können,

2. an der Sicherheitsüberprüfung von Personen, die an sicherheitsempfindlichen Stellen von lebens- oder verteidigungswichtigen Einrichtungen beschäftigt sind oder beschäftigt werden sollen,
3. an technischen Sicherheitsmaßnahmen zum Schutz von Tatsachen, Gegenständen oder Erkenntnissen, die im öffentlichen Interesse geheimhaltungsbedürftig sind, gegen die Kenntnisnahme durch Unbefugte mitzuwirken.

(3) Das Landesamt für Verfassungsschutz hat die Aufgabe, amtliche Auskünfte zu erteilen

1. im Rahmen der Überprüfung der Verfassungstreue von Personen, die sich um Einstellung in den öffentlichen Dienst bewerben,
2. nach Maßgabe des Art. 14, insbesondere in Einbürgerungs- und Ordensverfahren zur Verleihung des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland - mit Ausnahme der Verdienstmedaille - und des Bayerischen Verdienstordens, sowie nach Art. 15.

II. Abschnitt

Allgemeine Befugnisse und Datenverarbeitung

Art. 4

Allgemeine Befugnisse

(1) ¹Das Landesamt für Verfassungsschutz darf zur Erfüllung seiner Aufgaben nach diesem Gesetz die dazu erforderlichen Informationen einschließlich personenbezogener Daten auch ohne Kenntnis der betroffenen Gruppierung oder Person erheben und in Akten und Dateien verarbeiten, diese Informationen nutzen sowie aus Akten und Dateien übermitteln, soweit nicht nachfolgend besondere Bestimmungen gelten. ²Das Landesamt für Verfassungsschutz darf personenbezogene Daten auch für die Vorgangsverwaltung nutzen und verarbeiten. ³Ist zum Zweck der Datenerhebung die Übermittlung personenbezogener Daten erforderlich, so darf ein entsprechendes Ersuchen des Landesamts für Verfassungsschutz nur diejenigen personenbezogenen Daten enthalten, die für die Erteilung der Auskunft unerlässlich sind. ⁴Schutzwürdige Interessen des Betroffenen dürfen nur in unvermeidbarem Umfang beeinträchtigt werden.

(2) ¹Die Befugnisse des Landesamts für Verfassungsschutz bei der Mitwirkung nach Art. 3 Abs. 2

Nrn. 1 und 2 sind im Bayerischen Sicherheitsüberprüfungsgesetz vom 27. Dezember 1996 (GVBl S. 509, BayRS 12-3-I)), zuletzt geändert durch § 6 des Gesetzes vom 24. April 2001 (GVBl S. 140), in der jeweils geltenden Fassung geregelt, soweit sie nicht in besonderen Gesetzen geregelt sind; Art. 6 Abs. 1 Satz 4 bleibt unberührt. ²Das Landesamt für Verfassungsschutz darf, soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist, an einer Überprüfung nach Art. 3 Abs. 2 Nr. 2 nur mitwirken und nach Art. 3 Abs. 3 Nr. 1 nur Auskunft erteilen, wenn die betroffene Person der Durchführung der Überprüfung zugestimmt hat; werden der Ehegatte oder die Person, mit der die betroffene Person in eheähnlicher oder gleichgeschlechtlicher Gemeinschaft lebt, in die Überprüfung mit einbezogen, so ist auch deren Zustimmung erforderlich.

(3) ¹Sind für die Erfüllung einer Aufgabe verschiedene Maßnahmen geeignet, so hat das Landesamt für Verfassungsschutz diejenige zu wählen, die die betroffene Gruppierung oder Person voraussichtlich am wenigsten beeinträchtigt. ²Eine Maßnahme unterbleibt, wenn sie einen Nachteil herbeiführt, der erkennbar außer Verhältnis zu dem beabsichtigten Erfolg steht.

Art. 5

Erhebung personenbezogener Daten

¹Das Landesamt für Verfassungsschutz darf personenbezogene Daten erheben, soweit das zur Erfüllung seiner Aufgaben nach diesem Gesetz erforderlich ist. ²Zur Erfüllung seiner Aufgaben nach Art. 3 Abs. 3 Nr. 1 darf das Landesamt für Verfassungsschutz personenbezogene Daten jedoch nur im Rahmen von Nachermittlungen erheben, soweit das zur Überprüfung von Informationen erforderlich ist, die bei den Verfassungsschutzbehörden bereits vorliegen.

Art. 6

Anwendung nachrichtendienstlicher Mittel

(1) ¹Zur Erfüllung seiner Aufgaben nach diesem Gesetz darf das Landesamt für Verfassungsschutz auch nachrichtendienstliche Mittel anwenden. ²Sie dienen der verdeckten Informationsgewinnung und der Sicherheit des Landesamts für Verfassungsschutz und seiner Mitarbeiter. ³Nachrichtendienstliche Mittel sind Maßnahmen zur Tarnung, der Einsatz geheimer Mitarbeiter und andere Maßnahmen, die verbergen sollen, dass das Landesamt für Verfassungsschutz Informationen erhebt. ⁴Bei Sicherheitsüberprüfungen (Art. 3 Abs. 2 Nrn. 1 und 2) darf das Landesamt für Verfassungsschutz nur das nachrichtendienstliche Mittel der Tarnung von Mitarbeitern anwenden.

(2) Das Landesamt für Verfassungsschutz darf personenbezogene Daten nach Art. 5 durch Anwendung nachrichtendienstlicher Mittel erheben, wenn

1. tatsächliche Anhaltspunkte für Bestrebungen oder Tätigkeiten nach Art. 3 Abs. 1 vorliegen oder auf diese Weise Erkenntnisse über Nachrichtenzugänge gewonnen werden können oder
2. das zur Abschirmung der Mitarbeiter, Einrichtungen, Gegenstände und Nachrichtenzugänge des Landesamts für Verfassungsschutz gegen sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten erforderlich ist.

(3) ¹Personenbezogene Daten dürfen durch Anwendung nachrichtendienstlicher Mittel nur erhoben werden, wenn die Daten nicht auf eine andere geeignete Weise gewonnen werden können, die die betroffene Person weniger beeinträchtigt. ²Die Anwendung nachrichtendienstlicher Mittel darf nicht erkennbar außer Verhältnis zur Bedeutung des aufzuklärenden Sachverhalts stehen. ³Sie ist unverzüglich zu beenden, wenn ihr Zweck erreicht ist oder sich ergibt, dass er nicht oder nicht auf diese Weise erreicht werden kann.

(4) Die Zulässigkeit von Maßnahmen nach dem Gesetz zu Art. 10 Grundgesetz bleibt unberührt.

Art. 6a

Einsatz besonderer technischer Mittel im Schutzbereich des Art. 13 Grundgesetz

(1) ¹Der Einsatz besonderer technischer Mittel zur Informationsgewinnung im Schutzbereich des Art. 13 des Grundgesetzes ist als nachrichtendienstliches Mittel im Sinn des Art. 6 Abs. 1 unter besonderer Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit nach Art. 6 Abs. 3 nur zulässig, wenn

1. die materiellen Voraussetzungen für einen Eingriff in das Brief-, Post- oder Fernmeldegeheimnis nach § 1 Abs. 1 und § 3 Abs. 1 des Gesetzes zur Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses vom 26. Juni 2001 (BGBl I S. 1254) in der jeweils geltenden Fassung vorliegen, oder
2. tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht vorliegen, dass jemand Bestrebungen nach Art. 3 Abs. 1 Satz 1 Nrn. 1, 3 oder 4 durch die Planung oder Begehung von Straftaten nach §§ 129, 129a, 129b, 130 oder 131 des Strafgesetzbuchs (StGB) in der jeweils geltenden Fassung verfolgt, oder
3. tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht bestehen, dass jemand Bestrebungen oder Tätigkeiten nach Art. 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 durch die Planung

oder Begehung von Straftaten nach § 100 a der Strafprozessordnung (StPO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 7. April 1987 (BGBl I S. 1074, 1319), zuletzt geändert durch Art. 3 des Gesetzes vom 22. August 2002 (BGBl I S. 3390), §§ 261, 263 bis 265, 265 b, 266, 267 bis 273, 331 bis 334 StGB oder §§ 92 a, 92 b des Ausländergesetzes (AuslG) vom 9. Juli 1990 (BGBl I S. 1353), zuletzt geändert durch Art. 11 des Gesetzes vom 9. Januar 2002 (BGBl I S. 361), in der jeweils geltenden Fassung verfolgt

und die Erforschung des Sachverhalts auf andere Weise aussichtslos oder wesentlich erschwert wäre. ²Der verdeckte Einsatz besonderer technischer Mittel darf sich nur gegen den Verdächtigen oder gegen Personen richten, von denen auf Grund von Tatsachen anzunehmen ist, dass sie für den Verdächtigen bestimmte oder von ihm herrührende Mitteilungen entgegennehmen oder weitergeben, oder dass der Verdächtige sich in ihrer Wohnung aufhält.

(2) ¹Der Einsatz besonderer technischer Mittel nach Absatz 1 bedarf einer richterlichen Anordnung. ²Bei Gefahr im Verzug kann der Präsident des Landesamts für Verfassungsschutz oder dessen Vertreter die Anordnung treffen; eine richterliche Entscheidung ist unverzüglich nachzuholen. ³Die Anordnungen sind auf längstens drei Monate zu befristen; Verlängerungen um jeweils nicht mehr als drei weitere Monate sind auf Antrag zulässig, soweit die Voraussetzungen der Anordnung fortbestehen. ⁴Liegen die Voraussetzungen nicht mehr vor oder ist der verdeckte Einsatz technischer Mittel nicht mehr erforderlich, so ist die Maßnahme unverzüglich zu beenden.

(3) ¹Ein Bediensteter des Landesamts für Verfassungsschutz mit Befähigung zum Richteramt beaufsichtigt den Vollzug der Anordnung. ²Die nach Absatz 1 erhobenen Daten dürfen nur zur Erforschung und Verfolgung von dort genannten Bestrebungen und Tätigkeiten, sowie für Datenübermittlungen nach Absatz 4 verwendet werden. ³Das Landesamt für Verfassungsschutz prüft unverzüglich und sodann in Abständen von sechs Monaten, ob die durch Maßnahmen nach Absatz 1 erhobenen personenbezogenen Daten allein oder zusammen mit bereits vorliegenden Daten für die Verfolgung und Erforschung der dort genannten Bestrebungen oder Tätigkeiten erforderlich sind. ⁴Soweit diese Daten dafür nicht erforderlich sind und nicht für eine Übermittlung an andere Stellen benötigt werden, sind sie unverzüglich unter Aufsicht eines Bediensteten, der die Befähigung zum Richteramt hat, zu löschen. ⁵Die Löschung ist zu protokollieren. ⁶Die Löschung unterbleibt, soweit die Daten für eine Mitteilung an den

Betroffenen nach Absatz 5 oder für eine gerichtliche Nachprüfung der Rechtmäßigkeit der Maßnahme nach Absatz 1 von Bedeutung sein können. ⁷In diesem Fall sind die Daten zu sperren und dürfen nur zu diesen Zwecken verwendet werden.

(4) Die Übermittlung personenbezogener Daten an andere öffentliche Stellen gemäß Art. 14 Abs. 1 bis 3 ist nur zulässig zur Abwehr von erheblichen Gefahren für die öffentliche Sicherheit, insbesondere zum Schutz der körperlichen Unversehrtheit von Personen und zur Verfolgung von in Absatz 1 oder in § 138 StGB genannten Straftaten.

(5) ¹Das Landesamt für Verfassungsschutz teilt dem Betroffenen Maßnahmen nach Absatz 1 Satz 1 nach ihrer Einstellung, frühestens jedoch dann mit, wenn eine Gefährdung des Zwecks der Maßnahme ausgeschlossen werden kann. ²Einer Mitteilung bedarf es nicht, wenn das nach Absatz 7 zuständige Gericht festgestellt hat, dass

1. die Voraussetzung auch nach fünf Jahren nach Beendigung der Maßnahme noch nicht eingetreten ist,
2. sie mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit auch in Zukunft nicht eintreten wird und
3. die Voraussetzungen für eine Löschung sowohl bei der erhebenden Stelle als auch beim Empfänger der Daten vorliegen.

(6) ¹Der verdeckte Einsatz besonderer technischer Mittel im Schutzbereich des Art. 13 des Grundgesetzes ausschließlich zum Schutz der für den Verfassungsschutz in diesem Bereich tätigen Personen bedarf der Anordnung des Präsidenten des Landesamts für Verfassungsschutz oder eines von ihm bestellten Beauftragten. ²Eine anderweitige Verwertung der hierbei erlangten Erkenntnisse ist nur zulässig, wenn zuvor die Rechtmäßigkeit der Maßnahme richterlich festgestellt ist; bei Gefahr im Verzug ist die richterliche Entscheidung unverzüglich nachzuholen. ³Soweit Erkenntnisse verwertet werden, gelten für die Datenverarbeitung, die Löschung der Daten und die Mitteilung des Betroffenen die Absätze 3 bis 5 entsprechend. ⁴Im Übrigen sind sie unverzüglich zu löschen.

(7) ¹Zuständiges Gericht zur Entscheidung nach den Absätzen 2, 5 und 6 ist das Amtsgericht am Sitz des Landesamts für Verfassungsschutz. ²Für das Verfahren gelten die Vorschriften des Gesetzes über die Angelegenheiten der Freiwilligen Gerichtsbarkeit – FG – (BGBl III 315–1), zuletzt geändert durch Art. 26 des Gesetzes vom 23. Juli 2002 (BGBl I S. 2850), entsprechend.

(8) ¹Die Staatsregierung unterrichtet den Landtag jährlich über die in Absatz 1, und soweit richterlich überprüfungsbedürftig, nach Absatz 6 angeordneten Maßnahmen. ²Ein vom Landtag ausgewähltes Gremium übt auf der Grundlage dieses Berichts die parlamentarische Kontrolle aus.

Art. 6b

Datenerhebung bei Kreditinstituten, Fluggesellschaften, sowie Post-, Telekommunikations- und Teledienstgesellschaften sowie Einsatz des IMSI-Catchers

(1) ¹Auskünfte nach § 8 Abs. 5 bis 8 des Gesetzes über die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes und des Bundesamts für Verfassungsschutz (Bundesverfassungsschutzgesetz – BVerfSchG) vom 20. Dezember 1990 (BGBl I S. 2954), zuletzt geändert durch Art. 9 des Gesetzes vom 16. August 2002 (BGBl I S. 3202), in der jeweils geltenden Fassung dürfen nur auf Antrag eingeholt werden. ²Der Antrag ist durch den Präsidenten des Landesamts für Verfassungsschutz oder seinen Vertreter schriftlich zu stellen und zu begründen. ³Über den Antrag entscheidet das Staatsministerium des Innern. ⁴Es unterrichtet monatlich die nach Art. 2 des Gesetzes zur Ausführung des Gesetzes zu Art. 10 Grundgesetz (AGG 10) vom 11. Dezember 1984 (GVBl S. 522, BayRS 12–2–I), zuletzt geändert durch Art. 4 Abs. 2 des Gesetzes vom 10. Februar 2000 (GVBl S. 40), gebildete Kommission über die beschiedenen Anträge vor deren Vollzug. ⁵Bei Gefahr im Verzug kann das Staatsministerium des Innern den Vollzug der Entscheidung auch bereits vor der Unterrichtung der Kommission anordnen. ⁶Die Kommission prüft von Amts wegen oder auf Grund von Beschwerden die Zulässigkeit und Notwendigkeit der Einholung von Auskünften. ⁷§ 15 Abs. 5 des Artikel 10-Gesetzes vom 26. Juni 2001 (BGBl I S. 1254), zuletzt geändert durch Art. 5 Abs. 1 des Gesetzes vom 22. August 2002 (BGBl I S. 3390), ist mit der Maßgabe entsprechend anzuwenden, dass die Kontrollbefugnis der Kommission sich auf die gesamte Erhebung, Verarbeitung und Nutzung der nach § 8 Abs. 5 bis 8 BVerfSchG erlangten personenbezogenen Daten erstreckt. ⁸Entscheidungen über Auskünfte, die die Kommission für unzulässig oder nicht notwendig erklärt, hat das Staatsministerium des Innern unverzüglich aufzuheben. ⁹Für die Verarbeitung der nach § 8 Abs. 5 bis 8 BVerfSchG erhobenen Daten ist § 4 des Artikel 10-Gesetzes entsprechend anzuwenden. ¹⁰Das Auskunftersuchen und die übermittelten Daten dürfen dem Betroffenen oder Dritten vom Auskunftgeber nicht mitgeteilt werden. ¹¹§ 12 Abs. 1 und 3 des Artikel 10-Gesetzes finden entsprechende Anwendung.

(2) ¹Das Landesamt für Verfassungsschutz darf im Einzelfall zur Erfüllung seiner Aufgabe nach Art. 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1, sofern die dort genannten Bestrebungen durch Anwendung von Gewalt oder darauf ausgerichtete Vorbereitungshandlungen verfolgt werden, sowie zur Erfüllung seiner Aufgabe nach Art. 3 Abs. 1 Nr. 5 Auskünfte entsprechend § 8 Abs. 5 bis 8 BVerfSchG einholen. ²Absatz 1 gilt entsprechend.

(3) ¹Das Staatsministerium des Innern unterrichtet im Abstand von höchstens sechs Monaten das Parlamentarische Kontrollgremium nach dem Parlamentarischen Kontrollgremium-Gesetz über die Durchführung der Absätze 1 und 2; dabei ist insbesondere ein Überblick über Anlass, Umfang, Dauer, Ergebnis und Kosten der im Berichtszeitraum durchgeführten Maßnahmen nach den Absätzen 1 und 2 zu geben. ²Das Gremium erstattet dem Bayerischen Landtag jährlich einen Bericht über die Durchführung sowie Art, Umfang und Anordnungsgründe der Maßnahmen nach den Absätzen 1 und 2; dabei sind die Grundsätze des Art. 2 Abs. 1 PKGG zu beachten.

(4) ¹Das Landesamt für Verfassungsschutz darf im Einzelfall zur Erfüllung seiner Aufgaben nach Art. 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1, sofern die dort genannten Bestrebungen durch Anwendung von Gewalt oder darauf ausgerichtete Vorbereitungshandlungen verfolgt werden, sowie zur Erfüllung seiner Aufgaben nach Art. 3 Abs. 1 Satz 1 Nrn. 2 bis 5 unter den Voraussetzungen des § 3 Abs. 1 des Artikel 10-Gesetzes auch technische Mittel zur Ermittlung des Standorts eines aktiv geschalteten Mobilfunkendgeräts und zur Ermittlung der Geräte- und Kartennummern einsetzen. ²Die Maßnahme ist nur zulässig, wenn ohne die Ermittlung die Erreichung des Zwecks der Überwachungsmaßnahme aussichtslos oder wesentlich erschwert wäre. ³Personenbezogene Daten eines Dritten dürfen anlässlich solcher Maßnahmen nur erhoben werden, wenn dies aus technischen Gründen zur Erreichung des Zwecks nach Satz 1 unvermeidbar ist. ⁴Über den Datenabgleich zur Ermittlung der gesuchten Geräte- und Kartennummer hinaus dürfen sie nur zur Verhütung und Verfolgung von Straftaten im Sinn des § 138 StGB verwendet werden. ⁵Nach Beendigung der Maßnahme sind sie unverzüglich zu löschen. ⁶Absätze 1 und 3 gelten entsprechend.

(5) Das Staatsministerium des Innern erstattet dem Parlamentarischen Kontrollgremium des Bundes jährlich einen Bericht nach § 8 Abs. 11 BVerfSchG über die Durchführung des Absatzes 1; dabei ist insbesondere ein Überblick über Anlass, Umfang, Dauer, Ergebnis und Kosten der im Berichtszeitraum durchgeführten Maßnahmen nach Absatz 1 zu geben.

Art. 7**Speicherung und Veränderung
personenbezogener Daten**

(1) ¹Das Landesamt für Verfassungsschutz darf zur Erfüllung seiner Aufgaben nach diesem Gesetz personenbezogene Daten in Dateien speichern und verändern, wenn

1. tatsächliche Anhaltspunkte für Bestrebungen oder Tätigkeiten nach Art. 3 Abs. 1 vorliegen oder
2. dies für die Erforschung und Bewertung von Bestrebungen oder Tätigkeiten nach Art. 3 Abs. 1 erforderlich ist oder
3. das Landesamt für Verfassungsschutz nach Art. 3 Abs. 2 Nrn. 2 und 3 an Überprüfungen mitwirkt.

²In den Fällen des Art. 3 Abs. 3 Nr. 1 dürfen personenbezogene Daten in Dateien nur gespeichert werden, wenn tatsächliche Anhaltspunkte für Bestrebungen oder Tätigkeiten nach Art. 3 Abs. 1 vorliegen. ³Das Recht der Nutzung und Verarbeitung personenbezogener Daten nach Art. 4 Abs. 1 Satz 2 zur Vorgangsverwaltung bleibt unberührt.

(2) ¹Personenbezogene Daten über das Verhalten einer Person vor Vollendung des 14. Lebensjahres dürfen nicht in Dateien gespeichert werden. ²Personenbezogene Daten über das Verhalten einer Person nach Vollendung des 14. und vor Vollendung des 16. Lebensjahres sind zwei Jahre nach dem Verhalten zu löschen, es sei denn, dass weitere Erkenntnisse im Sinn des Art. 3 Abs. 1 angefallen sind. ³Personenbezogene Daten über das Verhalten einer Person nach Vollendung des 16. und vor Vollendung des 18. Lebensjahres sind zwei Jahre nach dem Verhalten auf die Erforderlichkeit der Speicherung in Dateien zu überprüfen und spätestens fünf Jahre nach dem Verhalten zu löschen, es sei denn, dass weitere Erkenntnisse im Sinn des Art. 3 Abs. 1 angefallen sind über ein Verhalten nach Eintritt der Volljährigkeit. ⁴Für Akten, die zu einer minderjährigen Person geführt werden, gelten die vorstehenden Prüfungs- und Lösungsfristen entsprechend.

(3) Das Landesamt für Verfassungsschutz hat die Dauer der Speicherung in Dateien und in Akten, die zu einer bestimmten Person geführt werden, auf das Maß festzulegen, das zur Erfüllung seiner Aufgabe nach diesem Gesetz erforderlich ist.

(4) Werden Bewertungen über Betroffene gespeichert, muss erkennbar sein, wer die Bewertung vorgenommen hat und wo die Informationen gespeichert sind, die der Bewertung zugrunde liegen.

Art. 8**Berichtigung und Löschen von Daten**

(1) Das Landesamt für Verfassungsschutz hat die in Dateien gespeicherten personenbezogenen Daten zu berichtigen, wenn sie unrichtig sind; in Akten, die zu einer bestimmten Person geführt werden, ist dies zu vermerken.

(2) ¹Das Landesamt für Verfassungsschutz hat die in Dateien gespeicherten personenbezogenen Daten zu löschen, wenn ihre Speicherung nach Art. 7 unzulässig war oder ihre Kenntnis für die Erfüllung seiner gesetzlich festgelegten Aufgaben nicht mehr erforderlich ist; Akten, die zu einer bestimmten Person geführt werden, sind unter diesen Voraussetzungen zu vernichten. ²Ob die Voraussetzungen der Löschung und Vernichtung nach Satz 1 vorliegen, ist bei jeder Einzelfallbearbeitung und nach festgesetzten Fristen zu entscheiden. ³Die Löschung oder Vernichtung unterbleibt, wenn Grund zu der Annahme besteht, dass durch sie schutzwürdige Interessen der betroffenen Person beeinträchtigt würden. ⁴In diesem Fall sind die Daten zu sperren; sie dürfen nur noch mit Einwilligung der betroffenen Person übermittelt werden.

(3) ¹Für die Archivierung gelten die Vorschriften des Bayerischen Archivgesetzes. ²Die Anbieterspflicht bestimmt sich nach Maßgabe der nach Art. 6 Abs. 2 BayArchivG abzuschließenden Vereinbarung.

Art. 9**Errichtungsanordnung**

(1) ¹Für den erstmaligen Einsatz einer automatisierten Datei, in der personenbezogene Daten verarbeitet werden, hat das Landesamt für Verfassungsschutz in einer Errichtungsanordnung, die der Zustimmung des Staatsministeriums des Innern bedarf, festzulegen:

1. Bezeichnung der Datei,
2. Zweck der Datei,
3. betroffener Personenkreis,
4. Art der zu speichernden Daten,
5. Eingabeberechtigung,
6. Zugangsberechtigung,
7. regelmäßige Übermittlungen,
8. Überprüfungsfristen, Speicherdauer,
9. Protokollierung des Abrufs.

²Nach der Zustimmung des Staatsministeriums des Innern ist die Errichtungsanordnung dem Landesbeauf-

tragen für den Datenschutz unverzüglich mitzuteilen.³ Entsprechendes gilt für wesentliche Änderungen des Verfahrens.

(2) Die Zustimmung des Staatsministeriums des Innern darf nur erteilt werden, wenn die Speicherung personenbezogener Daten auf das erforderliche Maß beschränkt ist.

(3) Das Landesamt für Verfassungsschutz hat in angemessenen Abständen die Notwendigkeit der Weiterführung oder Änderung seiner Dateien zu prüfen.

Art. 10

Geltung des Bayerischen Datenschutzgesetzes

Bei der Erfüllung der gesetzlich festgelegten Aufgaben durch das Landesamt für Verfassungsschutz finden die Art. 10 bis 13, 15 bis 23 und 26 bis 28 des Bayerischen Datenschutzgesetzes keine Anwendung.

Art. 11

Auskunftserteilung

(1) ¹Ein Anspruch auf Auskunft über die beim Landesamt für Verfassungsschutz in Dateien oder Akten gespeicherten Informationen besteht nicht. ²Hat eine Person ein besonderes Interesse an einer Auskunft über die zu ihrer Person gespeicherten Daten, so entscheidet das Landesamt für Verfassungsschutz nach pflichtgemäßem Ermessen über das Auskunftsbegehren.

(2) Soweit eine Person einer Sicherheitsüberprüfung nach Art. 3 Abs. 2 unterzogen wird oder zu einer Person Auskunft nach Art. 3 Abs. 3 Nr. 1 erteilt wird, hat diese Person abweichend von Absatz 1 einen Anspruch auf Auskunft über die Daten des Landesamts für Verfassungsschutz, die es im Rahmen der Erfüllung dieser Aufgaben übermittelt hat.

(3) Die Auskunftserteilung unterbleibt, soweit

1. eine Gefährdung der Erfüllung der Aufgaben nach Art. 3 durch die Auskunftserteilung zu besorgen ist,
2. durch die Auskunftserteilung nachrichtendienstliche Zugänge gefährdet sein können oder die Ausforschung des Erkenntnisstandes oder der Arbeitsweise des Landesamts für Verfassungsschutz zu befürchten ist,
3. die Auskunft die öffentliche Sicherheit gefährden oder sonst dem Wohl des Bundes oder eines Landes Nachteile bereiten würde oder

4. die Information oder die Tatsache der Speicherung nach einer Rechtsvorschrift oder ihrem Wesen nach, insbesondere wegen der überwiegenden berechtigten Interessen eines Dritten, geheimgehalten werden muss.

(4) ¹Die Ablehnung der Auskunftserteilung bedarf keiner Begründung. ²Wird die Auskunftserteilung abgelehnt, ist der Betroffene auf die Rechtsgrundlage für das Fehlen der Begründung und darauf hinzuweisen, dass er sich hinsichtlich der Verarbeitung personenbezogener Daten an den Landesbeauftragten für den Datenschutz wenden kann. ³Dem Landesbeauftragten für den Datenschutz ist auf sein Verlangen Auskunft zu erteilen, soweit nicht das Staatsministerium des Innern im Einzelfall feststellt, dass dadurch die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gefährdet würde. ⁴Mitteilungen des Landesbeauftragten an den Betroffenen dürfen keine Rückschlüsse auf den Kenntnisstand des Landesamts für Verfassungsschutz zulassen, sofern dieses nicht einer weitergehenden Auskunft zustimmt.

III. Abschnitt

Übermittlungsregelungen

Art. 12

Informationsübermittlung an das Landesamt für Verfassungsschutz ohne Ersuchen

(1) Die Behörden, Gerichte hinsichtlich ihrer Register, Gebietskörperschaften und andere der staatlichen Aufsicht unterstehenden juristischen Personen des öffentlichen Rechts sowie sonstige öffentliche Stellen des Freistaats Bayern haben von sich aus dem Landesamt für Verfassungsschutz die ihnen bei Erfüllung ihrer Aufgaben bekannt gewordenen Informationen zu übermitteln, wenn tatsächliche Anhaltspunkte dafür bestehen, dass die Übermittlung für die Erfüllung der Aufgaben des Landesamts für Verfassungsschutz nach Art. 3 Abs. 1 oder entsprechender Aufgaben auf Grund eines Gesetzes nach Art. 73 Nr. 10 Buchst. b oder c des Grundgesetzes erforderlich sein kann.

(2) ¹Das Landesamt für Verfassungsschutz hat die übermittelten Informationen nach ihrem Eingang unverzüglich darauf zu überprüfen, ob sie für die Erfüllung seiner in Absatz 1 genannten Aufgaben erforderlich sind. ²Ergibt die Prüfung, dass sie nicht erforderlich sind, sind die Unterlagen unverzüglich zu vernichten. ³Die Vernichtung kann unterbleiben, wenn die Trennung von anderen Informationen, die zur Erfüllung der Aufgaben erforderlich sind, nicht oder nur mit un-

vertretbarem Aufwand erfolgen kann; in diesem Fall dürfen die nicht erforderlichen Informationen nicht verwendet werden.

Art. 13
Informationsübermittlung
an das Landesamt für Verfassungsschutz
auf Ersuchen

(1) ¹Die in Art. 12 Abs. 1 genannten öffentlichen Stellen haben dem Landesamt für Verfassungsschutz auf dessen Ersuchen die ihnen bei Erfüllung ihrer Aufgaben bekannt gewordenen Informationen zu übermitteln, soweit das zur Erfüllung der Aufgaben des Landesamts für Verfassungsschutz nach diesem Gesetz erforderlich ist. ²Das Landesamt für Verfassungsschutz darf Ersuchen nach Satz 1 nur stellen, wenn die Information auf andere Weise nur mit übermäßigem Aufwand oder nur durch eine die betroffene Gruppierung oder Person stärker belastende Maßnahme gewonnen werden kann. ³Das Landesamt für Verfassungsschutz hat Ersuchen zu begründen, es sei denn, dass eine Begründung dem Schutz der betroffenen Gruppierung oder Person zuwiderläuft oder den Zweck der Maßnahme gefährden würde. ⁴Es hat die Ersuchen aktenkundig zu machen.

(2) ¹Das Landesamt für Verfassungsschutz darf Akten anderer öffentlicher Stellen und amtlich geführte Dateien unter den Voraussetzungen des Absatzes 1 einsehen, soweit das zur Erfüllung seiner Aufgaben nach diesem Gesetz erforderlich ist und die sonstige Übermittlung von Informationen aus den Akten oder den Dateien den Zweck der Maßnahme gefährden, einen übermäßigen Aufwand erfordern oder das Persönlichkeitsrecht des Betroffenen unnötig beeinträchtigen würde. ²Über die Einsichtnahme in amtlich geführte Dateien hat das Landesamt für Verfassungsschutz einen Nachweis zu führen, aus dem der Zweck und die eingesehene Datei hervorgehen; die Nachweise sind gesondert aufzubewahren, gegen unberechtigten Zugriff zu sichern und am Ende des Kalenderjahres, das dem Jahr ihrer Erstellung folgt, zu vernichten.

(3) ¹Hält eine in Art. 12 Abs. 1 genannte öffentliche Stelle das Ersuchen nach Absatz 1 oder die Einsichtnahme nach Absatz 2 für unzulässig, so teilt sie das dem Landesamt für Verfassungsschutz mit. ²Besteht dieses auf dem Ersuchen oder der Einsichtnahme, so entscheidet darüber die oberste fachliche Aufsichtsbehörde, die für die ersuchte Stelle zuständig ist.

(4) Art. 12 Abs. 2 gilt entsprechend.

Art. 14
Personenbezogene Datenübermittlung
durch das Landesamt für Verfassungsschutz

(1) ¹Das Landesamt für Verfassungsschutz darf personenbezogene Daten an öffentliche Stellen übermitteln, wenn das zur Erfüllung seiner Aufgaben nach diesem Gesetz erforderlich ist oder wenn die öffentliche Stelle die Daten zum Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung oder sonst für Zwecke der öffentlichen Sicherheit einschließlich der Strafverfolgung benötigt; das Landesamt für Verfassungsschutz hat die Übermittlung aktenkundig zu machen. ²Gleiches gilt, wenn der Empfänger die personenbezogenen Daten zur Erfüllung anderer ihm zugewiesener Aufgaben benötigt, sofern er dabei auch zum Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung beizutragen oder Gesichtspunkte der öffentlichen Sicherheit oder auswärtige Belange zu würdigen hat. ³Der Empfänger darf die übermittelten Daten, soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist, nur zu dem Zweck verwenden, zu dem sie ihm übermittelt wurden, es sei denn, dass das Landesamt für Verfassungsschutz einer anderen Verwendung für Zwecke nach den Sätzen 1 und 2 zugestimmt hat. ⁴Satz 1 gilt auch für die Übermittlung personenbezogener Daten innerhalb des Landesamts für Verfassungsschutz.

(2) ¹Das Landesamt für Verfassungsschutz darf Dienststellen der Stationierungstreitkräfte im Rahmen von Art. 3 des Zusatzabkommens zu dem Abkommen zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrags über die Rechtsstellung ihrer Truppen hinsichtlich der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten ausländischen Streitkräfte vom 3. August 1959 (BGBl II 1961 S. 1183) personenbezogene Daten übermitteln; das Landesamt für Verfassungsschutz hat die Übermittlung aktenkundig zu machen. ²Der Empfänger ist darauf hinzuweisen, dass die übermittelten Daten nur zu dem Zweck verwendet werden dürfen, zu dem sie ihm übermittelt wurden.

(3) ¹Das Landesamt für Verfassungsschutz darf personenbezogene Daten an öffentliche Stellen außerhalb des Geltungsbereichs des Grundgesetzes sowie an über- oder zwischenstaatliche öffentliche Stellen übermitteln, wenn die Übermittlung zur Erfüllung seiner Aufgaben nach diesem Gesetz oder zur Wahrung erheblicher Sicherheitsinteressen des Empfängers erforderlich ist; das Landesamt für Verfassungsschutz hat die Übermittlung aktenkundig zu machen. ²Die Übermittlung unterbleibt, wenn auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland oder überwiegende schutzwürdige Interessen der betroffenen Person entgegenstehen. ³Sie ist aktenkundig zu machen. ⁴Der Empfänger ist

darauf hinzuweisen, dass die übermittelten Daten nur zu dem Zweck verwendet werden dürfen, zu dem sie ihm übermittelt wurden.

(4) ¹Personenbezogene Daten dürfen außer in den Fällen des Art. 4 Abs. 1 Satz 3 an andere Empfänger als öffentliche Stellen nur übermittelt werden, wenn dies zum Schutz vor den in Art. 3 Abs. 1 Satz 1 bezeichneten Bestrebungen, Gefahren und Tätigkeiten erforderlich ist. ²Die Übermittlung nach Satz 1 bedarf der vorherigen Zustimmung des Staatsministeriums des Innern; die Zustimmung kann auch für eine Mehrzahl von gleichartigen Fällen vorweg erteilt werden. ³Das Landesamt für Verfassungsschutz hat die Übermittlung aktenkundig zu machen. ⁴Der Empfänger darf die übermittelten Daten nur zu dem Zweck verwenden, zu dem sie ihm übermittelt wurden. ⁵Das Landesamt für Verfassungsschutz hat den Empfänger darauf hinzuweisen.

(5) ¹Übermittlungspflichten nach bundesrechtlichen Vorschriften bleiben unberührt. ²Das Landesamt für Verfassungsschutz kann andere Verfassungsschutzbehörden auch dadurch unterrichten, dass es diesen den Abruf von Daten im automatisierten Verfahren ermöglicht, soweit deren gesetzliche Aufgaben identisch sind.

Art. 15

Unterrichtung der Öffentlichkeit

¹Das Staatsministerium des Innern und das Landesamt für Verfassungsschutz unterrichten die Öffentlichkeit über Bestrebungen und Tätigkeiten nach Art. 3 Abs. 1. ²Dabei dürfen der Öffentlichkeit personenbezogene Daten bekanntgegeben werden, wenn das Interesse der Öffentlichkeit an der Unterrichtung das schutzwürdige Interesse der betroffenen Person an der Wahrung ihrer Anonymität überwiegt.

Art. 16

Nachberichtspflicht

Erweisen sich personenbezogene Daten nach ihrer Übermittlung durch das Landesamt für Verfassungsschutz als unvollständig oder unrichtig, sind sie unverzüglich gegenüber dem Empfänger zu berichtigen, wenn das zur Wahrung schutzwürdiger Interessen der betroffenen Person erforderlich ist.

Art. 17

Übermittlungsverbote

(1) Die Übermittlung von Informationen durch das Landesamt für Verfassungsschutz nach den Art. 4 und 14 hat zu unterbleiben, wenn

1. erkennbar ist, dass unter Berücksichtigung der Art der Informationen und ihrer Erhebung das schutzwürdige Interesse der Betroffenen das Allgemeininteresse an der Übermittlung überwiegt, oder
2. überwiegende Sicherheitsinteressen dies erfordern.

(2) Besondere Rechtsvorschriften, die Informationsübermittlungen zulassen oder verbieten, bleiben unberührt.

IV. Abschnitt

Parlamentarische Kontrolle

Art. 18

Parlamentarisches Kontrollgremium

Die parlamentarische Kontrolle der Staatsregierung hinsichtlich der Tätigkeit des Landesamts für Verfassungsschutz erfolgt nach den Bestimmungen des Gesetzes zur parlamentarischen Kontrolle der Staatsregierung hinsichtlich der Maßnahmen nach Art. 13 Abs. 3 bis 5 des Grundgesetzes sowie der Tätigkeit des Landesamts für Verfassungsschutz - Parlamentarisches Kontrollgremium-Gesetz - vom 10. Februar 2000 (GVBl S. 40, BayRS 12-4-I) in der jeweils geltenden Fassung.

Art. 19 und 20 (aufgehoben)

V. Abschnitt

Schlussvorschriften

Art. 21

Erfüllung bundesrechtlicher Aufgaben

Zur Erfüllung von Aufgaben auf Grund eines Gesetzes nach Art. 73 Nr. 10 Buchst. b und c des Grundgesetzes stehen dem Landesamt für Verfassungsschutz die Befugnisse zu, die es zur Erfüllung der entsprechenden Aufgaben nach diesem Landesgesetz hat.

Art. 22

Einschränkung von Grundrechten

Auf Grund dieses Gesetzes kann das Grundrecht der Unverletzlichkeit der Wohnung nach Art. 13 des Grundgesetzes und Art. 106 Abs. 3 der Verfassung und das Grundrecht des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses nach Art. 10 des Grundgesetzes und Art. 112 der Verfassung eingeschränkt werden.

Art. 23**Änderung des Gesetzes zur Ausführung
des Gesetzes zu Art. 10 Grundgesetz**

Das Gesetz zur Ausführung des Gesetzes zu Art. 10 Grundgesetz (AGG 10) vom 11. Dezember 1984 (GVBl S. 522, BayRS 12-2-I) wird wie folgt geändert:

1. Art. 2 Abs. 3 Satz 6 erhält folgende Fassung:
„Die Kommission gibt sich eine Geschäftsordnung, die der Zustimmung der Parlamentarischen Kontrollkommission für die Angelegenheiten des Verfassungsschutzes bedarf.“
2. In Art. 3 werden die Worte „den für Sicherheitsfragen zuständigen Ausschuss des Landtags“ durch die Worte „die Parlamentarische Kontrollkommission für die Angelegenheiten des Verfassungsschutzes“ ersetzt.

Art. 24**In-Kraft-Treten**

¹Dieses Gesetz tritt am 1. November 1990 in Kraft.*

²Gleichzeitig treten außer Kraft:

1. Das Gesetz über die Errichtung eines Landesamts für Verfassungsschutz (BayRS 12-1-I),
2. Art. 8 Abs. 2 Nr. 5 des Bayerischen Datenschutzgesetzes (BayRS 204-1-I).

* Diese Vorschrift betrifft das In-Kraft-Treten des Gesetzes in der ursprünglichen Fassung vom 24. August 1990 (GVBl S. 323). Der Zeitpunkt des In-Kraft-Tretens der späteren Änderungen ergibt sich aus den jeweiligen Änderungsgesetzen.

Gesetz zur parlamentarischen Kontrolle der Staatsregierung hinsichtlich der Maßnahmen nach Art. 13 Abs. 3 bis 5 des Grundgesetzes sowie der Tätigkeit des Landesamts für Verfassungsschutz

(Parlamentarisches Kontrollgremium-Gesetz - PKGG)

Vom 10. Februar 2000 (GVBl S. 40, BayRS 12-4-I)

Geändert durch § 4 des Gesetzes zur Änderung des Bayerischen Verfassungsschutzgesetzes, des Gesetzes zur Ausführung des Gesetzes zu Art. 10 Grundgesetz, des Bayerischen Sicherheitsüberprüfungsgesetzes und des Parlamentarischen Kontrollgremium-Gesetzes vom 24. Dezember 2002 (GVBl S. 969), § 1 Nr. 6 des Dritten Gesetzes zur Aufhebung von Rechtsvorschriften vom 7. August 2003 (GVBl S. 497) und § 2 des Gesetzes zur Änderung des Polizeiaufgabengesetzes und des Parlamentarischen Kontrollgremium-Gesetzes vom 24. Dezember 2005 (GVBl S. 641)

Art. 1

Parlamentarisches Kontrollgremium

(1) ¹Das Parlamentarische Kontrollgremium übt die parlamentarische Kontrolle gemäß Art. 13 Abs. 6 Satz 3 des Grundgesetzes zum Vollzug der Maßnahmen nach Art. 13 Abs. 3 bis 5 des Grundgesetzes nach Maßgabe der Art. 48 a des Gesetzes zur Ausführung des Gerichtsverfassungsgesetzes und von Verfahrensgesetzen des Bundes (AGGVG), Art. 34 Abs. 9 des Polizeiaufgabengesetzes (PAG) und Art. 6 a Abs. 8 des Bayerischen Verfassungsschutzgesetzes (BayVSG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. April 1997 (GVBl S. 70, BayRS 12-1-I), zuletzt geändert durch Art. 4 Abs. 1 des Gesetzes vom 10. Februar 2000 (GVBl S. 40), aus. ²Dem Parlamentarischen Kontrollgremium obliegt ferner die Kontrolle der Staatsregierung hinsichtlich der Tätigkeit des Landesamts für Verfassungsschutz; die Rechte des Landtags und seiner Ausschüsse bleiben unberührt.

(2) ¹Das Parlamentarische Kontrollgremium besteht aus fünf Mitgliedern. ²Die Mitglieder des Parlamentarischen Kontrollgremiums werden zu Beginn jeder neuen Wahlperiode vom Landtag aus seiner Mitte gewählt. ³In gleicher Weise wird für jedes Mitglied ein stellvertretendes Mitglied gewählt. ⁴Gewählt ist, wer die Stimmen der Mehrheit der Mitglieder des Landtags auf sich vereint.

(3) ¹Scheidet ein Mitglied aus dem Landtag oder seiner Fraktion aus, so verliert es seine Mitgliedschaft im Parlamentarischen Kontrollgremium; Absatz 4 bleibt unberührt. ²Für dieses Mitglied ist unverzüglich ein neues Mitglied zu wählen; das Gleiche gilt, wenn ein Mitglied aus dem Parlamentarischen Kontrollgremium ausscheidet. ³Die Sätze 1 und 2 gelten entsprechend für die stellvertretenden Mitglieder.

(4) Das Parlamentarische Kontrollgremium übt seine Tätigkeit auch über das Ende der Wahlperiode des Landtags hinaus solange aus, bis der nachfolgende Landtag ein neues Parlamentarisches Kontrollgremium gewählt hat.

Art. 2

Geheimhaltung

(1) ¹Die Beratungen des Parlamentarischen Kontrollgremiums sind geheim. ²Die Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder sind zur Geheimhaltung der Angelegenheiten verpflichtet, die ihnen bei ihrer Tätigkeit im Parlamentarischen Kontrollgremium bekannt geworden sind. ³Dies gilt auch für die Zeit nach ihrem Ausscheiden aus dem Parlamentarischen Kontrollgremium.

(2) ¹Das Parlamentarische Kontrollgremium tritt mindestens einmal im Jahr zusammen. ²Jedes Mitglied kann die Einberufung des Parlamentarischen Kontroll-

gremiums verlangen. ³Das Parlamentarische Kontrollgremium gibt sich eine Geschäftsordnung. ⁴Ferner obliegt ihm die Wahl seiner bzw. seines Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden.

Art. 3

Rechte des Parlamentarischen Kontrollgremiums und Berichtspflichten der Staatsregierung

(1) Das Staatsministerium der Justiz erstattet dem Parlamentarischen Kontrollgremium jährlich Bericht nach Art. 48a AGGVG.

(2) ¹Das Staatsministerium des Innern erstattet dem Parlamentarischen Kontrollgremium jährlich Bericht nach Art. 34 Abs. 9 PAG und Art. 6a Abs. 8 BayVSG. ²Die Berichterstattung nach diesen Vorschriften kann gesondert erfolgen.

(3) ¹Das Staatsministerium des Innern unterrichtet das Parlamentarische Kontrollgremium ferner regelmäßig umfassend über die allgemeine Tätigkeit des Landesamts für Verfassungsschutz und über Vorgänge von besonderer Bedeutung. ²Darüber hinaus berichtet es zu einem konkreten Thema aus dem Aufgabenbereich des Landesamts für Verfassungsschutz, sofern das Parlamentarische Kontrollgremium dies verlangt. ³Zeit, Art und Umfang der Unterrichtung des Parlamentarischen Kontrollgremiums werden unter Beachtung des notwendigen Schutzes des Nachrichtenzugangs durch die politische Verantwortung der Staatsregierung bestimmt.

(4) ¹Das Staatsministerium des Innern erstattet dem Parlamentarischen Kontrollgremium ferner Bericht nach Maßgabe des Art. 3 des Gesetzes über die Aufgaben der G 10-Kommission im Bayerischen Landtag und zur Ausführung des Artikel 10-Gesetzes (G 10) und nach Maßgabe des Art. 6b Abs. 3 und 4 BayVSG. ²Art. 2 AGG 10 bleibt unberührt.

Art. 4

Änderung von Gesetzen

(1) Das Bayerische Verfassungsschutzgesetz (BayVSG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. April 1997 (GVBl S. 70, BayRS 12-1-I), geändert durch § 2 des Gesetzes vom 10. Juli 1998 (GVBl S. 383), wird wie folgt geändert:

1. Art. 18 erhält folgende Fassung:

„Art. 18
Parlamentarisches Kontrollgremium

Die parlamentarische Kontrolle der Staatsregierung hinsichtlich der Tätigkeit des Landesamts für Verfassungsschutz erfolgt nach den Bestimmungen des Gesetzes zur parlamentarischen Kontrolle der Staatsregierung hinsichtlich der Maßnahmen nach Art. 13 Abs. 3 bis 5 des Grundgesetzes sowie der Tätigkeit des Landesamts für Verfassungsschutz - Parlamentarisches Kontrollgremium-Gesetz - vom 10. Februar 2000 (BayRS 12-4-I).“

2. Art. 19 und 20 werden aufgehoben.

(2) In Art. 3 des Gesetzes zur Ausführung des Gesetzes zu Art. 10 Grundgesetz (AGG 10) vom 11. Dezember 1984 (GVBl S. 522, BayRS 12-2-I), geändert durch Art. 23 des Gesetzes vom 24. August 1990 (GVBl S. 323), werden die Worte „die Parlamentarische Kontrollkommission für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes“ durch die Worte „das Parlamentarische Kontrollgremium“ ersetzt.

Art. 5

In-Kraft-Treten, Übergangsvorschrift

(1) Dieses Gesetz tritt am 1. April 2000 in Kraft.*

(2) *(aufgehoben)*.

* Diese Vorschrift betrifft das In-Kraft-Treten des Gesetzes in der ursprünglichen Fassung. Der Zeitpunkt des In-Kraft-Tretens der späteren Änderungen ergibt sich aus den jeweiligen Änderungsgesetzen.

Sachwortregister

ABLE	207	BLOODY MINDS	130
ABSURD	132	Bolschewistische Partei Nordkurdistan/Türkei (BP-KK/T)	92
Admintech	202	BRAUNE BRÜDER	130
ADÜTDF	84	Bürgerbewegung Pro München - patriotisch und sozial e.V.	117
Aktion Transparente Verwaltung München (ATV)	210	Bürgerinitiative Ausländerstopp (BIA)	109
Al-Aqsa e.V.	54	„Bürgerinitiative Ausländerstopp“ Nürnberg	109
Al-Ekhlaas	34	„Bürgerinitiative Ausländerstopp“ München	110
Al-Gamaa al-Islamiya (GI)	54	BURNING HATE	130
Al-Jihad al-Elektruni	36		
Al-Mujahid al-Tiqani	36	Celebrity Centres (CC)	206
Al-Qaida	64	Church of Scientology International (CSI)	201
Al-Tauhid	64	„Church“-Sektor	206
Ansar al-Islam	66	Citizens Commission on Human Rights (CCHR)	210
Anti-Antifa Nürnberg	123	CIWANEN AZAD (Freie Jugendliche)	74
Antideutsche	194	Clears	203
Antifa NT	181	Contra Real	181
Antifaschismus	186	CRIMINON	207
Antifaschistische Linke Fürth	191	Cyber Djihad	36
Antifaschistisches Aktionsbündnis Nürnberg	200		
Anti-Globalisierung	189	DAMAGE INCORPORATED	130
Antiimperialismus	192	Demokratische Front für die Befreiung Palästinas (DFLP)	89
Applied Scholastics	207	Demokratische Jugend (Demokratik Gencilik - DEM-GENC)	90
Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD (AB)	179	Department of Special Affairs (DSA)	210
Arbeiterkommunistische Partei Iran (API)	89	Deutsche Kommunistische Partei (DKP)	169
Asiatische Organisierte Kriminalität	232	Deutsche Liga für Volk und Heimat (DLVH)	117
Augsburger Bündnis - Nationale Opposition e.V.	146	Deutsche Partei - Die Freiheitlichen (DP)	117
Autonome	180	Deutsche Stimme (DS)	101
Autonome Jugend Antifa	181	Deutsche Volksunion (DVU)	111
Autonome Nationalisten München (ANM)	122	Deutsches Büro für Menschenrechte	210
		Deutsches Kolleg (DK)	117
barricada - zeitung für autonome politik und kultur	183	„Deutschland-Pakt“	103
Bewaffnete Einheiten der Armen und Unterdrückten (FESK)	83	Devrimci Sol (Revolutionäre Linke)	78
Black Metal	131	Dianetik nach L. Ron Hubbard	201

Die Republikaner (REP)	94	„Germania“-Rundbrief	142
DIE LINKE.	150	Gesellschaft für Freie Publizistik e.V. (GFP)	117
DIE LINKE. Bayern	162	Global Islamic Media Front (GIMF)	35
DIE LINKE. Campus	162	Glückseligkeitspartei (SP)	41
Die Linke. Sozialistischer-demokratischer Studierendenverband (DIE LINKE.SDS)	161	GRU (Militärischer Nachrichtendienst der GUS)	216
Die Linkspartei.PDS	151	GUS-Mafia	227
DISPUT	199		
Djihad	33	HAMAS	57
Djihad Islami (JI)	54	Hezb-i Islami (HIA)	88
Djihadismus	65	Hilafet Devleti (Der Kalifatsstaat)	47
Druckschriften- und Zeitungsverlag GmbH (DSZ-Verlag)	111	Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V. (HNG)	145
En Nahda	59	Hizb al-Dawa al-Islamiya (Dawa)	89
		Hizb Allah (Partei Gottes)	52
Fanzines	133	Hizb ut-Tahrir	48
FAUSTRECHT	130	„home grown“-Terrorismus	63
FELDHERRN	130	Huttenbriefe	145
FIS	59		
Föderation der Arbeiter aus der Türkei in Deutschland e.V. (ATIF)	81	Impact	201
Föderation der Arbeiterimmigranten aus der Türkei in Deutschland e.V. (AGIF)	83	Info-Läden der Autonomen	181
Föderation der Islamischen Organisationen in Europa (FIOE)	55	INTERIM	183
Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Europa e.V. (ADÜTDF)	84	International Association of Scientologists (IAS)	208
Föderation für demokratische Rechte in Deutschland (ADHF)	81	International City	203
Föderation kurdischer Vereine in Deutschland e.V. (YEK-KOM)	73	internationale sozialistische linke (isl)	156
Freie Arbeiterinnen- und Arbeiter Union - Internationale Assoziation (FAU-IAA)	179	Internationaler Kurdischer Arbeitgeber- verband (KARSAZ)	74
Freie Nationalisten	121	Islamische Bewaffnete Gruppen (GIA)	54
Freiheit	201	Islamische Gemeinschaft in Deutschland e.V. (IGD)	55
Freiheitsfalken Kurdistans (TAK)	75	Islamische Gemeinschaft Milli Görüs e.V. (IGMG)	40
Freundeskreis Ulrich von Hutten	117	Islamische Heilsfront (FIS)	59
FSB (Inlandsnachrichtendienst der GUS)	217	Islamische Jihad Union	29
		Islamische Widerstandsbewegung (HAMAS)	57
Galileo - streitbare Wissenschaft	175	Islamischer Bund Palästina (IBP)	54
GEGENSTANDPUNKT	179	Islamischer Widerstand	53
Gerechtigkeits- und Aufschwungpartei (AKP)	41	Islamisches Zentrum München (IZM)	55
		Islamisch-Irakische Gemeinschaft Deutschland e.V. (IIGD)	89
		Italienische Mafia	225

Jugendverband Linksjugend [‘solid]	160	Maoistische Kommunistische Partei (MKP)	81
Jugendverband REBELL	176	marx21	176
Jugendverband [‘solid]	160	Marxistische Blätter	199
Junge Nationaldemokraten (JN)	106	Marxistische Gruppe (MG)	179
		Marxistisches Forum (MF)	158
Kalifatsstaat	47	Marxistisch-Leninistische Kommunistische Partei (MLKP)	82
Kameradschaft Asgard Ratisbona	122	Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD)	175
Kameradschaft Augsburg	124	Mensch und Maß	146
Kameradschaft Main-Spessart	123	militante gruppe (mg)	185
Kameradschaft München	121	Militanzdebatte	184
Kameradschaftsbund Hochfranken	123	Milli Gazete	46
Kameradschaft Süd - Aktionsbüro Süd-deutschland (AS)	121	Milli-Görüs-Bewegung	40
Kampfbund Deutscher Sozialisten (KDS)	124	Mitteilungen der Kommunistischen Plattform der Partei DIE LINKE.	199
Kinderorganisation ROTFÜCHSE	176	Mudjahidin	64
Koma Civaken Kurdistan (KCK)	75	Münchner Bündnis gegen Krieg und Rassismus	178
Koma Komalen Kurdistan (KKK)	75	Multi-Kultur-Haus Ulm e.V. (MKH)	60
Kommission für Verstöße der Psychiatrie gegen Menschenrechte e.V. (KVPM)	209	Muslimbruderschaft (MB)	53
Kommunistische Arbeiterzeitung (KAZ)	199		
Kommunistische Partei Deutschlands (KPD)	158	NARCONON	209
Kommunistische Partei Österreichs (KPÖ)	167	Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)	96
Kommunistische Plattform (KPF)	158	Nationaldemokratischer Hochschulbund (NHB)	145
Kommunistischer Arbeiterbund Deutschlands (KABD)	175	Nationaler Block (NB)	101
Konföderation der Arbeiter aus der Türkei in Europa (ATIK)	81	Nationaler Widerstandsrat Iran (NWRI)	85
Konföderation der unterdrückten Migranten in Europa (AvEG-Kon)	83	National Liberation Army (NLA)	86
Konföderation für demokratische Rechte in Europa (ADHK)	82	National-Zeitung/Deutsche Wochen-Zeitung (NZ)	111
KONGRA GEL (Volkskongress Kurdistans)	72	Nation-Europa-Freunde e.V.	118
KONTRA!	175	Nation Europa Verlag GmbH	118
Konvertiten	35	Nation & Europa - Deutsche Monatshefte	118
Koordination der kurdischen demokratischen Gesellschaft in Europa (CDK)	72	Nazis unplugged	187
Kurdischer Nationalkongress (KNK)	73	Neue PKK	74
		Neues Schwaben	146
		Newroz	76
Leuchter-Bericht	141	NOISE OF HATE	130
Libyan Islamic Fighting Group	67	NS Black Metal	131
Linkspartei.PDS Landesverband Bayern	162	NSDAP-Auslands- und Aufbauorganisation (NSDAP-AO)	144
Linksruck-Netzwerk	176		

Office of Special Affairs (OSA)	209	Schulhof-CD	120
Oi-Skinheads	127	Schutzbund für das Deutsche Volk e.V. (SDV)	146
Org	206	Schwarzer Block	191
Organisation al-Qaida im islamischen Maghreb	66	Scientology Kirche Bayern e.V. (SKB)	214
Organisierte Autonomie	181	Scientology Kirche Deutschland e.V. (SKD)	206
Organisierte Kriminalität (OK)	223	Scientology-Organisation (SO)	201
Partei der Europäischen Linken (EL)	167	Sea Org	206
Partei der Nationalen Bewegung (MHP)	84	SHARPs	127
Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS)	151	Serxwebun	72
Partizan-Flügel (TKP/ML)	81	Skinheads	127
PKK (Arbeiterpartei Kurdistans; nunmehr KONGRA GEL)	72	SOKO 18	130
policy letters	202	[‘solid]	160
POSITION	200	Solidaritätskomitee mit den politischen Gefangenen und deren Familien in der Türkei (TAYAD)	80
PRIDE’N PAIN	130	Source	201
Proliferation	220	Sozialistische Arbeitergruppe (SAG)	199
Pro München	117	Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ)	173
radikale Linke	181	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED)	150
REBELL	176	Sozialistische Gruppe	179
Redskins	127	Sozialrevolutionäre Aktion Regensburg	122
Religious Technology Center (RTC)	205	STIEFELJUNGS	130
Renees	130	SWR (Auslandsnachrichtendienst der GUS)	216
Revisionismus	140	Tablighi Jamaat	50
REVOLUTIONÄRER WEG	199	Terrornetzwerk	64
Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front (DHKP-C)	78	Thetan	202
Revolutionär Sozialistischer Bund (RSB)	178	TITEL - Informationsforum der Linkspartei.PDS Bayern	199
Revolutionärer Aufbau München	181	Türkische Arbeiter- und Bauernbefreiungsarmee (TIKKO)	81
Rockerkriminalität	233	Türkische Kommunistische Partei/Marxisten-Leninisten (TKP/ML)	81
ROJ TV	74	Türkische Volksbefreiungspartei-Front (THKP-C Devrimci Sol)	78
Rote Armee Fraktion	192	Tugendpartei (FP)	41
Rote Fahne	199	Union islamischer Studentenvereine in Europa (U.I.S.A.)	89
Rote Schulhof-CD	174	Unsere Zeit (UZ)	199
ROTFÜCHSE	176		
Rudolf-Gutachten	141		
Rudolf Heß	125		
Salafiyya-Gruppe für Predigt und Kampf (GSPC)	66		
Scharia	32		

Ursprung	201	Volkskongress Kurdistans (KONGRA GEL); ehemals Freiheits- und Demokratiekongress Kurdistans (KADEK) bzw. Arbeiterpartei Kurdistans (PKK)	72
UTOPIE - kreativ - Diskussion sozialistischer Alternativen	199	Volksmudjahidin Iran-Organisation (MEK)	85
Verband der islamischen Vereine und Gemeinden e.V. (ICCB)	92	Volkverteidigungskräfte (HPG)	73
Verband der stolzen Frauen (KJB; umfasst PAJK, YJA und YJA-STAR)	90	Vrij Historisch Onderzoek (V.H.O.)	142
Verein zur Rehabilitierung der wegen Bestreitens des Holocausts Verfolgten (VRBHV)	143	Watchdog Committee (WDC)	206
Vereinigung der demokratischen Jugendlichen Kurdistans (KOMALEN-CIWAN)	74	WEISSER RÜCKSCHLAG	130
Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA)	171	White Power-Skinheads	127
Verlag Hohe Warte - Franz von Bebenburg KG	146	Wirtschafts- und Wissenschaftsspionage	217
VGB Verlagsgesellschaft Berg mbH	146	WISE	206
Vierteljahreshefte für freie Geschichtsforschung (VffG)	142	Wunsiedler Feldpost	133
Volksbefreiungsarmee (HKO)	81	Wunsiedler Widerstand	133
Volksfront für die Befreiung Palästinas - Generalkommando - (PFLP-GC)	89	Yeni Özgür Politika	74
Volksfront für die Befreiung Palästinas (PFLP)	89	Zentrum für individuelles und effektives Lernen (ZIEL)	207
		Zine	133
		Zusammen Aktiv Kämpfen	181

Herausgeber: Bayerisches Staatsministerium des Innern, Odeonsplatz 3, 80539 München
 Druck: Medienhaus MINTZEL-MÜNCH, Hof/Saale

Gedruckt auf Recyclingpapier aus 100 % Altpapier

Hinweis: Der Verfassungsschutzbericht Bayern 2007 ist auch über das Internet abrufbar:
<http://www.innenministerium.bayern.de/sicherheit/verfassungsschutz>
<http://www.verfassungsschutz.bayern.de>